Zeitschrift: Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen
Band: 4/1918 (1918)

Rubrik: Kantonale Gesetze und Verordnungen

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen (Reglemente, Regulative etc.).

I. Kanton Zürich.

1. Volksschule (Primar- und Sekundarschule).

1. Regulativ für den kantonalen Lehrmittelverlag Zürich. (Vom 15. Dezember 1917.)

§ 1. Die für die zürcherische Primar- und Sekundarschule vom Erziehungsrat obligatorisch erklärten individuellen und allgemeinen Lehrmittel erscheinen in der Regel im Staatsverlag und werden den Schulen auf vorherige Bestellung hin durch den kantonalen Lehrmittelverlag geliefert.

§ 2. Der kantonale Lehrmittelverlag bildet eine selbständige Unternehmung der kantonalen Verwaltung. Er ist der Direktion des Erziehungswesens unterstellt und steht in der Staatsrechnung unter dem Titel „Rechnungen über besondere Unternehmungen".

§ 3. Organisation und Verwaltung des Lehrmittelverlags sind so einzurichten, daß dieser ohne Zuschuß aus der Staatskasse bestehen kann. Zu diesem Zweck erfolgen bei der Festsetzung des Preises neuer Lehrmittel durch den Erziehungsrat die erforderlichen Zuschläge, die mindestens 40 % der jeweiligen Selbstkosten betragen sollen. Aus diesen Zuschlägen sind die Verwaltungskosten zu decken: Zinse für die Lokalitäten, das Lager und die Kontokorrentschuld, Besoldungen des Personals, Bureauauslagen, allfällige Abschreibungen auf unverkäuflichen Lehrmitteln.

Die aus den Jahresabschlüssen sich ergebenden Reingewinne sind dem Reinvermögen des Lehrmittelverlags gutzuschreiben. Verluste sind aus dem Reinvermögen zu decken.

§ 4. Die Staatskasse liefert dem Lehrmittelverlag das erforderliche Betriebskapital in Form eines Kontokorrent-Kredites bis zum Betrage des Wertes der Lehrmittelvorräte gegen angemessene Verzinsung.

Die für den Kassenverkehr erforderlichen Geldbeträge sind an die Staatskasse abzuliefern, sobald sie 5000 Fr. übersteigen.

§ 5. Die Vergebung von Lieferungen und Arbeiten zur Herstellung von Lehrmitteln erfolgt in der Regel auf dem Submissionsweg.

§ 6. Die Buchführung über das Lehrmittellager und über den Kassenverkehr hat so zu geschehen, daß zu jeder Zeit der Stand der Lehrmittelvorräte, sowie die Einnahmen und Ausgaben für jedes einzelne Lehrmittel, wie auch der Stand der Kasse leicht ersichtlich sind.

§ 7. Der kantonale Lehrmittelverwalter leitet die Verwaltung des Lehrmittelverlags und erstattet der Erziehungsdirektion periodisch Bericht.

§ 8. Dem Lehrmittelverwalter wird die nötige Anzahl Gehilfen beigegeben.

Der erste Gehilfe (Rechnungsführer) besorgt das Rechnungswesen und ist in Abwesenheit des Lehrmittelverwalters sein Stellvertreter.

Die übrigen Gehilfen besorgen Bureau- und Magazinarbeiten nach Weisung des Lehrmittelverwalters.

§ 9. Der Lehrmittelverwalter und seine Gehilfen werden vom Regierungsrat auf den Antrag der Erziehungsdirektion je für die Amtsdauer der kantonalen Beamten und Angestellten gewählt; ihre Besoldungen unterliegen den Bestimmungen der kantonalen Besoldungsverordnung.

§ 10. Der Lehrmittelverwalter hat eine Kaution von 8000 Fr., sein erster Gehilfe eine solche von 5000 Fr. zu leisten.

§ 11. Die Erziehungsdirektion übt die Aufsicht über den kantonalen Lehrmittelverlag und die Amtsführung des Verwalters und seiner Gehilfen aus durch eine Kommission von drei Mitgliedern, die der Erziehungsrat aus seiner Mitte für die Zeit seiner Amtsdauer bestellt.

Die Kommission stellt in der Regel in allen technischen und finanziellen Fragen nach Anhörung des Lehrmittelverwalters Antrag an die Erziehungsdirektion, eventuell an den Erziehungsrat, besonders über die Festsetzung des Verkaufspreises der Lehrmittel, über allfällige Abschreibungen auf unverkäuflichen Lehrmitteln, über Abnahme des Inventars und der Jahresrechnung. Mindestens einmal im Jahr nimmt die Kommission eine Besichtigung des Lehrmittellagers vor und erstattet über ihre Wahrnehmungen schriftlichen Bericht an den Erziehungsrat.

§ 12. Dieses Regulativ tritt nach seiner Genehmigung durch den Regierungsrat an Stelle des Regulativs vom 16. November 1901.

---

2. Mittelschulen und Berufsschulen.

2. Lehrplan der kantonalen Handelsschule. (Vom 27. Dezember 1917.)

I. Organisation der Schule.

Die kantonale Handelsschule umfaßt in fünf Klassen $4^1/_2$ Jahreskurse.

Sie schließt den Unterricht ihrer ersten Klasse an die Lehrziele der zweiten Klasse der Sekundarschule an. Doch ist der Lehrplan so eingerichtet, daß auch Schüler nach Besuch der dritten Sekundarklasse in die zweite Handelsklasse eintreten können.

Die Handelsschüler können entweder die Fähigkeitsprüfung (kaufmännische Abschlußprüfung) auf Schluß der 4. Klasse oder die Maturitätsprüfung auf Schluß der 5. Klasse bestehen.

Schüler, welche bloß die 1. Handelsklasse besuchen möchten, werden nicht aufgenommen; ihnen wird der Besuch der 3. Klasse der Sekundarschule empfohlen.

Auditoren können einzelne Fächer besuchen, sofern sie die nötigen Vorkenntnisse besitzen. Den Angestellten und Lehrlingen der kantonalen und städtischen Verwaltung werden besondere Vergünstigungen gewährt. Für die ehemaligen Handelsschüler fallen insbesondere die Frei- oder Wahlfächer in Betracht.

II. Schulziele und Bildungsaufgaben.

Allgemeines Schulziel. Vermittlung der für den unmittelbaren Eintritt in das kaufmännische Berufsleben erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten, hauptsächlich durch das Mittel sprachlichen, handelstechnischen und wirtschaftswissenschaftlichen Unterrichts.

Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlichen Bureauarbeiten und zur Erledigung schwieriger kaufmännischer Aufgaben unter Anleitung. Gewöhnung an logisches Denken, richtiges Urteilen und an klaren Ausdruck der Gedanken.

Verständnis für das moderne Kultur- und Geistesleben und Weckung des Interesses an den idealen Aufgaben der menschlichen Gesellschaft. Erziehung zu zielbewußter Lebensauffassung. Einwirkung auf die Charakterbildung.

Besonderes Schulziel der Maturanden-Vorbereitung: Reife für das Studium an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität.

Bildungsaufgaben der einzelnen Klassen:

1. und 2. Klasse: Vermittlung einer elementaren kaufmännischen und allgemeinen Bildung für den Übergang in eine praktische Berufslehre von normaler Dauer ($2^1/_2$—3 Jahre).

3. Klasse: Weitergehende sprachliche und kaufmännische Ausbildung, namentlich auch in den praktischen Bureauarbeiten durch das Übungskontor, für eine abgekürzte Lehrzeit ($1^1/_2$—$2^1/_2$ Jahre) unter Befreiung von der Fortbildungsschulpflicht und für den Übertritt in den Verwaltungs- und Verkehrsdienst.

4. Klasse (fachlicher Richtung): Vermittlung einer höhern kaufmännischen Bildung als Vorbereitung für das Bankgeschäft, den Exporthandel und die kaufmännische Tätigkeit in der Industrie (in der Regel besoldete Anfängerstellen).

4. und 5. Klasse (Maturandenklassen): Ergänzung und Vertiefung der allgemeinen und sprachlichen Bildung zur Erlangung der Maturität.

III. Allgemeine Bemerkungen.

1. In den Klassen 2—4 finden im Sommersemester 4—5 obligatorische Ausmärsche und in den Klassen 3 und 4 je drei Schießübungen statt, ferner in Klasse 2 während des Wintersemesters eine wöchentliche Aufgabenstunde im Maschinenschreiben.

2. Für die in die 2. Klasse neu eingetretenen Schüler wird, soweit nötig, besonderer Nachhilfeunterricht in Stenographie, Handelskorrespondenz, Englisch und Französisch an der Schule selbst eingerichtet. Sie können, so lange sie diesen Unterricht be-

suchen, von den Ausmärschen und eventuell andern obligatorischen Fächern (Turnen, Mathematik) ganz oder teilweise entlastet werden. Näheres siehe bei den einzelnen Fächern.

3. Der Besuch der Pflichtfächer ist für die Schüler allgemein verbindlich, mit der Einschränkung, daß die italienische Sprache insofern bedingt obligatorisch ist, als Befreiung auf begründetes Gesuch des Vaters gewährt werden kann. Für die Maturanden indessen ist das Italienische unbedingt obligatorisch.

4. Die Schüler, welche die Fähigkeitsprüfung am Schlusse der IV. Klasse bestehen möchten, besuchen die mit *f* bezeichneten Stunden, diejenigen, welche die Maturitätsprüfung am Schlusse der V. Klasse bestehen möchten, die mit *m* bezeichneten Stunden.

5. Maximal-Stundenzahl. Die Schüler (besonders Befähigte ausgenommen) dürfen höchstens 37 Stunden wöchentlich nehmen, die Ausmärsche, den Religionsunterricht, die Nachhilfe- und Übungsstunden in den Schreibfächern und die fakultativen Kunstfächer nicht gerechnet.

IV. Übersicht der Fächer- und Stundenverteilung.

Kantonale Handelsschule	1. Kl.		2. Kl.		3. Kl.		4. Kl.		5. Kl.	Jahresstdn. 1.-4. Kl. f.	Jahresstdn. 1.-5. Kl. m.
Pflichtfächer:	S	W	S	W	S	W	S	W	S		
1. Deutsche Sprache	5	5	4	4	3	3	4	4	4	16	18
2. Französische Sprache und Korrespondenz	5	5	4	4	4	4	3	3f 4m	3	16	18
3. Engl. Sprache u. Korrespondenz	3	3	3	3	3	3	4	4	3	13	14½
4. Italienische Sprache	—	—	3	3	2	2	2	2f 3m	3	7	9
5. Kaufmännische Arithmetik	3	3	3	3	3	3f 2m	2 f	2 f	—	11	8½
6. Handelskorr. u. Verkehrslehre	3	2	2	2	—	—	—	—	—	4½	4½
7. Buchhaltung	—	2	3	3	—	—	2	2	2	6	7
8. Übungskontor	—	—	—	—	5f 4m	5f 4m	3 f	3 f	—	8	4
9. Betriebslehre	—	—	—	—	3f 2m	3	3f 2m	3f 2m	2	6	5½
10. Rechtskunde, Verfassungskunde für f.	—	—	—	2	2	2	2	2 f	—	5	4
11. Volkswirtschaftslehre	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2	3
12. Geschichte, Verfassungskunde für m	2	2	2	2	2	2	2f 4m	2f 4m	4	8	12
13. Geographie	3	3	2	2	2	2	—	—	—	7	7
14. Naturgeschichte und Gesundheitslehre	2	2	—	2	—	—	—	—	—	3	3
15. Chemie u. chem. Technologie	—	—	—	—	2	2	2	2	3	4	5½
16. Physik	—	—	—	—	—	—	2m	2m	2	—	3
17. Mathematik (Algebra u. Geom.)	3	2	2	—	2m	2m	2m	2m	3	3½	9
18. Schreibfächer: Stenographie u. Maschinenschreiben, dazu Handschriftverbesserung (je 1 St. in Kl. I—IV)	2	2	3	1	—	—	—	—	—	4	4
19. Turnen und Militärunterricht, dazu Ausmärsche und Schießübungen	2	2	2	2	2	2	2	2	2	8	9
	33	33	33	33	33	33	33	33	33	132	148½

Kantonale Handelsschule	1. Kl.		2. Kl.		3. Kl.		4. Kl.		5. Kl.	Jahresstdn. 1.-4. Kl. f.	Jahresstdn. 1.-5. Kl. m.
Freifächer:	S	W	S	W	S	W	S	W	S		
A. 20. Vierte Fremdsprache (Spanisch u. s. w.)	—	—	—	—	3	3	3	3	2	6	7
21. Kaufmännische Arithmetik	—	—	—	—	—	—	2m	2m	—	—	2
22. Übungskontor und Korrespondenz in fremden Sprachen	—	—	—	—	—	—	3m	3m|f	2	3	4
23. Warenlehre und Laboratorium	—	—	2	2	2	2	2	2	2	6	7
24. Physik	2	2	—	—	—	—	—	—	–	2	2
25. Fortbildungskurse in einzelnen Wissensgebieten	—	—	—	—	—	—	1	1	1	—	—
B. 26. Religion	2	2	—	—	—	—	—	—	—	2	2
27. Fremdsprachige Stenographie	—	—	—	—	—	—	2	2	—	2	2
28. Maschinenschreiben, Fortbildungskurs	—	—	—	—	1	1	1	—	—	$1^1/_2$	$1^1/_2$
29. Zeichnen (für einzelne Schüler auch in andern Kl.)	2	2	2	—	—	—	2	—	2	—	—
30. Singen	—	—	—	—	1	1	1	1	1	2	$2^1/_2$
31. Orchester	—	1	1	1	1	1	1	1	1	$3^1/_2$	4

Erklärungen und Zusätze nachfolgend. — f und m = wahlweise obligatorisch, je nach der Bildungsrichtung (f = Fähigkeitsprüfung, m = Maturitätsprüfung). S = Sommer. W = Winter.

V. Lehrziele und Lehrgänge der einzelnen Fächer.

A. Pflichtfächer.

1. Deutsche Sprache.

Lehrziel. Fertigkeit im richtigen mündlichen und schriftlichen Gebrauche der Muttersprache. Reine Aussprache, sinngemäßes Lesen und verständnisvolles Vortragen. Fähigkeit, über einen Gegenstand aus dem eigenen Erfahrungs- und Gedankenkreis klar, folgerichtig und stilistisch gut zu schreiben und zu sprechen.

Sichere Kenntnis und Beherrschung der heutigen Formen und wichtigen Regeln der deutschen Sprache; ein zuverlässiges Sprachgefühl.

Vertrautheit mit einer Auswahl von Meisterwerken der klassischen und der modernen Prosa und Poesie. Vertieftes Verständnis für die Eigenart und Schönheit der schweizerischen Dichtung.

Förderung der ästhetischen und ethischen Bildung. Verständnis für den Zusammenhang von Literatur und Kultur.

I. Kl. 5 St. Grammatik: Die Wortarten und ihre Biegungsformen. Wiederholung und Erweiterung der Orthographie- und Satzzeichenlehre. Der einfache erweiterte Satz.

Lesen und Erklären mustergültiger Stücke der Poesie und Prosa, ferner volkstümlicher erzählender Dichtungen. Vortrag von auswendig gelernten Gedichten; Pflege der reinen Aussprache und des schönen Vorlesens. Grundzüge der Verslehre.

Übungen im freien Vortrag aus dem Gebiete der Erfahrung der Schüler, der Lektüre und des allgemeinen Unterrichts.

Schriftliche Übungen: jede zweite Woche ein kurzes Diktat im Anschluß an Grammatik und Prosalektüre; zehn Aufsätze, abwechselnd Haus- und Schularbeit (Erzählungen, Beschreibungen,

Schilderungen, einfache Erklärungen, leichtere Zusammenfassungen, Briefe u. s. f.), Dispositionsübungen.

II. Kl. 4 St. Grammatik: Wiederholung und Erweiterung der Satzlehre, hauptsächlich die Lehre vom zusammengesetzten Satz. Einführung in die Stillehre.

Lesen und Erklären von ausgewählten Gedichten und Prosawerken mit besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Literatur. Fortsetzung und Erweiterung der Übungen im reinen Sprechen, schönen Lesen und Vortragen. Grundzüge der Poetik.

Vorträge mit freier Auswahl des Gegenstandes nach Anleitung des Lehrers.

Schriftliche Übungen: jede zweite Woche ein Diktat im Anschluß an Grammatik und Prosalektüre; acht Aufsätze, abwechselnd Haus- und Schularbeit (Inhaltsangaben, Vergleichungen, Zusammenfassungen), Dispositionsübungen.

III. Kl. 3 St. Lesen und Erklären klassischer Werke mit literargeschichtlichen Einleitungen. Schillers Leben und Werke. Im Anschluß an die Lektüre das Wichtigste über dramatische Dichtung und ihre Arten. Bilder aus der Geschichte der deutschen Literatur bis Klopstock.

Grammatisch-stilistische Belehrungen.

Freie Vorträge aus dem Gebiet der zu behandelnden Literaturgeschichte und der Literatur.

Acht Aufsätze: einfachere Untersuchungen, schwierigere Erklärungnn, Charakteristiken, Zusammenfassungen u. s. f.

IV. Kl. 4 St. A. (3 St.) Lesen und Erklären klassischer Dichtungen. Goethes Leben und Werke. Übersichtliche Behandlung der Entwicklung der neuen deutschen Literatur.

Vorträge aus dem Gebiet der zu behandelnden Literaturgeschichte und der Literatur. Sechs Aufsätze, teils im Anschluß an die Lektüre, teils über Gegenstände allgemeinen Inhalts.

B. (1 St.) Sprachkritische Übungen an Texten historischen, politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Inhalts. Anfertigung von Auszügen, Entwerfen von Eingaben, Protokollen, Verhandlungsberichten.

V. Kl. 4 St. Die wichtigsten Strömungen der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der Schweizer. Ausblicke in die Literatur anderer Völker.

Behandlung ethischer und ästhetischer Grundfragen.

Freie Vorträge. Aufsätze.

2. Französische Sprache und Korrespondenz.

Lehrziel. Befähigung zu fließendem Lesen moderner Prosa und zum freien mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Umgangssprache. Gute Aussprache. Sicherheit in der Formen- und Satzlehre. Besitz eines für die Sprache des täglichen Lebens und Handelsverkehrs ausreichenden Schatzes von Wörtern und Wendungen. Fähigkeit, leichtere kaufmännische Briefe und die Buchhaltung ohne Wörterbuch richtig zu schreiben. Verständnis für die neuere Literatur und das geistige und wirtschaftliche Leben Frankreichs und der französischen Schweiz.

I. Kl. 5 St. Befestigung der Formenlehre. Einläßliche Behandlung von Lesestücken beschreibenden und erzählenden Inhalts. Konversationsübungen. Wöchentlich eine schriftliche Schul- oder Hausarbeit.

Der Unterricht wird von Anfang an soweit möglich in französischer Sprache erteilt.

II. Kl. 4 St. Abschluß der Formenlehre, Beginn der systematischen Satzlehre. Einläßliche Behandlung von schwierigeren Lesestücken erzählenden und beschreibenden Inhalts, vorzugsweise solcher, die die Westschweiz angehen. Bereicherung des Wortschatzes, namentlich nach der Seite des geschäftlichen Verkehrs und der gewerblichen Tätigkeiten. Konversationsübungen. Wöchentlich eine schriftliche Schul- oder Hausarbeit.

1 Zusatzstunde im W. Die sprachlich unbeholfenen Schüler, insbesondere die neu eingetretenen, werden in einer besondern Stunde zu vermehrten mündlichen und schriftlichen Übungen in Orthographie und Stil zusammengenommen.

III. Kl. 4 St. A. (2 St.) Abschluß der systematischen Satzlehre. Lesen und Verarbeiten zusammenhängender Prosawerke aus der neueren Zeit, vornehmlich von Schriftstellern aus der französischen Schweiz. Konversationsübungen. Schriftliche Schul- und Hausarbeiten.

B. (2 St.) Handelskorrespondenz. Anfertigung leichterer Geschäftsbriefe und Schriftstücke; Aneignung der kaufmännischen Terminologie.

IV. Kl. f 3 St., **m** 3 St. im S., 4 St. im W. Lesen und Besprechen von Texten über das geistige und wirtschaftliche Leben Frankreichs und der französischen Schweiz. Konversationsübungen. Aufsätze und andere schrifttiche Arbeiten. Kurze Vorträge.

In **m** dazu: Die wichtigsten Erscheinungen der französischen Literatur bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts.

Überdies wird in der IV. Klasse der Unterricht im Übungskontor in französischer Sprache erteilt.

V. Kl. 3 St. Behandlung von Texten, vornehmlich aus der Literatur des 19. Jahrhunderts. Die wichtigsten Erscheinungen der französischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts. Konversationsübungen. Schriftliche Arbeiten. Vorträge.

3. Englische Sprache und Korrespondenz.

Lehrziel im allgemeinen wie für das Französische, doch weniger weit gehend.

I. Kl. 3 St. Übungen im Lesen, Übersetzen und Besprechen von Lesestücken. Schriftliche Klassenarbeiten (Diktate und Übungen in der Wiedergabe und Umbildung des Gelesenen). Auswendiglernen von poetischen und prosaischen Stücken. Das Notwendigste aus der Grammatik.

II. Kl. 3 St. Abschluß der Formenlehre. Lesen und Besprechen leichter Prosastücke. Mündliche und schriftliche Übungen (freies Wiedergeben, Zusammenfassen, Umbilden u. s. w.) im Zusammenhange mit dem Gelesenen, Besprochenen und Erzählten. Diktate. Auswendiglernen von Poesie und Prosa.

Der Unterricht wird von dieser Klasse an soweit möglich in englischer Sprache erteilt.

Nachhilfeunterricht. Die neu eingetretenen Schüler, welche an der Sekundarschule keinen Englischunterricht erhalten haben, bilden für dieses Fach eine besondere Abteilung mit größerer Stundenzahl.

III. Kl. 3 St. Fortsetzung der Übungen im Lesen und Sprechen mit gesteigerten Anforderungen. Systematische Zusammenfassung des Wichtigsten aus der Syntax. Stärkere Betonung der schriftlichen Übungen. Einführung in den kaufmännischen Schriftverkehr.

IV. Kl. 4 St. A. (2 St.) Lesen und Besprechen von Lesestoff, durch den die Schüler mit dem Kultur- und Wirtschaftsleben Englands bekannt werden.

B. (2 St.) Handelskorrespondenz. Uebersetzen und freie Ausarbeitung englischer Briefe. Lesen und Besprechen von Marktberichten. Aneignung der handelstechnischen Terminologie.

V. Kl. 3. St. Lesen und eingehendes Besprechen eines modernliterarischen Werkes. Übersicht über die Hauptperioden der englischen Literatur. Konversation. Schriftliche Arbeiten.

4. Italienische Sprache.

Lehrziel. Kenntnis der Formen- und Satzlehre. Einige Fertigkeit im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Umgangs- und Geschäftssprache.

II. Kl. 3 St. Laut- und Formenlehre; die gebräuchlichsten unregelmäßigen Zeitwörter. Lektüre, Übersetzen, Sprechübungen. Auswendiglernen. Schriftliche Schul- uud Hausarbeiten.

III. Kl. 2 St. Abschluß der Formen- und Satzlehre. Lektüre und Sprechübungen. Schriftliche Haus- und Schularbeiten.

Der Unterricht wird von dieser Klasse an soweit möglich in der fremden Sprache erteilt.

IV. Kl. **f** 2 St.; **m** 2 St. im S., 3 St. im W. Lesen und Besprechen von Lesestücken, die den Schüler hauptsächlich mit Land und Leuten des Sprachgebiets bekannt machen. Konversation. Schriftliche Arbeiten, auch Briefe.

IV. Kl. **f** 1 St. Italienische Handelskorrespondenz, siehe Freifächer, Ziffer 22.

V. Kl. 3 St. Lektüre moderner Schriftwerke, mit literarischen Exkursen. Konversation. Schriftliche Arbeiten.

5. Arithmetik.

Lehrziel. Sicherheit und Gewandtheit in der Auffassung und Ausführung der für den Kaufmann wichtigen Berechnungen des Waren- und Bankgeschäfts. Gewöhnung an logisches Denken. Klares rechnerisches Verständnis.

I. Kl. 3 St. Wiederholung der Grundrechnungsarten mit ganzen Zahlen, gewöhnlichen Brüchen und Dezimalzahlen unter Anwendung auf das Rechnen mit fremden Münzen, Maßen und Gewichten, besonders der englischen. Rechnungsvorteile, besonders abgekürzte Multiplikation und Division. Einfache Warenrechnungen. Dreisatz und Vielsatz mit direkten und indirekten Verhältnissen. Verhältnisrechnung. Kettensatz. Verteilungs-, Durchschnitts- und Mischungsrechnung.

Die Prozentrechnung und ihre Anwendung.

Kopfrechnen (zu jedem Abschnitt): Übungen zur Vertiefung des Verständnisses für die einzelnen Rechnungsoperationen und zur Ausbildung der rechnerischen Gewandtheit.

II. Kl. 3 St. Zinsrechnung. Einführung in die Wechselrechnung: Diskontrechnung. Wechselkurse und Paritäten. Devisenrechnung nach schweizerischen Kursblättern. Terminrechnung.

Warenrechnung: Fakturen, Einkaufs- und Verkaufsrechnungen mit einheimischen und fremden Werteinheiten. Einfache Bezugs- und Verkaufskalkulationen.

Effektenrechnung: Berechnung des Einkaufs- und Verkaufswertes von Aktien und Obligationen an schweizerischen Börsen.

Kontokorrentrechnung: Ausführung von Beispielen nach der Staffel-, progressiven und retrograden Methode.

Übungen im Kopfrechnen, auch Überschlagsrechnungen.

III. Kl. f 3 St., **m** 3 St. im S., 2 St. im W. Fortsetzung der Kontokorrentrechnung: Beispiele mit vor- und nachfälligen Posten, mit verschiedenem Zinsfuß in Soll und Haben und mit wechselndem Zinsfuße.

Fortsetzung der Effektenrechnung: Berechnungen nach den Kursblättern der wichtigsten ausländischen Börsen; Rentabilitätsberechnungen; Bezugsrechte.

Grundzüge der Edelmetall- und Münzrechnung. Münzparitäten und Reduktionen. Agio.

Wechselrechnung nach den Kursblättern und Usanzen der wichtigsten ausländischen Bankplätze. Schecks, telegraphische Auszahlungen. Wechselkommissionsrechnung.

Übungen im Kopfrechnen.

IV. Kl. f 2 St. Indirekte Wechselreduktionen.

Zusammengesetzte Kalkulationen; Preisparitäten und Kalkulationstabellen. Übungen unter Zugrundelegung der Verkaufsusanzen und Preisnotierungen der wichtigsten Welthandelsartikel. Produktionskalkulaturen.

Wechsel- und Effektenarbitrage.

Zusammenfassende Wiederholungsübungen mit entsprechender Erhöhung der Anforderungen.

6. Handelskorrespondenz und Verkehrslehre.

Lehrziel. Aneignung der elementaren Kenntnisse aus der Handels-, Wechsel- und Verkehrslehre. Kenntnis der wichtigsten Einrichtungen, welche dem Handelsbetrieb dienen, und der Grundsätze, nach denen die kaufmännischen Geschäfte erledigt werden. Befähigung zur Abfassung von Handelsbriefen in sprachlich und sachlich richtiger Darstellung.

I. Kl. 3 St. im S., 2 St. im W. Briefe und gebräuchliche Formularien aus dem Warengeschäft; Anfragen, Offerten, Aufträge, Auftragsbestätigungen, Ausführung und Nichtausführung erhaltener Aufträge, Fakturen.

Grundzüge der Lehre über Wechsel, Schecks und Anweisungen. Einfache Briefe betreffend Zahlungen und Wechselangelegenheiten. Empfangsbescheinigungen. Einfache Beschwerdebriefe.

Die Nachrichten- und Güterbeförderung: Briefpost, Telegraph, Telephon, Eisenbahnen, Kamionnage, Kenntnis der wichtigeren Formulare und Verständnis der Tarife.

II. Kl. 2 St. (davon mindestens 1 Std. für die eigentliche Korrespondenz). Zahlungsgeschäfte. Giroverkehr (Postscheck, Nationalbank). Rechtfertigungs- und Entschuldigungsschreiben, Mahnbriefe und Gewährung von Fristen. Erkundigungs- und Auskunftsbriefe. Informationsbureaus. Stellenbewerbung. Schwierigere Briefe und zusammenhängende Korrespondenzen aus dem Warenhandel.

Schiffahrtsverkehr. Speditions- und Zollwesen. Transportversicherung. Die erforderlichen Papiere, insbesondere Konnossement und Zollformulare.

1 Zusatzstunde im S. für neu eingetretene Schüler.

Die mit der Handelskorrespondenz verbundene Handels- und Verkehrslehre dient als Einführung in den gesamten Handelsfachunterricht.

Zur Erreichung des Lehrziels sind zahlreiche schriftliche Arbeiten unerläßlich, bei deren Ausarbeitung auf sprachliche Richtigkeit, sachgemäße Auffassung und gute Wiedergabe und sorgfältige und gefällige Darstellung in der äußern Form zu achten ist.

Dieser Fachunterricht findet seine Fortsetzung in den Fächern Betriebslehre und Übungskontor.

7. Buchhaltung.

Lehrziel. Kenntnis der einfachen und doppelten Buchhaltung, ihrer theoretischen Grundlage und praktischen Anwendung. Sicherheit in der Buchung der üblichen Geschäftsvorfälle und im Bücherabschluß.

I. Kl. 2 St. im W. Die Elemente der Buchhaltung: Kassenrechnung, Kontokorrent, Inventar und Bilanz. — Die einfache Buchhaltung, in einem kürzeren Geschäftsgang durchgeführt.

II. Kl. 3. St. Entwicklung der Grundsätze der doppelten Buchhaltung. Geschäftsgang nach amerikanischer Methode mit Kontokorrentbuch. Abschlußübungen.

Geschäftsgang nach italienischer Methode. Erste Einführung in die Gesellschaftsbuchhaltung. Transitorische Posten und Reserven.

Erläuterung der wichtigsten andern Buchhaltungsmethoden, zum Beispiel der deutschen, der französischen.

III. Kl. Der Buchhaltungsunterricht wird im Übungskontor (Ziffer 8) weitergeführt. Deutsche Methode mit Sammelbuch. Waren- und Wechselbücher. Kollektivgesellschaft, Kommissions- und Partizipationsgeschäfte.

IV. Kl. 2 St. Die Buchungen bei Kollektiv-, Kommandit- und Aktiengesellschaften. Schwierigere Buchungsfälle.

Theoretische Behandlung der Bank- und der Fabrikbuchhaltung.

Buchhaltungstheorie, Bilanzkunde und Buchführungsrecht. Gesellschaftsbilanzen.

Einführung in das Verständnis der Gemeinde- und Staatsbuchhaltung.

V. Kl. 2. St. Der Staatshaushalt. Besprechung einer Gemeinderechnung. Die wichtigsten Ausgaben und Einnahmen von Staat und Gemeinde. Der Voranschlag. Das Staatsschuldenwesen.

Statistik. Die statistischen Methoden: Grundsätze, Erhebungen, Darstellungsweisen. Die Geschäftsstatistik, ihr Zusammenhang mit Buchhaltung und Kalkulationswesen. Ihre Anwendung im Warenhandel, im Fabrik- und Bankbetrieb.

8. Übungskontor.

Lehrziel. Erreichung einer gewissen Selbständigkeit der Schüler bei der Ausführung der üblichen, in der IV. Klasse in französischer Sprache anzufertigenden Kontorarbeiten. Erfassen des organischen Zusammenhangs der verschiedenen kaufmännischen Tätigkeiten und Wissenszweige.

Die Klassen werden in Abteilungen von höchstens 10—13 Schülern geteilt.

III. Kl. f 5 St. Jede Kontor-Abteilung bildet unter fingierter Firma ein Handelsgeschäft, z. B. Engrosgeschäft in Seiden-, Baumwollstoffen oder Kolonialwaren.

Die Leitung der fingierten Firmen liegt je einem Lehrer ob, nach dessen Anweisungen und unter dessen Aufsicht die vorkommenden Bureauarbeiten abwechslungsweise von den einzelnen Schülern gleich Lehrlingen in einem Handelsgeschäft besorgt werden. Diese Firmen unterhalten mit wirklichen Handelshäusern und Kaufleuten einen regelmäßigen Briefwechsel und Rechnungsverkehr auf Grund fingierter Geschäftsvorfälle.

Anfertigung von Briefen, Preislisten, Fakturen, Frachtbriefen, Kontoauszügen, Wechseln u. s. w., in Hand- oder Maschinenschrift. Kopieren, Ordnen und Registrieren der aus- und eingehenden Schriftstücke. Vervielfältigung von Schriftstücken nach verschiedenen Methoden. Vorlage von Warenmustern.

Buchhaltung. Jeder Schüler hat eine vollständige Buchhaltung zu führen. (Siehe auch Ziffer 7.) Monatliche Probebilanzen. Halbjährliche Bücherabschlüsse.

Es können auch Abteilungen zur weitern Ausbildung in den Kontorarbeiten des überseeischen Import- und Exportgeschäftes, des Bankbetriebes, des Verwaltungs- oder Verkehrsdienstes eingerichtet werden.

III. Kl. m 4 St. Dasselbe in gedrängter Art, ohne Partizipationsgeschäfte.

IV. Kl. f 3 St., in französischer Sprache. Schülergruppen bilden Bank- oder Warengeschäfte auf in- und ausländischen Plätzen. Diese Geschäfte unterhalten einen Schriftverkehr miteinander und mit fingierten oder wirklichen Korrespondenten. Aller mündliche Verkehr zwischen Lehrern und Schülern, die Buchhaltung und die Korrespondenz werden ausschließlich in französischer Sprache geführt. Kursblätter der fremden Börsenplätze; Marktberichte.

IV. und V. Kl. m Der Übungskontor-Unterricht findet eine Fortsetzung in französischer, beziehungsweise englischer Sprache als Frei- und Wahlfach, Ziffer 22.

9. Betriebslehre.

Lehrziel. Kenntnis der wirtschaftlichen Bedingungen, der Betriebsgrundsätze und der Technik des Bank- und Börsenwesens, des Überseehandels und des Fabrikbetriebes nach seiner kommerziellen Seite, unter besonderer Betonung der praktischen Durchführung der Geschäfte.

III. Kl. f. 3 St. Handelsbetriebslehre. Bankwesen. Aufgabe und Bedeutung der Banken. Eigene und fremde Gelder; Liquidität. Die Einteilung der Banken nach ihrer Stellung gegenüber dem Staate, ihrem Geschäftskreis, Geschäftsumfang und Kundenkreis. Innere Organisation der Banken. Eingehende Behandlung der einzelnen Bankgeschäfte. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank. Banknote und Papiergeld. Der internationale Zahlungsverkehr und die Wechselkurse. Die bankähnlichen Kreditinstitute, mit besonderer Berücksichtigung der Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften.

Durchführung von Geschäftsbeispielen, teils mit vollständiger Ausführung wichtiger Schriftstücke, teils nur mit andeutungsweiser Behandlung vorkommender Briefe und Buchungen unter Vorweisung der gebräuchlichen Formulare.

Börsenwesen. Begriff, Arten, Organisation und volkswirtschaftliche Bedeutung der Börsen im allgemeinen. Die einzelnen Wertpapiere. Die Geschäfte der Effektenbörsen. Liquidationsverbände. Organisation und Geschäfte der Zürcher Effektenbörse und der übrigen Schweizerbörsen.

Warenhandel. Aufgabe und Bedeutung des Handels. Einteilung des Handels nach verschiedenen Gesichtspunkten. Die Usanzen, als näheres Beispiel diejenigen der zürcherischen Seidenindustrie.

Der Warenabsatz und seine Förderung. Unlauterer Wettbewerb.

IV. Kl. f. 3 St. Überseehandel. Als Einführung Ausarbeitung eines oder mehrerer Beispiele (Briefwechsel, Formulare, Berechnungen, Verbuchung). Vorlage und Besprechung von Kontrakten beim Import und Export.

Rechtliche Stellung und wirtschaftliche Funktionen des Exporteurs und des überseeischen Importeurs bei Warenbezug und Warenabsatz; Anknüpfung von Geschäftsverbindungen. Brief- und Kabelverkehr. Zollformalitäten. Transportversicherung. Exportförderung.

Der Import überseeischer Produkte und seine Organisation. Lagerhäuser und Lagerscheine. Belehnung. Organisation und Geschäfte der Warenbörsen. Warenliquidationskassen. Auktionen.

Der Zahlungsverkehr und die Finanzierung im Überseegeschäft.

Industrielle Betriebslehre. Die gewerblichen Betriebssysteme. Die Fabrik als Unternehmungsform. Organisation und Personal der Fabriken. Die Fabrikation auf Vorrat oder auf Bestellung. Die Musterei. Einkauf der Rohmaterialien, Lagerkontrolle, Warenausgabe. Die Verarbeitung, Arbeitszettel, Lohnwesen (Anfertigung eines Beispiels einer Lohnliste). Die Kalkulation. Geschäftsstatistik (mit praktischen Beispielen). Ausstellungen und Industriemuseen.

Industrielle Gesetzgebung: Fabrik- und Arbeiterschutzgesetze; soziale Fürsorge, insbesondere die Kranken- und Unfallversicherung. Marken- und Musterschutz; Erfindungspatente.

III. Kl. m 2 St. im S., 3 St. im W., **IV. Kl.** 2 St. und **V. Kl.** 2 St. Derselbe Lesestoff wie f., passend verteilt.

10. Rechtskunde.

Lehrziel. Rechtskunde. Kenntnis der Rechtsbestimmungen über den kaufmännischen Verkehr. Einblick in die Funktionen des Rechts im öffentlichen und privaten Leben.

Verfassungskunde. Einführung in die vaterländischen Staats- und Rechtsverhältnisse. Weckung des Interesses für den Staat, für die Erfüllung der bürgerlichen und sozialen Pflichten.

II. Kl. 2 St. im W. Vertragslehre; die wichtigsten Vertragsarten, besonders Kaufvertrag und Dienstvertrag; Lehrlingsgesetz. Anfertigung kaufmännischer Lehr- und Anstellungsverträge.

Die Personen des Handelsrechts: Kaufmann, Agent und Kommissionär; Firma, Handelsregister. Prokura und Vollmacht. Vorschriften für Handelsreisende.

III. Kl. 2 St. Gesellschaftsrecht (eingehende Behandlung). Wechsel- und Scheckrecht. Andere Wertpapiere.

Schuldbetreibung und Konkurs. Nachlaßvertrag. Ausfüllen der wichtigsten Formulare.

IV. Kl. 2 St. Im Sommer: Einführung in die allgemeine Rechtslehre. Grundzüge des Personen-, Familien- und Erbrechtes.

Ausgewählte Abschnitte aus dem Sachen- und Obligationenrecht.

Im Winter: Verfassungskunde. Aufgaben und Gliederung des Staates: Gemeinde, Kanton, Bund. Stellung des Bürgers nach dem Staatsrecht. Die Volksvertretung, die Verwaltungs- und die richterlichen Behörden; Organisation der Rechtspflege. Der Staatshaushalt. Die schweizerische Neutralität und die Staatsverträge.

11. Volkswirtschaftslehre.

Lehrziel. Einführung in die Volkswirtschaftslehre mit besonderer Berücksichtigung von Handel und Industrie.

Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und ihre Entwicklung unter Betonung der sich aus dem wirtschaftlichen Zusammenleben für den Einzelnen ergebenden ethischen Pflichten.

IV. Kl. 2 St. Das Wesen der Volkswirtschaft: Die Grundbegriffe der wirtschaftlichen Tätigkeit. Einzel- und Gemeinwirtschaften, die Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens.

Die Gütererzeugung: Das Wesen der Produktion. Die Natur als Grundlage der Güterbeschaffung. Arbeit und Arbeitsteilung. Kapital.

Der Güterumlauf: Die Produktivität des Handels, seine volkswirtschaftliche Bedeutung, sein Verhältnis zu den übrigen Gebieten der wirtschaftlichen Tätigkeit. Die Preisbildung.

Die Organisation der Produktion und des Erwerbs: Unternehmungsformen, Klein- und Großbetriebe, Warenhäuser, Genossenschaften, Kartelle und Trusts.

Die Güterverteilung: Das Einkommen als Arbeitslohn, Kapitalzins, Grundrente und Unternehmergewinn.

Der Güterverbrauch: Störungen des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsumtion. Wesen und Arten der Versicherung.

Staat und Wirtschaftsleben: Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen durch den Staat und durch private Vereinigungen. Grundzüge der äußern Handelspolitik: Freihandel und Schutzzölle; Zolltarife und Handelsverträge.

Verkehrswesen. Entwicklung, Leistungen und Wirkungen der Verkehrsmittel. Grundzüge der schweizerischen Verkehrspolitik.

V. Kl. 2 St. Geld und Währung. Wesen des Kredites. Kurzer Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Bankwesens und dessen gegenwärtige Entwicklungstendenzen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der verschiedenen Bankgeschäfte. Diskonto- und Valutapolitik.

Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ideenrichtungen.

Ferner volkswirtschaftliche Diskussionsübungen, siehe Freifächer, Ziffer 25 B.

12. Geschichte und Verfassungskunde.

Lehrziele. Geschichte. Kenntnis der für die Gegenwart besonders wichtigen politischen und kulturellen Erscheinungen der allgemeinen Geschichte in ihrem Zusammenhang, nach ihren Ursachen und Wirkungen. Vertrautheit mit der Schweizergeschichte in ihrem Zusammenhang mit der allgemeinen Geschichte.

Verständnis für die politischen und kulturellen Verhältnisse der Gegenwart auf dem Grunde ihrer geschichtlichen Entwicklung.

Verfassungskunde. Einsicht in die kulturelle Bedeutung und in die Funktionen des Staates: Weckung des Interesses für den Staat.

I. Kl. 2 St. Altertum und Mittelalter. Religion und Sage der Griechen. Aristokratie in Sparta, Ausbildung der Demokratie in Athen. Kolonisationen der Griechen. Perserkriege. Zeitalter des Perikles. Alexander der Große. — Rom als Republik. Römische Kultur der Kaiserzeit. Christentum und christliche Kirche. — Die Germanen und ihre Wanderungen. Das fränkische Reich, Karl der Große. Istam und arabische Kultur. Kaisertum und Papsttum. Kreuzzüge und ihre Folgen für die geistige und materielle Kultur. Gewerbe, Handel, Städtewesen und Städtebünde im Mittelalter.

II. Kl. 2 St. Entstehung und Ausbildung der Eidgenossenschaft bis zum Höhepunkt ihrer Machtstellung.

Neuzeit. Die geographischen Entdeckungen und ihre Folgen für die geistige und materielle Kultur. Zeitalter der Reformation und Gegenreformation.

III. Kl. 2 St. Zeitalter des Absolutismus und des Merkantilismus. Die Schweiz unter der Herrschaft der Aristokratie. Ausbildung der konstitutionellen Monarchie in England. Aufklärung und aufgeklärter Despotismus. Geistiger und materieller Aufschwung, politische Zersetzung und Ohnmacht in der alten Eidgenossenschaft. Entstehung der amerikanischen Union. Französische Revolution. Die

Schweiz in Abhängigkeit von Frankreich. Weltherrschaft und Sturz Napoleons.

IV. Kl. f. 2 St. Geschichte des 19. Jahrhunderts. Die nationalen, freiheitlichen und sozialen Bestrebungen im Kampfe mit der Reaktion. Sieg des Liberalismus und Errichtung des Bundesstaates in der Schweiz. Der Imperialismus des zweiten französischen Kaiserreichs. Nationale Einigung Italiens und Deutschlands. Entstehung der sozialen Frage und der sozialen Bewegung. Politische Erstarkung und kulturelle Entwicklung der Schweiz und die Errichtung der Bundesverfassung von 1874. Die Balkanfrage. Der Kampf um die Herrschaft in Ostasien. Die geschichtlichen Grundlagen des Weltkrieges von 1914. Die Schweiz seit 1874.

IV. Kl. m. 4 St. Wiederholung und Ergänzung einzelner Stoffgebiete der II. und III. Kl. — Geschichte des 19. Jahrhunderts: Erneuerung der Weltanschauung und der Regierungsweise des Absolutismus während der Restauration. Nationale und freiheitliche Bestrebungen. Die Schweiz unter dem Bundesvertrag von 1815. Die Julirevolution und ihre Folgen. Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, Entstehung der sozialen Frage und der sozialen Bewegung. Sieg des Liberalismus und die Errichtung des Bundesstaates von 1848 in der Schweiz. Die Februarrevolution in Paris und die revolutionären Bewegungen im übrigen Europa. Der Imperialismus des zweiten französischen Kaiserreichs. Die nationale Einigung Italiens und Deutschlands. Die politische Erstarkung und kulturelle Entwicklung der Schweiz und die Errichtung der Bundesverfassung von 1874.

V. Kl. 4 St. A. (2 St.) Die Balkanfrage. Der Aufstieg Japans zum Kulturstaat und der Kampf um die Herrschaft in Ostasien. Übergang zur Weltwirtschaft und Weltpolitik, koloniale und wirtschaftliche Expansion, Umgruppierungen der Mächte, Entstehung des Weltkrieges von 1914. Die Schweiz seit 1874. Die wichtigsten Wandlungen auf dem Gebiete geistiger und materieller Kultur. Behandlung von Gegenwartsfragen vom geschichtlichen Standpunkt aus, mit regelmäßiger Selbstbetätigung der Schüler in Referat und Besprechung.

B. (2 St.) Verfassungskunde der Schweiz, als Zusammenfassung und Erweiterung des im Geschichtsunterricht Behandelten, mit vergleichender Berücksichtigung der Verhältnisse anderer Staaten. Aufgaben und Gliederung des Staates: Bund, Kanton, Bezirk, Gemeinde. Stellung des Bürgers. Aufgabe und Organisation der Behörden. Die völkerrechtliche Stellung der Schweiz. Wehrwesen. Kultureinrichtungen wie Kirche und Schule und ihr Verhältnis zum Staat. Die Presse. Die politischen Parteien.

13. Geographie.

Lehrziel. Kenntnis des Wesentlichen aus der allgemeinen Geographie, der Länderkunde, der Wirtschafts- und Verkehrsgeographie. Sicheres und rasches Kartenverständnis. Die für Handel und Verkehr wünschenswerte Kenntnis von

Orten und Verkehrswegen. Genauere Kenntnis der Schweiz und ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse.

I. Kl. 3 St. Wiederholung und Erweiterung der allgemeinen Geographie, mit Übungen im Kartenlesen. Abschnitte aus der Morphologie der Erdoberfläche und der Klimatologie.

Allgemeine Länderkunde nach physikalischen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen unter Hervorhebung der großen Wirtschaftsgebiete.

Die Schweiz und ihre Nachbarländer. Übriges Europa. Afrika und Australien.

II. Kl. 2 St. Länderkunde von Amerika und Asien.

Wirtschaftsgeographie der im Welthandel wichtigsten Länder und ihrer Kolonialgebiete, unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsverhältnisse: Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien.

III. Kl. 2 St. Fortsetzung der Wirtschaftsgeographie: Frankreich, Großbritannien, Rußland, Vereinigte Staaten von Amerika, Argentinien, China, Japan.

Wirtschaftskunde der Schweiz: Mineralische Rohprodukte. Klima, Bodenverhältnisse, Landwirtschaft. Die wichtigern Industrien, ihre Produkte und ihre Absatzgebiete. Der Handel, Einfuhr und Ausfuhr. Das Verkehrswesen. Die Fremdenindustrie.

14. Naturgeschichte und Gesundheitslehre.

Lehrziele. Naturgeschichte. Verständnis für Pflanzen und Tiere und ihre Lebensbedingungen. Kenntnis der Nutzpflanzen und ihrer Kultur, als Grundlage für den Unterricht in Warenlehre und Wirtschaftsgeographie.

Gesundheitslehre. Einsicht in den Bau und die Lebenserscheinungen des menschlichen Körpers. Verständnis für die Einflüsse der Umgebung und der Lebensweise auf die menschliche Gesundheit.

I. Kl. 2 St. A. Naturgeschichte. Im Sommer: Botanik. Einige Kapitel aus der allgemeinen Botanik. Die einheimischen Kulturpflanzen (Waldbäume, Getreidearten u. s. w.). Botanische Exkursionen. Besprechung einer Auswahl von für den Handel wichtigen Pflanzenprodukten: Getreide, Obst, Öle, Kautschuk, Gewürze.

Im Winter: Zoologie in Einzeldarstellungen.

II. Kl. 2 St. im W. B. Gesundheitslehre. Der menschliche Körper. Grundzüge der Ernährungslehre.

Hygiene und Kenntnis krankhafter Veränderungen. Erste Hilfe bei Unglücksfällen.

15. Chemie und chemische Technologie.

Lehrziel. Verständnis chemischer Vorgänge. Kenntnis der volkswirtschaftlich wichtigern Grundstoffe und ihrer Verbindungen, sowie der technischen Gewinnungs- und Verarbeitungsweisen. Einsicht in die Zusammenhänge von Naturwissenschaft, Technik und Volkswirtschaft. Einsicht in das Wesen der Naturgesetze und der naturwissenschaftlichen Theorien.

III. Kl. 2 St. Einführung in die unorganische Chemie auf Grund von Versuchen mit besonderer Berücksichtigung der in der Technik und im täglichen Leben wichtigen Vorgänge und Stoffe. Eigenschaften, Gewinnung und Verwendung von Sauerstoff, Wasserstoff,

Stickstoff und Kohlenstoff und ihrer wichtigsten Verbindungen. Die Luft. Säuren, Basen und Salze. Atom- und Molekulartheorie, chemische Formel.

IV. Kl. 2 St. Chlor, Schwefel, Phosphor, Silicium und ihre technisch wichtigsten Verbindungen; die wichtigsten Metalle und Metallverbindungen: Vorkommen, technische Gewinnung, Eigenschaften, Verwendung, volkswirtschaftliche Bedeutung.

V. Kl. 3 St. Die wichtigsten chemischen Gesetze und Theorien. Einführung in geeignete Gebiete der physikalischen Chemie. Behandlung von Gebieten der angewandten Chemie unter Anwendung der bekannten Gesetze und Anschauungen.

16. Physik.

Fakultativer Elementarkursus, siehe Ziffer 24.

Lehrziel. Befähigung zur Beobachtung und Beschreibung einfacher Naturvorgänge. Verständnis für physikalische Gedankengänge.

IV. Kl. m. 2 St. Behandlung der für die Bildung des Stoff- und Energiebegriffs wichtigsten Abschnitte aus der Mechanik und Wärmelehre. Elektrizitätslehre.

V. Kl. 2 St. Lehre vom Schall und vom Lichte mit Anwendung der Wellenlehre.

17. Mathematik (Algebra und Geometrie).

Lehrziel. Erziehung zu klarem, logischem Denken. Kenntnis der mathematischen Grundlagen der in der Handelstechnik und der Volkswirtschaft vorkommenden rechnerischen Probleme.

I. Kl. 3 St. im S., 2 St. im W. Algebra. Die vier Grundoperationen mit positiven und negativen, ganzen und gebrochenen Zahlen. Gleichungen ersten Grades mit einer Unbekannten. Proportionen. Quadratwurzel.

Geometrie. Wiederholung der wichtigsten Sätze der Planimetrie: Flächenvergleichung, -verwandlung und -messung. Die Ähnlichkeit ebener Figuren.

II. Kl. 2 St. im S. Algebra. Lineare Gleichungen mit einer und mehreren Unbekannten. Kubikwurzel.

Geometrie. Körperberechnungen: Oberflächen-, Volumen- und Gewichtsbestimmungen.

III. Kl. m. 2 St. Potenzen, Wurzeln und Logarithmen. Quadratische Gleichungen. Arithmetische und geometrische Progressionen. Zinseszins- und Rentenrechnung. Annuitäten und Amortisationen.

IV. Kl. m. 2 St. Funktionsbegriff und graphische Darstellung der Funktionen. Elemente der Kombinationslehre. Wahrscheinlichkeitsrechnung mit Anwendungen.

V. Kl. m. 3 St. Versicherungsmathematik. Binomischer Lehrsatz mit ganzen positiven Exponenten. Befestigung und Erweiterung der mathematischen Kenntnisse durch Lösen von Aufgaben.

18. Schreibfächer.

Lehrziele. Handschriftverbesserung. Leserlichkeit, Sauberkeit und Geläufigkeit der individuellen Handschrift. (Es wird nur Antiqua verlangt.) Deutlichkeit und Gefälligkeit der Ziffern.

Stenographie. Kenntnis des Stenographiesystems, Gewandtheit in der Aufnahme und der Wiedergabe von Diktaten. Fertigkeit in zeitsparendem und übersichtlichem Gebrauch der Stenographie zu Notizen und Ausarbeitungen.

Maschinenschreiben. Kenntnis der Beschaffenheit und zweckmäßigen Behandlung der Schreibmaschine, Gewandtheit in der Übertragung von Manuskripten, Stenogrammen und im Diktatschreiben. Fehlerfreies Nachschreiben von 40 Wörtern in der Minute.

A. Handschriftverbesserung.

I.—IV. Kl. 1 St. Nachhilfekurs, nur für die Schüler mit unbefriedigender Handschrift: Vorübungen zur Erzielung einer richtigen Körperhaltung und Federführung. Individueller Unterricht zur Verbesserung der Handschrift.

Der Unterricht wird in Gruppen von höchstens 10—15 Schülern erteilt, wobei auch Schüler verschiedener Klassen in eine Gruppe zusammengenommen werden können.

Anmerkung. Es ist auch in allen andern Fächern für sämtliche schriftlichen Arbeiten auf saubere und gefällige Schrift zu halten.

Jedes Semester wird allen Schülern eine besondere Zensur für Handschrift und Führung der Hefte ins Zeugnis gesetzt.

B. Stenographie.

I. Kl. 2 St. Einübung der Stenographie nach dem Einigungssystem Stolze-Schrey. Lese- und Schreibübungen an Hand eines Lehrbuchs. Kurze Diktate mit Wiederlesen.

Anmerkung. Von der zweiten Klasse an soll die Stenographie für alle Notizen in den Unterrichtsstunden gebraucht und auch für Entwürfe, Haus- und Klassenaufgaben verlangt werden.

II. Kl 1 St. im S. Lese- und Diktierübungen mit fortschreitend größern Anforderungen. Erreichung einer Geschwindigkeit von 100 bis 120 Silben in der Minute.

Nachhilfeunterricht, 2 St., für neu eingetretene Schüler ohne Stenographiekenntnis und andere Schüler mit ungenügenden Leistungen: Anfänger- beziehungsweise Wiederholungskurs.

IV. Kl. 1 St. im S. Repetitionskurs für die Schüler, die nicht gute Leistungen aufweisen. Stenographieübungen (Korrekt- und Schnellschreiben), verbunden mit systematischen Übungen im Maschinenschreiben.

Jedes Jahr wird eine Kontrolle in allen Klassen durchgeführt. Schüler, die am Schlusse der I. Klasse nicht 70 Silben in der Minute korrekt stenographieren, haben in der II. Klasse den Wiederholungskurs, solche, die in der III. und IV. Klasse nicht 100 Silben schreiben, Privatunterricht zu nehmen.

Die französische umd die englische Stenographie werden als Freifächer gelehrt, Ziffer 27.

C. Maschinenschreiben.

II. Kl. 2 St. im S., 1 St. im W. Erklärung der Konstruktion der Schreibmaschine. Anleitung zur Reinigung. Methodische Übungen zur Erlernung des Tastsystems (Blindschreibens). Einüben einer korrekten Darstellung von Geschäftsbriefen; Beschreiben von Formularen.

Dazu im W. 1 Aufgabenstunde (Übungen unter Aufsicht) für die Schüler, welche zu Hause keine Schreibmaschine zur Verfügung haben.

Die Einschaltung kurzfristiger Kurse mit ausreichender Stundenzahl an Stelle der einzelnen Wochenstunden bleibt vorbehalten.

Siehe auch Fortbildungskurse im Maschinenschreiben, Ziffer 28.

19. Turnen und Militärunterricht.

Lehrziel. Allseitige und gleichmäßige Ausbildung des Körpers zur Befestigung der Gesundheit und zur Förderung der Arbeitsfähigkeit.

Erziehung zu kraftvoller und gewandter Bewegung, zu freier und schöner Haltung, zu mutigem, entschlossenem und besonnenem Handeln, zu Geistesgegenwart und Selbstvertrauen.

Gewöhnung an rasche Auffassung und genaue Ausführung von Befehlen und an willige Unterordnung unter die Zwecke des Ganzen.

Einige Fertigkeit in der Handhabung des Gewehres. Verständnis der elementaren Schießlehre und der Geländebeurteilung nach topographischen Karten.

I. Kl. 2 St. Ordnungs- und Marschübungen. Freiübungen ohne und mit Stab als Haltungsbewegungen. Gerätübungen, Spannbeugen. Lauf, Wettlauf (spielartig). Dauerlauf. Springen: Frei- und einfache Stützsprünge. Spiele und Wettkämpfe.

II. Kl. 2 St. Marschübungen. Haltungs-, Gleichgewichts- und Atmungsübungen ohne und mit Stab. Rumpfübungen. Lauf, Wettlauf, Dauerlauf. Geräteturnen, Spannbeugen, Geschicklichkeitsübungen. Springen: Frei- und Stützsprünge, auch über Hindernisse. Kampfspiele. Dazu 4—5 Ausmärsche: Dauermarsch, angewandtes Turnen, Spiele und Wettkämpfe.

III. Kl. 2 St. Marsch und Lauf, Dauerlauf, Wettlauf, Sprunglauf. Freiübungen ohne und mit Handbelastung (Stab, Gewehr). Atmungsbewegungen, Rumpfübungen. Angewandtes Turnen: Heben, Steinstoßen, Gerwerfen, Hindernislauf. Gerätübungen: Spannbeugen, kombinierte Geschicklichkeitsübungen. Springen: Kombinierte Sprünge, Stützsprünge. Kampfspiele.

Im Sommer (in einer der beiden Stunden): Schießunterricht; dazu 3 Schießübungen mit dem Ordonnanzgewehr. 4—5 Ausmärsche: Angewandtes Turnen, Kartenlesen, Orientieren. Entfernungsschätzen, Blindschießen.

IV. Kl. 2 St. Ordnungsübungen, Marsch und Lauf: Hindernislauf ohne und mit Gewehr. Dauerlauf. Freiübungen ohne und mit Handbelastung: Säbel, Keulen, Ger etc., Rumpfübungen, Atmungsbewegungen. Gerätübungen mit gesteigerter Anforderung an Kraft, Mut, Ausdauer. Springen: Stützsprünge, kombinierte Sprünge. Kampfspiele.

Im Sommer (in einer der beiden Stunden): Schießunterricht; dazu 3 Schießübungen mit dem Ordonnanzgewehr. 4—5 Ausmärsche: Kartenlesen, Orientieren, Geländeaufnahmen, angewandtes Turnen.

V. Kl. 2 St. Marsch und Lauf: Dauerlauf, Wettlauf ohne und mit Handbelastung. Freiübungen ohne und mit Handbelastung: Säbel, Keulen etc. Geräteturnen. Angewandtes Turnen. Springen: Frei- und Stützsprünge. Kampfspiele.

In allen Klassen ist für das Hallenturnen der Gebrauch von Turnschuhen vorgeschrieben.

B. Freifächer.

20. Vierte Fremdsprache.

Spanisch oder eine andere Sprache. (Russisch u. s. w.)

Voraussetzung für die Bildung eines Anfängerkurses ist eine Beteiligung von mindestens 10 Schülern, die in den obligatorischen Sprachfächern gute Leistungen aufweisen.

Lehrziel. Fähigkeit, sich innerhalb des durch den Unterricht gebotenen Stoffes mit einiger Sicherheit mündlich und schriftlich auszudrücken. Verständnis leichterer moderner Prosastücke. Einführung in den kaufmännischen Schriftverkehr.

III. Kl. 3 St. Aussprache. Die Formenlehre und das Wesentliche aus der Syntax. Leichte Lesestücke, die Gelegenheit zu Konversationsübungen über tagtägliche Dinge bieten und die gebräuchlichsten Wörter und Wendungen vermitteln.

Schriftliche Schul- und Hausarbeiten.

IV. Kl. 3 St. Abschluß der Formenlehre und der Syntax. Behandlung moderner Lesestücke. Mündliche und schriftliche Übungen im Anschluß an die Lektüre. Einfache kaufmännische Briefe.

V. Kl. 2 St. Lesen und Besprechen von Texten, die den Schüler hauptsächlich mit Land und Leuten des Sprachgebiets bekannt machen. Konversation. Schriftliche Arbeiten.

21. Kaufmännische Arithmetik.

IV. Kl. m. 2. St. Gleicher Lehrstoff wie IV. Kl. f., Ziffer 5.

22. Übungskontor und Korrespondenz in fremden Sprachen.

Lehrziel. Selbständige Anwendung der fremden Sprache im mündlichen Geschäftsverkehr und in der schriftlichen Ausarbeitung der üblichen Kontorarbeiten.

IV. Kl. m. 3 St., in französischer Sprache, wie Ziffer 8.

IV. Kl. f. 1 St. im W., in italienischer Sprache. Handelskorrespondenz.

V. Kl. 2 St., in englischer Sprache. Ausarbeitung schwierigerer Briefe. Lesen und Besprechen von Prospekten und Geschäftsberichten britischer oder amerikanischer Gesellschaften.

23. Warenlehre und Laboratorium.

Lehrziele: Warenlehre. Verständnis für die Eigenschaften einer Ware als Folge der Eigenschaften des Rohstoffes und der Verarbeitungsweise. Kenntnis der Herstellung der wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel und der Textilwaren.

Laboratorium. Fertigkeit im mikroskopischen Arbeiten. Befähigung zu selbständiger Beobachtung von chemischen Eigenschaften und Vorgängen. Verständnis für das analytisch-chemische Verfahren. Kenntnis der wichtigsten Verfahren der Warenuntersuchungen. Gewöhnung an vorsichtiges und überlegtes Arbeiten.

II. Kl. 2 St. Im S.: Nahrungs- und Genußmittel. Mehl und Brot. Zucker. Molkereierzeugnisse. Kaffee, Tee, Kakao, Tabak. Geistige Getränke. Nahrungsmittelkonservierung.

Im W.: Textilwaren. Rohmateriallehre: Echte Seide, Seidenzucht, Haspeln, Zwirnen, Konditionieren; wilde Seide, Kunstseide. Wolle, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Ramie, ihre Gewinnung und Verarbeitung. Die Spinnerei der wichtigsten Faserstoffe.

III. Kl. 2 St. Grundbegriffe der Weberei, Handwebstuhl. Einführung in die Bindungslehre, Patronieren. Mechanische Weberei, Schaft- und Jacquardmaschine. Veredlungsarbeiten: Bleichen, Mercerisieren, Beschweren der Seide, Färben, Drucken, Appretieren. Dekomposition von Geweben. Kostenpreisberechnungen.

Stickereien, Wirkwaren, Strohgeflechte.

IV. Kl. 2 St. Laboratorium. Mikroskopische Untersuchungen. Anleitung zur analytisch-chemischen Arbeiten.

V. Kl. 2 St. Mikroskopische und chemische Untersuchungen von Lebensmitteln, Textilfasern und andern Waren. Färben und andere chemische Arbeiten.

Für den Unterricht in der Warenlehre und im Laboratorium stehen neben einer reichhaltigen Sammlung die nötigen Prüfungsapparate, Maschinen-Modelle und Lichtbilder zur Verfügung.

24. Physik.

Lehrziel. Kenntnis und Verständnis der für die Technik wichtigsten physikalischen Erscheinungen.

I. Kl. 2 St. Erweiterung und Ergänzung des in der Sekundarschule behandelten Stoffes aus dem Gesamtgebiet der Physik mit besonderer Berücksichtigung der technischen Einrichtungen (Dampfmaschinen, elektrische Maschinen).

Der Unterricht wird auf wesentlich experimenteller Grundlage erteilt.

25. Fortbildungskurse in einzelnen Wissensgebieten.

Zur weitern Förderung der allgemeinen Bildung und Ergänzung des Wissens sollen vor allem solche Gebiete, die im obligatorischen Unterricht nicht eingehend berücksichtigt werden konnten, behandelt werden.

A. Deutsche Sprache.

V. Kl. 1 St. Vorführung poetischer Musterstücke zur Ergänzung und Vertiefung des Deutschunterrichts.

B. Volkswirtschaftliche Diskussionsübungen.

IV. Kl. 1 St. Referate und Diskussionsübungen zur Ausbildung im Vortrag und in der freien Aussprache über volkswirtschaftliche Fragen und zur Stärkung des Interesses für wichtige Probleme der schweizerischen Volkswirtschaft.

Innere Handelspolitik (Genossenschaftswesen, insbesondere der genossenschaftliche Handel, Kleinhandelsfragen, Warenhäuser, Ausverkäufe, Abzahlungsgeschäfte, Hausierhandel, Märkte, kaufmännisches und industrielles Bildungswesen usw.), Ethik im Geschäftsleben. Aufgaben der sozialen Fürsorge.

V. Kl. 1 St. Die Entwicklung und der gegenwärtige Stand der schweizerischen Handels- und Verkehrspolitik.

C. Kaufmännische Werbelehre.

IV. Kl. 1 St. im S. Mittel der Absatzförderung, insbesondere die Reklame (Inserate, Plakate, Kataloge usw.). Ihre Organisation und Ausdrucksmittel. Die Kontrolle des Erfolgs.

Durch Beschluß der Aufsichtskommission können noch andere wahlfreie Fortbildungskurse eingerichtet werden.

26. Religion.

Lehrziel. Kenntnis des Lebens und der Lehre Jesu. Förderung des sittlichen und religiösen Lebens.

I. Kl. 2 St. Geschichte Jesu und des Urchristentums in ihren Beziehungen zu den Grundfragen des sittlichen und religiösen Lebens.

27. Fremdsprachige Stenographie.

Lehrziel. Kenntnis der französischen und der englischen Kurzschrift (Übertragungen des Systems Stolze-Schrey).

IV. Kl. 2 St. im S. Erlernung der französischen Stenographie.

IV. Kl. 2 St. im W. Erlernung der englischen Stenographie.

28. Maschinenschreiben, Fortbildungskurs.

Lehrziel. Aneignung der für den Bureaudienst in der Praxis notwendigen Fertigkeit. Kenntnis verschiedener Vervielfältigungsverfahren.

III. Kl. 1 St. Systematische Übungen zur Steigerung der Schreibfertigkeit.

Anfertigung von Geschäftsbriefen, Karten, Fakturen usw. Tabellarische Arbeiten mit dem Tabulator. Schreiben mit Durchschlag. Vorweisen anderer Vervielfältigungsverfahren (Wachsklischees etc.).

IV. Kl. 1 St. im S. Fortsetzung der systematischen Übungen. Arbeiten (Briefe usw.) in fremden Sprachen.

Dazu in Kl. III und IV je eine Aufgabestunde für die Schüler, welche daheim keine Schreibmaschine zur Verfügung haben.

Die Einschaltung kurzfristiger Kurse mit ausreichender Stundenzahl an Stelle der einzelnen Wochenstunden bleibt vorbehalten.

29. Zeichnen.

Lehrziel. Fähigkeit, richtig zu sehen und das Wesentliche und Charakteristische einer Form herauszufinden, sowie nicht allzu schwierige Objekte in den Hauptverhältnissen richtig und in verständlicher Ausdrucksweise perspektivisch darzustellen. Bildung des Schönheitssinnes, auch im Hinblick auf das kaufmännische Leben.

I. Kl. 2 St. Elemente des perspektivischen Freihandzeichnens. Skizzieren nach Gegenständen.

II. Kl., eventuell auch obere **Kl.** 2 St. Fortsetzung der Skizzierübungen. Ausführung gewerblicher Skizzen in Linien, zum Teil auch in Farben. Einführung ins Musterzeichnen.

IV. oder **V. Kl.** 2 St. in einem Semester. Betrachtung von Werken der bildenden Kunst.

Die Anwendung der Kunst im kaufmännischen Leben (Waren, Drucksachen, Plakate, Aufmachung und Ausstellung der Waren, Schaufenster- und Ladenausstattung); Weckung und Förderung des künstlerischen Urteils hierüber.

Besichtigung von Museen, Ausstellungen, Gebäuden, Schaufenstern, Warenmustern, Plakaten und andern Druckerzeugnissen.

30. Singen.

Lehrziel. Freude am leichtern Volksgesang.

III., IV. und V. Kl. je 1 St. Chorgesang (gemeinschaftlich mit der Industrieschule). Männerchor. Leichterer Volksgesang, zwei- und mehrstimmig.

31. Orchester.

Lehrziel. Förderung im Musikspiel.

Alle Kl. (ohne I. Kl. im S.), je 1 St. Orchesterübungen. Beteiligung an den feierlichen Anlässen der Schule.

Das Orchester ist eine gemeinschaftliche Einrichtung der Industrieschule und der Handelsschule. Es können daran nur Schüler teilnehmen, die ein Streich- oder Blasinstrument gut spielen.

---

3. Regulativ für die Fähigkeitsprüfungen am kantonalen Technikum in Winterthur. (Vom 3. Juli 1917.)

A. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Schüler des Technikums des Kantons Zürich in Winterthur, die eine Fachschule desselben mindestens von der III. Klasse an bis zum Schlusse durchlaufen haben, können sich um Fähigkeitszeugnisse bewerben. (§ 34 des Reglementes.)

§ 2. Diese Fähigkeitszeugnisse beziehen sich auf den Umfang der erworbenen theoretischen Kenntnisse und die Art der Lösung praktischer Aufgaben.

§ 3. Die Fähigkeitszeugnisse werden nach dem Ergebnis hiefür veranstalteter Prüfung unter angemessener Berücksichtigung der Semesterzeugnisse ausgestellt.

Für die Schule für Eisenbahnbeamte gelten die von der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen erlassenen Prüfungsvorschriften.

§ 4. Die Prüfung besteht aus der Vorprüfung und der Schlußprüfung. Sie wird von einer Kommission abgenommen, die jeweilen vom Erziehungsrate gewählt wird.

Die Prüfungskommission besteht aus Mitgliedern der Aufsichtskommission, aus Fachexperten und dem Direktor des Technikums. Sie setzt gemeinsam mit den prüfenden Lehrern die Zensuren fest.

§ 5. Die Anmeldung erfolgt unter Benutzung eines besondern Formulars, das spätestens acht Wochen vor Schluß des Halbjahreskurses der Direktion des Technikums einzureichen ist. Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet die Erziehungsdirektion.

Schüler, die beim Übergang in die letzte Klasse provisorisch promoviert worden sind, werden nicht zur Schlußprüfung zugelassen.

Die Prüfungsgebühr (Vorprüfung und Schlußprüfung) beträgt für Schweizerbürger 10 Fr., für Ausländer 30 Fr. Sie ist bei der Anmeldung zur Prüfung zu entrichten.

§ 6. Die schriftlichen, graphischen und praktischen Arbeiten sind unter Aufsicht selbständig anzufertigen.

§ 7. Die Fähigkeitsnoten werden durch die Zahlen 1—6 ausgedrückt, wobei 6 die besten, 1 die geringsten Leistungen bezeichnet. Die Prüfung ist bestanden, wenn die Durchschnittsnote mindestens 4 beträgt.

Für die Schüler der Schule für Eisenbahnbeamte gelten die besondern eidgenössischen Bestimmungen.

§ 8. Die mit Erfolg geprüften Kandidaten erhalten ein von der Direktion des Erziehungswesens ausgestelltes Zeugnis, worin die verschiedenen Fächer, in denen geprüft worden ist, und die erzielten Zensuren angegeben werden.

§ 9. Die Namen der mit Erfolg geprüften Abiturienten werden im amtlichen Schulblatt und im Jahresbericht des Technikums bekannt gemacht.

§ 10. Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann sie wiederholen, jedoch frühestens nach Jahresfrist. Eine weitere Wiederholung ist ausgeschlossen.

Den Kandidaten, die sich der Prüfung zum zweiten Male unterziehen, wird die Nachprüfung in den Fächern erlassen, in denen sie die Zensur 5 erreicht haben.

Bei ganzer oder teilweiser Wiederholung der Prüfung ist die volle Prüfungsgebühr zu entrichten.

B. Programm für die Prüfungen an den einzelnen Fachschulen.

§ 11. Die Prüfungen umfassen:

I. Bauschule.

A. Vorprüfung.

Schriftliche und graphische Prüfung:

	Prüfungszeit:
(Am Ende des III. Halbjahreskurses.)	
1. Deutsche Sprache	2—3 St.
2. Baukonstruktionslehre	3—4 „
(Am Ende des IV. Halbjahreskurses.)	
3. Mathematik	3—4 „
4. Angewandte darstellende Geometrie	3—4 „
5. Baumechanik	3—4 „

B. Schlußprüfung.

(Am Ende des VI. Halbjahreskurses.)

I. Mündliche Prüfung:	
1. Baukonstruktionslehre und innerer Ausbau	2—3 „
2. Eisenkonstruktion und Eisenbetonbau	2—3 „
3. Heiz- und Ventilationsanlagen, Installationen	2—3 „
II. Graphische und schriftliche Prüfung:	
1. Vorweisung und Beurteilung der Arbeiten aus der VI. Klasse: Pläne, Baukostenberechnung und Modelle.	
2. Lösung einer oder mehrerer Aufgaben aus der Baukonstruktionslehre	6—8 „
3. Entwurf eines kleinen Bauobjektes, Ausführung der Werkpläne 1 : 50 und einiger Details in größerem Maßstabe, Voranschlag einer Arbeitsgattung	zirka 40 „

Für die graphische Prüfung sind zwei Noten zu erteilen:
a) Für die Auffassung und Richtigkeit.
b) Für die zeichnerische Darstellung und Ausarbeitung.

II. Schule für Maschinentechniker.

A. Vorprüfung.

Schriftliche und graphische Prüfung.

	Prüfungszeit:
(Am Ende des IV. Halbjahreskurses.)	
1. Mechanik und Festigkeitslehre	3 St.
2. Geometrie	2 „
3. Darstellende Geometrie	2 „
4. Graphische Statik	4 „
(Am Ende des V. Halbjahreskurses.)	
5. Algebra und höhere Mathematik	2 „
6. Maschinenelemente und Hebezeuge	3—4 „
7. Skizzieren eines Maschinenteiles	4 „

B. Schlußprüfung.

(Am Ende des VI. Halbjahreskurses.)

I. Mündliche Prüfung:

Maschinenbau	1—2 „

II. Schriftliche und graphische Prüfung:

1. Maschinenbau	4 „
2. Elektrotechnik	3—4 „
3. Entwerfen der wichtigsten Teile einer Maschine	30—40 „

III. Schule für Elektrotechniker.

A. Vorprüfung.

Schriftliche und graphische Prüfung:

(Am Ende des IV. Halbjahreskurses.)	
1. Geometrie	2 „
2. Festigkeits- und Konstruktionslehre	2—3 „
3. Elektrochemie und Technologie	2 „
4. Darstellende Geometrie	2 „
5. Skizzieren	4 „
(Am Ende des V. Halbjahreskurses.)	
6. Algebra und Analysis	2—4 „
7. Mechanik und Maschinenlehre	3—4 „
8. Elektrische Beleuchtungs- und Leitungsnetze	2—4 „

B. Schlußprüfung.

(Am Ende des VI. Halbjahreskurses.)

I. Mündliche Prüfung:

1. Elektrotechnik, Bau und Prüfung von Maschinen	1 „
2. Elektrotechnische Anlagen und Messungen .	1 „

II. Schriftliche und graphische Prüfung:

1. Elektrotechnik, Bau und Prüfung von Maschinen	4 „
2. Elektrotechnische Anlagen und Messungen .	4 „

3. Beurteilung der elektrischen Konstruktionen aus dem Maschinenbau des V. und VI. Kurses.
4. Beurteilung der Konstruktionen aus dem Anlagen- und Apparatenbau des VI. Kurses.

IV. Schule für Chemiker.

A. Vorprüfung.

(Am Ende des V. Halbjahreskurses.)

	Prüfungszeit:
I. Mündliche Prüfung:	
1. Anorganische Chemie	1—2 St.
2. Organische Chemie	1—2 „
3. Analytische Chemie	1—2 „
4. Physik	1—2 „
5. Mineralogie	1—2 „
II. Schriftliche Prüfung:	
Allgemeine Chemie	4 „

B. Schlußprüfung.

(Am Ende des VI. Halbjahreskurses.)

I. Mündliche Prüfung:	
1. Technische Chemie	1—2 „
2. Färberei	1—2 „
II. Schriftliche Prüfung:	
Technische Chemie	4 „
III. Praktische Prüfung:	
Die Prüfung besteht in analytischen und präparativen Arbeiten	6—7 Wochen

Über sämtliche Arbeiten ist von den Schülern ein einläßliches schriftliches Referat abzugeben.

V. Tiefbauschule.

A. Vorprüfung.

	Prüfungszeit:
I. Mündliche Prüfung:	
(Am Ende des III. Halbjahreskurses.)	
1. Französische Sprache	1 St.
2. Italienische Sprache	1 „
3. Baumaterialienkunde	1 „
II. Schriftliche und graphische Prüfung:	
(Am Ende des III. Halbjahreskurses.)	
1. Deutsche Sprache	2 „
2. Französische Sprache	2 „
3. Italienische Sprache	2 „
4. Darstellende Geometrie	3 „
(Am Ende des IV. Halbjahreskurses.)	
5. Mathematik: Aufgaben in Geometrie und Algebra	4 „
6. Fachzeichnen: Die Zensur wird erteilt auf Grund der vorgelegten Semesterarbeiten.	

(Am Ende des V. Halbjahreskurses.) Prüfungszeit:

7. Praktische Geometrie . . . . . 4 St.
8. Statik . . . . . 4 „
9. Übungen in praktischer Geometrie: Die Zensur wird erteilt auf Grund der vorgelegten Semesterarbeiten in Verbindung mit den Resultaten der schriftlichen Prüfung (Ziffer II, lit. g).

B. Schlußprüfung.

(Am Ende des VI. Halbjahreskurses.)

I. Mündliche Prüfung:
Die mündliche Prüfung wird gruppenweise in denjenigen Fächern abgenommen, die nicht Gegenstand der schriftlichen Prüfung sind, und zwar in:

1. Straßen-, Eisenbahn- und Tunnelbau . . . 1 „
2. Brückenbau mit Tunnelbau und Baukonstruktion . . . . . 1 „
3. Wasserbau, Wasserversorgung und Kanalisation . . . . . 1 „
4. Rechtskunde . . . . . 1 „

II. Schriftliche und graphische Prüfung:

1. Ausarbeiten eines einfachen Projektes im Straßen-, Eisenbahn-, Brücken- oder Wasserbau 4 Tage zu 8 Std. 32 „
2. Lösen einer Aufgabe mit Anwendung der Differential- und Integralrechnung . . . . 1—2 „

Für die graphische Prüfung sind zwei Noten zu erteilen:

a) Für die „Technische Lösung“ der Aufgabe.
b) Für die zeichnerische Darstellung und Ausarbeitung.

VI. Handelsschule.

A. Vorprüfung.

Schriftliche Prüfung: Prüfungszeit:

(Am Ende des IV. Halbjahreskurses.)

Handelsgeographie . . . . . 4 St.

B. Schlußprüfung.

(Am Ende des VI. Halbjahreskurses.)

I. Mündliche Prüfung:

1. Deutsche Sprache . . . . . 1 „
2. Französische Sprache . . . . . 1 „
3. Englische Sprache . . . . . 1 „
4. Dritte Fremdsprache (fakultativ) . . . . 1 „
5. Buchhaltung und Bilanzkunde . . . . . 1 „
6. Handelsbetriebslehre . . . . . 1 „
7. Wirtschaftslehre . . . . . 1 „
8. Handelsrecht . . . . . 1 „

II. Schriftliche Prüfung:	Prüfungszeit:
1. Deutscher Aufsatz	4 St.
2. Französischer Aufsatz	4 „
3. Englischer Aufsatz	4 „
4. Aufsatz in der dritten Fremdsprache (fakultativ)	4 „
5. Kaufmännisches Rechnen	4 „

Im Fache Buchhaltung haben die Schüler als Ausweis für ihre praktische Befähigung eine von ihnen während des letzten Kurses selbständig gelöste größere Prüfungsarbeit vorzulegen.

VII. Schule für Eisenbahnbeamte.

(Am Ende des IV. Halbjahreskurses.)

Gemäß Reglement für die Fähigkeitsprüfungen der Abiturienten der schweizerischen Eisenbahnschulen vom 25. April 1917.

I. Schriftliche Prüfung:	Prüfungszeit:
1. Deutsche Sprache: Aufsatz	2 St.
2. Französische Sprache: Aufsatz	2 „
II. Mündliche Prüfung:	
1. Französische Sprache	1 „
2. Italienische Sprache	1 „
3. Rechnen	1 „
4. Geographie	1 „
5. Geschichte	1 „
6. Staatsbürgerlicher Unterricht	1 „
7. Eisenbahnwesen	1 „

NB. Nach den eidgenössischen Bestimmungen werden die Noten der Fähigkeitsprüfungen der Eisenbahnschulen in ganzen Zahlen erteilt und zwar: 3 = gut, 2 = genügend, 1 = ungenügend.

§ 12. Vorstehendes Regulativ tritt mit dem Sommersemester 1917 in Kraft; es ersetzt das Regulativ vom 14. August 1901.

---

4. Lehrplan der Schule für Elektrotechniker am Technikum des Kantons Zürich in Winterthur. (Vom 3. Juli 1917.)

A. Zweck der Schule.

Die Schule für Elektrotechniker bezweckt in erster Linie die Heranbildung von Technikern, die befähigt sind, sich als Konstrukteure auf dem Gebiete des Dynamo- und Apparatenbaues, als Installationstechniker für die Projektierung und Ausführung elektrischer Anlagen, als Betriebsleiter von Elektrizitätswerken, elektrischen Bahnen u. s. w. oder auch in Versuchsräumen von Maschinenfabriken zu betätigen.

Durch eine gründliche theoretische und praktische Ausbildung mit spezieller Berücksichtigung der heute dem Elektrotechniker unerläßlichen höhern Mathematik soll ihnen die Möglichkeit geboten sein, sich nach Verlassen der Schule auch selbständig weiter zu bilden, um auch höhern Anforderungen der Praxis genügen zu können.

Ebenso wird durch eine entsprechende Berücksichtigung des allgemeinen Maschinenbaues den Bedürfnissen jener Elektrotechniker Rechnung getragen, die sich gemischten Betrieben zuwenden.

B. Unterrichtsprogramm.

I. Klasse (Sommerhalbjahr).

Deutsche Sprache, 4 St. Lesen und Erklären klassischer und moderner Dichtungen, Aufsätze und Übungen im mündlichen Ausdruck. Ausgewählte Abschnitte der Grammatik.

Rechnen, 4 St. Übungen im abgekürzten Rechnen. Quadratwurzeln aus dekadischen Zahlen. Proportionen und Zweisatzrechnungen. Prozent-, Zins- und Diskontorechnungen.

Algebra, 5 St. Die Grundoperationen mit allgemeinen Größen. Gleichungen des ersten Grades mit einer und mehreren Unbekannten. Die Lehre von den Potenzen und Wurzeln.

Geometrie, 5 St. Planimetrie mit Übungen. Elementare geometrische Theorie der Kegelschnitte. Einleitung in die Stereometrie.

Geometrisches Zeichnen, 2 Std. Geometrische Konstruktionen im Anschluß an den Unterricht in der Geometrie.

Physik, 3 St. Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper.

Chemie, 3 St. Grundzüge der Chemie der Nichtmetalle und ihrer wichtigsten Verbindungen. Atomlehre. Stöchiometrie.

Maschinenzeichnen, 8 St. Rechtwinklige Projektionsart. Skizzieren einfacher Maschinenteile nach Modellen; Herstellung von Werkzeichnungen. Technische Schriftarten.

Freihandzeichnen, 3 St. Zeichnen nach Wandtafelskizzen und Modellen.

II. Klasse (Winterhalbjahr).

Deutsche Sprache, 3 St. Behandlung von Werken der deutschen Literatur. Geschäftsbriefe und Geschäftsaufsätze. Freie Vorträge.

Algebra, 5 St. Gleichungen des II. Grades mit einer und mehreren Unbekannten. Komplexe Zahlen. Die Logarithmen und der Gebrauch der Logarithmentafeln. Exponentialgleichungen.

Geometrie, 4 St. Fortsetzung der Stereometrie: Allgemeine Eigenschaften der Flächen und Körper, Berechnung von Flächen und Kubikinhalten.

Trigonometrie: Berechnung des rechtwinkligen und des schiefwinkligen Dreiecks. Goniometrie.

Darstellende Gemoetrie, 6 St. Darstellung von Punkten, Geraden, und Ebenen auf zwei und drei Projektionsebenen. Ebene Systeme und Bestimmung ihrer wahren Größe durch Umklappung. Normale Geraden und Ebenen. Polyeder und Rotationsflächen. Ebene Querschnitte. Abwicklungen. Drehung um Axen und Änderung der Projektionsebenen. Übungen.

Physik, 6 St. Wellenlehre und Akustik. Lehre von der Wärme. Optik: Photometrie, Reflexion und Refraktion; Dispersion; die optischen Instrumente. Elektrostatik.

Chemie, 3 St. Fortsetzung der Chemie der Nichtmetalle. Ausgewählte Abschnitte aus der Chemie der Metalle mit tunlicher Berücksichtigung der Metallurgie.

Mechanische Technologie der Konstruktionsmaterialien, 2 St. Herstellung und Eigenschaften der im Maschinenbau verwendbaren Materialien. Die Gießerei.

Maschinenzeichnen, 8 St. Fortsetzung des Unterrichts der I. Klasse.

III. Klasse (Sommerhalbjahr).

Algebra, 4 St. Arithmetische und geometrische Progressionen, Zinseszins-, Renten- und Amortisationsrechnung. Erläuterung des Funktionsbegriffs und graphische Darstellung von Funktionen. Auflösung numerischer Gleichungen durch Näherungsmethoden.

Geometrie, 3 St. Analytische Geometrie der Ebene: Rechtwinklige und Polarkoordinaten, Flächeninhalt ebener Polygone. Die Gleichungsformen der Geraden. Distanz und Winkelrelationen.

Darstellende Geometrie, 2 St. Durchdringung von Oberflächen, Axonometrie.

Elektrizitätslehre, 4 St. Hauptgesetze der ruhenden und bewegten Elektrizität: Das Coulombsche Gesetz. Die elektrische Menge, das elektrische Potential, Kapazität. Begriff der Spannung, Stromstärke und Widerstand. Anwendungen des Ohmschen Gesetzes auf einfache Stromkreise. Die Kirchhoffschen Sätze. Der elektrische Leiter in seinen Eigenschaften. Theorie der Elektrolyse, elektrisches Elementarquantum. Entladungserscheinungen im luftverdünnten Raum. Kathoden-, Röntgen- und Kanalstrahlen. Die radioaktiven Substanzen, Elektronentheorie.

Technologie und Elektrochemie, 2 St. Die als Konstruktionsmaterial verwendeten Metalle und Legierungen. Die festen und flüssigen Isoliermaterialien. Die Lacke. Die Primärelemente und die Akkumulatoren.

Chemisch-physikalisches Praktikum, 3 St. Bestimmungen des spezifischen Gewichts, der spezifischen Wärme und Wärmeleitungen. Elektrochemisches Äquivalent. Primärelemente und Akkumulatoren.

Mechanik, 4 St. Zusammensetzung und Zerlegung von Kräften. Statisches Moment. Kräfte- und Seilpolygon. Momentenfläche. Anwendungen auf statisch bestimmte Fachwerksträger und Gittermasten. Lehre vom Schwerpunkt. Gleitende Reibung. Wälzungswiderstand.

Festigkeits- und Konstruktionslehre, 8 St.

a) Festigkeitslehre: Elastizität und Festigkeit der Konstruktionsmaterialien. Zug-, Druck- und Schubfestigkeit. Biegungs-, Knickungs und Torsionsfestigkeit. Zusammengesetzte Festigkeit. Berechnung der Federn, Festigkeit plattenförmiger Körper. Übungsbeispiele.

b) Konstruktionslehre: Keile und Keilverbindungen. Vernietungen bei Dampfkesseln und Eisenkonstruktionen. Befestigungs- und Bewegungsschrauben.

Konstruktionsübungen, 7 St. Beispiele über Befestigungs- und Bewegungsschrauben. Eisenkonstruktionen, wie Dachträger, Krangerüste, Gittermasten, Entwerfen von Kuppelungen, Lagern und Lagerschilden zu elektrischen Maschinen.

IV. Klasse (Winterhalbjahr).

Algebra, 4 St. Kombinationslehre. Der binomische Satz für ganze positive Exponenten. Unendliche Reihen. Der binomische Satz für negative und gebrochene Exponenten. Exponentialreihe, logarithmische und trigonometrische Reihen. Einführung in die Elemente der Differentialrechnung.

Geometrie, 2 St. Analytische Geometrie: der Kreis, die Parabel, Elipse und Hyperbel. Besprechung der Gleichungen technisch wichtiger Kurven.

Mechanik, 4 St. Begriffe von Geschwindigkeit, Beschleunigung, Kraft, Masse, Arbeit und Arbeitsvermögen. Gleich- und ungleichförmige Bewegung fester Körper auf gerader und krummer Bahn (Zentralbewegung). Gleichgewicht bei Flüssigkeiten: Hydrostatischer Druck auf Staudämme, Schützen, Preßkolben (hydraulische Presse). Auftrieb. Ausflußgesetze. Bewegung des Wassers in Röhren und Kanälen. Wassermessung.

Maschinenlehre, 4 St. Theorie des Kurbeltriebes. Kolbenpumpen. Schwungräder. Zentrifugalregulatoren. Reguliervorgang bei Belastungsänderungen einer Maschine (Tachograph).

Konstruktionslehre, 5 St. Stirn-, Kegel- und Schraubenräder, Zapfen, Lager, Wellen, Kuppelungen. Riemen- und Seiltrieb. Angewandte Beispiele an elektrischen Maschinen, Kranen und Aufzügen. Graphisches Verfahren zur Ermittlung der elastischen Linie mehrfach gelagerter Wellen.

Elektrochemie, 3 St. Akkumulatoren (Fortsetzung). Die elektrischen Öfen, Technische elektrochemische Prozesse.

Konstruktionsübungen, 9 St. Zahnräder-, Riemen- und Seilscheibengetriebe zu elektrischen Maschinen. Schwungräder und Reguliereinrichtungen. Elektrische Kranen und Aufzüge.

Elektrizitätslehre, 4 St. Arbeit des elektrischen Stromes. Joulesches Gesetz und seine Anwendung. Magnetismus: Begriff des magnetischen Feldes. Kraftlinien. Elektromagnetismus. Magnetische Kurven. Berechnung einfacher magnetischer Stromkreise.

Wechselwirkung zwischen Elektrizität und Magnetismus: Das Biot-Savartsche Gesetz und seine Anwendung. Induktion. Absolutes Maßsystem.

Schwachstromtechnik, 2 St. Signalwesen, Telegraphie, Telephonie, Leitungsbau.

V. Klasse (Sommerhalbjahr).

Höhere Mathematik, 5 St. Fortsetzung der Differentialrechnung und Integralrechnung. Einfache Differentigalgleichungen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des elektrotechnischen Unterrichts.

Maschinenlehre, 5 St. Die Wasserturbinen und Kreiselpumpen. Prinzipien der mechanischen Wärmetheorie. Grundzüge der Dampfmaschinen, Verbrennungsmotoren und Dampfturbinen. Gyroskopische Wirkungen. Methoden zur Messung der Maschinenleistungen.

Elektrotechnik, 5 St. Erweiterung und Anwendung der Grundgesetze: Die magnetischen Felder elektrischer Maschinen. Berechnung der Ampèrewindungen mit Berücksichtigung der Streuung. Anwendung des Induktionsgesetzes auf elektrische Maschinen. Effektivwerte von Wechselströmen. Bestimmung der Eisenverluste.

Wirkungsweise und Theorie der Gleichstrommaschinen: Schaltungsarten und ihre Eigenheiten als Generator und Motor. Entwurf der Armatur mit Berücksichtigung der Armaturreaktion. Ankerwicklungen. Berechnung der Magnetwicklungen. Berechnung der Verluste und Temperaturerhöhung. Entwurf vollständiger Maschinen mit Übungen.

Spezielle Ausführungsarten von Gleichstrommaschinen: Dreileitermaschinen. Sparschaltung, Ward-Leonhardschaltung, Ilgnerschaltung.

Elektrische Bahnen: Aufstellen des Fahrtenplanes und Ermittlung der Leistung. Steuerung der Motoren. Besprechung ausgeführter typischer Anlagen.

Elektrische Beleuchtung und Leitungsnetze, 2 St.

Elektrotechnisches Praktikum, 7 St. Die Meßinstrumente und Meßmethoden zu Gleichstrommessungen mit Übungen. Messen von Widerständen nach den Brückenmethoden mit Galvanometer und Telephon, sowie durch Strom- und Spannungsmessung. Spannungsmessung nach der Kompensationsmethode mit Anwendung auf Strom- und Widerstandsmessung. Eichen von Meßinstrumenten. Übungen in photometrischen Messungen von Lichtstärke und Beleuchtung. Magnetische Messungen zur Aufnahme von Magnetisierungskurven an Eisenproben. Bestimmen der Feldstärke.

Elektrische Konstruktionslehre und Konstruktionsübungen, 11 St. Einführung in die Konstruktionselemente elektrischer Maschinen: Armaturen, Wicklungen, Bürstenhalter, Klemmen und Magnetfelder von Gleichstrommaschinen. Skizzenhafter Entwurf kompletter Gleichstrommaschinen.

VI. Klasse (Winterhalbjahr).

Elektrotechnik (Maschinen), 5 St. Einführung in die Wechselstromtechnik: Entstehung von Wechselströmen. Ad-

dition von Wechselströmen und Spannungen. Das Vektordiagramm. Ableitung des Kappschen Koëffizienten. Begriff von Selbstinduktion, Kapazität, Phasenverschiebung. Analytische und graphische Behandlung von Stromkreisen mit Selbstinduktion, Kapazität und Widerstand. Arbeit des Wechselstroms.

Die Wechselstromwicklungen. Theorie und Berechnungen von Transformatoren, Autotransformatoren, Induktionsreglern, Wechselstromgeneratoren, Synchron- und Asynchronmotoren, Kollektormotoren und Einankerumformer mit praktischen Übungen im Entwurfe und Berechnen solcher Maschinen.

Elektrische Anlagen und Kraftübertragung, 3 St. Gleichstromsysteme für Kraftübertragung und Verteilung. Die Verwendung der Akkumulatoren. Die Wechselstromsysteme für Kraftübertragung und Verteilung. Die Verwendung der Transformatoren. Berechnen von Wechselstromleitungen. Kritik der Übertragungssysteme. Einrichtung von Kraftzentralen, Unterwerken und Transformatorenstationen. Über Stromschutz und Überspannungsschutz. Tarife für den Verkauf von Elektrizität.

Übungen:

a) Maschinenkonstruktion, 8 St. Die Statoren, Rotoren und Wicklungen der Wechselstromgeneratoren und -motoren. Skizzenhafter Entwurf kompletter Maschinen, Transformatoren und Induktionsregler.

b) Apparatenkonstruktion und Entwurf von ganzen Anlagen, 8 St. Konstruktion von Schalt- und Steuerapparaten, Regulierwiderständen und ganzer Schaltanlagen für Kraftwerke. Entwurf von Krafterzeugungs-, Übertragungs- und Verteilanlagen als Grundlage zu Kostenberechnungen.

Elektrotechnisches Praktikum, 7 St. Messungen an fertigen Maschinen: Aufnahme der Magnetisierungs- und Belastungskurven von Gleichstrommaschinen. Bestimmung des Nutzeffektes durch Bremsung, Rückarbeiten und aus den Einzelverlusten. Auslaufversuche. Berechnung der Nebenschlußregulatoren und Anlasser. Theorie der Wechselstrominstrumente und -zähler. Aufnahme der Leerlauf- und Kurzschlußkurven von Wechselstromgeneratoren. Berechnung des Spannungsabfalles. Untersuchung von Transformatoren, Synchron- und Asynchronmotoren.

Buchhaltung, 2 St.

a) Formen der Kapitalbeschaffung. Bankverkehr. (Kontokorrent.) Zahlungsmittel: Scheck, Postgiro. Betreibung und Konkurs. Verkehr mit der Eisenbahn. Usanzen im Warenverkehr.

b) Buchhaltung mit Anwendung auf einen kurzen Geschäftsgang. Kalkulation. Fabrikorganisation, Materialverwaltung, Lohnwesen.

Patentwesen, 1 St. Gesetzliche Bestimmungen über das Patentwesen, Epxropriations- und Konzessionsverfahren. Wesen der Aktiengesellschaften.

Vaterlandskunde, 2 St.

a) Gemeinde, Bezirk, Kanton, Bund.
b) Geschichtliche Entwicklung der Verfassung der Schweiz.
c) Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der Bundesverfassung.
d) Grundlegende Darstellungen des wirtschaftlichen Lebens der Schweiz und ihrer Beziehungen zum Auslande.

C. Stundenverteilung auf die einzelnen Klassen.

Fächer	I	II	III	IV	V	VI	Zusammen
1. Deutsche Sprache . .	4	3	—	—	—	—	7
2. Rechnen	4	—	—	—	—	—	4
3. Algebra	5	5	4	4	—	—	18
4. Geometrie	5	4	3	2	—	—	14
5. Geometrisches Zeichnen .	2	—	—	—	—	—	2
6. Darstell. Geometrie . .	—	6	2	—	—	—	8
7. Physik	3	6	—	—	—	—	9
8. Chemie	3	3	—	—	—	—	6
9. Elektrochemie	—	—	—	3	—	—	3
10. Technologie	—	2	—	—	—	—	2
11. Technologie und Elektrochemie	—	—	2	—	—	—	2
12. Chem.-physik. Praktik .	—	—	3	—	—	—	3
13. Freihandzeichnen . . .	3	—	—	—	—	—	3
14. Maschinenzeichnen . .	8	8	—	—	—	—	16
15. Mechanik	—	—	4	4	—	—	8
16. Festigkeits- und Konstruktionslehre	—	—	8	5	—	—	13
17. Konstruktionsübungen .	—	—	7	9	—	—	16
18. Elektr. Konstruktionslehre und Übungen . .	—	—	—	—	11	16	27
19. Maschinenlehre . . .	—	—	—	4	5	—	9
20. Höhere Mathematik . .	—	—	—	—	5	—	5
21. Elektrizitätslehre . . .	—	—	4	4	—	—	8
22. Elektrotechnik	—	—	—	—	5	5	10
23. Elektr. Anlagen und Kraftübertragung . . .	—	—	—	—	—	3	3
24. Schwachstromtechnik; Elektrische Beleuchtung und Leitungsnetze . .	—	—	—	2	2	—	4
25. Elektrotechn. Praktikum.	—	—	—	—	7	7	14
26. Buchhaltung	—	—	—	—	—	2	2
27. Patentwesen	—	—	—	—	—	1	1
28. Vaterlandskunde . . .	—	—	—	—	—	2	2
	37	37	37	37	35	36	219

5. Lehrplan der Schule für Tiefbautechniker am kantonalen Technikum in Winterthur. (Vom 3. Juli 1917.)

A. Zweck der Schule.

Die Schule für Tiefbautechniker bezweckt in erster Linie die Ausbildung von Technikern im Tiefbau zur Ausarbeitung von Projekten mit Kostenanschlägen für Wasser- und Gasversorgungen, Kanalisationen, Tramlinien- und Straßenbauten, sowie zur Besorgung der Bauleitung und der Abrechnungen.

Die Ausbildung soll dem Tiefbautechniker aber auch ermöglichen, dem Ingenieur ein sachkundiger Mitarbeiter zu werden bei Arbeiten, die zur Ausführung ein höheres Maß technisch-wissenschaftlicher Bildung und Umsicht erfordern, wie größere und wichtigere Eisenbahn-, Wasser- und Brückenbauten.

Nach ausreichender praktischer Betätigung soll sich dem Techniker auch die Möglichkeit bieten können, ein selbständiger Unternehmer zu werden.

B. Unterrichtsprogramm.

I. Klasse (Sommerhalbjahr.)

Deutsche Sprache (3 St.). Aufsätze, orthographische Übungen, Übungen im mündlichen Ausdruck, Wiederholung der Wortformenlehre. Allgemeine Stilistik. Lesen und Erklären prosaischer und poetischer Lesestücke.

Französische Sprache (3 St.). Lesen und Besprechen leichter Lesestücke. Im Anschluß: Sprechübungen und schriftliche Arbeiten. Wiederholung der grammatikalischen Formenlehre. Die Unterrichtssprache ist soweit tunlich das Französische.

Italienische Sprache (3 St.) Grammatik. Formenlehre: Artikel, Adjektiv, Substantiv. Deklination, Pronomen, regelmäßiges Verbum. Lektüre leichter Lesestücke. Im Anschluß: Konversationsübungen. Übersetzungen und kurze Aufsätze.

Arithmetik (3 St.) Übungen im numerischen Rechnen mit ganzen und gebrochenen Zahlen. Proportionen. Prozentrechnungen.

Algebra (5 St.). Die vier Grundoperationen mit algebraischen Größen. Darstellung von Summen durch Produkte. Potenzen. Gleichungen I. Grades mit einer und mehreren Unbekannten.

Planimetrie (5 St.). Kongruenz und Ähnlichkeit. Flächenberechnungen. Lösung von Aufgaben durch Konstruktion und Rechnung.

Linear- und Fachzeichnen (6 St.). Übung im Gebrauch der Zeicheninstrumente an geometrischen Konstruktionen. Auftragen von Plandetails, Quadratnetze, Maßstäbe.

Chemie (3 St.). Abriß der anorganischen Chemie.

Physik (2 St.). Mechanik der festen, flüssigen und gasförmigen Körper.

II. Klasse (Winterhalbjahr).

Deutsche Sprache (3 St.). Aufsätze, Übungen in der Rechtschreibung und im mündlichen Ausdruck. Wiederholung und Er-

gänzung der Satzlehre. Lesen und Erklären prosaischer und poetischer Lesestücke.

Französische Sprache (3 St.). Lektüre zusammenhängender Stücke, anschließend: Konversationsübungen. Erklärung der wichtigsten Erscheinungen der Syntax. Diktate und einfache Aufsätze.

Italienische Sprache (3 St.). Fortsetzung der Grammatik: Unregelmäßiges Verbum, Satzlehre. Lesen eines größeren italienischen Originaltextes. Anknüpfend: Konversationsübungen und schriftliche Arbeiten. Geschäftsbriefe. Die Unterrichtssprache ist soweit tunlich das Italienische.

Algebra (3 St.). Die Wurzelgrößen. Logarithmen und Gebrauch der Logarithmentafel. Gleichungen zweiten Grades.

Darstellende Geometrie (6 St.) mit Übungen. Darstellung von Punkten, Geraden und Ebenen in der rechtwinkligen Parallelprojektion und Bestimmung der wahren Größe von Strecken, Winkeln und ebenen Figuren. Darstellung der Körper. Ebene Schnitte und Abwicklungen. Durchdringungen einfacher Körper.

Trigonometrie (2 St.). Die trigonometrischen Funktionen. Dreiecksberechnung. Goniometrie.

Stereometrie (3 St.). Punkt, Gerade und Ebene im Raum. Kollineation. Elementare geometrische Behandlung der Kegelschnitte. Berechnung von Körperoberflächen und -inhalten.

Fachzeichnen (4 St.) Auftragen und Kopieren von Handrissen und Situationsplänen, Planschriften, Bemalen, Vergrößern und Verkleinern von Plänen.

Baumaterialienkunde (3 St.). Die natürlichen Gesteine, deren geologische Entstehung, mineralogischen und technischen Eigenschaften. Die künstlichen Steine, Hölzer, Metalle, Mörtel, Gewinnung, Zubereitung und Prüfung der Baumaterialien.

Chemie (3 St.). Fortsetzung der anorganischen Chemie mit besonderer Berücksichtigung der gesteinbildenden Mineralien. Die Brenn- und Leuchtstoffe.

Physik (2 St.). Geometrische Optik. Wärmelehre.

III. Klasse (Sommerhalbjahr.)

Deutsche Sprache (2 St.). Geschäftsaufsätze, schriftlicher Verkehr mit Behörden und technische Korrespondenz.

Italienische Sprache (2 St.). Repetition der Grammatik. Lektüre wie in der zweiten Klasse. Konversationsübungen. Schriftliche Arbeiten: Aufsätze und Geschäftsbriefe.

Algebra (4 St.). Arithmetrische und geometrische Progressionen. Zinseszins-, Renten- und Amortisationsrechnung. Kombinationslehre. Der binomische Lehrsatz für ganze, positive Exponenten.

Darstellende Geometrie (4 St.). Kotierte Pläne, Schattenkonstruktionen, Perspektive und axonometrische Darstellung.

Trigonometrie (2 St.). Fortsetzung der Goniometrie und Dreiecksberecchnung. Berechnung des Vierecks.

Analytische Geometrie (2 St.). Der Funktionsbegriff. Analytische Darstellung der ebenen Kurven, Distanzbestimmungen und Winkelbeziehungen. Die gerade Linie.

Fachzeichnen (4 St.). Anfertigung von Situationsplänen, Längen- und Querprofilen, einfachen Baugegenständen und Baumaschinen, Skizzierübungen.

Praktische Geometrie (5 St.). Die Maße, Längenmaßwerkzeuge. Das Abstecken rechter Winkel, Aufnahmemethoden. Der Rechenschieber, Libelle und Nonius, das Nivellierinstrument, Längen- und Querprofile, Flächennivellements.

Feldmessen (4 St.). Übungen in der Anwendung der Methoden und der geodätischen Instrumente.

Physik (5 St.). Elektrizität und Magnetismus.

IV. Klasse (Winterhalbjahr).

Algebra (3 St.). Unendliche Reihen. Eulersche und Moivresche Formel. Trigonometrische Funktionen kleiner Winkel. Auflösung von Gleichungen durch Annäherung. Graphische Verfahren.

Analytische Geometrie (2 St.). Behandlung der Kegelschnitte. Kurze Besprechung anderer technisch wichtiger Kurven.

Mathematische Übungen (2 St.). Lösung von Aufgaben aus den behandelten Gebieten, verbunden mit Repetitionen.

Praktische Geometrie (5 St.). Der Meßtisch, topographische Aufnahmen, der Theodolit und das Polygonarverfahren, Flächenrechnungen, das Planimeter, trigonometrische und barometrische Höhenmessungen. Absteckungsaufgaben.

Fachrechnen (3 St.). Berechnung von Polygonzügen, Dreieckspunkten und Kurven. Die Aufgabe von Pothenot und Hansen.

Baukonstruktionslehre (3 St.). Stein-, Eisenbeton- und Holzkonstruktionen.

Übungen (3 St.). Konstruktion einfacher Bauten (Stütz-, Futter- und Flügelmauern, kleine Durchlässe).

Statik (5 St.). Zusammensetzung und Zerlegung von Kräften, Kräfte- und Seilpolygon, der Schwerpunkt; Anwendungen auf den einfachen Balken, Kräftepläne nach Cremona, statisch bebestimmte Fachwerkträger, der Erddruck, exzentrische Belastung, der Winddruck, Festigkeitslehre.

Übungen (3 St.). Graphische Bestimmungen des Schwerpunktes, Kräftepläne nach Cremona, Berechnung einfacher Balkenträger, Stütz- und Futtermauern, Staumauern.

Grundbau (2 St.). Geologische Grundlagen. Tragfähigkeit des Baugrundes, die einfachen Fundierungsmethoden, Beschreibung der Druckluftgründung (Eisen- und Eisenbetoncaisson).

Übungen (2 St.). Anwendung der einfachen Gründungsmethoden.

Hydraulik und Wassermessungen (3 St.). Hydrostatik, der Auftrieb. Hydrodynamik: Ausfluß des Wassers aus Mündungen, Über-

fälle, Wassermessungen, Bewegung des Wassers in offenen und geschlossenen Leitungen, Druckhöhenverluste.

Anmerkung: Am Schlusse der vierten Klasse soll der Schüler, wenn immer möglich, eine praktische Lehrzeit von ein bis zwei Jahren im Vermessungs- und Tiefbauwesen durchmachen, um den Lehrstoff des fünften und sechsten Halbjahreskurses besser zu verstehen.

V. Klasse (Sommerhalbjahr).

Mathematik (2 St.). Einführung in die Elemente der Differential- und Integralrechnung.

Fachrechnen (1 St.). Trigonometrische Punktbestimmungen (Verwertung der Messungen).

Feldmessen (4 St.). Weitere Übungen in der Anwendung der geodätischen Instrumente.

Baukonstruktionslehre (2 St.). Eisenkonstruktionen. Darstellung einfacher Bauobjekte in Eisen.

Übungen (2 St.). Konstruktion einer kleinen Balkenbrücke und eines Dachstuhles.

Eisenbetonbau (2 St.). Berechnung einfacher Konstruktionen in Eisenbeton.

Statik (2 St.). Fortsetzung der Festigkeitslehre und Grundsätze der Elastizitätstheorie.

Straßen- und Eisenbahnbau (2 St.). Die Grundlagen zur Projektierung von Straßen- und Eisenbahnanlagen: Situation, Längen- und Querprofil, Massenberechnung und -verteilung, Kostenanschlag.

Übungen (2 St.). Darstellung eines einfachen Straßen- oder Eisenbahnprojektes mit Kostenanschlag.

Grundbau (3 St.). Weitere Übungen in der Anwendung der Gründungsmethoden.

Brückenbau (2 St.). Beschreibung steinerner, hölzerner und eiserner Brücken, sowie der Lehr- und Dienstgerüste, Ein- und Ausrüstung steinerner Brücken.

Übungen (2 St.). Konstruktion einer einfachen steinernen Brücke mit Lehrgerüst, Kostenanschlag.

Wasserbau (2 St.). Geologische Grundlagen. Die natürlichen Wasserläufe, Verbauung und Korrektion kleiner Flüsse und Wildbäche, Entwässerungen und Bewässerungen.

Übungen (2 St.). Konstruktion von Sickerungen und Röhrendränagen, Verbauung von Wildbächen.

Wasser- und Gasversorgung (2 St.). Geologie der Quellbildung. Wassergewinnung, Aufspeicherung des Wassers, das Röhrennetz, Gasversorgungsnetze.

Baumaschinen (3 St.). Beschreibung der Hebezeuge, Pumpen, Bagger, Rammen, Förderanlagen, Steinbrecher, Bohrmaschinen.

VI. Klasse (Winterhalbjahr).

Mathematik mit Übungen (2 St.). Fortsetzung der Differential- und Integralrechnung: Anwendungen aus den Gebieten der Statik, Festigkeitslehre und Hydraulik.

Straßen- und Eisenbahnbau (4 St.). Grundsätze für den Straßen- und Eisenbahnbau, Geologische Ursachen und Vorkehrungen gegen Gleichgewichtsstörungen der Bauten, Vortriebs- und Zimmerungsmethoden des Tunnelbaues, Betrieb und Betriebssicherungen.

Übungen (2 St.). Konstruktionen für Unter- und Oberbau.

Brückenbau (2 St.). Beschreibung von eisernen Fachwerk- und Bogenbrücken, sowie von Eisenbetonbrücken.

Übungen (4 St.). Berechnung und Konstruktion einer eisernen Fachwerkbrücke und einer einfachen Eisenbetonbrücke.

Wasserbau (3 St.). Die einfachen Wehranlagen und Staumauern. Kanäle und Druckleitungen, Kraftberechnung.

Übungen (3 St.). Berechnung und Konstruktion einer einfachen Wehranlage und einer Staumauer.

Kanalisation (2 St.). Grundzüge für Kanalisationsleitungen und deren Berechnung. Beseitigung des Schmutzwassers.

Übungen (2 St.). Konstruktion eines Teiles einer Kanalisationsleitung und einer einfachen Kläranlage.

Anwendung der Elektrotechnik (2 St.). Elektrische Antriebe für Baumaschinen. Beschreibung der Motoren, ihre Bedienung und Behandlungsweise. Sicherheitsvorrichtungen.

Rechtskunde (4 St.). Die wichtigsten Abschnitte aus dem Sachenrecht; Eigentum, Eigentumsbeschränkung, Dienstbarkeiten, Pfandrecht, Besitz und Grundbuch. Die wichtigsten Abschnitte aus dem Obligationenrecht: Der Vertrag im allgemeinen, insbesondere der Dienstvertrag, der Werkvertrag, die Haftpflicht.

Buchhaltung (2 St.). Einfache Buchhaltung. Anwendung auf den Geschäftsgang eines Baugeschäftes. Erklärung des Wechsels.

Vaterlandskunde (2 St.).

a) Gemeinde, Bezirk, Kanton, Bund.
b) Geschichtliche Entwicklung der Verfassung der Schweiz.
c) Kenntnis der wichtigsten Bestimmungen der Bundesverfassung.
d) Grundlegende Darstellungen des wirtschaftlichen Lebens der Schweiz und ihrer Beziehungen zum Auslande.

C. Stundenverteilung auf die einzelnen Klassen.

Fächer	I	II	III	IV	V	VI	Zusammen
1. Deutsche Sprache . .	3	3	2	—	—	—	8
2. Französische Sprache .	3	3	—	—	—	—	6
3. Italienische Sprache . .	3	3	2	—	—	—	8
4. Chemie	3	3	—	—	—	—	6
5. Physik	2	2	5	—	—	—	9
6. Arithmetik	3	—	—	—	—	—	3
Übertrag	17	14	9	—	—	—	40

Fächer	I	II	III	IV	V	VI	Zusammen	
Übertrag	17	14	9	—	—	—	40	
7. Algebra	5	3	4	3	—	—	15	
8. Planimetrie	5	—	—	—	—	—	5	
9. Darstellende Geometrie mit Übungen	—	6	4	—	—	—	10	
10. Trigonometrie	—	2	2	—	—	—	4	
11. Stereometrie	—	3	—	—	—	—	3	
12. Analytische Geometrie	—	—	2	2	—	—	4	
13. Mathematische Übungen	—	—	—	2	—	2	4	
14. Mathematik	—	—	—	—	2	—	2	87
15. Linear- und Fachzeichnen	6	—	—	—	—	—	6	
16. Fachzeichnen	—	4	4	—	—	—	8	
17. Praktische Geometrie	—	—	5	5	—	—	10	
18. Fachrechnen	—	—	—	3	1	—	4	
19. Feldmessen	—	—	4	—	4	—	8	
20. Baukonstruktionslehre	—	—	—	3	2	—	5	
Übungen	—	—	—	3	2	—	5	
21. Statik	—	—	—	5	2	—	7	
Übungen	—	—	—	3	—	—	3	
22. Eisenbetonbau	—	—	—	—	2	—	2	58
23. Baumaterialienkunde	—	3	—	—	—	—	3	
24. Straßen- u. Eisenbahnbau	—	—	—	—	2	4	6	
Übungen	—	—	—	—	2	2	4	
25. Grundbau	—	—	—	2	—	—	2	
Übungen	—	—	—	2	3	—	5	
26. Brückenbau	—	—	—	—	2	2	4	
Übungen	—	—	—	—	2	4	6	
27. Wasserbau	—	—	—	—	2	3	5	
Übungen	—	—	—	—	2	3	5	
28. Hydraulik und Wassermessungen	—	—	—	3	—	—	3	
29. Wasser- und Gasversorgung	—	—	—	—	2	—	2	
Kanalisation	—	—	—	—	—	2	2	
Übungen	—	—	—	—	—	2	2	
30. Anwendungen der Elektrotechnik	—	—	—	—	—	2	2	51
31. Baumaschinen	—	—	—	—	3	—	3	
32. Rechtskunde	—	—	—	—	—	4	4	
33. Buchhaltung	—	—	—	—	—	2	2	
34. Vaterlandskunde	—	—	—	—	—	2	2	11
	33	35	34	36	35	34	207	207

3. Universität.

6. Abänderung des Reglementes betreffend die Aufnahme von Studierenden an der Universität Zürich vom 22. Oktober 1914. (Vom 18. Januar 1917).[1])

Der Regierungsrat,

nach Einsicht eines Antrages der Erziehungsdirektion und des Erziehungsrates,

beschließt:

Die §§ 2 und 3 des Reglementes betreffend die Aufnahme von Studierenden an der Universität Zürich vom 22. Oktober 1914 werden abgeändert wie folgt:

§ 2. Zur Immatrikulation an allen Fakultäten, ohne Berücksichtigung der Forderungen 1—3 des § 1, berechtigt:

a) das Maturitätszeugnis eines zürcherischen Gymnasiums;
b) das Maturitätszeugnis der kantonalen Maturitätskommission, jedoch nur für Kandidaten, die sich nicht auf die eidgenössischen Medizinalprüfungen vorbereiten (§ 26);
c) das Maturitätszeugnis der eidgenössischen Maturitätskommission, sowie anerkannt gleichwertige Zeugnisse anderer in- und ausländischer Gymnasien.

Anmerkung. Für die theologische Fakultät muß das Maturitätszeugnis den Ausweis in Griechisch und Hebräisch enthalten. Das Rektorat kann die Immatrikulation ohne Hebräisch gestatten mit der Bedingung, daß dieser Ausweis spätestens nach Verlauf von zwei Semestern erbracht werde.

§ 3. Zur Immatrikulation an der staatswissenschaftlichen Fakultät und an den philosophischen Fakultäten I und II berechtigt auch:

a) das Maturitätszeugnis einer zürcherischen Industrieschule oder
b) das zürcherische Primarlehrerpatent,

sowie anerkannt gleichwertige Zeugnisse anderer in- und ausländischer Anstalten entsprechender Gattung.

Zur Immatrikulation an der staatswissenschaftlichen Fakultät allein genügt auch das Maturitätszeugnis der kantonalen Handelsschule in Zürich oder anderer Handelsschulen von anerkannt gleichem Range. Inhaber des Maturitätszeugnisses zürcherischer Industrieschulen können auch an der medizinischen und veterinär-medizinischen Fakultät immatrikuliert werden, nachdem sie eine Nachprüfung im Lateinischen bestanden haben, die vor der eidgenössischen Maturitätskommission abzulegen ist.

Wollen Studierende später in eine andere Fakultät übertreten, so haben sie sich vorher den allfälligen von dieser Fakultät geforderten Ergänzungsprüfungen zu unterziehen.

---

[1]) Definitive Regelung durch das Reglement über die Aufnahme von Studierenden an der Universität in Zürich vom 9. April 1918. Wird im Archivband 1919 publiziert werden.

7. Promotionsordnung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich. (Vom 16. Januar 1917).

Arten der Doktorwürden.

§ 1. Die Fakultät verleiht kraft der ihr gesetzlich zustehenden Befugnis die Würde eines Doktors beider Rechte (doctor juris utriusque) und eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften (doctor rerum cameralium).

A. Promotion auf eingereichte Bewerbung.

I. Bedingungen der Zulassung zur Prüfung.

§ 2. Für die Zulassung zur Promotion ist erforderlich:

1. Der Ausweis genügender Vorbildung. Er wird erbracht durch das Maturitätszeugnis (Entlassungszeugnis) einer zürcherischen Mittelschule oder ein gleichwertiges Zeugnis.

   Von diesem Erfordernis kann auf Beschluß der Fakultät nur gegenüber Schweizerbürgern und zwar nur dann abgesehen werden, wenn der Mangel eines Maturitätszeugnisses hinreichend begründet und der Nachweis einer der Maturität entsprechenden Allgemeinbildung erbracht ist.
2. Der Ausweis genügender Hochschulstudien. Erforderlich ist ein durch den Besuch von Vorlesungen und Seminarübungen an einer Universität betätigtes Studium von mindestens sechs Semestern mit wenigstens je acht wöchentlichen Stunden. Es muß der Nachweis eines umfassenden Fachstudiums erbracht werden in dem Mindestumfang, wie es in dem durch die Fakultät aufgestellten Studienplan vorgesehen ist.

   Wenigstens zwei Semester muß der Kandidat an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich studiert haben; Dispensation hievon ist ausgeschlossen.

   Über die Anrechnung von an technischen oder Handelshochschulen verbrachten Semestern beschließt die Fakultät.

   Ausnahmsweise kann, wenn besondere Gründe, wie beispielsweise praktische Tätigkeit es rechtfertigen, auf Beschluß der Fakultät die Zulassung vor Vollendung eines sechssemestrigen Fachstudiums bewilligt werden.

II. Anmeldung zur Prüfung.

§ 3. Die Anmeldung zur Prüfung ist beim Dekan schriftlich einzureichen. Ihr sind beizulegen:

1. Das Maturitätszeugnis (Entlassungszeugnis, Abgangszeugnis);
2. ein genügendes amtliches Sitten- (Leumunds-) zeugnis;
3. eine Darstellung des Lebenslaufes, die insbesondere über den Studiengang und allfällige praktische Betätigung genauen Aufschluß gibt;
4. eine Zusammenstellung über das Fachstudium (Prüfungsfächer und die auf diese vorbereitenden und sie ergänzenden Vorlesungen und Übungen, § 2, Ziffer 2) und über allgemein bildende Studien, begleitet von den Studienausweisen;

5. die Bezeichnung der Fächer für die Klausurprüfung und für die mündliche Prüfung;
6. eine Dissertation;
7. die Quittung über die einbezahlten Gebühren (§ 30).

§ 4. Erklärt sich der Dekan oder ein anderes Fakultätsmitglied gegen die Zulassung eines Kandidaten, so entscheidet die Fakultät.

§ 5. Der Kandidat soll die gesamte Prüfung spätestens im Laufe des der Anmeldung folgenden Semesters zum Abschluß bringen.

III. Prüfung.

a) Dissertation.

§ 6. Die vom Kandidaten in deutscher, französischer oder italienischer Sprache verfaßte Dissertation soll den Nachweis der Befähigung zur Ausführung selbständiger wissenschaftlicher Arbeiten erbringen. Die Dissertation ist im Manuskript, jedoch in druckfertiger Gestalt vorzulegen. Doch kann ausnahmsweise auch eine bereits im Druck veröffentlichte Arbeit als Dissertation angenommen werden.

§ 7. Der Kandidat beider Rechte hat das Dissertationsthema aus einem juristischen, der Kandidat der Wirtschaftswissenschaften hat es aus einem wirtschaftswissenschaftlichen Fache zu wählen.

§ 8. Die Annahme einer Dissertation, die ganz oder größtenteils auf einem aus sprachlichen oder andern Gründen von der Fakultät schwer nachprüfbaren Material beruht, kann nur auf besonderen Beschluß der Fakultät erfolgen.

§ 9. Die Dissertation wird vom Dekan zuerst dem Vertreter des betreffenden Faches zur Begutachtung und Antragstellung und hierauf den übrigen Professoren vorgelegt. Erscheint sie als genügend, so wird der Kandidat zu den Klausurarbeiten zugelassen.

b) Klausurprüfungen.

§ 10. Der Kandidat beider Rechte hat eine Klausurarbeit aus dem römischen Recht und eine zweite nach seiner Wahl aus einem der übrigen in § 16 genannten Prüfungsfächer zu liefern.

Der Kandidat der Wirtschaftswissenschaften hat eine Klausurarbeit aus der Sozialökonomie und eine zweite nach seiner Wahl aus einem der übrigen in § 17 genannten Prüfungsfächer zu liefern.

§ 11. Der Vertreter des betreffenden Klausurprüfungsfaches hat die Hilfsmittel, deren Benutzung bei der Klausurarbeit er gestattet, bei der Frage anzumerken. Die Klausur soll fünf Stunden nicht übersteigen.

§ 12. Die Klausurarbeit wird vom Dekan zuerst dem betreffenden Fachvertreter zur Begutachtung und Antragstellung und hierauf den übrigen Professoren vorgelegt.

§ 13. Die Wiederholung einer von der Fakultät für nicht genügend erklärten Klausurprüfung ist nur einmal gestattet. Sie kann

frühestens nach Ablauf eines Monats und spätestens nach Ablauf von sechs Monaten nach Ablegung der ersten Klausurprüfung erfolgen.

§ 14. Wird auch auch eine zweite Klausurarbeit von der Fakultät als ungenügend erklärt, so ist der Kandidat von der weitern Prüfung ausgeschlossen.

c) Mündliche Prüfung.

§ 15. Durch die mündliche Prüfung soll ermittelt werden, ob der Kandidat die allgemeinen wissenschaftlichen Kenntnisse und die Fähigkeit zu selbständigem juristischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Denken besitzt. Die Prüfung dauert in der Regel zwei Stunden.

§ 16. Die mündliche Prüfung erstreckt sich für den Kandidaten beider Rechte auf:

1. Römisches Recht.
2. a) Schweizerisches Privatrecht.
   b) Handels- und Wechselrecht.
3. a) Zivilprozeßrecht (einschließlich Schuldbetreibungs- und Konkursrecht).
   b) Strafrecht und Strafprozeßrecht.
4. a) Schweizerisches Bundesstaatsrecht.
   b) Allgemeines oder schweizerisches (eidgenössisches und kantonales) Verwaltungsrecht, nach Wahl des Kandidaten.

§ 17. Die mündliche Prüfung erstreckt sich für den Kandidaten der Wirtschaftswissenschaften auf:

1. Sozialökonomie (Geschichte und Theorie der Sozialökonomie, Agrar-, Handels-, Verkehrs-, Gewerbe- und Sozialpolitik).
2. Finanzwissenschaft.
3. Privatwirtschaftslehre (Betriebslehre der Bank, der industriellen Unternehmung und des Überseehandels)

und sodann, nach Wahl des Kandidaten, entweder auf:

4. Statistik.
5. a) Schweizerisches Bundesstaatsrecht.
   b) Allgemeines oder schweizerisches (eidgenössisches und kantonales) Verwaltungsrecht, nach Wahl des Kandidaten,

oder auf:

4. Allgemeine Verrechnungslehre (Rechnungsführung der privaten Unternehmung und der öffentlichen Verwaltung) und Bilanzkunde der privaten Unternehmung.
5. Schweizerisches Obligationenrecht (mit Einschluß des Handels- und Wechselrechtes).

§ 18. Ausländer haben das Recht, für die Klausurprüfung und die mündliche Prüfung an Stelle des schweizerischen Privatrechts deutsches oder französisches Privatrecht (je einschließlich Handels- und Wechselrecht), an Stelle des schweizerischen Bundesstaatsrechts allgemeines Staatsrecht zu wählen.

§ 19. Für die Kandidaten, welche das Diplom für das höhere Lehramt in den Handelsfächern an der Universität Zürich erworben

haben, fällt die mündliche Prüfung in allen denjenigen Fächern weg, welche bereits Gegenstand jener Diplomprüfung waren und in denen die Prüfung „mit Auszeichnung" bestanden wurde.

§ 20. Hat der Kandidat die mündliche Prüfung nicht in allen Prüfungsfächern bestanden, so nennt ihm der Dekan die Prüfungsfächer, in denen er nach dem Urteil der Fakultät nicht die nötige Befähigung erwiesen hat, und eröffnet ihm, in welchem Umfange er eine Nachprüfung zu bestehen hat. Diese Nachprüfung kann nicht früher als sechs und nicht später als zwölf Monate nach dem Datum der ersten mündlichen Prüfung erfolgen.

Besteht der Kandidat die Nachprüfung auch nur in einem Fache nicht, so ist er endgültig abgewiesen.

IV. Prüfungsergebnis.

§ 21. Die Fakultät stellt auf Antrag der Fachvertreter das Ergebnis der Prüfungen der Dissertation, der Klausurarbeiten und des mündlichen Examens fest.

§ 22. Es werden folgende Gesamtnoten erteilt:

vorzüglich (summa cum laude)
sehr gut (magna cum laude)
gut (cum laude)
befriedigend (rite).

§ 23. Sollte es sich ergeben, daß ein Kandidat die Dissertation nicht selbständig verfaßt oder die Klausurarbeiten mit unerlaubter Hilfe angefertigt hat, so ist er durch Beschluß der Fakultät vom Examen auszuschließen. Ein bereits erteiltes Diplom ist durch Fakultätsbeschluß als ungültig zu erklären.

V. Drucklegung der Dissertation.

§ 24. Nach bestandener Prüfung hat der Kandidat die Dissertation, wie sie von der Fakultät genehmigt wurde, drucken zu lassen und spätestens innerhalb eines Jahres in 170 Exemplaren der Universitätskanzlei abzuliefern. Der Fachvertreter hat das Recht, die Drucklegung zu kontrollieren.

Die Pflichtexemplare müssen, um angenommen zu werden, ein vom Dekan zu genehmigendes Titelblatt tragen.

Auf der letzten Seite der Dissertation soll ein kurzgefaßter Lebenslauf beigefügt werden.

§ 25. Die Ernennung zum Doktor erfolgt durch die Aushändigung des unterzeichneten Diploms.

Die Unterzeichnung findet erst nach Einreichung der 170 Pflichtexemplare der Dissertation statt.

Die Führung des Doktortitels vor Aushändigung des Diploms ist untersagt.

§ 26. Werden die 170 Pflichtexemplare nicht innerhalb eines Jahres nach dem mündlichen Examen der Universitätskanzlei abgeliefert, so unterbleibt die Ernennung zum Doktor. Gesuche um Dispens von dieser Vorschrift sind vor Ablauf der Frist und unter Darlegung erheblicher Gründe schriftlich der Fakultät vorzulegen.

§ 27. Zugleich mit der Ablieferung der Pflichtexemplare hat der Kandidat die schriftliche Erklärung abzugeben, daß er sich verpflichtet, falls er seine Dissertation wesentlich unverändert im Buchhandel erscheinen lassen sollte, die Publikation im Titel oder Vorwort als Abdruck (erweiterter, abgeänderter u. s. w. Abdruck) der der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich vorgelegten Dissertation zu bezeichnen.

VI. Ausfertigung des Doktordiploms.

§ 28. Das Diplom wird in deutscher oder, auf besondern Wunsch des Kandidaten, in lateinischer Sprache abgefaßt, gedruckt und mit dem Siegel der Universität und der Fakultät, sowie den Unterschriften des Rektors, des Dekans und des Aktuars der Fakultät versehen.

§ 29. Neben dem Hauptdiplom, welches dem Kandidaten eingehändigt wird, sind noch zwei Abdrücke anzufertigen, die im Archiv der Fakultät niederzulegen sind; weitere Abdrücke werden nur auf ausdrückliches Verlangen des Kandidaten hergestellt.

Jede Doktorpromotion ist im „Amtlichen Schulblatt des Kantons Zürich" zu veröffentlichen.

VII. Gebühren.

§ 30. Die Gebühren für die Promotion betragen 350 Fr. Sie sind bei der Universitätskanzlei einzuzahlen (§ 3, Ziffer 7).

Überdies hat der Kandidat die Kosten für den Druck der Dissertation und des Diploms zu bestreiten.

§ 31. Von den Gebühren hat der Kandidat 150 Fr. mit der Einreichung der Dissertation einzuzahlen.

Wird der Bewerber zur mündlichen Doktorprüfung nicht zugelassen, weil die Dissertation oder die Klausurarbeiten nicht befriedigend ausgefallen sind, so erhält der Kandidat das Eingezahlte zurück, mit Ausnahme der den Fachvertretern für die Begutachtung der Dissertation und der Klausurarbeiten zukommenden Gebühren.

Der Rest der Gebühren ist acht Tage vor der mündlichen Prüfung zu erlegen.

§ 32. Bei einer Wiederholung der mündlichen Prüfung (§ 20) ist die Hälfte der in § 30 festgesetzten Gebühren zu entrichten; doch kann die Fakultät auch eine weitergehende Ermäßigung gewähren.

§ 33. Unbemittelten Kandidaten, die wenigstens vier Semester mit großem Fleiß an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich studiert haben, kann die Fakultät auf ein mit Belegen versehenes Gesuch die Gebühren erlassen, mit Ausnahme jener für die Begutachtung der Dissertation, sowie derjenigen, die der Staatskasse, der Zentralbibliothek und der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse zufallen. Jedoch soll dem Gesuche nur entsprochen werden, wenn für die gleichzeitig einzureichende Dissertation

von der Fakultät mindestens das Urteil sehr gut (magna cum laude) zuerkannt wird.

Überdies kann die Fakultät nach den „Satzungen des Meili-Fonds der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Zürich" dem Kandidaten einen Beitrag an die Druckkosten der Dissertation gewähren.

B. Ehrenpromotion.

§ 34. Für hervorragende Verdienste um die Rechts- oder die Wirtschaftswissenschaften in theoretischer oder praktischer Beziehung kann die Fakultät die Würde des Doktors beider Rechte oder des Doktors der Wirtschaftswissenschaften ehrenhalber verleihen.

§ 35. Der Antrag auf eine Ehrenpromotion muß von einem Fakultätsmitglied schriftlich beim Dekan gestellt und begründet werden.

§ 36. Der Dekan setzt die Fakultät von dem Ehrenpromotionsantrag in Kenntnis. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses müssen mindestens $^3/_4$ der Fakultätsmitglieder anwesend sein. Die Entscheidung über den Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich dabei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so ist der Antrag abgelehnt.

§ 37. Die Fakultät beschließt von Fall zu Fall, in welcher Sprache das Diplom auszufertigen ist. Im übrigen finden mit Bezug auf die Ausfertigung des Diploms und die Bekanntmachung der Promotion die §§ 28 und 29 entsprechende Anwendung. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse.

Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 38. Die in der Promotionsordnung nicht ausdrücklich geregelten Spezialfragen werden durch Fakultätsbeschluß geordnet.

§ 39. Diese Promotionsordnung tritt mit Beginn des Sommersemesters 1917 in Kraft. Durch sie wird die Promotionsordnung vom 18. Dezember 1909 aufgehoben.

Eine Ablegung der Prüfung nach der Promotionsordnung vom 18. Dezember 1909 ist auch im Laufe des Sommersemesters 1917 noch statthaft und kann auf eingereichtes Gesuch hin ausnahmsweise von der Fakultät auch noch für die folgenden Semester bis und mit dem Wintersemester 1918/1919 bewilligt werden.

---

8. Promotionsordnung der philosophischen Fakultät I (philosophisch-philologisch-historische Richtung) der Universität Zürich. (Vom 16. Januar 1917.)

§ 1. Gemäß § 139 des Gesetzes über das gesamte Unterrichtswesen des Kantons Zürich vom 23. Christmonat 1859 steht der philosophischen Fakultät I das Recht zu, die Würde eines Doktors der Philosophie zu erteilen.

§ 2. Die philosophische Fakultät I erteilt die Doktorwürde:

1. Infolge einer bei ihr eingereichten Bewerbung auf Grundlage einer Dissertation und einer Prüfung;
2. ohne vorangegangene Bewerbung von sich aus und unentgeltlich auf Grund anerkannter Verdienste um Wissenschaft oder Kunst (Ehrenpromotion).

I. Promotion infolge eingereichter Bewerbung.

§ 3. Die Bewerbung erfolgt beim Dekan der Fakultät durch ein schriftliches Gesuch, in dem der Bewerber sein Hauptfach, sowie ein erstes und zweites Nebenfach zu bezeichnen hat. Wünscht er eines der Nebenfächer einer andern Fakultät zu entnehmen, so hat er dies in seinem Gesuche zu begründen. Mehr als ein fremdes Fach kann die Fakultät nicht zulassen. Als fremdes Hauptfach kommt bedingungslos nur Nationalökonomie in Frage. In keinem Falle sollen weniger als zwei Mitglieder der Fakultät prüfen.

§ 4. Dem Gesuche hat der Bewerber beizulegen:

1. Einen Abriß seines Lebens- und Studienganges (curriculum vitæ);
2. entsprechend seinem Bildungsgang einen der nachfolgenden Ausweise:
   a) Das Reifezeugnis des Gymnasiums oder der Industrieschule in Zürich oder einer andern, diesen gleichwertigen Anstalt,
   b) das von einer eidgenössischen oder kantonalen Behörde auf Grund besonderer Prüfung ausgestellte Reifezeugnis,
   c) das Zeugnis über das vor der zürcherischen Maturitätsprüfungskommission bestandene Ergänzungsexamen,
   d) das Fähigkeitszeugnis des zürcherischen, beziehungsweise eines von diesem gleichwertigen schweizerischen Lehrerseminars;

   (Für Ausländer gelten nur die unter a, b und c angeführten Ausweise.)
3. genügende Zeugnisse über ein Fachstudium von mindestens sechs vollen Semestern, von denen mindestens zwei an der Zürcher Universität zugebracht sein müssen; über die Anrechnung von Semestern, während deren der Bewerber an einer andern Fakultät oder an technischen Hochschulen studiert oder gehört hat, entscheidet in jedem einzelnen Falle die Fakultät;
4. ein Sittenzeugnis;
5. eine selbstverfaßte wissenschaftliche Abhandlung (Dissertation) in druckfertigem, leicht lesbarem Manuskript, deren Gegenstand in der Regel dem vom Kandidaten vorgeschlagenen Hauptfache entnommen sein muß; der Bewerber hat die schriftliche Erklärung beizufügen, daß sie von ihm selbst, ohne unerlaubte Beihilfe, verfaßt worden ist;
6. das Diplom für das höhere Lehramt, sofern der Kandidat das zürcherische Staatsexamen bestanden hat (§ 16).

§ 5. In Ausnahmefällen, die jedoch einem Beschlusse der Fakultät unterliegen, kann an Stelle der Dissertation in Manuskript (§ 4, Ziffer 5) eine Druckschrift angenommen werden.

§ 6. Nur diejenigen Kandidaten können auf Erledigung der Promotion in dem betreffenden Semester Anspruch erheben, die ihre Dissertation spätestens acht Wochen vor dem offiziellen Semesterschlusse einreichen.

§ 7. Zur Wegleitung dient nachfolgendes Verzeichnis der wesentlichen Haupt- und Nebenfächer:

A. Hauptfächer.

1. Abteilung: Philosophie und Pädagogik.

Philosophie (Geschichte der Philosophie, Logik und Erkenntnistheorie und Psychologie).
Pädagogik (Geschichte der Pädagogik und der Philosophie, allgemeine Pädagogik, Psychologie).

2. Abteilung: Sprach- und Altertumswissenschaft; Literaturgeschichte.

(Ausweis über Kenntnis des Lateins.)

Sprache und Literatur der semitischen Völker.
Hebräische Sprache und Literatur.
Arabische Sprache und Literatur.
Syrische Sprache und Literatur.
Vergleichende Grammatik der indogermanischen Sprachen.
Altindische Philologie.
Geschichte der griechischen Sprache, Literatur und Altertümer.
Geschichte der lateinischen Sprache, Literatur und Altertümer.
Klassische Archäologie (Ausweis über Kenntnis des Griechischen).
Vergleichende Geschichte der germanischen Sprachen.
Geschichte der deutschen Sprache und Literatur (Gotisch inbegriffen).
Geschichte der Sprache und Literatur Englands (Angelsächsisch inbegriffen).
Geschichte der Sprache und Literatur Frankreichs (Provenzalisch inbegriffen).
Geschichte der Sprache und Literatur Italiens.
Geschichte der Sprache und Literatur Spaniens.
Vergleichende Geschichte der romanischen Sprachen.

3. Abteilung: Geschichte und Kunstgeschichte.

(Ausweis über Kenntnis des Lateins.)

Allgemeine Geschichte.
Alte Geschichte und Geographie nebst Quellenkunde (Ausweis über Kenntnis des Griechischen).
Schweizergeschichte (unter Voraussetzung der Kenntnis der allgemeinen Geschichte).
Geschichte der alten und der neueren Kunst.

B. Nebenfächer.

Als solche können alle Hauptfächer dienen und außerdem noch folgende Spezialfächer:

1. Abteilung: Philosophie und Pädagogik.

Geschichte der antiken Philosophie (Ausweis über Kenntnis des Griechischen).
Geschichte der neueren Philosophie.
Psychologie.
Ästhetik oder Ethik.
Logik und Erkenntnistheorie.
Pädagogik (Allgemeine Pädagogik oder Geschichte der Pädagogik).

2. Abteilung: Sprach- und Altertumswissenschaft; Literaturgeschichte.

Sanskrit.
Griechische Sprache und Literatur.
Lateinische Sprache und Literatur.
Griechische oder lateinische Sprachgeschichte.
Griechische Altertümer.
Römische Altertümer.
Griechische oder lateinische Epigraphik.
Alte Geographie und Topographie.
Geschichte der deutschen Literatur (unter Voraussetzung der Fähigkeit, auch mittelhochdeutsche Texte zu verstehen).
Geschichte der deutschen Literatur seit Gœthes Tod im Zusammenhang mit der allgemeinen Kulturbewegung (unter Voraussetzung der Kenntnis der wichtigsten Erscheinungen der früheren Literatur).
Altisländisch.
Deutsche Sprachgeschichte.
Deutsche Altertümer.
Angelsächsische Sprache und Literatur.
Englische Literatur (mit Kenntnis der älteren, wie auch der modernen Sprache).
Französische Literatur (unter Voraussetzung der Fähigkeit, auch altfranzösische und provenzalische Texte zu verstehen).
Geschichte der französischen (und provenzalischen) Sprache.
Italienische Literatur (unter Voraussetzung der Fähigkeit, auch altitalienische Texte zu verstehen).
Geschichte der italienischen Sprache.
Geschichte der rätischen Sprache und Literatur.

3. Abteilung: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften; Kunstgeschichte.

Alte Geschichte.
Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit.
Paläographie und Diplomatik.
Historisch-politische Geographie.
Geschichte der alten oder der neueren Kunst.

§ 8. Die vom Kandidaten gewählten Nebenfächer dürfen nicht im Hauptfache des Kandidaten enthalten sein.

Über die Zulassung zur Prüfung in Fächern, die in § 7 nicht aufgeführt sind, entscheidet in zweifelhaften Fällen die Fakultät.

§ 9. Der Ausweis über Kenntnis des Lateins oder des Griechischen gilt als erbracht durch das Zeugnis einer Behörde (§ 4 Ziffer 2a—c). Wenn ein derartiger Ausweis fehlt, so wird vor der Zulassung von einem Fachvertreter, der ein Mitglied der Fakultät sein muß, eine kurze Prüfung in Latein oder Griechisch vorgenommen. Über die Wahl des Prüfenden (auch für allfällige Wiederholung der Prüfung) entscheidet in Verbindung mit den Fachvertretern der Dekan.

§ 10. Der Dekan übermittelt die Dissertation zur Prüfung und Begutachtung einem oder zwei Referenten aus der Zahl derjenigen Professoren, in deren Fach der Gegenstand der Dissertation fällt. Im Falle des Bedürfnisses ist er befugt, ein Mitglied einer anderen Fakultät oder einen Privatdozenten um Übernahme eines Referates zu ersuchen.

Der Referent stellt die Dissertation, begleitet von einem schriftlichen Gutachten und einem darauf begründeten Antrag, dem Dekan zuhanden der Fakultät zurück. Dissertation und Gutachten sollen spätestens vier Tage vor dem mündlichen Examen für die Mitglieder der Fakultät in der Kanzlei der Universität zur Einsicht aufgelegt werden.

§ 11. Die Zulassung zur Prüfung ist gewährt, wenn der Antrag auf Zulassung von Seite des (der) Referenten bedingungslos erfolgt. Der Dekan trifft alsdann die Anordnungen zur Prüfung. Werden von dem oder den Referenten Bedingungen gestellt, so sind diese zu erfüllen, bevor der Kandidat weiter zur Prüfung zugelassen werden kann. Sind die Referenten geteilter Meinung oder wünschen sie einen Entscheid der Fakultät, so stimmt diese über die Zulassung ab.

Im Falle der Nichtzulassung steht dem Bewerber nach sechs Monaten das Recht zu neuer Anmeldung zu, vorbehalten die Bestimmung von § 23.

§ 12. Die Prüfung wird schriftlich und mündlich vorgenommen; der schriftlichen Prüfung hat die mündliche in kürzester Frist zu folgen.

Vom Kandidaten wird eine hinreichende Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift verlangt.

§ 13. Die schriftliche Prüfung besteht:

1. In der Bearbeitung einer Aufgabe, die der Kandidat innerhalb dreier Tage zu Hause, unter freier Benützung der wissenschaftlichen Hilfsmittel, zu lösen hat;
2. in einer Klausurarbeit, die innerhalb vier Stunden, ohne Hilfsmittel, anzufertigen ist.

Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung und die Sprache, in der sie zu bearbeiten sind, werden von denjenigen Professoren bestimmt, welche die vom Examinanden bezeichneten Fächer vertreten.

In der Regel soll die Hausarbeit dem ersten Nebenfache, die Klausurarbeit dem Hauptfach entnommen sein. Wird im Hauptfach von zwei Dozenten geprüft, so soll womöglich die Klausurarbeit bei dem Dozenten gemacht werden, der nicht die Dissertation begutachtet hat.

§ 14. Die schriftlichen Arbeiten werden von den Professoren, die das Thema gestellt haben, zensiert und samt der Beurteilung dem Dekan eingehändigt.

§ 15. Die mündliche Prüfung findet vor versammelter Fakultät statt und dauert längstens $2^1/_2$ Stunden. Sie bezieht sich auf die drei von dem Kandidaten gewählten Fächer.

§ 16. Den Bewerbern, welche die Diplomprüfung für Kandidaten des höheren Lehramtes in philologisch-historischen Fächern an der Universität Zürich bestanden haben, wird die schriftliche Prüfung ganz erlassen und die mündliche auf $1^1/_2$ Stunden beschränkt.

§ 17. Der Dekan bestimmt den Termin der mündlichen Prüfung und setzt die Mitglieder der Fakultät durch besondere Einladung davon in Kenntnis.

§ 18. Die Examinatoren werden vom Dekan nach vorhergegangener Besprechung mit den Vertretern der betreffenden Fächer bestimmt. Der Dekan ist befugt, nötigenfalls Mitglieder einer andern Fakultät oder Privatdozenten als Examinatoren zuzuziehen.

§ 19. Nach Beendigung der mündlichen Prüfung nimmt die Fakultät die Beratung und Abstimmung über das Ergebnis vor. Stimmt ein Viertel der Anwesenden Nein, so ist die Prüfung nicht bestanden.

§ 20. Die Zensurausdrücke für die Prüfung sind:

1. Summa cum laude: vorzüglich.
2. Magna cum laude: sehr gut.
3. Cum laude: gut.
4. Rite: befriedigend.

Außerdem wird der Dissertation auf Grund eines Antrages des (der) Referenten ein besonderes Prädikat erteilt.

§ 21. Unmittelbar nach der Abstimmung teilt der Dekan dem Kandidaten das Ergebnis der Prüfung und das der Dissertation gegebene Prädikat mit.

§ 22. Weist die Fakultät den Kandidaten ab, so kann sie ihm eine einmalige Wiederholung gestatten, die nicht früher als drei Monate und nicht später als ein Jahr nach dem ersten Examen stattfinden soll. Der Dekan bezeichnet dem Kandidaten die Gebiete, in denen er nach dem Urteil der Fakultät nicht die nötige Befähigung bewiesen hat. Die Fakultät entscheidet, ob auch schriftliche Prüfungen zu wiederholen seien.

§ 23. Ist ein Kandidat zweimal abgewiesen worden, so wird eine weitere Meldung von ihm nicht angenommen.

§ 24. Nach bestandener Prüfung hat der Doktorand seine Dissertation innerhalb Jahresfrist drucken zu lassen und der Kanzlei der Universität 200 Exemplare abzuliefern. Auf dem Titelblatt soll der Ort der Promotion, die Heimat des Kandidaten und der Name des (der) Referenten angegeben sein. Das curriculum vitæ ist der Arbeit beizudrucken. Vor dem endgültigen Druck ist dem Dekan ein Probeabzug des Titelblattes und des curriculum vitæ zur Genehmigung vorzulegen. Die Fakultät kann gestatten, daß für die Pflichtexemplare nur ein Teil der Dissertation gedruckt wird. In diesem Falle darf der Vermerk nicht fehlen, ob und wo die ganze Arbeit erscheint. Dissertationen, die als Sonderabzüge von Zeitschriften herauskommen, sollen als solche gekennzeichnet werden.

Die Dissertation soll in derjenigen Sprache gedruckt werden, in der sie zur Begutachtung vorgelegen hat.

Während oder nach dem Druck hat der Referent sich zu überzeugen, ob allfällig verlangte formelle oder inhaltliche Änderungen angebracht sind. Hat der Kandidat verlangte Änderungen nicht ausgeführt, so ist ein Neudruck zu fordern.

Wenn nach Ablauf eines Jahres die Einlieferung der Druckexemplare nicht vorschriftsmäßig stattgefunden oder die Fakultät nicht in besondern Fällen auf schriftliches Ansuchen des Kandidaten eine Verlängerung der Frist bewilligt hat, so wird das ganze Examen hinfällig.

§ 25. Von den eingereichten Exemplaren werden dem (den) Referenten zwei, dem Rektor, dem Dekan und jedem weitern Mitgliede der Fakultät, sowie jedem Mitgliede des Erziehungsrates je ein Exemplar eingehändigt. Je ein Exemplar kommt in das Archiv der Fakultät und des Senates. Der Rest wird an die Zentralbibliothek abgeliefert.

§ 26. Sobald die Exemplare vollzählig abgeliefert sind, macht der Dekan die Promotion im amtlichen Schulblatt des Kantons Zürich bekannt; sie wird datiert vom Tage der Ablieferung der Pflichtexemplare.

§ 27. Das Diplom wird auf Kosten des Kandidaten angefertigt und soll das Datum und das Ergebnis der Prüfung, sowie das der Dissertation erteilte Prädikat (§ 20) enthalten. Das Diplom wird je nach dem Wunsch des Kandidaten in lateinischer oder deutscher Sprache ausgestellt.

§ 28. Das Diplom erhält das Datum der Ablieferung der Pflichtexemplare; es wird einerseits vom Rektor, anderseits vom Dekan und vom Aktuar der Fakultät unterzeichnet und mit dem Siegel der Universität und dem der philosophischen Fakultät versehen. Der Doktorand ist erst vom Zeitpunkt des Empfangs des Diploms an berechtigt, den Doktortitel zu führen.

§ 29. Von dem Diplom werden 50 Sonderabzüge angefertigt; davon erhält der Doktorand 20 Exemplare, jedes Mitglied der Fakultät ein Exemplar; je ein Exemplar wird dem Archiv der Fakultät

und dem des Senates einverleibt und ein weiteres Exemplar am schwarzen Brett angeschlagen.

§ 30. Die Gebühren für die Promotion betragen im ganzen 350 Fr., nämlich:

1. Für die Prüfung der Dissertation und der schriftlichen Arbeiten werden 80 Fr. entrichtet, die der Examinand zugleich mit den in § 4 bezeichneten Aktenstücken der Kanzlei der Universität zuhanden des Dekans zu übergeben hat. Diese Summe bleibt verfallen, auch wenn der Bewerber wegen mangelhafter Dissertation nicht zu den weiteren Prüfungen zugelassen werden sollte. Falls er sich später wieder meldet, gilt diese Gebühr als bezahlt, außer wenn er eine völlig neue Dissertation abliefert.
2. Für die mündliche Prüfung und die Promotion werden 270 Fr. entrichtet, die der Examinand an die Kanzlei zuhanden des Dekans spätestens acht Tage vor der mündlichen Prüfung zu bezahlen hat. Davon bleiben 135 Fr. verfallen, auch wenn auf Grund der Prüfung der Bewerber abgewiesen wird.

   Meldet er sich zu einer zweiten Prüfung, so hat er nur noch 135 Fr. zu bezahlen, die ebenfalls verfallen, wenn auch diese erfolglos ist.

§ 31. Für die Prüfung zur Erlangung des Ausweises über Kenntnis des Griechischen oder des Lateinischen (§ 9) ist eine Gebühr von 10 Fr. auf der Kanzlei zu entrichten. Die Quittung ist den Anmeldeakten beizulegen.

II. Promotion ohne vorangegangene Bewerbung. (Ehrenpromotion.)

§ 32. Der Antrag auf Ehrenpromotion muß von einem Mitgliede der Fakultät schriftlich bei dem Dekan gestellt und begründet werden.

§ 33. Der Dekan setzt die Mitglieder der Fakultät von dem Antrage in Kenntnis und bestimmt den Termin für die entscheidende Versammlung der Fakultät.

§ 34. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses müssen mindestens drei Vierteile der Fakultätsmitglieder anwesend sein. Die schließliche Entscheidung über den Antrag findet durch geheime Abstimmung statt. Erklärt sich dabei mehr als eine Stimme gegen die Promotion, so wird diese nicht vollzogen.

§ 35. Mit Bezug auf die Bekanntmachung der Promotion und auf das Diplom finden die Bestimmungen von §§ 27 bis 29 Anwendung. Die Kosten des Diploms trägt die Staatskasse.

Schluß- und Übergangsbestimmungen.

§ 36. Die vorstehende Promotionsordnung ersetzt diejenige vom 11. März 1914 und tritt auf Beginn des Sommersemesters 1917 in Kraft.

Diejenigen Studierenden, die während der Gültigkeit der bisherigen Promotionsordnung immatrikuliert worden sind, haben bis zum 1. Januar 1918 die Wahl, die Prüfung nach der vorliegenden oder nach der bisherigen Promotionsordnung abzulegen.

9. Änderungen in den Prüfungsordnungen der philosophischen Fakultät II der Universität, sowie im Reglement über die Fähigkeitsprüfungen und in der Studienordnung für Sekundarlehramtskandidaten. (Vom 3. Juli 1917.)

Der Erziehungsrat beschließt:

Die nachfolgenden Änderungen in den Prüfungsordnungen der philosophischen Fakultät II, sowie im Reglement über die Fähigkeitsprüfungen und in der Studienordnung für Sekundarlehramtskandidaten werden genehmigt:

1. Promotionsordnung der philosophischen Fakultät II vom 16. Februar 1915: § 11 unter 1. Hauptfach Chemie. 2. obligatorische Nebenfächer: Physik, Mineralogie, Chemie (propädeutische Prüfung), Mathematische Behandlung der Naturwissenschaften.
2. Reglement über die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern vom 16. Februar 1915: (§ 4, c.) Chemie, Physik, Geologie, Mineralogie, Mathematische Behandlung der Naturwissenschaften oder Botanik.
3. Reglement über die Fähigkeitsprüfungen zur Patentierung zürcherischer Sekundarlehrer vom 5. April 1913: (§ 13, 8.) Mathematik:
   a) Darstellende Geometrie,
   b) Mathematische Behandlung der Naturwissenschaften.
   c) bleibt.
   d) Grundzüge der geographischen Ortsbestimmung mit Übungen (nur Studienausweis).

   § 15. 5. Mathematische Disziplinen:
   a) Mathematische Behandlung der Naturwissenschaften.
   b) Analytische Geometrie (bleibt).
   c) bleibt.
   d) bleibt.
4. Studienordnung für die Kandidaten des Sekundarlehramtes vom 29. März 1913:

   1. Semester:

   Zwischen Allgemeine Pädagogik und Botanik einfügen:

Darstellende Geometrie	4	St.
Summa	26	St.

   2. Semester:

   Mathematik:

a) Mathematische Behandlung der Naturwissenschaften mit Übungen	5	St.
b) Grundzüge der geographischen Ortsbestimmung mit Übungen	2	„
Summa	21	St.

10. Studienpläne der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für Studierende der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (Handelswissenschaften), sowie für Journalistik. (Vom 1. Oktober 1917.)

I. Allgemeine Bemerkungen.

1. An der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät werden die Vorlesungen und Seminarübungen für das Studium der Rechte, der Wirtschaftswissenschaften, einschließlich Handelswissenschaften, sowie der Journalistik abgehalten. Die handelswissenschaftliche Abteilung ist ein Teil der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät; besondere Immatrikulations- und Prüfungsbedingungen bestehen jedoch für die handelswissenschaftliche Abteilung nicht.

Die Immatrikulations- und Prüfungsbedingungen sind zurzeit niedergelegt in folgenden Erlassen:

a) Reglement betreffend die Aufnahme von Studierenden an der Universität Zürich vom 22. Oktober 1914 mit Abänderung vom 18. Januar 1917 und mit Instruktion betreffend die bei der Aufnahme von Studierenden an die Hochschule Zürich zu befolgenden Grundsätze vom 4. Januar 1911;

b) Reglement betreffend die Diplomprüfung für das höhere Lehramt in den Handelsfächern an der Hochschule Zürich vom 12. Juli 1911;

c) Promotionsordnung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich vom 16. Januar 1917.

2. Die Fakultät gibt den Studierenden der verschiedenen Richtungen zur Einrichtung ihres Studiums die folgenden Ratschläge. Sie bemerkt dabei ausdrücklich, daß sie den normalen Studiengang des Absolventen der Mittelschule im Auge hat, und daß bei besonderen persönlichen Verhältnissen, wie etwa längerer anderweitiger Betätigung, Abweichungen gerechtfertigt sind. In diesem, wie auch in jedem anderen Falle ist der Dekan, sowie jedes andere Fakultätsmitglied zur Studienberatung gerne bereit.

Studierende mit ungenügender Kenntnis der lateinischen Sprache werden auf den zweisemestrigen Elementarkurs und die kursorische Lektüre an der philosophischen Fakultät I, Studierende mit ungenügender Kenntnis der kaufmännischen Kontorpraxis (Buchhaltung, kaufmännisches Rechnen) werden auf den Einführungskurs im Wintersemester an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät verwiesen.

3. Es wird den Studierenden empfohlen, neben Vorlesungen in jedem Semester, und zwar wenn immer möglich gleich von Anfang an, auch seminaristische Übungen zu besuchen. Die ausschließlich rezeptive Tätigkeit des Vorlesungsbesuches erfährt durch die Mitarbeit an den im Seminar zur Behandlung gestellten Aufgaben eine wertvolle Ergänzung und Vertiefung. Bei Beurteilung der Leistungen in der Doktorprüfung werden auch diejenigen in den seminaristischen Übungen berücksichtigt.

Den Studierenden der Rechtswissenschaften wird geraten, auch die Vorlesungen über Wirtschaftswissenschaften zu besuchen und, wenn immer möglich, auch an den Übungen in einzelnen dieser Disziplinen mitzumachen. Umgekehrt hat der Studierende der Wirtschaftswissenschaften sich auch dem Studium der einschlägigen Rechtsfächer in Vorlesungen und Übungen zu widmen. Ein juristisches Studium ohne Kenntnis der dem Rechte zugrunde liegenden wirtschaftlichen Verhältnisse ist ebenso ungenügend, wie ein Studium der Wirtschaftswissenschaften ohne Einblick in die das Wirtschaftsleben normierenden Rechtssätze. Ein ausschließliches Studium im Gebiete der Fachwissenschaft hält die Fakultät nicht für wünschenswert; sie erachtet es überhaupt als einen Nachteil für jeden Studierenden, wenn er neben dem engen Fachstudium, zumal in den ersten Semestern, nicht noch Vorlesungen und Übungen in der Muttersprache, in den modernen Fremdsprachen, geschichtlichen und philosophischen Disziplinen hört. Die Fortbildung in unsern beiden andern Nationalsprachen und im Englischen erscheint der Fakultät so bedeutungsvoll, daß zu diesem Zwecke für die Bedürfnisse der Studierenden der Fakultät eigene Sprachkurse veranstaltet werden.

Allen Studierenden wird sodann der Besuch der an der Fakultät veranstalteten Vorlesung über die soziologischen Grundlagen der Staatswissenschaften, in zweiter Linie auch der Besuch der an der philosophischen Fakultät I gehaltenen Vorlesungen über allgemeine Soziologie empfohlen.

Gleichwohl soll die wöchentliche Stundenzahl mit Einschluß der Übungen 20 nicht übersteigen. Wenn auch die Promotionsordnung die Zulassung zur Prüfung nach sechs Semestern gestattet, so ist doch im Hinblick auf die Fülle des zu bewältigenden Lehrstoffes eine Ausdehnung des Studiums auf mindestens acht Semester anzuraten.

4. Wenn immer die Umstände es erlauben, wird den Studierenden der Besuch fremdsprachlicher oder ausländischer Hochschulen empfohlen, wobei ihnen die Dozenten für die Beratung gern zur Seite stehen.*)

5. Im weiteren ist auf die für einzelne Studienrichtungen besonders bezeichnete Möglichkeit praktischer Betätigung in den Lehrfächern mit Nachdruck zu verweisen. Sie ist geeignet, das Studium wesentlich zu fördern, das eigene Urteil über Neigung und Eignung für den später zu wählenden Beruf zu klären und den Übergang dazu zu erleichtern.

6. Das Schwergewicht soll der Studierende jedoch auf ein umfassendes Fachstudium legen. Die Fakultät macht die Studierenden

*) Es ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Universität Genf jedes Jahr ein Stipendium von 800 Fr. aussetzt, das abwechselnd einem schweizerischen Studierenden an einer der Fakultäten der Universitäten Zürich, Bern und Basel zufällt. Die näheren Modalitäten werden jeweilen durch Anschlag bekannt gemacht.

darauf aufmerksam, daß sie nur solche Bewerber zum Doktorexamen zuläßt, die sich über genügende Studien nicht bloß in den Prüfungsfächern, sondern auch in den übrigen Disziplinen auszuweisen vermögen, die zum Gebiete des vom Kandidaten abzulegenden Doktorexamens gehören.

II. Studienplan für Studierende der Rechtswissenschaft.

1. Für die Reihenfolge der rechtswissenschaftlichen Vorlesungen und Übungen lassen sich streng einzuhaltende Vorschriften überhaupt nicht aufstellen. Doch mag als feststehender Grundsatz gelten, daß zuerst die einen Überblick über das ganze Rechtsgebiet gewährende Einführung in die Rechtswissenschaft gehört werden soll. Daneben ist mit dem Studium des Privatrechts, und zwar in seinen historischen Disziplinen, zu beginnen. Insbesondere bildet das römische Recht auch nach Erlaß des schweizerischen Zivilgesetzbuches die Grundlage des juristischen Studiums. Die römisch-rechtlichen Vorlesungen (Institutionen, römische Rechtsgeschichte, Pandekten) werden je in einem zweisemestrigen Turnus abgeschlossen. Das moderne Privatrecht ist erst nach Absolvierung des römischen Rechts und der Grundzüge des deutschen Rechts intensiver zu betreiben.

Schon in den ersten Semestern, vielleicht vom zweiten Semester an, ist mit dem Studium des öffentlichen Rechtes zu beginnen.

Weiter gilt, daß das Hören von Spezialvorlesungen die Absolvierung der Hauptvorlesungen des betreffenden Gebietes voraussetzt, daß Zivilprozeß erst zu hören ist, wenn das materielle Privatrecht, wenigstens großenteils, erledigt ist, daß gleicherweise die Vorlesung über Strafprozeß derjenigen über das materielle Strafrecht nachfolgen soll.

2. Danach kann über die Stellung der einzelnen Disziplinen (Vorlesungen und Übungen) in der Studienordnung folgendes gesagt werden:

Einführung in die Rechtswissenschaft: 1. Semester;

Institutionen des römischen Rechts: 1. Semester;

Geschichte des römischen Rechts: vom 1. Semester an;

Römischer Zivilprozeß: frühestens im 2. Semester;

Deutsche und schweizerische Rechtsgeschichte: 1. oder 2. Semester;

Deutsches Privatrecht: vom 3. Semester an;

Pandekten: 2. Semester;

Schweizerisches Privatrecht, Zivilgesetzbuch (Reihenfolge: Personenrecht, Familienrecht, Erbrecht, Sachenrecht, daneben Obligationenrecht): vom 3. Semester an;

Handels-, Wechsel-, Urheber- und Versicherungsrecht: vom 5. Semester an;

Zivilprozeßrecht: vom 4. Semester an;

Schuldbetreibung und Konkursrecht: vom 4. Semester an;

Strafrecht: vom 2. Semester an;
Strafprozeßrecht: nach der Vorlesung über Strafrecht;
Allgemeines Staatsrecht: vom 2. Semester an;
Schweizerisches Staatsrecht: vom 3. Semester an;
Verwaltungsrecht: in der Regel nach Absolvierung der staatsrechtlichen Vorlesungen;
Kirchenrecht: vom 3. Semester an;
Völkerrecht: vom 3. Semester an;
Internationales Privatrecht: vom 5. Semester an.

Neben die Vorlesungen treten als notwendige und in keinem Fall zu umgehende Ergänzungen die Übungen im rechtswissenschaftlichen Seminar. Mit ihnen ist schon im ersten Semester zu beginnen (Anfängerübungen, römisch-rechtliche Exegese). Sonst ist in der Regel vorausgesetzt, daß der Teilnehmer an der Übung die entsprechende Fachvorlesung bereits gehört hat.

3. Während die ersten Studiensemester in besonderem Maße dem Studium der historischen Disziplinen zu widmen sind, soll der Studierende gegen den Schluß des Studiums sein Augenmerk namentlich auf das geltende nationale Recht, und zwar im vollen Umfange des privaten und des öffentlichen Rechtes richten. Die Fakultät empfiehlt insbesondere auch den Besuch von Spezialvorlesungen über die Rechte des modernen Wirtschafts- und Handelsverkehrs (Notariats- und Grundbuchrecht, Eisenbahnrecht etc.), über internationales Prozeß- und Strafrecht, über Rechtsphilosophie, über Justizstatistik, über ausländisches, namentlich deutsches bürgerliches Recht und französisches Zivilrecht, ferner zur Ergänzung der strafrechtlichen Ausbildung, den Besuch von Vorlesungen über Kriminalpolitik, Gefängniswissenschaft, Kriminalistik, gerichtliche Medizin, forensische Psychologie und Psychiatrie.

4. Den Studierenden wird empfohlen, die in Zürich sich bietenden Gelegenheiten, sich eine Anschauung von der Ausübung der Rechtspflege in Zivil- und Strafsachen zu verschaffen, durch Besuch der Gerichte (Bezirksgericht, Obergericht, Handelsgericht, Schwurgericht und Kassationsgericht) fleißig zu benutzen. Die Verhandlungen bei allen Gerichten sind regelmäßig öffentlich, beim Obergericht und Kassationsgericht sind es auch die Beratungen der Richter.

Für Studierende schweizerischer Nationalität ist insbesondere beim Bezirksgericht Zürich die Möglichkeit praktischer Betätigung als Auditoren (freiwillige Hilfsarbeiter) gegeben. Die Anmeldung erfolgt schriftlich unter Angabe der Personalien und unter Einreichung der Studienzeugnisse beim Bezirksgerichtspräsidenten, der die Zuteilung zu den verschiedenen Abteilungen des Gerichts anordnet und dafür besorgt sein wird, daß der Auditor durch Wechsel der Abteilung im Verlaufe mit allen Geschäftsarten bekannt gemacht wird. Die Anmeldung kann auch schon in frühern Semestern erfolgen; der theoretische Unterricht kann nur gewinnen, wenn eine

gewisse Anschauung vorausging oder ihn begleitet. Am empfehlenswertesten ist es, den Auditorendienst in den Sommerferien zu beginnen und ihn durch das Wintersemester (ohne wesentlichen Abbruch an den Studien) fortzusetzen. Kandidaten der zürcherischen Rechtsanwaltsprüfung können damit einen Teil des geforderten Vorbereitungsdienstes ableisten. Eine geeignete praktische Einführung bildet auch die Tätigkeit auf einer Rechtsauskunftstelle. Der Eintritt in ein Anwaltsbureau empfiehlt sich erst nach Abschluß des Universitätsstudiums. Über weitere Gelegenheit zu praktischer Betätigung erteilt der Dekan Auskunft.

III. Studienplan für Studierende der Sozialökonomie.

Die Sozialökonomie (Nationalökonomie, Volkswirtschaftslehre) wird in zwei Hauptvorlesungen abgehandelt, der allgemeinen oder theoretischen Sozialökonomie und der speziellen oder praktischen Sozialökonomie. Das Studium kann sowohl mit der theoretischen, als mit der praktischen Sozialökonomie beginnen; doch empfiehlt es sich, zuerst die „allgemeine“ zu hören. Von der allgemeinen Sozialökonomie werden jeweilen einige Abschnitte, wie „Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus“ oder „Geld und Kredit“, in besonderen Vorlesungen vorgetragen; die praktische Sozialökonomie umfaßt die Handels- und Verkehrs-, Agrar- und Gewerbepolitik einschließlich der Arbeiterfrage.

Die Volkswirtschaftslehre ist ein Teil der Lehre von der menschlichen Gesellschaft. Mit ihrem Aufbau sollte sich der Student der Sozialökonomie in philosophischen, historischen, soziologischen und juristischen Studien befassen. Von den juristischen Vorlesungen kämen hier für ihn besonders die Vorlesungen über die allgemeine Rechtslehre (Einführung in die Rechtswissenschaft) und über öffentliches Recht (Staatsrecht und Verwaltungsrecht mit Berücksichtigung der schweizerischen Verhältnisse) in Betracht. Auf der andern Seite sind naturwissenschaftliche, mathematische und technische Kenntnisse erwünscht.

Ein wichtiges Hilfsmittel der Gesellschaftslehre ist die Statistik, ebenso die Wirtschaftsgeographie. Beide Vorlesungen können schon in den ersten Semestern gehört werden; anders die Finanzwissenschaft, die sich mit der Wirtschaft der öffentlichen Körperschaften befaßt und daher die Kenntnis der beiden sozialökonomischen Vorlesungen und des Staatsrechtes voraussetzt.

Wenn die Sozialökonomie die Beziehungen der Einzelwirtschaften zu einander untersucht, so ist es nötig, sich auch über den Aufbau dieser Einzelwirtschaften zu unterrichten, wie das in den Vorlesungen über Privatwirtschaftslehre und über Privatrecht geschieht. Die Fakultät hat daher auch für Sozialökonomen die Privatwirtschaftslehre als obligatorisches Prüfungsfach erklärt.

Das Kolleg soll dem Studierenden eine Übersicht über den Stoff der Wissenschaft geben. Von vornherein muß der Studierende

daneben bestrebt sein, sich selbständig durch die Lektüre der Hauptschriftsteller und die Verfolgung der wirtschaftlichen Entwicklung in einer größeren Tageszeitung fortzubilden. So wie es dem Studenten überlassen ist, sei es die historisch-deskriptive oder die dogmatische Forschung besonders zu pflegen, können auch über die Reihenfolge der zu hörenden Vorlesungen keine Vorschläge aufgestellt werden, die ins einzelne gehen. Nur ist darauf hinzuweisen, daß die erste Hälfte der Studienzeit vor allem den Vorlesungen zu widmen ist und daß hier neben den sozialökonomischen Vorlesungen über theoretische und praktische Sozialökonomie, Statistik und Finanzwissenschaft der Student sich jeweilen auf eine Gruppe von Studien zu beschränken hätte, also entweder zuerst die Handelsbetriebslehre und das Privatrecht und dann die öffentlich-rechtlichen Fächer, oder umgekehrt. In den spätern Semestern ist auf die Beteiligung am Seminar das Hauptgewicht zu legen.

Der Mitarbeit am Seminar muß die Anhörung der sozialökonomischen Hauptvorlesungen vorangehen. Es kommen hier zunächst die Übungen in Betracht, in denen ein Schriftsteller oder eine Hauptlehre der Sozialökonomie durchgenommen wird, und das Konversatorium, in dem im Anschluß an die Vorlesungen über wirtschaftliche Fragen gesprochen wird.

An den Übungen für Fortgeschrittene können sich nur die Studierenden beteiligen, die sich zur Übernahme selbständiger Vorträge bereit erklären. Diese werden sich zunächst mit der Durcharbeitung dieser Frage an Hand der vorliegenden Literatur befassen, dann aber auch die Ergebnisse eigener Forschungen mitteilen.

IV. Studienplan für Studierende der Handelswissenschaften.

1. Die handelswissenschaftliche Abteilung.

Aufgabe der handelswissenschaftlichen Abteilung ist, zunächst allen Studierenden der Fakultät in gleicher Weise Gelegenheit zu bieten, sich mit den Geschäftsformen des Privatwirtschaftsbetriebes (Großhandel, Bank, industrielle Unternehmung, Verkehrsanstalten, Versicherung) vertraut zu machen, wobei sowohl auf die Art und Weise der technischen Abwicklung der einzelnen Geschäftsoperationen, wie auch auf die Zusammenhänge mit Volkswirtschaft und Recht Gewicht gelegt wird.

In zweiter Linie fällt der handelswissenschaftlichen Abteilung in Verbindung mit den andern Gruppen von Disziplinen der Fakultät (Sozialökonomie, Rechtswissenschaften) die Aufgabe zu, Gelegenheit zu fachwissenschaftlicher Ausbildung zu bieten und auf das höhere Lehramt in den Handelsfächern vorzubereiten.

2. Privatwirtschaftliche Disziplinen.

1. Allgemeine kaufmännische Privatwirtschaftslehre.
2. Spezielle Privatwirtschaftslehre:
   Teil I. Betriebslehre des Überseehandels;

Teil II. Bankbetriebslehre;
Teil III. Betriebslehre der industriellen Unternehmung.
3. Verkehrsbetriebslehre (Eisenbahn, Schiffahrt und Spedition).
4. Versicherungstechnik.
5. Allgemeine Verrechnungslehre (Rechnungsführung der privaten Unternehmung und der öffentlichen Verwaltung).
6. Bilanzkunde der privaten Unternehmung.
7. Technik des Kontokorrent-, Wechsel- und Effektenverkehrs (einschließlich Börsengeschäfte und Arbitrage).
8. Handelsschulkunde und Methodik der Handelsfächer mit Lehrübungen.

Außer den Vorlesungen und Übungen der ordentlichen Dozenten (Professoren, Privatdozenten) werden aus dem Gebiete der unter 2—6 genannten Disziplinen von Handelspraktikern Spezialvorlesungen und Übungen abgehalten unter besonderer Berücksichtigung der in der Geschäftspraxis Anwendung findenden Formalien.

Die Vorlesungen über die unter den Ziffern 1—5 genannten Disziplinen können vom Beginn der Studien an besucht werden. Es wird den Studierenden geraten, sich auch von Anfang an an den Übungen im handelswissenschaftlichen Seminar (Lektüre und Erklärungen deutscher und fremdsprachlicher handelswissenschaftlicher Schriftsteller, Anfertigung von Aufsätzen über handelswissenschaftliche Themata, bilanzkritische Übungen, Repetitorien, Übungen zur Kontorpraxis) zu beteiligen.

Für immatrikulierte Studierende, die keine Handelsmittelschule absolviert haben, sich aber dem Handelslehramt widmen, oder sich in den Kontorfächern Übung verschaffen wollen, wird jeweilen im Wintersemester ein fünfstündiger Einführungskurs in die Kontorpraxis abgehalten.

Die Lehrübungen in den Handelsfächern werden abwechselnd in verschiedenen Fächern, wie Buchhaltung, kaufmännisches Rechnen, Korrespondenz, Handelsrecht, an der kantonalen Handelsschule in Zürich und an der Fortbildungsschule des kaufmännischen Vereins in Zürich veranstaltet.

3. Sozialökonomische Disziplinen.

1. Allgemeine Volkswirtschaftslehre (Geschichte und Theorie der Sozialökonomie).
2. Spezielle Volkswirtschaftslehre (praktische Sozialökonomie):
   Teil I. Agrar- und Gewerbepolitik, einschließlich Arbeiterfrage;
   Teil II. Handels- und Verkehrspolitik.
3. Wirtschaftsgeographie.
4. Finanzwissenschaft.
5. Statistik.
6. Genossenschaftswesen.
7. Volkswirtschaftliche, statistische, genossenschaftliche und wirtschaftsgeographische Übungen im sozialökonomischen, genossenschaftlichen und geographischen Seminar.

Es kann entweder allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre zuerst gehört werden; jedenfalls ist es zweckmäßig, eines dieser Fächer im ersten Semester zu belegen. In der Folge sollte sich jeder Studierende an den volkswirtschaftlichen Übungen im Seminar beteiligen.

Die Vorlesungen über Wirtschaftsgeographie umfassen die allgemeine Wirtschaftsgeographie, sodann Wirtschaftsgeographie der wichtigsten Kulturländer und deren Kolonien, die geographische Verbreitung und Gewinnung der wichtigsten Rohstoffe und verkehrsgeographische Fragen. Jede dieser Vorlesungen kann vom Studienbeginn an gehört werden; die Teilnahme an seminaristischen Übungen vom ersten Semester an wird empfohlen.

4. Rechtsdisziplinen.

1. Allgemeine Rechtslehre.
2. Schweizerisches oder deutsches Privatrecht, insbesondere Obligationenrecht.
3. Handels- und Wechselrecht (einschließlich Transport- und Versicherungsrecht).
4. Schuldbetreibungs- und Konkursrecht.
5. Allgemeines, eidgenössisches oder kantonales Staatsrecht.
6. Allgemeines, eidgenössisches oder kantonales Verwaltungsrecht.
7. Völkerrecht.
8. Übungen im juristischen Seminar.

Als grundlegende Vorlesung gilt die allgemeine Rechtslehre. Für die Studierenden der Handelswissenschaften kommen neben dieser hauptsächlich unter Nr. 2 schweizerisches Obligationenrecht und sodann Nr. 3 in Betracht. Wollen sie sich weiteren rechtswissenschaftlichen Studien widmen, so wird ihnen empfohlen, sich entweder vorzugsweise Privatrechtsfächern (deutsches Privatrecht, schweizerisches Zivilgesetzbuch) oder Fächern des öffentlichen Rechts (Nr. 5 bis 7) zuzuwenden,

5. Praktische Betätigung in Handelsgeschäften und Verwaltungsbureaus.

Den Studierenden der Handelswissenschaften wird eine praktische Betätigung in Handelsgeschäften oder Verwaltungsbureaux dringend angeraten. Für die Kandidaten des höheren Lehramtes in den Handelsfächern ist eine solche mindestens einjährige Praxis sogar Bedingung der Zulassung zur Prüfung.

Eine richtig angelegte und durchgeführte Geschäfts- oder Verwaltungspraxis von einem halben Jahre und länger fördert durch eigene Beobachtungen und Erfahrungen im Wirtschaftsleben das Verständnis für die Vorlesungen und die Mitarbeit in den Seminarien. Diese Geschäfts- oder Verwaltungspraxis ist auch geeignet, der Orientierung für die spätere Berufswahl zu dienen und den Übergang zum Berufe, zumal den Eintritt in ein Handelsgeschäft, zu erleichtern.

Es empfiehlt sich deshalb, die praktische Betätigung dem eigentlichen Hochschulfachstudium vorangehen zu lassen und, wenn immer möglich, an die Mittelschule anzuschließen. Vor allem sollte für die Absolventen von Handelsschulen, für die der kaufmännische Beruf und das Handelslehramt ganz besonders nahe liegt, der Übertritt in eine zweijährige kaufmännische Betätigung vor dem Studium an der Hochschule keinen Schwierigkeiten begegnen. Aber auch als Unterbrechung des Studiums, etwa in Verbindung mit den Hochschulferien, unter Umständen auch neben dem Studium an der Hochschule, ist eine praktische Betätigung anzuraten. Dieser letztere Weg dürfte vor allem für Absolventen von Gymnasien, Industrie- (Oberreal-) schulen und Lehrerseminarien in Betracht kommen, die durch den Besuch des Einführungskurses in die Kontorpraxis und anderer handelswissenschaftlicher Kollegien Zutritt zu einer solchen kaufmännischen Betätigung sich zu ermöglichen trachten werden. Die Dozenten der Handelswissenschaften sind gerne bereit, wegen dieser Geschäfts- und Verwaltungspraxis den Studierenden nach Möglichkeit mit Ratschlägen an die Hand zu gehen.

V. Studienplan für Studierende der Journalistik.

A.

Den Studierenden der Journalistik beider Richtungen gemeinsame fachtechnische und allgemeine Vorlesungen:

1. Fachtechnische Vorlesungen: Geschichte der Presse; Technik der Presse; Urheber- und Preßrecht; journalistische Übungen.

2. Allgemeine Vorlesungen: Allgemeine und schweizerische Geschichte der neuern und neuesten Zeit; allgemeine und schweizerische Kulturgeschichte; deutsche Literaturgeschichte; Geschichte der neuern Philosophie; Logik; stilistische Übungen; fremdsprachliche Übungen.

B.

Für Journalisten der politischen und volkswirtschaftlichen Richtung:

1. Staatsrechtlich-politische Fächer: Rechtsgeschichte; allgemeine Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte; schweizerische Verfassungsgeschichte; allgemeine Rechtslehre; Rechtsphilosophie; allgemeines und schweizerisches, beziehungsweise kantonales Staats- und Verwaltungsrecht; Politik; Völkerrecht und diplomatische Geschichte; Geschichte der sozialen und politischen Ideen; Geschichte und Wesen der politischen Parteien; öffentlich-rechtliche Übungen; Strafrecht und Strafprozeß.

2. Sozialökonomische Fächer: Soziologie (allgemeine Gesellschaftslehre); allgemeine Sozialökonomie; praktische Sozialökonomie; Finanzwissenschaft; Statistik; Wirtschaftsgeschichte; Bank- und Börsenwesen; Verkehrs- und Versicherungswesen; volkswirtschaftlich-statistische Übungen in der Handelsredaktion.

C.

Für Journalisten der feuilletonistischen Richtung:

1. Philosophisch-ästhetische Fächer; Ästhetik; Psychologie; Ethik.

2. Literargeschichtliche Fächer: Französische, italienische, englische Literaturgeschichte vom XVII.—XIX. Jahrhundert; allgemeine moderne Literaturgeschichte; das moderne Theater; Theaterkritik; Bücherrezensionen.

3. Kunstgeschichtliche Fächer: Geschichte der griechischen Skulptur; Geschichte der mittelalterlichen Baukunst; Geschichte der neuern und neuesten Kunst; Musikgeschichte; Kunstkritik.

Diejenigen Studierenden der politisch-volkswirtschaftlichen Journalistik, die den Grad eines doctor rerum cameralium erwerben wollen, finden die für dieses Examen erforderlichen, der Gruppe B angehörenden Fächer in den Promotionsbedingungen der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät bezeichnet.

Die Studierenden der feuilletonistischen Richtung werden auf die Promotionsbedingungen der philosophischen Fakultät, I. Sektion, aufmerksam gemacht.

Von besonderem Interesse für Journalisten ist der Beschluß der philosophischen Fakultät, I. Sektion, wonach außer den in den Promotionsbedingungen genannten Fächern auch Nationalökonomie als Hauptfach oder Nebenfach zugelassen wird. Dagegen behält sich die philosophische Fakultät vor, in jedem einzelnen Falle die Fächerkombination zu genehmigen.

II. Wegleitung für die Durchführung der Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten der Universität Zürich. (Vom 16. Januar 1917.)

A. Im allgemeinen.

§ 1. Jede Fakultät ist verpflichtet, für jedes Semester wenigstens eine Vorlesung für Hörer aller Fakultäten anzukündigen, es sei denn, daß ihre sonstige Inanspruchnahme und die mangelnde Eignung ihrer Disziplinen eine Ausnahme rechtfertigen. Mehr als zwei derartige Vorlesungen dürfen von einer Fakultät nicht angekündigt werden. Dabei soll auf einen regelmäßigen Wechsel in den geeigneten Disziplinen Rücksicht genommen werden und von einem und demselben Dozenten nicht mehr als eine Vorlesung angekündigt werden.

§ 2. Diese Vorlesungen werden hauptsächlich für die Hörer aus den andern Fakultäten respektive für die Fachstudierenden anderer Disziplinen abgehalten und müssen für diese Zwecke besonders ausgestaltet werden. Die Ankündigung der Spezialvorlesungen, die für die Fachstudierenden bestimmt sind, als Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten, soll möglichst vermieden werden.

Die Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten sind im Vorlesungsverzeichnis in der ihnen besonders eingeräumten Abteilung aufzu-

führen, können aber auch in die Ankündigungen der eigenen Fakultät aufgenommen werden.

§ 3. Die Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten sollen aus den wissenschaftlichen Gebieten gewählt werden, die sich für diese Zwecke eignen, und sie sollen im allgemeinen höchstens zweistündig sein. Nur diese Vorlesungen werden im ersten Teil des Vorlesungsverzeichnisses mit der Bemerkung „für Hörer aller Fakultäten" vorgemerkt.

§ 4. Die Durchführung ist Pflicht der Fakultäten. Diese stellen die Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten in dem gleichen Verfahren fest, in welchem sie das Vorlesungsverzeichnis selbst feststellen. Die Fakultät beschließt, wie viele und welche von den hiefür angemeldeten Vorlesungen als solche für Hörer aller Fakultäten angekündigt werden sollen. Findet keine Fakultätsberatung des Vorlesungsverzeichnisses statt, so entscheidet der Dekan unter Vorbehalt des Rekurses an die Fakultät.

§ 5. Die Fakultät kann für eine Reihe von Semestern den Turnus der von ihr angekündigten Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten feststellen. Sie kann einen Hinweis auf diesen Plan oder diesen selbst in das Vorlesungsverzeichnis aufnehmen.

§ 6. Die Aufgabe, die Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten durchzuführen, liegt in erster Linie den Professoren ob. Doch sollen auch geeignete Privatdozenten, die sich zur Übernahme bereit erklären, nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

B. Vorlesungen zur staatsbürgerlichen Ausbildung.

§ 7. Die Vorlesungen für staatsbürgerliche Ausbildung werden unter den Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten besonders aufgeführt.

§ 8. Die Durchführung dieser Vorlesungen haben die Mitglieder der staatswissenschaftlichen Fakultät und die Historiker der philosophischen Fakultät I unter sich zu vereinbaren.

§ 9. Sie sind nach einem Plan durchzuführen, der so angelegt ist, daß die Besucher dieser Vorlesungen in die wichtigsten Gebiete des staatlichen Lebens eingeführt werden.

Auf diesen Plan ist im Vorlesungsverzeichnis hinzuweisen.

§ 10. Je eine solche Vorlesung für Hörer aller Fakultäten soll in jedem Semester möglichst in den gleichen Stunden abgehalten werden. Diese werden in einer Senatsausschußsitzung festgestellt und sind abends von 6 bis 7 Uhr zu belegen.

Die Dozenten aller Fakultäten sollen ihre Ankündigungen für diese Stunden möglichst beschränken.

C. Durchführung.

§ 11. Diese Wegleitung tritt auf Beginn des Sommersemesters 1917 in Kraft.

4. Lehrerschaft aller Stufen.

12. Programm für die Kurse zur Heranbildung von Arbeitslehrerinnen an Volks- und Fortbildungsschulen des Kantons Zürich. (Vom 23. Oktober 1917.)

I. Organisation.

a) Aufnahmebedingungen.

Die schriftliche Anmeldung mit genauer Angabe des Bildungsganges hat an die Erziehundsdirektion zu erfolgen.

Der Anmeldung sind beizulegen:

1. Ein Altersausweis; erforderlich ist das zurückgelegte 18. Altersjahr.
2. Ein Ausweis über dreijährigen Sekundarschulbesuch oder über eine analoge Vorbildung, wie sie in einer zürcherischen Sekundarschule mit drei Jahreskursen erreicht werden kann.
3. Ein Ausweis über eine gute Vorbildung in den weiblichen Handarbeiten, wie sie an einer Frauenarbeits- oder Fachschule, in einer Berufslehre oder in Kursen erworben werden kann.
4. Ein amtsärztlicher Gesundheitsausweis.

Die Bewerberinnen haben eine Aufnahmeprüfung zu bestehen, die sich auf folgende Fächer erstreckt: Nähen, Stricken, Flicken, deutsche Sprache (Aufsatz, Lesen und Erzählen), Rechnen, Formenlehre, Zeichnen und Naturkunde.

b) Kursdauer und Kursprogramm.

Der Kurs dauert 18 Monate.

Er zerfällt in einen praktischen, einen theoretischen und einen besondern hauswirtschaftlichen Teil.

Die hauswirtschaftliche Ausbildung erlangen die Kandidatinnen als interne Schülerinnen der Haushaltungsschule der Sektion Zürich des Schweizerischen gemeinnützigen Frauenvereins. Der übrige Unterricht wird in der Schweizerischen Fachschule für Damenschneiderei und Lingerie erteilt.

Im II. Teil des Kurses ist ein zehnwöchiger Spezialkurs im Kleidermachen einbezogen.

Der praktische Unterricht umfaßt: Stricken, Nähen, Flicken, Anfertigung von Gebrauchs-, Wäsche- und Bekleidungsgegenständen, Sticken und andere Verzierungstechniken, Probelektionen, Turnen.

Die theoretischen Fächer sind: Deutsche Sprache, Gesundheitslehre, Naturkunde, Rechnen, Formenlehre, Freihandzeichnen, Schnittmusterzeichnen, Pädagogik, Methodik.

Die Lehrgegenstände des hauswirtschaftlichen Unterrichtes sind: Hauswirtschaftslehre und Hausarbeiten, Waschen und Glätten, Ernährungslehre, Nahrungsmittellehre, Kochen.

Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden beträgt 36. Die Ferien richten sich nach denen der Haushaltungsschule und der Schweizerischen Fachschule für Damenschneiderei und Lingerie und betragen für die ganze Kursdauer zirka 11 Wochen.

c) Unterrichtskosten.

Für Kantonsbürgerinnen ist der Unterricht unentgeltlich. Im Falle des Bedürfnisses können auf ein eingereichtes Gesuch hin durch den Erziehungsrat Stipendien verabfolgt werden. Nichtkantonsbürgerinnen haben ein Kursgeld von 300 Fr. zu bezahlen. An die Kosten des Unterhaltes in der Haushaltungsschule haben Kantonsbürgerinnen 50 Fr. im Monat, Nichtkantonsbürgerinnen 80 Fr. im Monat zu bezahlen.

d) Patentierung.

Auf Grund der Schlußprüfung und der Jahresnote in den einzelnen Fächern entscheidet der Erziehungsrat über die Patentierung der Kursteilnehmerinnen.

e) Leitung und Aufsicht.

Die Oberleitung des Kurses ist Sache der kantonalen Arbeitschulinspektorin. Die Aufsicht wird durch eine vom Erziehungsrat bestellte Kommission ausgeübt.

II. Lehrplan.

A. Handarbeiten.

(Durchschnittlich 25 Wochenstunden während 14 Monaten.)

Sämtliche Lehrgegenstände des kantonalen Lehrplanes für die Primar- und Sekundarklassen und die Fortbildungsschule.

Kinder- und Frauenwäsche in verschiedener Ausführung.

Gebrauchsgegenstände mit Anwendung des Verzierens nach Entwürfen der Schülerin.

Die verschiedenen Arten von Flickarbeiten an gestrickten und gewobenen Gegenständen, sowie an Tuch und Tüll, auch mit Benützung der Nähmaschine.

Sticken und andere einschlägige Techniken an Gebrauchsgegenständen angewendet. Übertragen von Zeichnungen auf den Stoff.

Kleidermachen: Unterrock, Rock, Futtertaille, Blusen, Morgenjacke, Kinderkleidchen, Ändern von Kleidern; Übungen im Einsetzen von Taschen und Besetzen von Rockschlüssen.

Herstellen der Schnittmuster durch Abformen und Zeichnen.

B. Zeichnen.

(2 Wochenstunden während 18 Monaten.)

Bilden des Sinnes für Linienführung, Raumverteilung und stilgemäße Verzierung. Herstellung von Entwürfen für die Verzierung der Gebrauchs- und Bekleidungsgegenstände, die von den Schülerinnen im Handarbeiten ausgeführt werden.

C. Theoretische Fächer.

Deutsche Sprache. (2 Wochenstunden während 18 Monaten.)

Mündliche Übungen: Lesen und Erklären ausgewählter Stücke in Prosa und Poesie, Dramen mit verteilten Rollen. Freier Vortrag mit Diskussion. Besprechung der wichtigsten Gebiete aus der Verfassungs- und Gesetzeskunde.

Schriftliche Übungen: Freie Aufsätze, Stundenaufsätze, Briefe aus dem Berufsleben und dem Verkehr mit Behörden.

Gesundheitslehre. (2 Wochenstunden während 8 Monaten.)

Bau und Tätigkeit der menschlichen Organe; Gesunderhaltung; erste Hilfe bei Unglücksfällen.

Exkursionen in die hygienische Sammlung der Eidgenössischen Technischen Hochschule und in die zoologisch-anthropologische Sammlung der Universität.

Hygiene des weiblichen Körpers (erteilt durch eine Ärztin).

Naturkunde. Chemie. (2 Wochenstunden während 4 Monaten.)

Die Luft. Die Oxyde. Das Wasser. Der Wasserstoff. Der Kohlenstoff. Kohlenoxyd und -monoxyd. Das Leuchtgas. Die Flamme. Die Zündhölzchen. Säuren. Laugen. Salze.

Besuch einiger industrieller Etablissements.

Naturgeschichte. (1 Wochenstunde während 4 Monaten, 2 Wochenstunden während 10 Monaten.) Die Bakterien im Haushalt. Desinfektion. Sterilisieren und Konservieren. Gärung. Fäulnis. Die Pilze. Kurzer Abriß der Zellenlehre. In- und ausländische Nutzpflanzen.

Die Rohstoffe der Textilindustrien: Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Ramie, Manilahanf, Kokos, Seide, Kunstseide, Wolle. Die Garne und ihre Erzeugung unter spezieller Berücksichtigung der Baumwollspinnerei.

Die Gewebe. Gewebebindungen. Die Jacquardmaschine.

Die Tuchfabrikation.

Exkursionen. Besuch industrieller Etablissements.

Elektrische Erscheinungen und Apparate (elektrisches Läutwerk, Licht, Glätteisen, Kochapparate).

Formenlehre. (1 Wochenstunde während 6 Monaten.)

Die verschiedenen ebenen Flächeformen an Körpern betrachtet. Einige krumme Flächen und ihre Abwicklung. Alles mit Konstruktionsübungen an der Wandtafel und mit Übungen im Gestalten in Papier.

Rechnen. (1 Wochenstunde während 12 Monaten.)

Die im täglichen Verkehr vorkommenden Rechnungsarten mit besonderer Berücksichtigung des Kopfrechnens. Geschäftliches Rechnen (Geld- und Wechselverkehr), Zahlungsverkehr durch die Post (Postscheck- und Giroverkehr), Zinse, Steuern, Versicherungen, eine Vereinsrechnung.

Pädagogik. (2 Wochenstunden während 10 Monaten.)

Grundlehren der pädagogischen Psychologie. Zweck, Aufgabe und Mittel der Erziehung. Aufgaben und Pflichten der Lehrerin. Das Leben und Wirken einiger der bedeutendsten Pädagogen der Neuzeit.

Methodik. (2 Wochenstunden während 7 Monaten) und

Probelektionen. (4 Wochenstunden während 7 Monaten.)

Geschichtliche Entwicklung des Handarbeitsunterrichtes.

Allgemeine Methodik des Handarbeitsunterrichtes, spezielle Methodik der einzelnen Handarbeitsgruppen.

Schriftliche Vorbereitung der Lektionen und Lehrübungen mit Schülerinnen der kantonalen Übungsschule und mit den Kurskandidatinnen.

D. Turnen.

(1 Wochenstunde während 18 Monaten.)

Ordnungs- und Freiübungen. Spiele.

E. Hauswirtschaftlicher Unterricht.

(Während der ersten 4 Monate.)

Hauswirtschaftslehre und **Hausarbeiten.** Anforderungen an die Führung eines Haushaltes in wirtschaftlicher und hygienischer Beziehung. Wohnung: Einrichtung, Heizung und Beleuchtung. Behandlung und Instandhaltung der Hausgeräte. Das Reinigungsmaterial und dessen Instandhaltung. Besprechung ethischer Fragen aus dem Pflichtenkreis der Hausfrau. Systematische Anleitung zu den häuslichen Arbeiten; Übungen: Instandhalten von Wohn- und Schlafräumen, Treppen etc. Waschen von Haus-, Leib-, Stärke-, Bunt- und Wollwäsche. Glätten.

Ernährungslehre, Nahrungsmittellehre und **Kochen.** Das Notwendigste aus der Stoffwechsellehre. Bedeutung der einzelnen Nährstoffe für den Körper. Die wichtigsten Nahrungsmittel bezüglich Gewinnung, Nährgehalt, Verdaulichkeit, Preiswürdigkeit, Verwendung und Aufbewahrung. Die Genußmittel nach Bedeutung, Einkauf, Verwendung. Marktbesuche und Exkursionen.

Verwendung und Zubereitung der wichtigsten Nahrungsmittel unter Berücksichtigung der verschiedenen Kochvorgänge; Sieden, Dämpfen, Schmoren, Braten, Backen im Ofen und im Fett; Zubereitung einfacher Teigsorten. Herstellung einfacher Mahlzeiten; Zubereitung von Kinder- und Krankenspeisen. Zusammenstellung und Berechnung vollständiger Mahlzeiten. Instandhaltung der Küche und des Küchenmaterials.

---

13. Ausrichtung der staatlichen Teuerungszulagen für das Jahr 1917.

(Vom 28. September 1917.)

In der Volksabstimmung vom 26. August 1917 ist nachfolgender Beschluß des Kantonsrates angenommen worden:

I. Zur Ausrichtung von Teuerungszulagen für das Jahr 1917 an staatliche Beamte und Angestellte, Geistliche und Lehrer wird ein Kredit von 1,700,000 Fr. bewilligt.

II. Die Ausrichtung der Zulagen geschieht nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Höhe der Zulage richtet sich nach der vom Staate ausgerichteten Besoldung; für die Lehrer der Universität wird auch die durchschnittliche Summe der Kollegiengelder berücksichtigt.

2. Die Zulagen für die Arbeitslehrerinnen werden nach Maßgabe der persönlichen Verhältnisse vom Regierungsrat bestimmt.
3. Anspruch auf die Zulagen haben auch die im Ruhestand befindlichen Geistlichen, Lehrer und Polizeipersonen.
4. Das Maximum von Besoldungen und Zulagen für Ledige beträgt 6000 Fr., für Verheiratete 7300 Fr.
5. Personen mit 30,000 Fr. und mehr steuerbarem Vermögen haben keinen Anspruch auf Teuerungszulagen.
6. Die Berechnung der Zulagen geschieht nach folgendem Schema:

Jahresbesoldung Fr.	Zulagen in % der Besoldung für Verheiratete	für Ledige
bis zu 2000	20 %	18 %
2001—2500	18 %	16 %
2501—3000	16 %	14 %
3001—3500	14 %	12 %
3501—4000	12 %	10 %
4001—4500	10 %	8 %
4501—5000	8 %	6 %
5001—6000	6 %	4 %
6001—7000	4 %	0 %

7. Für jedes Kind unter 18 Jahren wird, sofern es ohne Erwerb ist, eine Zulage von 60 Fr. ausgerichtet.
8. Verwitwete und Geschiedene mit Kindern unter 18 Jahren werden, sofern sie einen eigenen Haushalt führen, den Verheirateten gleichgestellt.

Der Regierungsrat hat sodann in Ausführung dieses Beschlusses folgende Bestimmungen aufgestellt:

Maßgebend für die Berechnung der Teuerungszulagen ist der Zivilstand am 26. August 1917 und die Zahl der an diesem Tage vorhandenen Kinder unter 18 Jahren (ohne Erwerb). Wenn also zum Beispiel ein Lehrer sich erst nach dem 26. August 1917 verheiratet hat, so erhält er die Teuerungszulage als Lediger. Ist ein Kind vor diesem Datum 18 Jahre alt geworden, so erhält der Vater für dieses Kind keinen Beitrag. Oder ist einem Lehrer nach dem Tage der Volksabstimmung ein Kind geboren worden, so erhält er hierfür ebenfalls keine Zulage. Desgleichen dürfen für Personen, die vor dem 26. August 1917 den Staatsdienst verlassen haben, keine Teuerungszulagen gewährt werden. Ferner wird für Enkel- oder Pflegekinder kein Beitrag gewährt.

Die Berechnung der Teuerungszulagen für die Beamten, Angestellten und Lehrer stützt sich auf die ihnen im Jahr 1917 vom Staate ausgerichteten Durchschnittsbesoldungen (beziehungsweise Ruhegehalte), bei den Professoren der Universität mit Einschluß des durchschnittlichen Betrages der Kollegiengelder. Die außerordentlichen Besoldungszulagen der Primar- und Sekundarlehrer fallen bei der Festsetzung der Durchschnittsbesoldung außer Betracht; die maß-

gebende Besoldung besteht also nur aus den zwei Dritteln des Grundgehaltes und den Dienstalterszulagen.

Für die Volksschullehrer ergeben sich demnach folgende Beträge (exklusive Zulagen für Kinder):

Dienstjahre	Primarlehrer			Sekundarlehrer		
	Durchschnittsbesoldung	Teuerungszulage		Durchschnittsbesoldung	Teuerungszulage	
1917	1917	Ledige (18 %)	Verheirat. (20 %)	1917	Ledige	Verheirat.
					18 %	20 %
0—2	1267	228	253	1733	312	347
Am 1. Nov.: 3	1283	231	257	1750	315	350
Am 1. Mai: 3	1333	240	267	1800	324	360
4—5	1367	246	273	1833	330	367
Am 1. Nov.: 6	1383	249	277	1850	333	370
Am 1. Mai: 6	1433	258	287	1900	342	380
7—8	1467	264	293	1933	348	387
Am 1. Nov.: 9	1483	267	297	1950	351	390
Am 1. Mai: 9	1533	276	307	2000	360	400
					16 %	18 %
10—11	1567	282	313	2033	325	366
Am 1. Nov.: 12	1583	285	317	2050	328	369
Am 1. Mai: 12	1633	294	327	2100	336	378
13—14	1667	300	333	2133	341	384
Am 1. Nov.: 15	1683	303	337	2150	344	387
Am 1. Mai: 15	1733	312	347	2200	352	396
16—17	1767	318	353	2233	357	402
Am 1. Nov.: 18	1783	321	357	2250	360	405
Am 1. Mai: 18	1833	330	367	2300	368	414
18 und mehr	1867	336	373	2333	373	420

Lehrer, die mit Lehrerinnen oder Arbeitslehrerinnen verheiratet sind, erhalten eine Teuerungszulage an das gesamte Einkommen der beiden Ehegatten, sofern dasselbe den Betrag von 7000 Fr. nicht übersteigt. Wenn jedoch die aus obiger Berechnung sich ergebende Zulage größer ist, als die nach der allgemein gültigen Berechnungsweise, so kommt letztere zur Anwendung.

Verheiratete Lehrerinnen, deren Gatten nicht im Staatsdienste stehen, wird die gesamte Besoldung mit dem Einkommen des Mannes zusammengerechnet, darnach der Prozentsatz in vorstehender Skala gesucht und die betreffenden Prozente an die staatliche Besoldung der Lehrerin ausgerichtet.

Die Teuerungszulagen für Arbeitslehrerinnen werden nach folgenden Grundsätzen berechnet:

1. Die Höhe der Zulage richtet sich nach der vom Staate ausgerichteten Besoldung (zwei Drittel des Grundgehaltes und Dienstalterszulagen).

2. Arbeitslehrerinnen, die ein steuerbares Vermögen von 30,000 Fr. oder mehr oder ein Einkommen von 7000 Fr. (inklu-

sive Verdienst des Mannes) haben, wird keine Teuerungszulage ausgerichtet.

3. Die Zulagen betragen für sämtliche Arbeitslehrerinnen 4 bis 20 % der vom Staate ausgerichteten Durchschnittsbesoldung in gleicher Abstufung wie bei den verheirateten Lehrern und Beamten. Für die Feststellung des Prozentsatzes der auszurichtenden Zulagen wird bei den Verheirateten das Einkommen des Mannes und die Gemeindebesoldung der Frau als Arbeitslehrerin herangezogen, die Teuerungszulage jedoch nur an die staatliche Besoldung der Frau ausgerichtet.

4. Für jedes Kind unter 18 Jahren wird, sofern es ohne Erwerb ist, eine Zulage von 12—48 Fr. (2 Fr. für die wöchentliche Jahresstunde ausgerichtet. Die Höhe richtet sich nach dem im Jahr 1917 erteilten Durchschnitt der wöchentlichen Jahresstunden (Maximum 24).

5. An Arbeitslehrerinnen, die mit im staatlichen Schuldienst stehenden Lehrern verheiratet sind, werden keine Zulagen ausgerichtet.

6. Die Teuerungszulagen für Arbeitslehrerinnen im Ruhestande betragen 20 % des Ruhegehaltes.

Die Vikare der Primar- und Sekundarschulen erhalten vom 1. September 1917 an im Sinne von § 12 des Gesetzes betreffend die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen und die Besoldungen der Lehrer vom 29. September 1912 eine Teuerungszulage von 2 Fr. für den Unterrichtstag, die Vikarinnen der Mädchenarbeitschule eine solche von 25 Rp. für die erteilte Unterrichtsstunde. Die Entschädigung für Stellvertretung an den kantonalen Mittelschulen beträgt vom 15. August 1917 an 4 Fr. für die erteilte Unterrichtsstunde. Für die Hilfslehrer der kantonalen Mittelschulen mit abgeschlossener Fachbildung wird die Entschädigung für die Jahresstunde auf Beginn des Winterhalbjahres 1917/18 von 180 Fr. auf 200 Fr. erhöht.

Die Teuerungszulagen werden in einem Betrage anfangs oder Mitte Oktober ausgerichtet.

---

5. Diverses.

14. Lehrplan der kantonalen Blinden- und Taubstummenanstalt in Zürich. (Vom 20. November 1917.)

Zweck der Anstalt.

Die kantonale Blinden- und Taubstummenanstalt hat die Aufgabe, bildungsfähige blinde und taubstumme Kinder, vornehmlich aus dem Kanton Zürich, zu erziehen und zu guten und tüchtigen Menschen heranzubilden.

Schulzeit.

Die Schulzeit dauert mindestens acht Jahre. Sie endet frühestens mit dem Schuljahre, in welchem das 15. Altersjahr zurückgelegt wird, für protestantische Zöglinge gewöhnlich mit der Konfirmation.

Der Unterrichtsstoff nach Ziel und Umfang.

I. Blindenschule.

1. Sprache.

a) Anschauungsunterricht (Sinnesübungen).

Durch Anleitung zur aufmerksamen Beobachtung von Gegenständen in der näheren und ferneren Umgebung sollen die vorhandenen Sinne des blinden Kindes geschärft werden.

Unterstufe: Anleitung zum verständigen Tasten. Handgymnastik. Besprechung der betasteten Gegenstände und ihrer Teile. Übungen im Unterscheiden verschiedener Knöpfe, Perlen, Obstkerne, Früchte, Holz- und Kartonformen. Kenntnis und richtige Behandlung der Tischgeräte. Einführung in die Fröbelarbeiten. Beschäftigung mit Spielsand.

Mittelstufe: Richtige Kenntnis und Beurteilung der Geräte in Schule, Schlafzimmer und Arbeitsraum. Richtige Handhabung der Werkzeuge zur Blindenarbeit, der Küchen- und Gartengeräte. Besprechung von Pflanzen, Tieren und Beschäftigungen der Menschen. Übungen im Modellieren einfacher Grundformen und Früchte.

Oberstufe: Besprechung weiterer Gegenstände und Erscheinungen aus dem Leben der Pflanzen, Tiere und Menschen der Heimat. Verständnis der Zeiteinteilung und der Jahreszeiten. Ausbildung des Urteilsvermögens beim Betasten aller erreichbaren Gegenstände und Modelle. Vergleichung der Modelle mit der wirklichen Größe der dargestellten Gegenstände. Übungen im Modellieren in Ton oder Plastilin.

b) Sprechübungen.

Übung des Gehörs und der Sprachorgane durch schönes Vor- und Nachsprechen. Verbesserung mangelhaft gesprochener Laute. Im Anschluß an den Anschauungsunterricht Bildung einfacher Sätze, kurzer Beschreibungen, Behandlung von Erzählungen und Gedichten. Besprechung von Erlebnissen in Schule und Haus, von Tagesereignissen in Stadt und Land.

c) Sprachlehre.

Unterstufe: Rechtschreibe- und Interpunktionsübungen.
Mittelstufe: Wortarten und Wortformen. Der einfache Satz.
Oberstufe: Der erweiterte Satz.

d) Lesen und Schreiben.

Der Lese- und Schreibunterricht sucht den blinden Schülern eine gewisse Fertigkeit im Lesen und Schreiben der Blindenschrift (Braille'sche Punktschrift) und die Aneignung einer für den Verkehr mit Sehenden geeigneten Schriftart zu vermitteln.

Unterstufe: Praktische Vorübungen an der „Setztafel". Zusammenstellen der Einzelbuchstaben des Braille'schen Alphabets

zu Silben, Wörtern und Sätzen. Einübung der Brailleschrift in der Fibel.

Mittelstufe: Schreiben der Punktschrift mit gesteigerter Fertigkeit im Dienste des Sprachunterrichtes. Rechtschreibeübungen, Diktate, Beschreibungen, Erzählungen, Briefe, Lesen aus den für Blinde erstellten Punktschriftlesebüchern.

Oberstufe: Fortgesetzte Übungen der Braille'schen Punktschrift: Vollschrift und im letzten Jahr auch Kurzschrift. Pflege des Diktates, des Brief- und Aufsatzschreibens. Übung in Maschinenschrift zum Verkehr mit Sehenden.

Praktische Verwendung der Punktschriftliteratur in Sprach-, Realien und Religionsunterricht. Lektüre anregender Schriften.

2. Rechnen.

Der Rechenunterricht soll den blinden Schülern Fertigkeit in den einfachen Rechnungsarten und Gewandtheit in der Lösung von Rechnungen des bürgerlichen Lebens vermitteln.

Hauptaufgabe bleibt die Erzielung eines gewandten, sicheren Kopfrechnens, auch wenn die Schüler in das schriftliche Rechnen eingeführt werden.

Unterstufe: Bildung der Zahlvorstellungen durch vielseitige Anschauung; jeder Schüler hat seinen Zählrahmen.

Mündliches Rechnen im Zahlenraum von 1—10, 1—20, 1—100, stets mit Rechnen am Zählrahmen.

Münzen, Maße und Gewichte, soweit deren Gliederung auf der Zehnteilung beruht.

Schreiben der Zahlen des Zahlenraumes 1—100 in Brailleschrift.

Schreiben der auszurechnenden Zahlen.

Lösen von Rechenaufgaben in der Rechenfibel für Blinde.

Einmaleins 1 bis 5.

Vielseitige Übung in angewandten Aufgaben durch Kopfrechnen.

Mittelstufe: Erweiterung des Zahlenkreises bis 1000.

Zerlegen von Zahlen in ihre dekadischen Einheiten.

Bilden der Zahlen aus dekadischen Einheiten.

Zu- und Wegzählen von ein-, zwei- und dreistelligen Zahlen.

Schreiben der Aufgabenlösungen in Brailleschrift.

Veranschaulichung und Übung des Einmaleins.

Vermehren und Teilen zweistelliger Zahlen mit Grundzahlen.

Angewandte Aufgaben als Übung im Kopfrechnen.

Erweiterung des Zahlenraumes bis 10,000.

Übung in der Anwendung dieser größeren Zahlen.

Dreisatzrechnungen in angewandten Aufgaben zum Kopfrechnen.

Oberstufe: Rechnen im unbegrenzten Zahlenraum. Mündliches Rechnen.

Übung in allen vier Grundrechnungsarten.

Großes Einmaleins. Zins- und Kapitalberechnungen.

Gemeine Brüche; Zu- und Wegzählen gleichnamiger Brüche mit kleinem Nenner.

Vervielfachen und Entvielfachen einfacher Brüche durch ganze Zahlen.

Einführung in die Dezimalbrüche.

Schriftliches Rechnen.

Darstellen der Zahlen auf dem „Rechenbrett".

Zu- und Wegzählen, Vermehren und Teilen in schriftlicher Darstellung:

a) Auf dem „Rechenbrett",
b) mit dem Rechenapparat in Brailleschrift,
c) mit dem Rechenapparat in Ziffern.

Geometrische Formenlehre.

Geometrische Grundbegriffe: Punkt, Linie, Winkel, Fläche, Körper, Dreieck, Viereck, Vieleck, Würfel, Prisma, Zylinder, Pyramide, Kegel, Kugel, entsprechend der Begabung der Schüler.

3. Biblische Geschichte und Sittenlehre.

Im Unterricht in der biblischen Geschichte ist das Hauptgewicht auf die Bildung des Gemüts und des Charakters durch Weckung edler Gesinnung und Anregung zum sittlichen Handeln zu legen.

Der Memorierstoff umfaßt eine beschränkte Zahl von Liedern und Sprüchen, die nach ihrem Inhalte dem Verständnis der Schüler eröffnet worden sind. Bei der mündlichen Wiedergabe ist auf guten Vortrag zu halten. Im Unterricht in der biblischen Geschichte und Sittenlehre haben alle konfessionellen Besonderheiten zurückzutreten, so daß der Unterricht von den Angehörigen aller Konfessionen ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden kann. Der konfessionelle Charakter tritt erst in dem vom Geistlichen erteilten Konfirmandenunterricht hervor.

Mittelstufe.

Einige biblische Geschichten aus dem alten und neuen Testament im Anschluß an die christlichen Feste, als Vorstufe zur Behandlung der biblischen Geschichte der folgenden Schuljahre.

Oberstufe.

Ausgewählte biblische Geschichten aus dem alten und neuen Testament.

4. Realien.

a) Heimatkunde.

Mittelstufe: Genaue Orientierung im Anstaltsgebäude und in anderen zugänglichen Häusern. Verständnis des Modells der Blinden- und Taubstummenanstalt. Kenntnis der näheren und ferneren Umgebung des Anstaltsgebäudes. Gewinnung der geo-

graphischen Grundanschauungen und Grundbegriffe auf Ausflügen und „Entdeckungsreisen“ in Wald und Flur. Besprechung des großen Reliefs vom Bezirk Zürich.

b) Geographie (Oberstufe).

Einführung in das Verständnis der Reliefkarten für Blinde.

Die Schweiz. Das Wichtigste über ihre Nachbarstaaten. Kursorische Behandlung der übrigen Staaten Europas. Kurze Übersicht über die außereuropäischen Erdteile an Hand des „Globus für Blinde“.

c) Geschichte.

Mittelstufe: Kurzgefaßte Bilder aus der Schweizergeschichte.

Oberstufe: Bilder aus der Schweizergeschichte unter besonderer Berücksichtigung der neueren Zeit. Einzelne wichtige Kapitel aus der allgemeinen Geschichte.

d) Naturkunde.

Mittelstufe und Oberstufe: Kenntnis der wichtigsten Naturkörper aus dem Tier-, Pflanzen- und Mineralreich. Besondere Berücksichtigung der im Blindengewerbe zur Verwendung kommenden Arbeitstoffe. Bau und Lebensverrichtungen des menschlichen Körpers. Das Wichtigste aus der Gesundheitslehre.

5. Turnen.

Für den Turnunterricht ist die eidgenössische Turnschule wegleitend, unter gebührender Berücksichtigung der Fähigkeit blinder Kinder. Nur die einfachsten Geräteübungen sind zulässig.

6. Gesang.

Weckung des musikalischen Sinnes. Bildung der Stimme. Hebung des Gemütslebens. Kräftigung der Atmungsorgane, Schulung der Sprechorgane.

Vortrag ein-, zwei- und dreistimmiger Lieder (im Anschluß an die Gesangbüchlein der zürcherischen Primar- und Sekundarschulen).

7. Musikunterricht (fakultativ).

Blinden Kindern mit besonderen musikalischen Anlagen wird Gelegenheit geboten, ein Instrument zu lernen (Klavier, Harmonium, Orgel).

Die musiktreibenden blinden Schüler werden nach und nach eingeführt in die Benennung der Töne, sowie ganz besonders auch in das Abhören der Intervalle (besondere musikalische „Hörübungen“), Noten- und Pausenwerte, Dur- und Moll-Leitern, sowie in die Kenntnis der Akkorde.

Die älteren Musikschüler der Blindenanstalt ergänzen ihre bisherigen rein akustischen Musikübungen durch die schriftliche Darstellung in Blindenschrift (Braille'sche Musikschrift).

8. Handarbeiten.

Der Handarbeitsunterricht bezweckt die Ausbildung zur selbständigen Ausführung der dem Einzelnen möglichen Handarbeiten

zum Zwecke eines Erwerbes und Verdienstes. Geschicklichkeit des einzelnen Blinden und Möglichkeit des Absatzes der gefertigten Arbeit entscheiden für die Auswahl. Das eigentliche Lehrziel der Blindenschule in Handarbeiten ist das Fertigen von Meerrohrgeflechten.
Unterstufe: Rahmenarbeiten im Maschinenstricken. Anfertigen von Waschseilen. Flechten in Tuchenden.
Mittelstufe: A. Handarbeiten der blinden Knaben:
Flechten von Teppichen aus Tuchenden. Filogieren von Marktnetzen und Hängematten. Flechten von Körbchen aus Peddigrohr.
B. Handarbeiten der blinden Mädchen:
Einfache Strickarbeiten.
Oberstufe: Knaben und Mädchen: Erlernen des Sesselflechtens in Meerrohr an verschiedenen Sesselformen.
Bei den blinden Mädchen außerdem: Ausbildung zu möglichster Selbständigkeit in Strick- und Häkelarbeiten verschiedener Art.

9. Französischunterricht (fakultativ).

Fähigen Schülern der Oberstufe wird Gelegenheit geboten, das Französische zu erlernen. Über die Zulassung zum fremdsprachlichen Unterricht entscheidet das Präsidium der Aufsichtskommission auf Antrag des Lehrerkonventes.

Stundenverteilung.

Obligatorische Unterrichtsfächer:	Stundenzahl		
	Unterstufe	Mittelstufe	Oberstufe
1. Sprache:			
a) Anschauungsunterricht, Sprechübungen und Sprachlehre	4	3	1
b) Lesen und Schreiben	4	6	6
2. Rechnen und Geometrie	4	4	6
3. Biblische Geschichte	2	2	1*)
4. Realien	—	3	4
5. Turnen	2	2	2
6. Gesang	2	2	2
7. Handarbeit	6	10	10
	24	32	32
Fakultative Fächer:			
Musikunterricht	2	3	3
Französisch (je nach der Zahl der Schüler)	—	—	2—4

(Die den fakultativen Unterrichtsfächern zufallende Zeit geht den betreffenden Schülern von den Handarbeitstunden ab.)

II. Taubstummenschule.

1. Sprachunterricht.

Der Sprachunterricht steht im Mittelpunkt des gesamten Taubstummenunterrichts. Die Taubstummenschule ist in erster Linie Sprech- und Sprachschule. Die gehör- und sprachlosen Kinder wer-

*) Daneben Konfirmationsunterricht.

den der Taubstummenanstalt zugeführt, damit sie reden lernen. Durch den Sprech- und Sprachunterricht sollen die Schüler befähigt werden, sich mündlich und schriftlich in einfacher Art richtig und verständlich auszudrücken, andern das Gesprochene vom Munde abzusehen und leichtere Lektüre zu verstehen.

a) Artikulationsunterricht.

Der Artikulationsunterricht macht zunächst durch verschiedene Vorübungen die Sprachorgane gelenkig und kräftig, beginnt dann mit dem Absehen und Entwickeln der für Auge und Tastsinn am leichtesten wahrnehmbaren Laute, verbindet diese zu Silben und Wörtchen und schreitet allmählich zum Erlernen der schwierigeren Laute und Lautverbindungen fort. Besondere Berücksichtigung finden dabei deutbare Lautverbindungen, also Wörter und Sätzchen, die dem sprachlichen Verkehrsbedürfnis des Kindes dienen.

Die richtige und geläufige Einübung sämtlicher Laute und Lautverbindungen der schriftgemäßen deutschen Sprache, die durch gleichzeitiges Lesen und Schreiben des Gesprochenen unterstützt wird, erfordert mindestens ein Jahr Zeit. Aber auch in allen folgenden Schuljahren ist das Sprechen in jedem Unterrichtsfach mit größter Sorgfalt zu pflegen. Jeder neue Lehrstoff ist richtig und fließend einzusprechen. Auftretende Sprechfehler sind sofort zu verbessern.

b) Mündlicher und schriftlicher Gedankenausdruck.

Für den Unterricht im mündlichen und schriftlichen Gedankenausdruck ist das sprachliche Mitteilungsbedürfnis der Kinder wegleitend. Ihrem alltäglichen Erleben in Schule und Haus wird in den einfachsten sprachlichen Formen mündlich und schriftlich Ausdruck verliehen und das bereits Erlernte bei jeder sich bietenden Gelegenheit durch Wiederholung befestigt. Jede nötig werdende neue Sprachform und jeder neue Begriff wird zugleich durch Herbeiziehung weiterer Beispiele aus dem Erleben der Kinder möglichst deutlich und verständlich gemacht und durch immer wiederkehrende gelegentliche Anwendung bis zum sicheren Können eingeübt. Von allen grammatischen Bezeichnungen wird dabei abgesehen. Sie würden nur hemmend und hindernd zwischen den durch das Erlebnis hervorgebrachten Eindruck und seinen sprachlichen Ausdruck treten. Das Lehrgespräch bewegt sich wesentlich in wechselseitigem Mitteilen und Fragen zwischen Lehrern und Schülern, ähnlich den Gesprächen einer Mutter mit ihren hörenden Kindern.

Was auf diese Weise erst in wenigen knappen Sätzchen und hernach in stetig sich erweiterndem sprachlichen Rahmen mit den Schülern eingesprochen und ihnen an die Wandtafel vorgeschrieben oder zum Schreiben in ihre Hefte diktiert wurde, lernen sie dann bald mehr oder weniger sicher mündlich und schriftlich nachbilden. Fehlerhaftes wird vom Lehrer berichtigt. Schließlich werden die Schüler in den Stand gesetzt, auch neue Erlebnisse in die oft ge-

brauchten Sprachformen zu fassen und ihre Gedanken in selbständigen, kurzen Mitteilungen, Berichten, Erzählungen, Briefen und Geschäftsaufsätzchen zum Ausdruck zu bringen.

Dieses Umsetzen alles Erlebens der Schüler in lebendige Umgangssprache schafft nach und nach auch die für die übrigen Unterrichtsfächer (Rechnen, biblische Geschichte, Realien) nötig werdenden Satzformen und Begriffe, wie umgekehrt der Unterricht in allen anderen Fächern stetsfort der sprachlichen Bereicherung der Kinder dienen soll.

c) Leseunterricht.

Der Leseunterricht entnimmt seinen Stoff für die Unter- und Mittelklassen hauptsächlich den an die Wandtafel und von den Schülern in ihre Hefte geschriebenen Sprachstücken. Daneben werden passende Lesestücke aus eigens für Taubstummenschulen oder Spezialklassen und ähnliche einfache Schulverhältnisse verfaßten Lesebüchern behandelt oder den Schülern für freie häusliche Lektüre empfohlen. In den Oberklassen kommen ausgewählte Lesestücke aus Volksschullesebüchern, und, soweit möglich, auch längere zusammenhängende Erzählungen leicht faßlicher Volksbücher zur Behandlung. Gute Dienste leisten auch einfache Leitfäden für Realien und biblische Geschichte, in denen die Schüler Stoffe, die ihnen schon bekannt sind, in neuer sprachlicher Darstellung nachlesen können.

Bei allem Leseunterricht sind neue sprachliche Ausdrücke entweder vorbereitend oder nachfolgend durch passende Beispiele aus dem Erleben der Kinder zu verdeutlichen und weiter einzuüben.

Zur fleißigen Benützung der Schülerbibliothek sind die Schüler ebenfalls anzuhalten, damit sie sich an häusliche Lektüre gewöhnen. Diese bildet für sie nach der Entlassung aus der Schule das hauptsächlichste Mittel, ihren so mühsam erworbenen geistigen Besitz zu erhalten und zu erweitern.

2. Rechnen.

Der Rechenunterricht soll die Schüler befähigen, sich in den einfachen Rechenverhältnissen ihres künftigen beruflichen Lebens zurechtzufinden.

I. Schuljahr.

Veranschaulichung und Feststellung der Zahlbegriffe 1—10.
Einübung der Zahlwörter und der Ziffern.

II. Schuljahr.

Rechnen im Zahlenraum 1—20. Zu- und Wegzählen.

III. Schuljahr.

a) Allmähliche Erweiterung des Zahlenraumes bis 100. Zu- und Wegzählen der Grundzahlen und reinen Zehner.
b) Einführung des Einmaleins, Zahlen 1—5.
c) Leichte Übungen im Geldzählen.

IV. Schuljahr.

a) Das kleine Einmaleins.
b) Teilen ohne Rest und Teilen mit Rest innerhalb des kleinen Einmaleins.
c) Zu- und Wegzählen zweistelliger Zahlen.
d) Erweiterung des Zahlenraumes bis 200.
e) Rechnen mit einfach benannten Zahlen (Franken, Rappen, Meter, Zentimeter, Liter, Kilogramm).

V. Schuljahr.

a) Erweitern des Zahlenraumes bis 1000.
b) Münzen, Längen- und Hohlmaße, Gewichte, Zeit- und Zählmaße.
c) Zu- und Wegzählen, Vervielfachen, Teilen und Messen benannter und unbenannter Zahlen im Umfang des Rechenbuches Stöcklin, III. Schuljahr.
d) Angewandte Aufgaben aus dem praktischen Leben, in einfacher sprachlicher Fassung; hauptsächlich Berechnung von Zahlungen bei Einkäufen.

Angewandte Aufgaben aus dem Rechenbuch, soweit sie der sprachlichen Fassungskraft der Schüler zugänglich sind.

VI. Schuljahr.

Rechnen nach dem Rechenbuch von Stöcklin, IV. Schuljahr.
a) Rechnen innerhalb des ersten Tausenders, Zu- und Wegzählen, Zerlegen und Ergänzen ein- bis dreistelliger Zahlen, mündlich und schriftlich (schriftlich Wegzählen durch Ergänzen).
b) Rechnen mit einfach und zweifach benannten Zahlen unter Berücksichtigung der gebräuchlichen Maße, Gewichte und Münzen (Geldzählen, Herausgeben durch Aufzählen).
c) Die dezimale Schreibweise.
d) Schriftliches Vervielfachen und Teilen mit zweistelligen Zahlen.
e) Erweiterung des Zahlenraumes bis 10,000.

Anwendung der vier Grundrechnungsarten innerhalb dieses Zahlenraumes.
f) Vielfach angewandte Aufgaben aus dem täglichen Leben.

VII. Schuljahr.

a) Erweiterung des Zahlenraumes bis zu Millionen.
b) Vervielfachen und Teilen mit beliebigen Zahlen (drei- und vierstelligen Zahlen).
c) Nichtdezimale Währungen.
d) Rechnen mit gewöhnlichen Brüchen.
e) Durchschnittsrechnungen.
f) Dreisatzrechnungen.
g) Formenlehre: Geometrische Grundbegriffe. Veranschaulichung der einfachsten Flächen und Körper.

VIII. Schuljahr.

a) Rechnen mit Dezimalbrüchen.
b) Erweiterung der Durchschnitts- und Dreisatzrechnungen.

c) Prozentrechnungen.
d) Ausmessung und Berechnung der Oberfläche und des Inhaltes einfacher Körper.
e) Und mit geförderten Schülern: Einführung in die bürgerliche Rechnungsführung unter Beachtung einer sorgfältigen Darstellung: Ausstellung von Rechnungen, Führung des Haushaltungsbuches, des Kassabuches.

3. Biblische Geschichte.

Im Unterricht in der biblischen Geschichte ist das Hauptgewicht auf die Bildung des Gemüts und des Charakters durch Weckung edler Gesinnung und Anregung zum sittlichen Handeln zu legen.

Die konfessionellen Besonderheiten haben zurückzutreten, so daß der Unterricht von den Angehörigen aller Konfessionen ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden kann. Der konfessionelle Charakter tritt erst in dem vom Geistlichen erteilten Konfirmandenunterricht hervor.

Biblische Geschichte.

IV. Schuljahr.

Einige biblische Geschichten aus dem alten und neuen Testament im Anschluß an die christlichen Feste als Vorstufe zur biblischen Geschichte der folgenden Schuljahre.

V.—VIII. Schuljahr.

Ausgewählte biblische Geschichten aus dem alten und neuen Testament.

4. Realien.

Der Unterricht in den Realien umfaßt in der IV. und V. Klasse die Heimatkunde im engeren Sinn; von der VI. Klasse an treten an ihre Stelle Geographie, Geschichte und Naturkunde.

In allen diesen Fächern ist die Sprachbereicherung ebenso wichtig wie die Aneignung der Kenntnisse.

a) Heimatkunde.

IV. Schuljahr.

a) Das Klassenzimmer.
b) Das Anstaltsgebäude.
c) Das Grundstück der Anstalt.
d) Ihre nächste Umgebung.
e) Wollishofen.

V. Schuljahr.

Die Stadt Zürich: Kenntnis des Stadtplans.

b) Geographie.

VI. Schuljahr.

Der Kanton Zürich; Kenntnis der Kantonskarte.

VII. Schuljahr.

Die Schweiz; Kenntnis der Schweizer Karte.

VIII. Schuljahr.

Das Wichtigste von Europa und den andern Erdteilen.
Die Erde als Himmelskörper.

c) Geschichte.

VI., VII. und VIII. Schuljahr.

Bilder aus der Schweizergeschichte unter besonderer Berücksichtigung der neueren Zeit.

d) Naturkunde.

VI., VII. und VIII. Schuljahr.

Anschauung und Besprechung von Naturgegenständen und -erscheinungen im Anschluß an Klassenspaziergänge und besondere Erlebnisse der Schüler.

Bau und Funktionen des menschlichen Körpers. Die wichtigsten Regeln der Gesundheitslehre.

5. Schreiben.

Im Schreibunterricht soll sich der Schüler eine deutliche, regelmäßige und geläufige Handschrift aneignen. In den obersten Klassen kann den Schülern auch die Handhabung einer Titelschrift (Rundschrift) vermittelt werden. (Anwendung in der Rechnungsführung.)

6. Zeichnen.

Der Zeichenunterricht soll den Formen- und Farbensinn der taubstummen Schüler entwickeln und die Kinder befähigen, Ornamente und Gegenstände zeichnerisch darzustellen.

a) Freihandzeichnen.

Unterstufe: Zeichnen als Beschäftigungsmittel im Anschluß an den Sprach- und Sachunterricht.
Mittelstufe: Zeichnen realer Formen mit geraden und gebogenen Linien, nur in Umrissen.
Oberstufe: Körperhafte Darstellung von einfachen Gegenständen.

b) Geometrisches Zeichnen.

Übung in der Handhabung der für das geometrische Zeichnen notwendigen Hilfsmittel. Geometrische Ornamente. Ansichten von Gegenständen. Körpernetze.

7. Turnen.

Der Turnunterricht bezweckt gesunde, kräftige Entwicklung aller Organe des jugendlichen Körpers, besonders des Herzens und der Lungen. Er gewöhnt die Kinder an Ordnung und Disziplin und sucht namentlich auch die oft so schlechte Haltung und den schleppenden Gang des Taubstummen zu bessern.

Die für die verschiedenen Altersstufen in Betracht kommenden Bewegungsspiele, Ordnungs-, Frei-, Stab- und Gerätübungen werden den schweizerischen Turnschulen entnommen.

Bei entsprechender Witterung kann an Stelle der regelmäßigen Turnstunden Baden im See oder Schlitteln treten.

8. Handarbeiten.

Der Unterricht in den Handarbeiten soll in den Schülern Freude an der körperlichen Arbeit wachrufen und ihnen durch planmäßige Übung von Auge und Hand die Erlernung ihres künftigen Berufes erleichtern.

a) Handarbeit der Knaben.

Der Handarbeitsunterricht der Knaben in Kartonnage und Hobelbank wird erteilt nach dem „Zürcher Führer durch die Knabenhandarbeit".

b) Handarbeit der Mädchen.

III. Schuljahr.

Stricken: Waschhandschuh (links und glatt), ein Paar Strümpfe (links und glatt).

Nähen: Vorbinde (Stichübungsstück), Nähte an der Tasche (Nahtübungsstück).

IV. Schuljahr.

Fertigstellen der Tasche, Achselschlußhemd mit angeschnittenen Ärmeln.

V. Schuljahr.

Achselschlußhemd mit Ärmeln, Kreuzstichübungsstück, gestricktes Täschchen.

VI. Schuljahr.

Bündchenhemd oder Achselschlußhemd, Maschenstichsocken, weißes Flickübungsstück.

VII. Schuljahr.

Schürze als Übungsstück für das Maschinennähen.

Beinkleid, farbiges Flickübungsstück, I. Maschinenstichstreifen.

VIII. Schuljahr.

Flicken auf der Maschine. Wifelübungsstück, Nachthemd, II. Maschinenstichstreifen.

9. Hauswirtschaftlicher Unterricht.

1. Hauswirtschaftslehre:
   a) Notwendige Eigenschaften der Haushälterin.
   b) Wohnung: Einrichtung, Instandhaltung der Räume und Reinigungsarbeiten.
   c) Kleidung: Reinigung der Kleidungsstücke und Wäsche.
2. Nahrungsmittellehre: Die wichtigsten Nahrungs- und Genußmittel.
3. Kochen: Die Zubereitung einfacher Gerichte, die zu einer richtigen Volksernährung gehören.

Verteilung der Unterrichtsstunden auf die einzelnen Fächer.

Klasse	1	2	3		4		5		6		7		8	
			K.	M.	K.	M.	K.	M.	K.	M.	K.	M.	K.	
Sprache	22	14	14	14	15	14	15	14	14	12	14	12	13	11
Rechnen und Geometrie	—	6	6	6	7	6	7	6	8	6	8	6	8	6
Biblische Geschichte	—	—	—	—	2	2	2	2	2	2	2	2	*1	*1
Realien	—	—	—	—	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Schönschreiben	—	2	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zeichnen	—	—	—	—	—	—	2	2	2	2	2	2	4	2
Turnen	½	½	½	½	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Handarbeiten	—	—	—	2	—	4	2	4	2	6	2	6	2	4
Hauswirtschaftlicher Unterricht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
	24	24	24	26	30	32	34	34	34	34	34	34	34	34

*) Daneben Konfirmationsunterricht.

II. Kanton Bern.

Reglement über die Verwendung des Zinsertrages der Mushafenstiftung und des Schulseckelfonds. (Vom 24. September 1917.)

Der Regierungsrat des Kantons Bern,

auf den Antrag der Direktion des Unterrichtswesens und in Ausführung der im Dotationsvergleich vom 17. und 26. Juni 1841 festgesetzten Bestimmungen,

beschließt:

I. Verwaltung der Stipendienfonds und Verwendung des Zinsertrages.

§ 1. Das Vermögen der Mushafenstiftung und des Schulseckels soll in seinem Bestande ungeschwächt als selbständiges Stiftungsgut erhalten bleiben und niemals mit dem Staatsvermögen vermengt werden.

§ 2. Das Stiftungsvermögen wird von der Direktion des Unterrichtswesens nach den Vorschriften über die Finanzverwaltung des Kantons und gemäß den Bestimmungen von § 1 des Regulativs vom 3. Dezember 1875 über die Rechnungsführung der Spezialfonds verwaltet.

Sie hat alljährlich für beide Fonds eine besondere Rechnung auszufertigen, aus welcher sich jeweilen klar ergeben soll, was für jeden einzelnen Zweck ausgegeben worden ist.

Die Fonds sind bei der Hypothekarkasse des Kantons Bern zinstragend anzulegen.

§ 3. Solange der Zinsertrag des Schulseckelfonds für die in § 5, lit. a—d, bestimmten Ausgaben nicht hinreicht, ist es zulässig, das sich jeweilen ergebende Defizit aus dem Zinsertrag der Mushafenstiftung zu decken.

§ 4. Der Reinertrag der Mushafenstiftung soll verwendet werden:

a) Für Stipendien im Betrage von 100—400 Fr. an Studierende der bernischen Hochschule;

b) für Stipendien von 30—200 Fr. an Schüler der Quarta bis Oberprima der Literar- und Realabteilung (inbegriffen Handelsschule) des städtischen Gymnasiums in Bern. Ein Teil dieser Stipendien kann in Form von halben Freiplätzen bewilligt werden;

c) für Stipendien an Vikare von jährlich 300 Fr. Die Ausrichtung dieser Stipendien kann auch marchzählig für eine kürzere Zeitdauer erfolgen.

Sollte der Zinsertrag der Mushafenstiftung in spätern Jahren die Ausrichtung größerer Stipendienbeträge möglich machen, so ist die Direktion des Unterrichtswesens von sich aus befugt, die unter a—c bezeichneten Ansätze angemessen zu erhöhen.

In ganz besondern Fällen kann jedoch die Direktion des Unterrichtswesens schon jetzt an einzelne Studierende Stipendien bis zum Betrage von 500 Fr. bewilligen.

§ 5. Der Zinsertrag des Schulseckelfonds ist zu verwenden:

a) Für Preise, welche jährlich an der bernischen Hochschule für schriftliche Arbeiten erteilt werden;

b) für einen jährlichen Beitrag von zirka 2000 Fr. an die Schülerreisen des städtischen Gymnasiums in Bern;

c) für den stiftungsgemäßen Beitrag an das Fädmingerstipendium;

d) für Stipendien von 100—400 Fr. an junge Kantonsbürger oder im Kanton Bern niedergelassene Schweizerbürger, die sich an außerkantonalen oder ausländischen Lehranstalten (Hochschule, Akademie, technische Hochschule oder Kunstschule) ausbilden wollen.

§ 6. Der I. Preis, welcher von einer Fakultät der bernischen Hochschule für die Lösung einer Preisaufgabe beantragt wird, soll 100 Fr. betragen. Mit dem I. Preis dürfen aber nur solche Arbeiten belohnt werden, die sich durch ihre Ergebnisse oder ihre wissenschaftliche Methode auszeichnen. Für Arbeiten, die diese Eigenschaften zwar nicht voll aufweisen, die aber dessenungeachtet einen anerkennenswerten Fleiß beweisen, kann ein II. Preis, betragend 75 Fr., ausgerichtet werden.

Die Preise für die Seminararbeiten betragen: I. Preis 60 Fr., II. Preis 40 Fr.

§ 7. Zum Zwecke der Vermehrung des Kapitals der beiden genannten Stiftungen sollen alljährlich mindestens 5 % des Zinsertrages kapitalisiert werden.

II. Erfordernisse zur Erlangung von Stipendien und Verfahren bei der Austeilung derselben.

§ 8. Sämtliche Stipendien werden jeweilen nur für die Dauer eines Jahres erteilt. Die Verteilung der Stipendien geschieht im Herbst nach Beginn des Wintersemesters. Allfällig im Frühling erteilte Stipendien gelten nur für die Dauer des betreffenden Sommersemesters.

Den jeweiligen Stipendienverteilungen hat eine bezügliche Bekanntmachung (Publikation im Amtlichen Schulblatt und Anschlag am schwarzen Brett der Hochschule Bern) vorauszugehen. Stipendiengesuche sind innert der in dieser Bekanntmachung festgesetzten Frist einzureichen. Später einlangende Gesuche können ohne weiteres abgewiesen werden.

§ 9. Die Bewerber, welche Kantonsbürger oder im Kanton Bern niedergelassene Schweizerbürger sein müssen, haben das amtliche Anmeldeformular, das bei der Hochschulverwaltung erhältlich ist, auszufüllen und der Direktion des Unterrichtswesens gestempelt einzureichen. Der Anmeldung sollen folgende Belege beigefügt werden:

1. Eine kurze Beschreibung des bisherigen Bildungsganges des Bewerbers nebst der Angabe, welchem wissenschaftlichen Berufe er sich widmen wolle;
2. ein amtliches Zeugnis über die Vermögensverhältnisse der Eltern des Bewerbers; falls er keine solchen mehr hat, ist ein Zeugnis über seine eigenen Vermögens- und Familienverhältnisse vorzulegen;
3. eine Bescheinigung über erfolgte Immatrikulation.

Angehörigen solcher Kantone, in denen die niedergelassenen Berner keine Stipendien erhalten, kann die Direktion des Unterrichtswesens die Bewilligung von Stipendien verweigern.

§ 10. Diejenigen Bewerber, welche im Zeitpunkte einer allgegemeinen Wiederausschreibung der Stipendien schon im Genusse eines solchen sind, haben nur das ausgefüllte und gestempelte amtliche Anmeldungsformular, ohne die in § 9, Ziffern 1—3, bezeichneten Belege, einzureichen.

§ 11. Bei der Bewilligung von Stipendien soll hauptsächlich auf Dürftigkeit, erprobten Fleiß und gute sittliche Aufführung des Bewerbers gesehen werden.

§ 12. Mit dem Genusse eines Stipendiums ist für die Stipendiaten der Hochschulen die Pflicht verbunden, innerhalb der für ihren Studiengang unerläßlich notwendigen Frist die Staatsprüfung zu bestehen, insofern eine solche als Bedingung zur Praxis für das betreffende Fach gefordert wird. Erfüllt der Stipendiat diese Bedingung ohne zureichende, von der Direktion des Unterrichtswesens zu würdigende Entschuldigungsgründe nicht, so hat er die genossenen Stipendien zurückzuerstatten.

III. Auszahlung der Stipendien und Erlöschen des Stipendiengenusses.

§ 13. Den Studierenden der Berner Hochschule und den Schülern des städtischen Gymnasiums werden die Stipendien vierteljährlich, jeweilen auf Mitte des letzten Monats eines Quartals, ausbezahlt. Stipendien, welche an Studierende außerkantonaler oder ausländischer Lehranstalten bewilligt werden, sind halbjährlich, jeweilen am Schlusse eines Studiensemesters, zahlbar, jedoch erst dann, wenn der Inhaber eines solchen Stipendiums der Direktion des Unterrichtswesens einen

Bericht über den Gang seiner Studien nebst den üblichen Studienausweisen eingesandt hat.

Stipendien, die in Form von halben Freiplätzen an Schüler des städtischen Gymnasiums vergeben werden, sind ebenfalls halbjährlich zahlbar. Diese Beträge sind direkt der städtischen Schuldirektion zu überweisen.

§ 14. Einem Studierenden, der bereits während acht Semestern Stipendien bezogen hat, dürfen keine weitern Stipendien mehr bewilligt werden. Für Schüler des städtischen Gymnasiums hat diese Bestimmung keine Geltung.

§ 15. Solchen Stipendiaten, die sich nicht über fleißigen Besuch der vorgeschriebenen Vorlesungen ausweisen können, kann die Ausrichtung des Stipendiums verweigert werden. Die Beibringung eines solchen Ausweises ist für alle Stipendiaten (ausgenommen die Schüler des städtischen Gymnasiums) obligatorisch.

§ 16. Der Direktion des Unterrichtswesens steht das Recht zu, erteilte Stipendien jederzeit wieder zu entziehen, falls sie dies aus irgendeinem Grunde als gerechtfertigt erachtet.

IV. Schlußbestimmungen.

§ 17. Für die der Direktion des Unterrichtswesens aus der Verwaltung dieser beiden Fonds erwachsenden Arbeiten und zur Bestreitung allfälliger Druckkosten wird ihr ein jährlicher Betrag von 400 Fr. aus dem Zinsertrage als Verwaltungskosten ausgerichtet, über dessen Verwendung der Direktor des Unterrichtswesens entscheidet.

§ 18. Das gegenwärtige Reglement ist in die Gesetzessammlung aufzunehmen und tritt sofort in Kraft. Durch dasselbe werden alle frühern Erlasse, namentlich das Reglement vom 17. Dezember 1877, aufgehoben.

III. Kanton Luzern.

Lehrerschaft aller Stufen.

Dekret betreffend die Ausrichtung von außerordentlichen Teuerungszulagen für das Jahr 1917. (Vom 30. Oktober 1917.)

Der Große Rat des Kantons Luzern,

nach Kenntnisnahme von einem Berichte und Vorschlage des Regierungsrates vom 23. Oktober 1917;

auf das Gutachten der Staatsrechnungskommission,

beschließt:

§ 1. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Staates, sowie dem Lehr- und Abwartpersonal an den kantonalen Schulanstalten werden über die gemäß Dekret vom 29. November 1916 beschlossenen Kriegsteuerungszulagen hinaus für das Jahr 1917 noch außerordentliche Teuerungszulagen ausgerichtet.

Diese außerordentlichen Zulagen erhalten nur diejenigen Staatsfunktionäre, die ihre Tätigkeit ausschließlich dem Staatsdienste widmen und keinen Nebenberuf ausüben. Vorbehalten bleibt die Bestimmung in § 4 dieses Dekretes.

§ 2. Diese außerordentlichen Teuerungszulagen betragen:

a) Für Verheiratete, sowie für Verwitwete und Geschiedene mit eigenem Haushalt 375 Fr.,
außerdem 20 Fr. für jedes Kind unter 16 Jahren, das im Haushalte lebt oder anderweitig untergebracht ist und unterhalten wird;

b) für Ledige, sowie für Verheiratete und Geschiedene ohne eigenen Haushalt 225 Fr.;

c) für Ledige, die einen eigenen Haushalt führen oder erwerbsunfähige Eltern, Großeltern oder Geschwister nachweislich dauernd unterstützen, 300 Fr.

§ 3. Die verheirateten Staatsfunktionäre, die in einer staatlichen Anstalt nur für sich persönlich freie Station haben, erhalten für ihre Angehörigen folgende der in § 2 oben genannten Teuerungszulagen:

a) Für die Ehefrau $^1/_2$;

b) für jedes Kind den vollen Betrag von 20 Fr.

An ledige Funktionäre, die in einer staatlichen Anstalt freie Station haben, die aber einen eigenen Haushalt führen oder erwerbsunfähige Eltern, Großeltern oder Geschwister nachweislich dauernd unterstützen, wird eine Teuerungszulage von 200 Fr. ausgerichtet.

Diejenigen Staatsfunktionäre, die freie Station genießen, erhalten eine Zulage von 100 Fr.

§ 4. Denjenigen Staatsfunktionären, welche nicht ausschließlich oder nur vorübergehend und aushilfsweise im Dienste des Staates stehen, soll der Regierungsrat unter Vorbehalt besonderer Verhältnisse angemessene Teuerungszulagen ausrichten.

§ 5. An die Lehrpersonen der Primar-, Sekundar- und Mittelschulen werden nach Maßgabe der in § 2 festgesetzten Beträge über die gemäß Dekret vom 29. November 1916 beschlossenen Kriegsteuerungszulagen hinaus für das Jahr 1917 außerordentliche Teuerungszulagen ausgerichtet.

Diese Zulagen entfallen zu $^3/_4$ auf den Staat und zu $^1/_4$ auf die Gemeinde.

§ 6. Alle ehemaligen Staatsfunktionäre, sowie die ehemaligen Lehrpersonen, die vom Staate einen Ruhegehalt oder eine staatliche Alters- oder Invaliditätsunterstützung beziehen, erhalten folgende außerordentliche Teuerungszulage von ihren festgesetzten Bezügen:

a) Bei einem Bezuge bis und mit 1000 Fr. 20 %;

b) bei einem Bezuge von 1001 Fr. bis und mit 2000 Fr. 15 %;

c) bei einem Bezuge von 2001 und mehr 10 %.

Die Zulage beträgt jedoch im Minimum 200 Fr.

§ 7. Die Bestimmungen des vorstehenden Dekretes finden analoge Anwendung auf die Funktionäre der Luzerner Kantonalbank.

Der Bankrat wird ermächtigt, nach Maßgabe dieses Dekretes auf Rechnung der Bank an ihre Funktionäre außerordentliche Teuerungszulagen auszurichten.

§ 8. Die Ausrichtung dieser außerordentlichen Teuerungszulagen erfolgt sofort nach Inkrafttreten dieses Dekretes.

§ 9. Für die Ausrichtung dieser außerordentlichen Teuerungszulagen wird dem Regierungsrate der nötige Kredit erteilt.

§ 10. Dieses Dekret tritt sofort in Kraft, ist urschriftlich in das Staatsarchiv niederzulegen und dem Regierungsrate zur Vollziehung mitzuteilen.

IV. Kanton Uri.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1917.

V. Kanton Schwyz.

Sekundarschulen.

Regulativ betreffend Übertritt und Aufnahmsprüfung in die Sekundarschule. (Vom 8. März 1917.)

Der Erziehungsrat des Kantons Schwyz,

in Ausführung von §§ 35 und 36 der Schulorganisation,

beschließt:

§ 1. Der Eintritt in die Sekundarschule ist den Schülern in der Regel erst nach zurückgelegtem VII. Jahreskurse gestattet; doch ist der Übertritt bereits aus der VI. Klasse bei Erfüllung folgender Bedingungen möglich:

a) Der Schüler hat die Aufnahmsprüfung mit Erfolg zu bestehen;
b) die Eltern oder Vormünder haben schriftlich die Zusicherung abzugeben, den Schüler zwei Jahre die Sekundarschule besuchen zu lassen.

§ 2. Der Schulrat ist berechtigt, beim Übertritt von Schülern aus der VI. Klasse eine entsprechende Kaution für gewissenhafte Einhaltung der schriftlich eingegangenen Verpflichtung zweijährigen Sekundarschulbesuches zu verlangen.

§ 3. Alle Schüler, welche in die Sekundarschule übertreten wollen, haben sich einer Aufnahmsprüfung zu unterziehen gemäß § 36 der Schulorganisation.

§ 4. Wer in die Sekundarschule übertreten will, hat sich rechtzeitig beim zuständigen Schulratspräsidenten zur Aufnahmsprüfung anzumelden.

§ 5. Schüler, die in ihrem letzten Primarschulzeugnis in einem der Prüfungsfächer (§ 8) Note 4 oder in drei dieser Fächer Note 3 aufweisen, sind zur Aufnahmsprüfung nicht zuzulassen.

§ 6. Die Aufnahmsprüfung soll möglichst bald nach Schulschluß im Einverständnis mit dem Schulinspektor durch denjenigen Schulrat angesetzt werden, dem die betreffende Schule unterstellt ist.

§ 7. Die Durchführung der Prüfung ist Sache des Schulrates. Er bestellt hiefür eine Kommission, welcher Schulinspektor und Sekundarlehrer von Amts wegen angehören.

§ 8. Die Prüfung soll sich im Anschluß an den behandelten Stoff des letzten Schuljahres auf folgende Fächer erstrecken:

1. Deutsche Sprache (Lesen und Aufsatz, 2 Fächer);
2. Rechnen (Kopf- und Zifferrechnen, 2 Fächer);
3. Vaterlandskunde (Geschichte und Geographie, 1 Fach).

Beim Lesen darf das bisher benutzte Lesebuch verwendet werden; Hauptsache ist verständiges Lesen und richtige Wiedergabe des Gelesenen.

Im Aufsatz ist ein Thema aus dem Anschauungs- oder Erfahrungskreis des Schülers nach vorhergegangener Besprechung zu bearbeiten.

Im mündlichen und schriftlichen Rechnen sind je drei Aufgaben aus dem Stoffgebiet der zuletzt besuchten Schulklasse zu lösen.

§ 9. In allen fünf Fächern werden Noten erteilt; bei Festsetzung der Noten sollen auch die bisherigen Schulzeugnisse gebührend berücksichtigt werden.

§ 10. Der Examinierende beantragt und die Kommission erteilt die Noten; bei Stimmengleichheit entscheidet der Schulinspektor.

§ 11. Zur definitiven Aufnahme genügt die Durchschnittsnote 2.2, zur provisorischen die Note 2.5.

Über provisorisch aufgenommene Schüler hat der Sekundarlehrer nach sechs Wochen dem Schulrat Bericht abzugeben, welcher definitiv über die Aufnahme oder die Entlassung, respektive Rückversetzung in die Primarschule zu entscheiden hat.

§ 12. Das Regulativ tritt mit dem Tage der Publikation im Amtsblatt in Rechtskraft.

VI. Kanton Obwalden.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1917.

VII. Kanton Nidwalden.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1917.

VIII. Kanton Glarus.

Lehrerschaft aller Stufen.

Beschluß betreffend die Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrer des Kantons Glarus. (Erlassen von der Landsgemeinde am 6. Mai 1917.)

§ 1. Den Lehrern an öffentlichen Primar- und Sekundarschulen des Kantons Glarus wird vom Kanton eine Teuerungszulage in folgendem Umfange gewährt:

1. Für das Jahr 1917:
   a) An Verheiratete:
      Sofern ihre Besoldung 2500 Fr. nicht erreicht, 150 Fr., überdies 25 Fr. für jedes Kind;
      sofern ihre Besoldung 2500 Fr. und mehr beträgt, aber 3400 Fr. nicht erreicht, 125 Fr., überdies 25 Fr. für jedes Kind;
      sofern ihre Besoldung 3400 Fr. und mehr beträgt, aber 4000 Fr. nicht erreicht, für jedes Kind 25 Fr.
      Für die Zulage fallen nur die Kinder unter 16 Jahren in Betracht, die im Haushalte leben oder anderweitig untergebracht sind oder unterhalten werden.
   b) An Ledige, deren Besoldung 3400 Fr. nicht erreicht, 100 Fr.
2. Für das Jahr 1916:
   Die Hälfte der für 1917 bewilligten Ansätze.

Die Lehrer an den im Kanton bestehenden Erziehungsanstalten werden den ledigen Lehrern an den öffentlichen Schulen (Ziffer 1, lit. b) gleichgestellt.

§ 2. Besoldung und Teuerungszulage sollen zusammen die Grenze von 3400 Fr. nicht überschreiten. Gegebenenfalls ist die Zulage entsprechend zu kürzen. Die Zulagen für die Kinder fallen dabei nicht in Berechnung.

§ 3. Für die nach dem 1. Juli 1916 in den Dienst der Gemeinde getretenen Lehrer wird die Zulage im Verhältnis zur Dienstzeit berechnet und nur dann verabfolgt, wenn die Dienstzeit mindestens drei Monate beträgt.

§ 4. Für den gleichen Zeitraum wie für die Lehrer werden auch für die Arbeitslehrerinnen Teuerungszulagen ausgerichtet. Dieselben werden vom Regierungsrat festgesetzt, unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung (Stundenzahl) und Besoldung.

§ 5. Dem Landrat wird Vollmacht erteilt, die Gültigkeitsdauer dieses Beschlusses über das Jahr 1917 hinaus zu verlängern und den Zeitpunkt der Außerkraftsetzung desselben zu bestimmen.

§ 6. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

IX. Kanton Zug.

1. Fortbildungsschulen.

I. Reglement für Prüfung und Diplomierung von Hauswirtschaftsschülerinnen. (Vom 28. Dezember 1917.)

§ 1. Der Erziehungsrat veranstaltet alljährlich je im August Prüfungen zur Diplomierung von Hauswirtschafterinnen. Die Schülerinnen haben sich behufs Zulassung zur Prüfung speziell auszuweisen:

a) Über erfolgreich bestandene 7jährige Primarschulbildung;
b) über den Besuch eines speziellen Haushaltungskurses von mindestens 10 Monaten.

§ 2. Die Diplomierung wird gestützt auf eine Prüfung durch drei vom Erziehungsrat bezeichnete Experten erteilt.

Die Prüfungsexperten sollen Mitglieder des Erziehungsrates sein. Dem ersten Experten untersteht die Prüfung in der Religion, der Erziehungslehre und der deutschen Sprache (Ziffer 1—3, lt. § 3); dem zweiten die Prüfung im hauswirtschaftlichen Rechnen und Buchführen, im Zeichnen und in der Verfassungs- und Gesetzeskunde (Ziffer 4—6, lt. § 3); dem dritten Experten, unter Beizug von Fachleuten, die Prüfung in der Krankenpflege, der Nahrungsmittel- und Ernährungslehre, der Haushaltungskunde, der Handarbeiten, im Kochen, Waschen und Bügeln, im Gartenbau und in der Geflügelzucht (Ziffer 7—15, lt. § 3). Im Verhinderungsfalle sorgen die Experten — unter Anzeige an die Erziehungsdirektion — für eine geeignete Stellvertretung.

Die Prüfungsabnahme geschieht, indem die Lehrerin die vom Experten gewünschten Fragen stellt und der Experte, eventuell mit der zugezogenen Fachperson, die Antworten auf ihre Richtigkeit mitprüft und dann beide Teile die Resultate mit Noten taxieren. Den Experten ist es gestattet, die Fragestellung der Lehrerinnen zu ergänzen. Das Können im Kochen und im Gartenbau ist auch praktisch auszuweisen.

§ 3. Der Prüfungsstoff in den einzelnen Fächern ist folgender:

1. *Religion.* Das Wichtigste aus der Glaubens- und Sittenlehre mit besonderer Berücksichtigung des christlichen Familienlebens. Das Kirchenjahr.
2. *Erziehungslehre.* Allgemeine Erziehungsgrundsätze. Die Körperpflege. Die Ausbildung des kindlichen Erkenntnis-, Willens- und Gemütslebens. Die Erziehung für das gesellschaftliche Leben.
3. *Deutsche Sprache.* Aufsätze aus der Hauswirtschaft und Erziehung. Einfache Geschäftsbriefe. (Zeugnisse, Quittungen, Schuldscheine etc.)
4. *Hanswirtschaftliches Rechnen und Buchführen.* Berechnungen aus dem Gebiete des Haushaltes. Aufstellung von Voranschlägen. Einfache Buchführung.

5. *Zeichnen.* Einfache Ornamente und deren Anwendung für Tortengarnituren, Menükarten etc. Musterzeichnen. Freie Entwürfe für Handarbeiten.
6. *Verfassungs- und Gesetzeskunde.* Einführung in die gesetzlichen Rechte und Pflichten der Gattin und Mutter, sowie als Vormund ihrer Kinder.
7. *Krankenpflege.* Kenntnis und Bau des menschlichen Körpers. Tätigkeit und Zweck seiner Organe. Die häusliche Krankenpflege und die wichtigsten Samariterdienste. Bäder und Wasseranwendungen. Die Hausapotheke.
8. *Nahrungsmittel- und Ernährungslehre.* Die Nährstoffe und ihre Bedeutung für den menschlichen Körper. Die Verdauung. Nahrungs- und Genußmittel. Anforderungen an eine gesunde Kost. Einkauf, Verwertung und Aufbewahrung der Nahrungsmittel.
9. *Haushaltungskunde.* Anleitung zu häuslichen Arbeiten. Instandhaltung und Aufbewahrung der Kleider, Schuhe etc.
10. *Handarbeiten.* a) Flicken der Strümpfe, Wäsche und Kleider. b) Weißnähen; Anfertigung einfacher Wäsche. c) Umändern von Kleidern. Einfache Blusen, Unterröcke, Schürzen etc.
11. *Kochen.* a) Theorie. b) Praktische Übungen im Sieden, Dämpfen und Braten für einen gut-bürgerlichen Tisch. Verwendung der Reste. Backen von Kuchen, Hefen- und Schmalzbackwerk, Torten und Konfekt. c) Einmachen, Sterilisieren und Dörren von Obst und Gemüse. d) Hausschlächterei, Einsalzen und Räuchern. e) Krankenküche. f) Herstellung und Verwendung der Kochkiste.
12. *Gastfreundschaft.* Anleitung zur Bedienung beim Familientisch und bei festlichen Anlässen. Regeln zur Besorgung der Gastzimmer. Anstandsregeln.
13. *Waschen und Bügeln.* Erklärung verschiedener Waschmethoden. Das Bleichen, Stärken und Bügeln von Damen- und Herrenwäsche. Chemisch-Waschen.
14. *Gartenbau.* Anlage, Bearbeitung und Einteilung eines Gartens, Anbau, Pflege, Verwertung und Aufbewahrung der Gemüse. Vermehrung und Pflege der beliebtesten Zimmer- und Topfpflanzen.
15. *Geflügelzucht.* Bedeutung und Nutzen der Geflügelzucht in der Hauswirtschaft. Beste Geflügelarten. Die natürliche Zucht. Wohnräume, Fütterung und Gesundheitspflege der Hühner. Geflügelmast.

§ 4. Die *schriftlichen Aufgaben* werden allen Schülerinnen gleichzeitig und unmittelbar vor der Lösung übergeben. Erklärungen dürfen nur im Falle von Zweideutigkeiten gegeben werden. Jede Schülerin erhält ein Aufgabenblatt, auf das sie ihren Namen einzuschreiben hat und das mit der Arbeit abzuliefern ist.

Die Arbeiten werden unter Aufsicht ausgeführt. Der Verkehr der Schülerinnen unter sich während der Arbeit ist nicht gestattet.

Bei der *mündlichen Prüfung* werden die Schülerinnen einzeln oder gruppenweise geprüft.

Als Wegleitung für die Prüfung dient der in § 3 aufgeführte Prüfungsstoff.

§ 5. Die *Beurteilung der schriftlichen und mündlichen Leistungen* erfolgt nach fünf Abstufungen in Ziffern von 1 bis 5, wobei 5 als die beste Note gilt.

Die *erste Festsetzung der Noten* erfolgt unmittelbar nach Beendigung der Prüfungsabnahme durch gegenseitige Beratung der Lehrerin und des Experten, beziehungsweise der Fachperson. Diese Noten werden in ein von der Erziehungskanzlei zugestelltes Formular mit Tinte oder Tintenstift eingetragen und hernach der Erziehungskanzlei zugestellt. Die Erziehungskanzlei zählt für jede Kandidatin die von ihr in den einzelnen Fächern erzielten Noten zusammen. Das Total durch die Zahl der 15 Prüfungsfächer geteilt, ergibt die Durchschnittsnote.

§ 6. Die Prüfungsresultate, beziehungsweise Notenergebnisse, gehen an die Erziehungsdirektion zur Antragstellung an den Erziehungsrat gemäß § 7.

§ 7. Denjenigen Geprüften, die in keinem Fache die Note eins, ferner höchstens einmal die Note zwei und mindestens die Durchschnittsnote drei erhalten, wird das *Diplom* verabreicht.

Im Diplom werden sowohl die einzelnen Noten als auch die Durchschnittsnote angegeben. Das Diplom enthält ferner Name und Vorname der Schülerin, Ort und Datum der Prüfung, sowie das Datum und die Unterschriften des Präsidenten und des Sekretärs des Erziehungsrates.

§ 8. Dieses Reglement tritt sofort in Kraft.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Reglement für die Prüfung und Patentierung von Lehrerinnen an Töchterfortbildungs und Haushaltungsschulen im Kanton Zug. (Vom 28. Dezember 1917.)

§ 1. Die Fähigkeitsprüfung für Lehrerinnen an Töchterfortbildungs- und Haushaltungsschulen setzt die erfolgreiche Absolvierung einer zweijährigen Real- oder Sekundarschule, eines sechsmonatlichen Weißnäh- und Zuschneidekurses und eines zweijährigen Haushaltungslehrerinnenkurses voraus. Für den Eintritt in den Haushaltungslehrerinnenkurs ist das erfüllte 16. Altersjahr erforderlich.

Die Bewerberin für ein Patent als Lehrerin an Töchterfortbildungs- und Haushaltungsschulen, welche bereits ein anderes Lehrdiplom erworben hat, kann, nachdem sie die noch fehlende Fachbildung während des Haushaltungslehrerinnenkurses nachgeholt hat,

zur Prüfung zugelassen werden. Sie hat das Examen nur in jenen Fächern zu bestehen, für welche sie noch keinen Ausweis besitzt.

§ 2. Bewerberinnen für ein Patent haben ein schriftliches Gesuch mit kurzer Lebensbeschreibung und Angabe der bisherigen Ausbildung an die Erziehungsdirektion des Kantons Zug einzureichen. Beizufügen sind: Der Heimatschein, die Zeugnisse der Real- oder Sekundarschule, des Weißnäh- und Zuschneidekurses, des Haushaltungslehrerinnenkurses, eventuell auch der Ausweis über das früher erworbene Lehrpatent.

§ 3. Die Patentprüfung erstreckt sich über folgende Gegenstände:

1. *Religion.* Das Wichtigste aus der Glabenus- und Sittenlehre mit besonderer Berücksichtigung des christlichen Familienlebens. Das Kirchenjahr.
2. *Erziehungslehre.* Physische und psychologische Grundsätze in der Behandlung kleiner Kinder. Allgemeine Regeln der Erziehung. Unterrichtslehre. Die Erziehung und der Einfluß auf Haushaltungsschülerinnen. Vorträge und praktische Übungen. Kinderkrippen, Horte, Schulküchen, Leitung von Fürsorgeanstalten, Heimen.
3. *Methodik des hauswirtschaftlichen Unterrichtes.* Allgemeine Aufgaben der hauswirtschaftlichen Unterweisung. Hauswirtschaftliche Disziplinen und deren Methoden. Schuleinrichtungen, Lehrpläne. Übungen im Unterrichten von Kindern und Erwachsenen.
4. *Deutsche Sprache.* Aufsätze aus dem Gebiete der Erziehung und Hauswirtschaft. Übungen im Vortrag mit Demonstrationen. Übungen im schriftlichen Geschäftsverkehr, insbesondere mit Behörden.
5. *Gewerbliches Rechnen mit Buchführung.* Die bürgerlichen Rechnungsarten. Voranschläge. Einkaufs- und Ertragsberechnungen. Journal, Kassabuch, Inventar.
6. *Hauswirtschaftliches Rechnen.* Berechnungen aus dem Gebiete des Haushaltes. Haushaltungsbudget. Häusliche Buchführung.
7. *Zeichnen.* Freihand- und Linearzeichnen, freie Entwürfe für Handarbeiten. Musterzeichnen und Zusammenfügen der Schnitte.
8. *Verfassungs- und Gesetzeskunde.* Einführung in das Verständnis der Gemeinde-, Kantons- und Bundesaufgaben und der wirtschaftlichen Verhältnisse. Einführung in die gesetzlichen Rechte und Pflichten der Frau, als Gattin und Mutter und als Vormund ihrer Kinder.
9. *Gesundheitslehre, Kinder- und Krankenpflege.* Bau und Tätigkeit des menschlichen Körpers. Beziehung der Organe zu einander und Pflege derselben. Weitere Lebensbedingungen, wie Ernährung, Luft, Wasser, Kleidung. Das für den häuslichen Dienst Notwendige aus Krankenpflege und Samariterdienst. Pflege der Neugebornen, des gesunden und kranken Kindes. Vorträge. Demonstrationen.

10. *Nahrungsmittel- und Ernährungslehre.* Die Beziehungen des menschlichen Körpers zur Tier- und Pflanzenwelt. Die Nahrungsstoffe und ihre Bedeutung für den Körper. Nahrungs- und Genußmittel. Untersuchungen derselben auf Bestandteile und Güte. Anforderungen an eine richtige Kost. Marktbesuche und Exkursionen, Besprechungen über Einkauf des Alltagsbedarfes und größerer Vorräte.
11. *Haushaltungskunde.* Systematische Anleitung und Durchführung aller häuslichen Arbeiten. Diskussion über verschiedene Fragen aus dem Pflichtenkreis einer Hausfrau.
12. *Handarbeit:* 1. Flicken und Verweben an Nutzgegenständen.
    2. Weißnähen: Anfertigung von Leibwäsche, Kinderwäsche etc.
    3. Kleidermachen: Anfertigung von einfachen Kleidungsstücken. Fertigkeit im Maßnehmen und Musterzeichnen nach Normalmaß und verschiedenen Größen.
13. *Kochen.* Praktische Behandlung der Kochvorgänge: Sieden, Dämpfen, Braten, Backen in Fett und im Ofen. Sterilisieren, Einsalzen, Dörren etc. Zubereitung der verschiedenen Teige. Herstellung von einfachen und feinen Mahlzeiten. Herstellen von Kinder- und Krankenkost; Aufstellung und Berechnung von Speisefolgen.
    Belehrung über und Anwendung der verschiedenen Kochgeschirre und deren Reinigung.
14. *Waschen und Bügeln.* Gründliche Einführung in verschiedene Waschmethoden. Chemisch-Waschen. Stärken. Einfeuchten, Bügeln vom Einfachen bis zum Komplizierten.
15. *Gartenbau.* Anleitung zur rationellen Pflege eines Gemüsegartens. Anpflanzung und Pflege eines Frühbeetes etc. Einkellern und Überwintern von Obst und Gemüse.
16. *Geflügelzucht.* Rationelle Ernährung und Pflege der Hühner und Heranzucht derselben.

§ 4. Bei Vornahme der Prüfung ist folgende Einteilung zu beobachten:

1. *Schriftliche Prüfung:* Aufstellung von Haushaltungsbudget und Speisezetteln mit Kostenberechnungen. Aufsatz über ein leichtes Thema aus dem Unterrichtsgebiet. (4 Stunden Zeit.)
2. *Mündliche Prüfung:* a) Über Religion, Erziehungslehre, Methodik des hauswirtschaftlichen Unterrichtes und deutsche Sprache; b) über gewerbliches und hauswirtschaftliches Rechnen, Verfassungs- und Gesetzeskunde; c) über Gesundheitslehre, Kranken- und Kinderpflege, Nahrungsmittel- und Ernährungslehre, Haushaltungskunde, Gartenbau und Geflügelzucht. (Je $^1/_4$ Stunde pro Kandidatin.)
3. *Vorlage der selbstverfertigten Arbeiten:* Aufsatz-, Rechnungs-, Buchführungs- und Geschäftsaufsatzhefte, Zeichnungen, Flick- und Näharbeiten.

4. *Praktische Probearbeiten:* Methodische Probelektion mit einer Schülergruppe, Vorführung im Haushaltungsgebiete, im Kochen und Gartenbau.

§ 5. Die Prüfung wird durch drei vom Erziehungsrate bezeichnete Experten abgenommen.

Die Prüfungsexperten sollen Mitglieder des Erziehungsrates sein. Dem ersten Experten untersteht die Prüfung in der Religion, der Erziehungslehre, der Methodik und der deutschen Sprache; dem zweiten die Prüfung im hauswirtschaftlichen und gewerblichen Rechnen und Buchführen, im Zeichnen und in der Verfassungs- und Gesetzeskunde; dem dritten Experten, unter Beizug von Fachleuten, die Prüfung in der Gesundheitslehre, Kinder- und Krankenpflege, der Nahrungsmittel- und Ernährungslehre, der Haushaltungskunde, der Handarbeit, im Kochen, Waschen und Bügeln, im Gartenbau und in der Geflügelzucht.

Im Verhinderungsfalle sorgen die Experten, unter Kenntnisgabe an die Erziehungsdirektion, für eine geeignete Stellvertretung.

Die Prüfungsabnahme geschieht, indem die Lehrerin die vom Experten gewünschten Fragen stellt und der Experte, eventuell mit der zugezogenen Fachperson, die Antwort auf ihre Richtigkeit mitprüft und dann beide Teile die Resultate mit Noten taxieren. Den Experten ist es gestattet, die Fragestellung der Lehrerinnen zu ergänzen.

§ 6. Die schriftlichen Aufgaben werden allen Kandidatinnen gleichzeitig und unmittelbar vor der Lösung übergeben. Erklärungen dürfen nur im Falle von Zweideutigkeiten gegeben werden. Jede Kandidatin erhält ein Aufgabenblatt, auf das sie ihren Namen einzuschreiben hat und das mit der Arbeit abzuliefern ist.

Die Arbeiten werden unter Aufsicht des Erziehungssekretärs ausgeführt. Der Verkehr der Kandidatinnen unter sich während der Arbeit ist nicht gestattet.

Bei der mündlichen Prüfung werden die Kandidatinnen einzeln oder gruppenweise geprüft.

§ 7. Die Beurteilung der schriftlichen und mündlichen Leistungen erfolgt nach fünf Abstufungen in Ziffern von 1 bis 5, wobei 5 als die beste Note gilt.

Die erste Festsetzung der Noten erfolgt unmittelbar nach Beendigung der Prüfungsabnahme durch gegenseitige Beratung der Lehrerin und des Experten, beziehungsweise der Fachperson. Diese Noten werden mit Tinte in ein von der Erziehungskanzlei zugestelltes Formular eingetragen und hernach der Erziehungskanzlei zugestellt. Die Erziehungskanzlei zählt für jede Kandidatin die von ihr in den einzelnen Fächern erzielten Noten zusammen. Das Total durch die Zahl der 16 Prüfungsfächer geteilt, ergibt die Durchschnittsnote.

§ 8. Die Prüfungsresultate, beziehungsweise Notenergebnisse, gehen an die Erziehungsdirektion zur eventuellen Patentierung gemäß § 9 unter nachträglicher Kenntnisgabe an den Erziehungsrat.

§ 9. Denjenigen Geprüften, die in keinem Fache die Note eins, ferner höchstens einmal die Note zwei und mindestens die Durchschnittsnote drei erhalten, wird das Patent ausgestellt.

Im Patent werden die einzelnen Noten und die Durchschnittsnote angegeben. Das Patent enthält ferner Name und Vorname, sowie Heimatsort der Kandidatin, Ort und Datum der Prüfung, sowie das Datum und die Unterschriften des Präsidenten und des Sekretärs des Erziehungsrates.

§ 10. Dieses Reglement tritt sofort in Kraft.

X. Kanton Freiburg.

Lehrerschaft aller Stufen.

Gesetz über die Pensionskasse der Lehrerschaft der öffentlichen Primar- und Sekundarschulen. (Vom 24. November 1917.)

Der Große Rat des Kantons Freiburg,

auf den Antrag des Staatsrates,

dekretiert:

I. Kapitel. **Allgemeine Bestimmungen.**

Art. 1. Die Pensionskasse der Lehrerschaft der öffentlichen Primar- und Sekundarschulen genießt die Rechte einer juristischen Person. Sie hat ihren Sitz in Freiburg.

Art. 2. Sie bezweckt die Ausrichtung eines Ruhegehaltes an ihre Mitglieder oder ihre Angehörigen innert den Grenzen des vorliegenden Gesetzes.

Art. 3. Nur die Lehrerschaft der öffentlichen Primar- und Sekundarschulen hat Anrecht auf die Mitgliedschaft der Pensionskasse.

Der Beitritt ist obligatorisch. Für die Geistlichen, Mitglieder der Kongregationen und alle Lehrer, die bei ihrem Amtsantritt über 30 Jahre alt sind, ist er indessen fakultativ.

Die Lehrerinnen an Haushaltungsschulen, die ein Lehrpatent für den Primarunterricht erlangt haben, sind als Mitglied der Pensionskasse zugelassen.

Die Mitglieder, welche an andere von der Erziehungsdirektion abhängige Stellen berufen werden, können ihre Mitgliedschaft fortsetzen.

II. Kapitel. **Verwaltung.**

Art. 4. Die Pensionskasse wird unter der Aufsicht des Staatsrates vom Komitee und der Generalversammlung verwaltet.

Art. 5. Die Generalversammlung besteht aus allen Mitgliedern der Pensionskasse. Die Beschlüsse werden durch die Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Mitglieder gefaßt.

Art. 6. Die Versammlung hält jährlich in Freiburg eine ordentliche Sitzung ab.

Sie versammelt sich in außerordentlicher Weise, wenn das Komitee es für angezeigt hält, oder auf begründetes Verlangen eines Fünftels der Mitglieder.

Art. 7. Das Komitee besteht aus fünf Mitgliedern, wovon vier von der Generalversammlung und eines vom Staatsrat für eine vierjährige Amtsdauer gewählt werden.

Das Komitee bezeichnet aus seiner Mitte für eine zweijährige Amtsdauer seinen Präsidenten, Vizepräsidenten, Kassier und Schriftführer, welche wieder wählbar sind.

Art. 8. Das Komitee erläßt das Reglement, das die Maßregeln behufs Vollzug des vorliegenden Gesetzes, namentlich in bezug auf die Buchführung, die Geldanlagen, die Verwaltung, den Einzug der Beiträge, die Ausrichtung der Pensionen, die Rückkäufe etc. festlegt.

Das Reglement wird der Generalversammlung zur Genehmigung und dem Staatsrat zur Ratifikation unterbreitet.

Art. 9. Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen der Pensionskasse und einem ihrer Mitglieder werden, unter Vorbehalt des Rekurses an den Staatsrat, vom Komitee entschieden.

III. Kapitel. **Kasse und Kapitalien.**

Art. 10. Die Pensionskasse wird gespeist durch:

a) Die Zinsen ihrer Kapitalien,
b) die Beiträge ihrer Mitglieder,
c) die Staatsbeiträge,
d) die Gebühr für den Rückkauf der Dienstjahre,
e) Schenkungen und Vermächtnisse und außerordentliche Zuweisungen,
f) den Ertrag der Bußen für Schulversäumnisse.

Art. 11. Der Staatsrat regelt durch ein Reglement alles, was Bezug hat auf die Bekämpfung der Absenzen und den Einzug der Schulbußen, deren Reinertrag in die Pensionskasse fällt.

Art. 12. Die Kapitalien der Kasse sind von jeglicher Gemeinde- und Pfarreisteuer befreit.

Art. 13. Die Staatsbank übernimmt die Verwaltung der Kapitalien und die Aufbewahrung der Titel und Werte.

Art. 14. Die Jahresrechnung wird der Generalversammlung zur Genehmigung und dem Staatsrat zur Ratifikation unterbreitet.

IV. Kapital. **Beiträge.**

Art. 15. Die Beiträge der Mitglieder der Pensionskasse sind jährlich auf 80 bis 100 Franken festgesetzt. Ihre Entrichtung erfolgt während 30 Jahren zur Hälfte je am 1. Juni und 1. Dezember.

Der Staat weist der Kasse für jedes Mitglied während 35 Jahren einen entsprechenden Beitrag von 120 bis 140 Franken zu. Dieser Beitrag wird der Pensionskasse gegen Vorweisung der Zusammenstellung der begangenen Beiträge ausgerichtet.

Der Staatsrat setzt innert den Grenzen des Gesetzes die Höhe des Beitrages der Mitglieder und der Subvention des Staates fest.

V. Kapitel. **Pensionen und andere Bezüge.**

Art. 16. Das Mitglied der Kasse, das von seinem Amte zurücktritt, hat Anrecht:

a) Auf ein Ruhegehalt von 1200 Fr., wenn es sich über eine 35jährige Wirksamkeit an den öffentlichen Primar- und Sekundarschulen, sowie über die Entrichtung von 30 Jahresbeiträgen ausweist;
b) auf ein Ruhegehalt von 1000 Fr. nach 30 Dienstjahren und Entrichtung von 30 Jahresbeiträgen;
c) auf ein Ruhegehalt von 600 Fr. nach 25 Dienstjahren und Entrichtung von 25 Jahresbeiträgen, wenn das betreffende Mitglied nicht mehr im Stande ist, sein Amt zu versehen.

Art. 17. Stirbt ein Mitglied nach mindestens zehn Dienstjahren, entrichtet die Kasse den Waisen oder der überlebenden Ehehälfte eine Pension von so oft mal 40 Fr. aus, als die Zahl der Dienstjahre 10 übersteigt.

Art. 18. Jede Pension ist übertragbar:

a) Ganz auf die Waisen, bis die jüngste das Alter von 18 Jahren erreicht hat;
b) zur Hälfte an die überlebende Ehehälfte, wenn das jüngste Kind das Alter von 18 Jahren erreicht oder wenn der Verstorbene keine Nachkommen hinterläßt.

Art. 19. Im Falle der Wiederverehelichung verliert die überlebende Ehehälfte eines Mitgliedes das Anrecht auf die Auszahlung des Ruhegehaltes.

Die überlebende Gattin eines Mitgliedes, die sich nach Erlangung der Pension verehelicht hat, und die dieser Ehe entsprossenen Kinder verlieren ebenfalls jegliches Anrecht auf die Pension.

Art. 20. Die Pensionen werden je zur Hälfte bei Schluß eines Semesters entrichtet.

Art. 21. Das Mitglied der Kasse, welches den Lehrberuf aufgibt, ohne Anspruch zu erheben auf die Rückzahlungen, worauf es ein Recht hat, kann seine früheren Beiträge wieder geltend machen, wenn es seinen ehemaligen Beruf wieder aufnimmt.

Art. 22. Die Beiträge werden ohne Verzinsung zurückbezahlt:

Gänzlich der Lehrerin, welche wegen Verehelichung den Lehrberuf aufgibt; dem Mitglied, das krankheitshalber vor Ablauf von 25 Dienstjahren sein Amt aufgeben muß, und den Kindern eines Mitgliedes, das vor Beginn des elften Dienstjahres gestorben ist; zu einem Viertel dem Mitglied, das außer den drei obigen Fällen den Lehrberuf aufgibt.

Die Rückzahlung der Beiträge kann nicht vor Ablauf von zwei Jahren gefordert werden.

Art. 23. Die Pensionskasse entspricht allen Verpflichtungen, die sie auf Grund der Gesetze der Jahre 1881 und 1895 übernommen hat.

VI. Kapitel. **Rückkäufe.**

Art. 24. Sämtlichen Mitgliedern der Lehrerschaft steht es frei, ihre gegenwärtige Stellung der Kasse gegenüber beizubehalten oder innert einem Jahre nach der Bekanntmachung des Gesetzes der neuen Organisation beizupflichten.

Im Fall des Beitrittes haben sie der Pensionskasse pro Dienstjahr eine Rückkaufsgebühr von 61 Fr. zu entrichten.

Art. 25. Die Mitglieder, welche es unterlassen haben, ihre Dienstjahre vor 1896 zurückzukaufen, sind ermächtigt, sie in die Rückkaufsberechnung einzubeziehen unter Entrichtung eines Zuschlages von 40 Fr. pro Jahr.

Art. 26. Die Mitglieder, die noch der Pensionskasse vom Jahre 1881 angehören, entrichten pro Dienstjahr einen Zuschlag von 25 Fr.

Art. 27. Das Ruhegehalt der ehemaligen Mitglieder, die den frühern Gesetzen nicht beigepflichtet haben, ist endgültig auf 80 Fr. festgesetzt.

VII. Kapitel. **Außerordentliche Zuweisungen.**

Art. 28. Der Staatsrat entnimmt der eidgenössischen Subvention an die Volksschule die nötigen Beträge, um das ungenügende Garantiekapital der Pensionskasse zu äufnen.

Art. 29. Am Ende einer zehnjährigen Periode wird eine Erhebung gemacht über die technische Lage der Kasse behufs Festsetzung der außerordentlichen Zuweisungen, die ihr einbezahlt werden müssen.

VIII. Kapitel. **Schlußbestimmungen.**

Art. 30. Sämtliche Bestimmungen, die mit dem vorliegenden Gesetz im Widerspruch stehen, sind aufgehoben.

Art. 31. Das Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes ist auf 1. Januar 1918 festgesetzt.

Reglement der Pensionskasse der Lehrerschaft der Primar- und Sekundarschulen vom 4. März 1918.

I. Verwaltung.

Generalversammlung.

Art. 1. Die Generalversammlung der Mitglieder der Pensionskasse hält ihre Sitzungen in Freiburg. Die ordentliche Sitzung findet alljährlich jeweilen vor dem 30. Juni statt.

Art. 2. Der Vorstand beruft die Versammlung durch Anzeige im Amtsblatt ein unter Angabe der Hauptverhandlungsgegenstände.

Er verlangt nebstdem die Veröffentlichung der Einberufung im „Bulletin pédagogique“.

Art. 3. Der Präsident, Vizepräsident und Schriftführer des Vorstandes bilden das Bureau der Versammlung.

Art. 4. Die Versammlung hat folgende Befugnisse:

a) Sie bezeichnet zu Beginn jeder Sitzung zwei Stimmenzähler;
b) sie wählt in der ordentlichen Sitzung in geheimer Abstimmung und mit absoluter Stimmenmehrheit die Mitglieder des Vorstandes, deren Wahl ihr zusteht;
c) sie ernennt jedes Jahr die drei Mitglieder, welche die Rechnungsprüfungskommission bilden;
d) sie genehmigt die Rechnungen und überwacht im allgemeinen die Geschäftsführung des Vorstandes;
e) sie macht dem Staatsrat Vorschläge über die Höhe des Beitrages im folgenden Jahr;
f) sie genehmigt das Vollzugsreglement zum Pensionsgesetz;
g) sie entscheidet, unter Vorbehalt des Rekurses an den Staatsrat, alle Fälle, die im Gesetz und Reglement nicht vorgesehen sind.

Vorstand.

Art. 5. Der Vorstand wird alle vier Jahre neu gewählt.

Bei zufälliger Vakanz läuft die Amtsdauer des neuen Mitgliedes am Ende der ordentlichen Amtsperiode ab.

Art. 6. Der Vorstand beginnt seine Geschäftsführung am 1. Januar nach seiner Wahl. Das während der Amtsperiode gewählte Mitglied tritt sein Amt sofort nach seiner Wahl an.

Art. 7. Der Vorstand ist beauftragt mit:

a) Dem Vollzug der Beschlüsse der Generalversammlung;
b) der Kassaverwaltung;
c) der besondern Kontrolle der Buchführung;
d) der Aufsicht über den Eingang der Schulbußen;
e) mit der Verifikation des Verhältnisses der Mitglieder gegenüber der Pensionskasse;
f) mit der Einberufung der Generalversammlungen, deren Datum und Verhandlungsgegenstände sie festsetzt;
g) mit der Genehmigung des Vertrages, der in betreff der Kapitalienverwaltung mit der Staatsbank abgeschlossen worden ist.

Art. 8. Der Vorstand gibt sein Gutachten ab über sämtliche wichtigen Fragen, die der Generalversammlung unterbreitet werden. Er trifft alle Maßregeln zur Wahrung der Interessen und des Gedeihens der Pensionskasse.

Art. 9. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist es erforderlich, daß in der betreffenden Sitzung mindestens drei Mitglieder gegenwärtig seien.

Art. 10. Die Mitglieder des Vorstandes beziehen pro Sitzung eine Vergütung von 10 Fr. und pro Wegkilometer, Hin- und Rückreise inbegriffen, 25 Rp.

Art. 11. Nebstdem bezieht der Präsident eine jährliche Gratifikation von 200 Fr., der Schriftführer 200 Fr. und der Kassier-Buchhalter eine Besoldung von 1000 Fr.

Art. 12. Der Vorstand ist für seine Geschäftsführung verantwortlich.

Art. 13. Die Pensionskasse wird durch die Unterschrift des Präsidenten und Schriftführers oder des Kassier-Buchhalters verpflichtet.

Kassier-Buchhalter.

Art. 14. Der Kassier-Buchhalter hat folgende Obliegenheiten:

a) Er führt die verschiedenen Bücher unter Vorbehalt der der Staatsbank zugeteilten Befugnisse;
b) er hält die Buchhaltung nach den erteilten Weisungen ständig auf dem Laufenden;
c) er erstattet alle Semester dem Vorstand einen Bericht über den Stand der Kasse, den Eingang der Beiträge, des Staatsbeitrages und der Schulbußen und unterbreitet ihm alljährlich das Namensverzeichnis der Mitglieder unter Angabe ihres Verhältnisses gegenüber der Kasse;
d) er ist ermächtigt, für die laufenden Ausgaben in seiner Kasse eine Summe zu behalten, die 200 Fr. nicht übersteigt. Er gibt seine Rechnung Ende März ab;
e) er besorgt das Archiv.

Art. 15. Der Kassier-Buchhalter führt:

a) Ein Kassabuch;
b) ein Rechnungsregister;
c) ein Verzeichnis der Schenkungen;
d) ein Verzeichnis der Pensionen;
e) ein Verzeichnis der Schulbußen;
f) ein Kopierbuch;
g) ein Stammverzeichnis der Mitglieder.

Art. 16. In der Regel muß der Kassier-Buchhalter seinen Wohnsitz in Freiburg haben.

Art. 17. Im Fall der Nachlässigkeit erhält der Kassier-Buchhalter vom Vorstand eine Verwarnung. Im Rückfalle kann er ihn sogar abberufen.

Schriftführer.

Art. 18. Der Schriftführer ist besonders beauftragt mit:

a) Der Abfassung der Protokolle der Generalversammlung und des Vorstandes;
b) der Korrespondenz;
c) der Abfassung der Berichte;
d) allen Schreibereien, die nicht vom Kassier-Buchhalter besorgt werden müssen.

II. Beitritt zur Pensionskasse.

Art. 19. Das Mitglied der Lehrerschaft der öffentlichen Primar- und Sekundarschulen, dessen Beitritt obligatorisch ist, wird nach Anzeige der Erziehungsdirektion ab 1. Januar nach seiner Wahl von Amts wegen eingetragen.

Art. 20. Das Mitglied, wofür der Beitritt fakultativ ist, verlangt seine Aufnahme beim Vorstand im Laufe des 1. Trimesters. Es fügt seinem schriftlichen Gesuch die Ernennungsurkunde bei.

Seine Eintragung in das Stammregister kann indessen erst auf Grund eines Vorstandsbeschlusses erfolgen und ist erst vom Tage an gültig, da die Aufnahme beschlossen wurde.

Art. 21. Der Vorstand verabfolgt jedem Mitglied eine Aufnahmsurkunde mit einem Exemplar des Gesetzes und des Reglementes der Pensionskasse.

III. Einnahmen.

Art. 22. Die Höhe des endgültig festgesetzten Jahresbeitrages wird den Beteiligten durch das Amtsblatt in Kenntnis gebracht.

Der Beitrag wird alljährlich je zur Hälfte vor dem 15. April und 15. Oktober einbezahlt. Er wird direkt bei den Kassen bezogen, welche die Besoldung der Lehrerschaft entrichten.

Art. 23. Einen Monat nach der Verfallzeit werden die nicht beglichenen Beiträge auf Kosten der rückständigen Kassen per Nachnahme erhoben.

Art. 24. Die Weigerung der Entrichtung der der Pensionskasse schuldigen Beiträge wird der Erziehungsdirektion angezeigt.

Art. 25. Das Mitglied hat seine Beiträge während dreißig Jahren zu entrichten. Immerhin wird es nicht zur Fortsetzung der Beitragsleistung zugelassen, insofern es der Lehrerschaft nicht mehr angehört.

Art. 26. Zur Erlangung des Staatsbeitrages reicht der Vorstand der Erziehungsdirektion vor dem 30. Juni und 31. Dezember ein semestrielles Verzeichnis der eingegangenen Beiträge ein.

Art. 27. Die bei Unzulänglichkeit des Garantiekapitals vorgesehenen außerordentlichen Beiträge werden alljährlich vom Staatsrat festgesetzt.

Art. 28. Der Erlös der Schulbußen wird nach Vorschrift der zu diesem Zwecke erlassenen besondern Bestimmungen bezogen.

Art. 29. Trifft der Wohltäter keine anderen Verfügungen, werden die der Pensionskasse gemachten Schenkungen kapitalisiert. Die Namen der Wohltäter der Pensionskasse der Lehrerschaft werden in ein besonderes Register eingetragen.

IV. Pensionen.

Art. 30. Das Anrecht auf die Pension wird erwiesen durch die Aufnahmsurkunde, die entrichteten Beiträge, die Dienstjahre, die gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen und im allgemeinen durch jedes andere Rechtsmittel.

Art. 31. Die Pension wird alljährlich je zur Hälfte am 30. Juni und 31. Dezember entrichtet.

Das im Ruhestand befindliche Mitglied hat Anrecht auf seine erste Pension am 30. Juni oder 31. Dezember, nachdem es den Lehrberuf aufgegeben hat, je nachdem es während des ersten oder zweiten Semesters zurückgetreten ist.

Art. 32. Das Mitglied, das Anspruch auf den Bezug der Pension erhebt, läßt seinen Rücktritt vom Lehrberuf und seine Dienstjahre von der Erziehungsdirektion durch eine Bescheinigung beglaubigen, aus welcher hervorgeht, daß, insofern es sich um die Pension von 600 Fr. handelt, der Betreffende nicht mehr imstande ist, den Lehrberuf fortzusetzen.

Art. 33. Zur Geltendmachung ihres Anrechtes auf die Übertragung der Pension weisen die Betreffenden eine Bescheinigung des Gemeinderates des Wohnortes vor, welche, nebst dem Datum des Ablebens des Mitgliedes, die Namen und das Alter der Kinder, sowie den Namen der überlebenden Ehehälfte anführt.

Art. 34. Im Fall des Ablebens eines Mitgliedes, das mindestens zehn Dienstjahre aufweist, weisen die Kinder und die überlebende Ehehälfte einen Sterbeschein und eine Bescheinigung der Erziehungsdirektion vor, welche die Zahl der Dienstjahre angibt. Diese muß zehn übersteigen.

Art. 35. Wenn das verstorbene Mitglied Kinder und eine Ehehälfte hinterläßt, kommt die Pension in erster Linie den Kindern unter 18 Jahren zu gute.

Sobald das letzte Kind 18 Jahre alt ist oder wenn der Verstorbene keine Nachkommen hinterläßt, entfällt die Pension, aber nur zur Hälfte, auf die überlebende Ehehälfte.

Art. 36. Die Pensionen werden auf ein Gesuch ausbezahlt, das vom Ammann, Friedensrichter des Wohnortes oder einem Mitglied des Vorstandes beglaubigt ist.

Art. 37. Die auf die Kinder entfallende Pension wird der Person entrichtet, welche mit der väterlichen Gewalt bekleidet ist.

Art. 38. Alle ausbezahlten Pensionen werden in ein besonderes Register eingetragen.

V. Rechnung und Kapitalien.

Art. 39. Die Verwaltung der Kapitalien, die Aufbewahrung der Titel und Werte, die Besorgung der Zahlungen und der Einzüge werden im Auftrage der Pensionskasse auf Grund eines schriftlichen Vertrages der Staatsbank übertragen.

Art. 40. Die Rechnung wird alljährlich am 31. Dezember abgeschlossen. Sie wird mit den Belegen und Büchern unterbreitet:

a) Dem Vorstand;
b) den Rechnungsrevisoren, die der Generalversammlung einen schriftlichen Bericht erstatten;
c) der Generalversammlung, die sich über ihre Annahme oder Zurückweisung ausspricht;
d) dem Staatsrat zur Ratifikation.

VI. Austritt und Ausschluß.

Art. 41. Das Mitglied, das aus der Lehrerschaft austritt, hört auf, Mitglied der Pensionskasse zu sein und verliert seine Anrechte, insofern es nicht schon die Pension bezieht.

Art. 42. Zur Erlangung der Rückzahlung der gesetzlich vorgesehenen Beiträge sind vorzuweisen:

Im Falle der Verehelichung eine Bescheinigung des Zivilstandes;
im Falle der Krankheit ein ärztliches Zeugnis;
im Todesfall eine Bescheinigung des Gemeinderates.

Art. 43. Die Rückbezahlung der Beiträge erfolgt stets ohne Zinsen und erst infolge eines Beschlusses des Vorstandes und einer Ermächtigung der Erziehungsdirektion.

Art. 44. Das Mitglied, das nach einem Unterbruch den Lehrberuf wieder aufnimmt, tritt wieder in den Genuß seiner frühern Einzahlungen.

Art. 45. Das Mitglied, das von der Oberbehörde abgesetzt oder Handlungen zum Schaden der Pensionskasse überwiesen ist, wird unter Vorbehalt des Rekurses an den Staatsrat von der Pensionskasse ausgeschlossen.

Es geht seiner Rechte verlustig mit Ausnahme der Rückzahlung des Viertels der entrichteten Beiträge und der Auszahlung der bereits erworbenen Pension.

VII. Übergangsbestimmungen.

Art. 46. Allen Mitgliedern der Lehrerschaft, welche gegenwärtig Mitglieder der Pensionskasse sind, steht es frei, ihr jetziges Verhältnis beizubehalten oder der neuen Organisation beizutreten. Sie haben ihre Absicht dem Vorstand vor dem 24. November 1918 auf vorgeschriebenem Formular mitzuteilen. Im Falle des Beitrittes zur neuen Kasse reichen sie gleichzeitig ein einläßliches Verzeichnis ihrer Dienstjahre ein, das von der Erziehungsdirektion beglaubigt ist.

Art. 47. Der Rückkauf der frühern Dienstjahre und die Begleichung der Differenzen kann in folgender Weise geschehen:

1. Durch Barzahlung;
2. durch Verschreibung einer Hypothekarobligation;
3. durch Schaffung einer Obligation, die in zehn Jahreszahlungen rückzahlbar und durch eine anerkannt genügende Bürgschaft gesichert ist, oder durch ein Pfandrecht auf die Besoldung oder die Pension des Schuldners nach Ermessen des Vorstandes.

Die Erledigung durch eines dieser Verfahren hat vor dem 1. Januar 1919 zu erfolgen. Im Falle der Schaffung eines Titels läuft der auf $4^3/_4\,^0/_0$ festgesetzte Zins von diesem Datum an.

Art. 48. Die Mitglieder, die bereits die 25 Beiträge einbezahlt haben, die im frühern Gesetz vorgesehen sind, haben ihre Zahlungen durch einen Pauschalbetrag von 80 Fr. für jedes der fünf Supplementsjahre zu ergänzen.

Art. 49. Kein Mitglied kann eine Pension beziehen, bevor es seinen Verpflichtungen gegenüber der Pensionskasse nachgekommen ist.

Art. 50. Die Gemeinden sind gehalten, auf Verlangen den Beitrag der auf Grund eines nicht hypothekarischen Schuldscheines schuldigen Jahresleistung an der Besoldung des Lehrers abzuziehen und der Kasse einzubezahlen.

Art. 51. Die gegenwärtigen Mitglieder, die den Bestimmungen der Gesetze von 1881 und 1895 unterworfen sind und den in Art. 46 vorgesehenen Beitritt nicht erklärt haben, sind bezüglich ihrer Rechte und Pflichten denselben Gesetzen vom 15. Jahre 1881 und 21. November 1895 unterstellt.

Art. 52. Die Einzahlung der im Art. 28 des Gesetzes vorgesehenen außerordentlichen Beiträge beginnt im Januar 1923.

VIII. Schlußbestimmungen.

Art. 53. Die Total- oder Partialrevision des vorliegenden Reglementes erfolgt durch Mehrheitsbeschluß der an einer Generalversammlung teilnehmenden Mitglieder, die zu diesem Zwecke mindestens vierzehn Tage vorher im Amtsblatt einberufen worden ist.

Art. 54. Das Gesetz über die Pensionskasse und das vorliegende Reglement werden in beiden Sprachen gedruckt und in einer Broschüre vereinigt.

Art. 55. Vorliegendes Reglement tritt in Kraft, sobald es vom Staatsrat genehmigt ist.

Also angenommen von der Generalversammlung der Mitglieder der Pensionskasse der Lehrerschaft der öffentlichen Primar- und Sekundarschulen in Freiburg, den 4. März 1918.

XI. Kanton Solothurn.

1. Mittelschulen und Berufsschulen.

1. Kantonale Übungsschule an den Schulen der Stadt Solothurn für die Lehramtskandidaten der Lehrerbildungsanstalt der Solothurnischen Kantonsschule. (Vom 28. Februar/14. März 1917.)

Vertrag
zwischen

dem Erziehungsdepartement des Kantons Solothurn, namens des Staates Solothurn,

und

dem Gemeinderat der Einwohnergemeinde Solothurn, namens der Einwohnergemeinde Solothurn,

betreffend

die an den Primarschulen Solothurn zu schaffende kantonale Übungsschule für die Lehramtskandidaten der Lehrerbildungsanstalt der Solothurnischen Kantonsschule (Musterschule).

Art. 1. Die Einwohnergemeinde Solothurn stellt dem Staate Solothurn für die Lehramtskandidaten der Lehrerbildungsanstalt der Solothurnischen Kantonsschule drei ihrer Primarschulabteilungen und eine Klasse der allgemeinen Fortbildungsschule zur Verfügung für die praktische Einführung in die Erziehungsarbeit nach Maßgabe des vorliegenden Vertrages.

Art. 2. Zu diesem Zwecke werden folgende Schulabteilungen (Übungsschulen) gebildet:

I. Schüler des 1. und 2. Schuljahres (geleitet von einer Übungslehrerin);
II. Schüler des 3. und 4. Schuljahres (geleitet von einem Übungslehrer);
III. Schüler des 5. und 6. Schuljahres (geleitet von einem Übungslehrer).

Das Schülermaximum ist dasselbe, wie bei den übrigen Stadtschulen. Die bisherige Organisation derselben soll durch die Übungsschulen nicht geändert werden.

Jede dieser Schulabteilungen steht den Seminaristen des III. Kurses zum Hospitieren, denjenigen des IV. Kurses zur Erteilung von Lektionen in wöchentlich höchstens 7 Stunden und zu einstündigen Lehrproben jährlich zirka zehn Mal zur Verfügung.

Der Vorsteher der Lehrerbildungsanstalt ist berechtigt, an den drei Übungsschulen insgesamt 80 Stunden jährlich selbst Unterricht zu erteilen, welche in fortlaufender Unterrichtserteilung in einem Fache und im Einverständnis mit der Schulkommission verwendet werden sollen.

Außerdem werden Lehrproben in der Abteilung der allgemeinen Fortbildungsschule abgehalten.

Art. 3. Die Zuteilung der Schüler an die Übungsschule erfolgt auf Vorschlag des Schuldirektors durch die Schulkommission.

Die Gemeinde stellt für die Übungsschulen drei ihrer Schulzimmer mit angemessener Ausrüstung (erforderlichem Schulmobiliar, sowie den für die Primarschulen des Kantons gesetzlich vorgeschriebenen und in den übrigen Stadtschulen üblichen allgemeinen Lehr- und Veranschaulichungsmitteln) zur Verfügung.

Gelegentlich können auch andere, in der betreffenden Zeit nicht benützte Schulzimmer, sowie die Räumlichkeiten für Spezialunterricht (Musik, Turnen, Handfertigkeit u. s. w.) von den Lehramtskandidaten für den Unterricht der Übungsschule benützt werden.

Art. 4. Die Übungslehrerin und die beiden Übungslehrer werden vom Regierungsrat aus der städtischen Lehrerschaft gewählt.

Art. 5. Die grundsätzliche Ordnung des Übungsschulbesuches durch die Lehramtskandidaten und die Stellung der Übungsschulen im Organismus der Primarschulen, sowie die Verpflichtungen und Rechte der Übungslehrer werden durch ein Regulativ bestimmt, das vom Vorsteher der Lehrerbildungsanstalt entworfen, von der Übungsschulkommission und hernach auch von der Schulkommission beraten und vom Regierungsrat erlassen wird.

Mit den notwendigen Verhandlungen, Anordnungen und Mitteilungen gegenüber den Behörden und Übungslehrern, sowie gegenüber dem Rektorat der Kantonsschule und den Lehrern und Schülern der Lehrerbildungsanstalt der Kantonsschule wird seitens des Erziehungsdepartements der Vorsteher der Lehrerbildungsanstalt betraut.

Die Inspektion wird durch den Kantonal-Schulinspektor ausgeübt.

Der städtische Schuldirektor, der Kantonal-Schulinspektor, der Vorsteher der Lehrerbildungsanstalt der Kantonsschule und ein vom Gemeinderat auf den Vorschlag der Schulkommission zu bezeichnendes Mitglied derselben führen als Übungsschulkommission die Aufsicht über die Übungsschulen.

Art. 6. Die Übungslehrer werden durch die Einwohnergemeinde Solothurn besoldet. Sie unterstehen dem städtischen Besoldungsdekret.

Der Staat entrichtet an die Übungslehrer eine persönliche Gehaltszulage, deren Höhe vom Regierungsrat bei Anlaß der Wahl auf die Amtsdauer der Übungslehrer bestimmt wird.

Der Staat leistet der Gemeinde für die Benützung der Schulräumlichkeiten eine jährliche Entschädigung von 1000 Fr.

Art. 7. Der Staat trägt zur Ausrüstung der Übungsschulen dadurch bei, daß er zur Ergänzung der allgemeinen Lehr- und Veranschaulichungsmittel und zum Ersatz untauglich gewordener Einrichtungsgegenstände alljährlich einen angemessenen Kreditposten in sein Budget einstellt.

Die aus Staatsmitteln angeschafften Lehr- und Veranschaulichungsmittel und weiteren Einrichtungsgegenstände sind, wie die von der Übungsschule in Zuchwil übernommenen, Eigentum des Staates; die Übungslehrer führen darüber Inventare.

Art. 8. In administrativer Hinsicht unterstehen die Übungsschulen und Übungslehrer denselben Organen, wie die übrigen Stadtschulen und Stadtlehrer.

Art. 9. In allen im vorliegenden Vertrag nicht besonders genannten Punkten sind die Übungsschulen den übrigen Primarschulen des Kantons gleichgestellt.

Art. 10. Dieser Vertrag tritt am 1. Mai 1917 in Kraft. Er dauert bis zum 20. April 1920 und bleibt für je ein ferneres Jahr in Geltung, sofern ihn nicht einer der vertragschließenden Teile jeweilen spätestens bis 20. Oktober, erstmals bis 20. Oktober 1919, auf den nächstfolgenden 20. April kündigt.

Das Erziehungsdepartement behält sich die Ratifikation des Vertrages durch den Regierungsrat vor.

---

2. Aus Schul- und Hausordnung für die Landwirtschaftliche Winterschule des Kantons Solothurn. (Vom 5. November 1917.)

Schulordnung.

§ 2. Der Unterricht findet an allen Wochentagen nach dem speziellen Stundenplan statt.

§ 3. Die Schüler sind zu regelmäßigem Besuch der Unterrichtsstunden, gewissenhafter Vorbereitung auf dieselben und zu anständigem Betragen gegen jedermann verpflichtet.

§ 4. Das Fernbleiben vom Unterricht ist nur mit besonderer Bewilligung des Vorstehers oder dessen Stellvertreters gestattet. Bei der Erteilung von Urlaub werden außer der Dringlichkeit des Abhaltungsgrundes auch der Fleiß und das Verhalten des Schülers berücksichtigt. In allen Fällen von Krankheit oder anderweitiger Verhinderung ist vom Schüler sofort Anzeige zu erstatten.

§ 5. Der Austritt während eines Kurses kann nur mit schriftlicher Einwilligung des Vaters oder Vormundes des Schülers erfolgen. Bei Austritt während des Semesters ist in der Regel das ganze Kostgeld verfallen; Ausnahmen kann die Aufsichtskommission bewilligen.

§ 6. Sämtliche Lehrmittel werden von der Anstalt beschafft. An diejenigen, die der Schüler nach Absolvierung der Kurse mit nach Hause nimmt, bezahlt er die Hälfte des Betrages. Die Schulmaterialien sind in der Anstalt erhältlich und werden von den Schülern bezahlt.

Disziplinarbestimmungen.

§ 18. Bei Verfehlungen gegen die Schul- und Hausordnung und gegen besondere Verfügungen werden folgende Strafen angewendet:

a) Für kleinere Disziplinarverfehlungen: Bußen, Strafaufgaben, Hausarrest.

b) Für eigentliche Disziplinarvergehen: Zurechtweisung durch den einzelnen Lehrer, Verweis durch den Vorsteher, eventuell vor versammelter Klasse, Anzeige an die Eltern, Androhung der Wegweisung von der Anstalt, Wegweisung von der Anstalt durch die Aufsichtskommission.

§ 19. Jedem Schüler der Landwirtschaftlichen Winterschule ist ein Exemplar dieser Schul- und Hausordnung einzuhändigen.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

3. Gesetz betreffend das Grundgehaltsminimum des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschulen. (Vom 21. Januar 1917.)

Der Kantonsrat von Solothurn,
— auf Antrag des Regierungsrates —
beschließt:

I. Das Gesetz betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule und den Allgemeinen Schulfonds des Kantons Solothurn vom 21. März 1909 wird wie folgt abgeändert:

a) § 2, Abs. 1: Als jährlichen Grundgehalt beziehen die Primarlehrer wenigstens 1800 Fr. in den Jahren 1917 und 1918, 1900 Fr. in den Jahren 1919 und 1920, 2000 Fr. vom Jahre 1921 ab, die Primarlehrerinnen wenigstens 1600 Fr. beziehungsweise 1700 Fr. und 1800 Fr. in gleicher zeitlicher Folge. Im übrigen bestimmt die Einwohnergemeinde die Höhe des Grundgehaltes.

b) § 3, Abs. 2: Als Staatsbeitrag an das Grundgehaltsminimum der Primarlehrer und -lehrerinnen erhalten per Schule die Gemeinden I. Klasse $^{11}/_{16}$, II. Klasse $^{10}/_{16}$, III. Klasse $^{9}/_{16}$, IV. Klasse $^{8}/_{16}$, V. Klasse $^{7}/_{16}$, VI. Klasse $^{6}/_{16}$, VII. Klasse $^{5}/_{16}$, VIII. Klasse $^{4}/_{16}$, IX. Klasse $^{3}/_{16}$ des jeweilen verbindlichen Betrages.

c) § 6, Abs. 1: Die Arbeitslehrerinnen beziehen als Jahresgehalt für jede von ihnen geführte Arbeitsschule wenigstens 220 Fr. Im übrigen bestimmt die Einwohnergemeinde die Höhe der Besoldung.

d) § 7, Abs. 2: Der Staatsbeitrag an die Besoldung der Arbeitslehrerinnen bemißt sich nach der Stelle, welche die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde in der in § 3 vorgesehenen Klassenordnung einnimmt. Es erhalten pro Arbeitsschule die Gemeinden I. Klasse $^{12}/_{18}$, II. Klasse $^{11}/_{18}$, III. Klasse $^{10}/_{18}$, IV. Klasse $^{9}/_{18}$, V. Klasse $^{8}/_{18}$, VI. Klasse $^{7}/_{18}$, VII. Klasse $^{6}/_{18}$, VIII. Klasse $^{5}/_{18}$, IX. Klasse $^{4}/_{18}$ des Gehaltsminimums.

II. Dieses Gesetz tritt nach der Annahme durch das Volk auf 1. Januar 1917 in Kraft.

Regierungsratsbeschluß vom 26. Januar 1917.

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,

in Anwendung von § 53, unter Vorbehalt von § 63 des Gesetzes über Volksabstimmungen und Wahlen vom 16. Juli 1899 und gestützt auf das Ergebnis der Volksabstimmung vom 21. Januar 1917;

auf Antrag der Staatskanzlei,

beschließt:

Das vom Kantonsrat unterm 1. Dezember 1916 beschlossene Gesetz betreffend das Grundgehaltsminimum des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschulen wird als vom Volke angenommen erklärt.

Gemäß Ziffer II des Gesetzes tritt dasselbe auf den 1. Januar 1917 in Kraft.

---

4. Abänderung der §§ 11 und 21 der Verordnung betreffend die allgemeinen Fortbildungsschulen und die Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge vom 25. Februar 1910. (Honorierung der Lehrer.) (Regierungsratsbeschluß vom 1. Mai 1917.)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,

in Ausführung der §§ 97 und 110 des Gesetzes betreffend die Kantonsschule, die Landwirtschaftliche Winterschule und die Fortbildungsschulen vom 29. August 1909,

in Abänderung der §§ 11 und 21 der Verordnung betreffend die allgemeinen Fortbildungsschulen und die Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge vom 25. Februar 1910;

auf Antrag des Erziehungsdepartementes,

beschließt:

I. Der die Honorierung der Lehrer der allgemeinen Fortbildungsschule regelnde § 11, Abs. 1, der Verordnung des Regierungsrates betreffend die allgemeinen Fortbildungsschulen und die Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge vom 25. Februar 1910 wird wie folgt abgeändert:

„Das Minimum des Honorars für den in § 79, Abs. 1, des Gesetzes vom 29. August 1909 vorgesehenen Fortbildungsschulkurs beläuft sich pro Stunde auf 2 Fr. 50 Rp. oder für den 80 Stunden umfassenden Halbjahreskurs auf 200 Fr. Dieses Mindesthonorar trägt der Staat. Für ein das Minimum übersteigendes Honorar hat die den Mehrbetrag beschließende Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde aufzukommen."

II. Der das Honorar der Lehrer der Wiederholungskurse für stellungspflichtige Jünglinge (Wiederholungschule) bestimmende § 21, Abs. 1, der genannten Verordnung erhält nachstehende Fassung:

„Das Minimum des Honorars für den in § 109, Abs. 1, des Gesetzes vom 29. August 1909 vorgesehenen Wiederholungskurs für stellungspflichtige Jünglinge (Wiederholungsschule) beläuft sich pro Stunde auf 2 Fr. 50 Rp. oder für den 36 Stunden umfassenden Halbjahreskurs auf 90 Fr. Dieses Mindesthonorar trägt der Staat. Für ein das Minimum übersteigendes Honorar hat die den Mehrbetrag beschließende Einwohner beziehungsweise Schulgemeinde aufzukommen."

III. Diese Abänderungen der Verordnung vom 25. Februar 1910 treten nach Bewilligung der vom Regierungsrat zum Voranschlag pro 1917 beim Kantonsrat einzuholenden erforderlichen Nachtragskredite, mit Rückwirkung auf Beginn des Winterschulhalbjahres 1916/1917, in Kraft.

Den Lehrern, welche die allgemeine Fortbildungsschule im Winterschulhalbjahr 1916/1917 geführt haben und die gemäß den bisherigen Bestimmungen honoriert wurden, wird das Erziehungsdepartement nach der zustimmenden Beschlußfassung des Kantonsrates die sich aus der neuen Ordnung der Honorierung ergebenden Mehrbeträge in der Form von Nachzahlungen ausrichten lassen.

---

5. Aus der Verordnung betreffend die Stellvertretung von Lehrern und Lehrerinnen der Primar-, Arbeits- und Bezirksschulen. (Vom 2. September 1916/17. November 1917.)[1]

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn,

in Abänderung der Verordnung betreffend die Kosten der Stellvertretung von Lehrern und Lehrerinnen an den Primar- und Bezirksschulen vom 25. Februar 1910;

[1] Da die Verordnung vom 2. September 1916 im Archivband 1917, II. Teil, S. 84 ff. abgedruckt ist, seien hier nur die Abänderungen infolge des Regierungsratsbeschlusses vom 17. November 1917 hervorgehoben.

in Ausführung seiner grundsätzlichen Beschlüsse vom 18. Juli 1916 und 17. November 1917 betreffend Erhöhung des Stellvertretungshonorars,

auf Antrag des Erziehungsdepartementes,

beschließt:

1. Honorierung der Stellvertreter.

a) Primarschulen.

§ 1. Lehrer und Lehrerinnen, die an Stelle durch Krankheit verhinderter Primarlehrer oder Primarlehrerinnen oder im Militärdienst stehender Primarlehrer als eigentliche Stellvertreter deren Schule (ohne Verschmelzung dieser mit einer andern und in vollem Umfange) führen, beziehen ein Honorar von 8 Fr. für jeden nicht in die gesetzliche Ferienzeit fallenden Tag (mit Einschluß der Sonntage und staatlich anerkannten Feiertage) oder ein Wochenhonorar von 56 Fr. [1])

Die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde ist berechtigt, diesen Honoraransatz unter Anzeige an das Erziehungsdepartement zu erhöhen. Soweit die Ausübung dieser Befugnis nicht durch die Gemeindeversammlung in Anspruch genommen wird, steht sie dem Gemeinderat zu.

§ 3. Für das Primarschul-Stellvertretungshonorar hat in den Fällen von Krankheit oder von nicht in Art. 15 der Militärorganisation vorgesehenem Instruktionsdienst oder von aktivem Militärdienst die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde aufzukommen.

Der Staat unterstützt die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinden in der Erfüllung dieser Pflicht, indem er ihnen folgende Beiträge an die Kosten der Stellvertretung leistet:

a) An das Minimum des Honorars nach § 1, Abs. 1, einen Beitrag, der sich nach der Stelle bemißt, welche die Einwohner- beziehungsweise Schulgemeinde in der in § 3 des Gesetzes betreffend die Besoldung des Lehrpersonals der Primar- und Arbeitsschule vom 21. März 1909 vorgesehenen, alle drei Jahre zu revidierenden Klassenordnung [2]) einnimmt, so daß für den Tag erhalten die Gemeinden:

I. Klasse	Fr. 5.50	VI. Klasse	Fr. 3.—
II. „	„ 5.—	VII. „	„ 2.50
III. „	„ 4.50	VIII. „	„ 2.—
IV. „	„ 4.—	IX. „	„ 1.50 [3])
V. „	„ 3.50		

b) an das Honorar, welches die Gemeinden, soweit eine Erhöhung der Ansätze gemäß § 1, Abs. 2, zulässig ist, über das in § 1,

[1]) Erhöhung des Honoraransatzes von 6 Fr. auf 8 Fr., beziehungsweise von 42 Fr. auf 56 Fr. gemäß Regierungsratsbeschluß vom 17. November 1917.

[2]) Siehe Archiv 1917, II. Teil, S. 82 ff.

[3]) Neu festgestellte Ansätze gemäß Regierungsratsbeschluß vom 17. November 1917.

Abs. 1, festgesetzte Minimum hinaus bewilligen und ausrichten, einen weitern Beitrag in dem Verhältnis, welches in lit. a für das Minimum des Honorars bestimmt ist.

c) Bezirksschulen.

§ 8. Lehrer und Lehrerinnen, die an Stelle durch Krankheit verhinderter Bezirkslehrer oder Bezirkslehrerinnen oder im Militärdienst stehender Bezirkslehrer deren Stunden als eigentliche Stellvertreter (ohne Verschmelzung der Klassen und in vollem Umfange) erteilen, beziehen ein Honorar von 10 Fr. für jeden nicht in die gesetzliche Ferienzeit fallenden Tag (mit Einschluß der Sonn- und gesetzlichen Feiertage) oder ein Wochenhonorar von 70 Fr.[1])

Die Bezirksschulpflegen sind berechtigt, diese Honoraransätze unter Anzeige an das Erziehungsdepartement zu erhöhen.

§ 10. Das Honorar für Bezirksschulstellvertretungen wird getragen:

a) In Fällen von Krankheit oder nicht durch Art. 15 der Militärorganisation vorgesehenem Instruktionsdienst oder aktivem Militärdienst zu $^5/_8$ vom Staat und zu $^3/_8$ vom betreffenden Bezirksschulfonds;

b) wenn der vertretene Lehrer als Offizier oder Unteroffizier in den militärischen Instruktionsdienst einberufen worden ist (Art. 15 M.-O.):

zu $^1/_8$ vom Staate und — auf Grund des dem Staate zustehenden Rückgriffsrechtes — zu $^3/_4$ vom Bund, zu $^1/_8$ vom vertretenen Lehrer, soweit es sich um das in § 8, Abs. 1, bestimmte Honorarminimum handelt,

dagegen zu $^5/_8$ vom Staat und $^3/_8$ vom Bezirksschulfonds hinsichtlich allfälliger von den Bezirksschulpflegen nach § 8, Abs. 2, bewilligter Mehrbeträge.

4. Schlußbestimmungen.

§ 25. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Die Bestimmungen betreffend die Honorierung (§§ 1—15) sind rückwirkend vom 1. Juli 1916, die unterm 17. November 1917 beschlossenen Abänderungen (§ 1, Abs. 1, § 3, Abs. 2, lit. a, und § 8, Abs. 1) vom 1. Dezember 1917 an in Anwendung zu bringen.

XII. Kanton Baselstadt.

1. Primarschule.

I. Ordnung für die Hilfsklassen für schwachbegabte Schüler der Primarschulen. (Vom 4. Juli 1917.)

Der Regierungsrat des Kantons Baselstadt hat in Ausführung des § 9 des Schulgesetzes vom 21. Juni 1880 und vom 13. April 1891 über die Einrichtung von Hilfsklassen für schwachbegabte

[1]) Erhöhung des Honoraransatzes von 8 Fr. auf 10 Fr., beziehungsweise von 56 Fr. auf 70 Fr. gemäß Regierungsratsbeschluß vom 17. November 1917.

Schüler der Primarschulen und unter Aufhebung der „Ordnung für die Spezialklassen für schwachbegabte Schüler der Primarschulen" vom 23. April 1892 folgendes bestimmt:

§ 1. Für schwachbegabte Schüler der Primarschulen werden die erforderlichen Hilfsklassen errichtet und zwar vorderhand für Knaben und Mädchen gemeinsam. Das Erziehungsdepartement kann jederzeit eine Trennung der Geschlechter in der obersten Klasse vornehmen.

In die Hilfsklassen werden aufgenommen: Kinder, welche zwar bildungsfähig sind, aber infolge geistiger Rückständigkeit einer individuellen Behandlung bedürfen und deshalb in den gewöhnlichen Klassen der öffentlichen Schule mit ihren normal beanlagten Klassengenossen nicht Schritt halten können.

§ 2. Die Schülerzahl der untern Stufe (Klasse a) soll 16, der mittleren Stufe (Klasse b) 20, der obern Stufe (Klasse c) 26 dauernd nicht übersteigen.

§ 3. Die Leitung der Hilfsklassen wird von den Primarschulinspektoren besorgt.

§ 4. In die Hilfsklassen werden nicht aufgenommen:

a) Kinder, welche vermöge körperlicher oder geistiger Gebrechen sich für den Besuch einer öffentlichen Schule überhaupt nicht eignen.
b) Kinder, welche sittlich verdorben sind.

§ 5. Die Aufnahme findet statt:

a) Wenn die Promotion am Schluß des ersten, ausnahmsweise auch eines spätern Schuljahres nicht erfolgen kann und auch bei allfälliger Wiederholung derselben Klasse die Erreichung des Lehrziels als unmöglich erscheint.
b) Bei Beginn oder im Laufe des ersten Schulquartals, wenn ein Kind wegen geistiger Rückständigkeit bereits ein oder zwei Jahre vom Schulbesuch dispensiert war und eine Prüfung ergibt, daß der Besuch der Normalschule nutzlos wäre.
c) Auf Wunsch der Eltern oder Pfleger, auch wenn das Kind eine erste Normalklasse noch nicht besucht hat.
d) In dringenden Fällen kann das Erziehungsdepartement im Einverständnis mit den Eltern und Pflegern die Aufnahme von Kindern in die Hilfsklassen auch vor Ablauf des Probejahres gestatten.

Die Aufnahme in die Hilfsklassen geschieht durch den betreffenden Schulinspektor. In den Fällen a), b) und d) muß die Aufnahme vom Klassenlehrer und vom Schularzt, im Falle c) vom Schularzt allein befürwortet werden, in den Fällen a) und b) sind die Eltern oder Pfleger vorher anzuhören.

Kinder, die derart geistig rückständig sind, daß auch in der Hilfsschule ein Unterrichtserfolg als fraglich erscheint, werden nur versuchsweise in die Hilfsklassen aufgenommen. Fällt der Versuch unbefriedigend aus, so kann auf den Bericht des Klassenlehrers und des Schularztes und auf Antrag des Schulinspektors das Erziehungs-

departement die Entlassung aus der Hilfsschule und die Befreiung von der Schulpflicht verfügen. Gegen die Entlassungsverfügung des Departements kann binnen 14 Tagen nach deren Zustellung von den Eltern an den Erziehungsrat rekurriert werden.

§ 7. Eltern, welche mit der Einweisung ihres Kindes in die Hilfsklassen nicht einverstanden sind, können gegen diese Verfügung innert 14 Tagen nach deren Zustellung an das Erziehungsdepartement rekurrieren.

§ 8. Auf Antrag der Lehrer der Hilfsklassen und mit Zustimmung des Schularztes und des Schulinspektors kann ein Kind zu jeder Zeit aus der Hilfsklasse in eine entsprechende Normalklasse versetzt werden.

§ 9. Nach gesetzlich erfüllter Schulpflicht können Kinder, welche die Klasse nicht störend beeinflussen und noch Fortschritte erhoffen lassen, die Hilfsschule weiter besuchen, sofern keine Überfüllung der Klasse eintritt.

§ 10. Das Lehrziel der Hilfsklassen für schwachbegabte Kinder richtet sich im allgemeinen nach demjenigen der Primarschulen. Die am Lehrziel der Primarschulen mit Rücksicht auf die besondere Veranlagung der Kinder vorzunehmenden Änderungen unterliegen der Genehmigung des Erziehungsrates.

---

2. Universität.

2. Gesetz betreffend Abänderung des Universitätsgesetzes vom 30. Januar 1866. (Vom 5. Juli 1917.)

Der Große Rat des Kantons Baselstadt,
auf den Antrag des Regierungsrates,
beschließt:

In § 5 des Universitätsgesetzes wird die Zahl der Lehrstühle der philosophischen Fakultät von „achtzehn“ auf „zwanzig“ erhöht. Als neue Ziffern werden eingeschaltet:

„2. Pädagogik und allgemein philosophische Disziplinen.“

„9. Geographie.“

In § 11 desselben Gesetzes wird die Zahl der ordentlichen Professoren von 36 auf 38 erhöht.

Dieses Gesetz ist zu publizieren; es unterliegt dem Refererendum.

Der Beschluß betreffend den zweiten Lehrstuhl für Philosophie tritt sofort in Kraft; derjenige betreffend den Lehrstuhl für Geographie auf den 1. April 1918.

---

3. Ordnung für die philosophische Fakultät der Universität Basel. (Vom 23. Februar 1917.)

A. Wesen und Verfassung der Fakultät und ihrer Abteilungen.

§ 1. Zur philosophischen Fakultät gehören die ordentlichen und außerordentlichen Professoren der allgemeinen wissenschaftlichen Fächer.

Die Bedingungen, unter denen die außerordentlichen Professoren der Fakultät angehören, sind durch eine besondere vom Erziehungskollegium erlassene Ordnung vom 12. Juni 1866 festgestellt.

(Vergleiche Universitätsgesetz §§ 4 und 28.)

§ 2. Die philosophische Fakultät besteht aus der philologisch-historischen und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung.

Beiden Abteilungen gehören an die Professoren der Philosophie und Pädagogik und der Geographie; passives Wahlrecht genießen diese jedoch nur jeder in einer Abteilung.

(Vergleiche Universitätsgesetz §§ 4 und 5.)

§ 3. Jede Abteilung der Fakultät wählt jährlich um Mitte November in geheimer Abstimmung durch absolutes Stimmenmehr für das folgende Jahr aus der Zahl der ordentlichen Professoren einen Dekan.

Gleichzeitig mit dem Dekan wird ein Fakultätsmitglied in offener Abstimmung zum Protokollführer gewählt.

Der Dekan ist für ein weiteres Jahr, der Protokollführer unbegrenzt wieder wählbar.

Das Fakultätssiegel bewahrt der Archivar der Regenz.

§ 4. Zur Erledigung von Geschäften, welche die Fakultät als Ganzes angehen, treten die beiden Abteilungen zu gemeinsamer Sitzung zusammen. Die gemeinsame Sitzung wird, in jährlichem Turnus abwechselnd, von einem der beiden Dekane präsidiert, der die Führung des Protokolls dem Schreiber seiner Abteilung überträgt.

In der gemeinsamen Sitzung werden behandelt Anträge auf Erteilung der Doktorwürde honoris causa, Habilitationsgesuche für Fächer, welche beiden Abteilungen angehören, Adressen und Beglückwünschungsschreiben, Revision der Ordnung, außerdem hier nicht besonders genannte Angelegenheiten, welche den Abteilungen nicht vorbehalten sind, sofern wenigstens sechs Mitglieder (je drei aus jeder der beiden Abteilungen) es begehren.

Die auf gemeinsame Sitzungen bezüglichen erledigten Akten werden am Schluß des Kalenderjahres dem Archivar abgeliefert.

§ 5. Zur Beschlußfassung in der gemeinsamen Sitzung ist die Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern, mit Einschluß der beiden Dekane, erforderlich (doch vergleiche § 12 dieser Ordnung). Der vorsitzende Dekan stimmt mit, bei Stimmengleichheit zählt seine Stimme doppelt.

B. Der Geschäftskreis der Abteilungen.

§ 6. In den Geschäftskreis der Abteilungen gehören Immatrikulation, Empfehlung zu Stipendien, Zulassung zur mündlichen Doktorprüfung, Erteilung der Doktorwürde auf Grund eines Examens, Empfehlung zur Habilitation (doch vergleiche § 4) und zur Zulassung als Lektor, Lektionskatalog, Beurlaubung von Privatdozenten und Lektoren, Seminarangelegenheiten, Preisfragen, sowie alle sonstigen hier nicht besonders genannten Geschäfte, mit Ausnahme der laut § 4 in gemeinsamer Sitzung zu behandelnden.

(Vergleiche Universitätsgesetz §§ 29, 30, 31; Ordnung für Rektor und Regenz §§ 1, 19; Ordnung für Privatdozenten § 2.)

§ 7. Der Dekan verwaltet die Matrikel der Abteilung und bezieht ein Drittel der Gebühren für die Immatrikulation in der Abteilung. Er besorgt die Einladungen zu den Promotionen, Habilitations- und Antrittsvorlesungen, beruft die Abteilung, so oft die Geschäfte es verlangen oder drei Mitglieder es besonders begehren, und präsidiert die Sitzungen. Er stellt für die Regenz den Semesterbericht zusammen.

Er leitet die Doktorprüfungen und Doktorpromotionen, führt die außerordentlichen Professoren unter Anwesenheit des Rektors in die Abteilung ein und nimmt den Privatdozenten in einer Sitzung das Handgelübde ab.

Er vertritt die Fakultätsabteilung gegenüber den Behörden, in der Regenz und in der gemeinsamen Sitzung der Fakultät.

Er übergibt am Schluß seines Amtsjahres die auf erledigte Abteilungsgeschäfte bezüglichen Akten dem Archivar der Regenz zur Aufbewahrung im Universitätsarchiv.

Für die Geschäftsführung des Dekans ist im einzelnen sein Pflichtenheft maßgebend.

Bei Abhaltung des Dekans führt sein Vorgänger die Geschäfte.

(Vergleiche Ordnung für Rektor und Regenz §§ 1, Nr. IV—VI, 11, 21, 22; Reglement für die außerordentlichen Professoren § 1; Ordnung für die Privatdozenten § 3.)

§ 8. Zur Beschlußfassung der Abteilungen ist die Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern erforderlich (doch vergleiche § 13, 3 dieser Ordnung).

Der Dekan stimmt mit; bei Stimmengleichheit zählt seine Stimme doppelt.

§ 9. Ausgaben der Abteilung werden auf Anweisung des Dekans von der Universitätsverwaltung zu Lasten der Rechnung „Laufende Ausgaben" gedeckt. Der zulässige Höchstbetrag solcher Anweisungen wird alljährlich im Budget der Universitätsverwaltung festgesetzt (vergleiche § 24). Ausgaben der Fakultät werden von den Abteilungsdekanen je zur Hälfte angewiesen.

C. Erteilung der Doktorwürde.

§ 10. Die Doktorwürde wird entweder durch Beschluß der Fakultät honoris causa (Ehrenpromotion) oder durch Beschluß einer Abteilung rite auf Grund eines Examens verliehen.

§ 11. Die Ehrenpromotion kann sowohl von einer Abteilung wie von einzelnen Fakultätsmitgliedern vorgeschlagen werden; der Vorschlag ist mit einer Begründung schriftlich dem Dekan mitzuteilen, welchem der Vorsitz in der gemeinsamen Sitzung zusteht (vergleiche § 4).

Sofern der Vorschlag nicht von einer Abteilung ausgeht, so ist der Dekan befugt, die fachlich hiezu berufene Abteilung zur Begutachtung einzuladen.

§ 12. Zu Sitzungen, in welchen über einen Vorschlag zur Ehrenpromotion Beschluß zu fassen ist, ist die Fakultät mindestens acht Tage vorher einzuladen. Auf den Einladungskarten ist der Vorschlag mit voller Namensnennung vertraulich mitzuteilen. Die schriftliche Begründung des Vorschlages und das Gutachten der Abteilung, wenn ein solches erstattet wurde, ist zu Beginn der Sitzung zu verlesen.

Zur Beschlußfassung über eine Ehrenpromotion ist die Anwesenheit von mindestens zwölf Fakultätsmitgliedern erforderlich; die Ehrenpromotion kann nur mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Anwesenden beschlossen werden.

Der Beschluß, die Doktorwürde honoris causa zu verleihen, wird durch Ausfertigung und Übergabe des Diploms vollzogen. Das Diplom wird von den Dekanen der beiden Abteilungen unterzeichnet und ist durch öffentlichen Anschlag bekannt zu geben.

Gebühren hat der honoris causa ernannte Doktor weder für die Erteilung der Doktorwürde, noch für Druck und Übersendung des Diploms zu entrichten.

§ 13. Wer die Doktorwürde rite zu erlangen wünscht, hat folgende Anforderungen zu erfüllen:

Der Bewerber übergibt dem Dekan derjenigen Abteilung, der das Hauptfach angehört, ein Gesuch mit Nennung der Prüfungsfächer und fügt bei:

1. Eine wissenschaftliche Abhandlung, die als ein noch nicht gedrucktes Manuskript vorliegen soll (Dissertation).

   Die Abteilung kann mit Zweidrittelmajorität auch eine schon im Drucke veröffentlichte wissenschaftliche Arbeit als Dissertation annehmen (vergleiche § 23, letzter Absatz).

2. Einen Abriß seines Bildungsganges (curriculum vitae).

3. Ein Zeugnis der Reife oder Zeugnisse über eine abgeschlossene humanistische oder realistische Vorbildung (entsprechend dem Basler Maturitätszeugnis).

   Die Beibringung eines Reifezeugnisses kann nur aus ganz besonderen Gründen erlassen werden. Die Behandlung eines dahin zielenden Gesuches muß eine Woche vor der Sitzung sämtlichen Mitgliedern der Abteilung angezeigt werden. Zur Annahme des Gesuches ist Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern und Zweidrittelmehrheit erforderlich.

   Die Abteilungen sind berechtigt, noch besondere Bestimmungen über die Vorbildung der Kandidaten aufzustellen (siehe Examenordnungen).

4. Ausweise über gründliche wissenschaftliche Fachstudien.

5. Ein Sittenzeugnis.

6. Eine schriftliche Erklärung, daß die Arbeit ohne andere als die angegebene Beihilfe verfaßt ist, nebst einer Angabe darüber, ob die Dissertation ihrem wesentlichen Inhalt nach schon bei einer andern Fakultät eingereicht wurde.

7. Eine Quittung des Quästors über eine Einzahlung von hundertfünfundzwanzig Franken.

§ 14. Noch nicht in Basel immatrikulierte Bewerber haben sich vor der mündlichen Prüfung immatrikulieren zu lassen. Sollten über die Zulässigkeit der Immatrikulation Bedenken bestehen, so hat der Dekan, bevor er die Akten in Zirkulation setzt, die Entscheidung des Rektors einzuholen.

(Vergleiche Universitätsgesetz § 30; Ordnung für Rektor und Regenz § 21.)

§ 15. Der Dekan ernennt in der Regel zwei Referenten (Referent und Korreferent). Nachdem alle Mitglieder der Abteilung Gelegenheit erhalten haben, die Akten einzusehen, wird in einer Sitzung nach Anhörung eines eingehenden Berichtes der Referenten über die Zulassung zum mündlichen Examen beraten. Wenn diese beschlossen ist, werden die Examinatoren und der Termin der Prüfung bestimmt. Die Referate sind in kurzer schriftlicher Zusammenfassung dem Protokollführer zu übergeben.

In der Regel referieren und prüfen die beauftragten ordentlichen, beziehungsweise außerordentlichen Vertreter der in Frage kommenden Fächer. Ist die Dissertation von einem Fakultätsmitgliede angeregt oder geleitet worden, so soll dieser Referent (wenn es ein nicht beauftragtes Mitglied ist, Korreferent) und Examinator sein. In gegebenen Fällen kann die Abteilung auch einen andern Fachmann um Übernahme eines Referates oder um Mitwirkung am Examen bitten; einem solchen Examinator kommt beim Beschluß über den Ausfall des Examens Stimmrecht zu.

Der Abteilung steht es frei, bevor sie über die Zulassung beschließt, ein Studium von einem oder mehreren Semestern an der Universität Basel zu verlangen oder ein mündliches, schriftliches oder praktisches Vorexamen anzuordnen. Sie ist befugt, neben den vom Dekan bezeichneten einen weiteren Referenten einzusetzen.

(Vergleiche Reglement für die außerordentlichen Professoren § 1, Nr. 4.)

§ 16. Die Abnahme der mündlichen Prüfung findet in einer Sitzung der Abteilung statt.

Der Kandidat wird in dem Hauptfach, das heißt in demjenigen Fach, dem seine Dissertation angehört, und außerdem in zwei weiteren Fächern geprüft. Wenigstens eines dieser beiden Fächer soll derselben Abteilung angehören wie das Hauptfach. Die Gesamtdauer der Prüfung beträgt drei Stunden.

§ 17. Die Abteilungen stellen eine Examenordnung auf und bezeichnen darin die Fächer, die als Prüfungsfächer in der Regel zulässig sind. Sie sind berechtigt, besondere Bestimmungen darüber zu treffen, wie die Fächer zu gruppieren sind und wie weit ein Kandidat solche Prüfungsfächer wählen darf, die von der Abteilung nicht ausdrücklich vorgesehen sind.

Die Examenordnungen sind im Druck zu veröffentlichen.

§ 18. Über das Ergebnis der Prüfung beschließt die Abteilung: das Urteil wird nach folgenden Graden abgestuft:

summa cum laude,
magna cum laude,
cum laude,
rite (ohne lobendes Prädikat).

§ 19. Wer die Prüfung summa oder magna cum laude bestanden hat, hat das Recht auf öffentliche Promotion, die nach Ablieferung der gedruckten Dissertation stattfindet. Die Promotion wird durch eine kurze Ansprache des Dekans eingeleitet; hierauf hält der Doktorand eine Rede über ein wissenschaftliches Thema. Der Dekan verliest sodann das Diplom, überreicht es dem neu zu ernennenden Doktor und nimmt ihm das Gelöbnis ab.

§ 20. Bei nicht öffentlicher Promotion (promotio in sessione) knüpft der Dekan an die Mitteilung des Prüfungsergebnisses eine kurze Ansprache und nimmt hierauf dem Doktoranden das Gelöbnis ab. Das Diplom wird nachträglich übergeben (vergleiche § 23).

§ 21. Das Doktordiplom wird in lateinischer Sprache ausgefertigt, vom Abteilungsdekan unterzeichnet und durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht.

Erst die Übergabe des Diploms berechtigt zur Führung des Doktortitels.

Die Promotionsakten werden bei den Akten der Abteilung aufbewahrt.

§ 22. Das dem Doktoranden abzunehmende Gelöbnis lautet:

„Indem ich, N. N.,
„von der philosophischen Fakultät zu Basel die Würde eines Dok-
„tors der Philosophie empfange, verspreche und gelobe ich, die
„wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit immerdar als eine hohe
„und ernste Aufgabe zu ehren, diesem Ziele, soviel in meinen
„Kräften steht, nachzustreben und insbesondere bei jedweder künf-
„tigen Tätigkeit im Dienste der Wissenschaft mir stets die Forde-
„rungen gewissenhafter Gründlichkeit und unparteiischer Sachlich-
„keit vor Augen zu halten.

„Dies verspreche und gelobe ich."

Bei nicht öffentlicher Promotion wird der Kandidat vor Ablegung des Gelöbnisses darauf hingewiesen, daß die Ernennung erst nach Ablieferung der vorgeschriebenen Anzahl von Exemplaren der Dissertation durch Ausfertigung des Diploms tatsächlich vollzogen wird.

§ 23. Die Übergabe des Diploms findet erst nach Ablieferung der Pflichtexemplare der gedruckten Dissertation an die Universitätsbibliothek statt. Der Doktorand ist gehalten, die Dissertation in der von der Abteilung genehmigten Form drucken zu lassen.

Der Titel der Pflichtexemplare hat die Abhandlung als eine zur Erlangung der Doktorwürde hier vorgelegte Dissertation zu bezeichnen. Die Rückseite des Titels hat folgenden Vermerk (vergleiche § 15) zu tragen:

Genehmigt von der . . . . . Abteilung der philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren (des Herrn) Professor Dr. . . . . .

Basel, den . . . .

Dekan.

Am Schluß der Dissertation ist eine Vita abzudrucken mit Angaben über die Entstehung der Dissertation. Ein Probedruck des Titelblattes und der Vita ist dem Dekan zur Genehmigung vorzulegen.

Wenn der Doktorand binnen eines Jahres nach bestandener Prüfung die vorgeschriebene Zahl von Exemplaren seiner Dissertation nicht abgeliefert hat, ist die Fakultät berechtigt, die Bewerbung und das Examen für ungültig zu erklären. Den Abteilungen steht es frei, für bestimmte Fächer eine kürzere Ablieferungsfrist festzustellen.

Die Abteilungen verständigen sich mit der Universitätsbibliothek über die Anzahl der abzuliefernden Pflichtexemplare.

Wurde der Bewerber auf Grund schon veröffentlichter Schriften zur mündlichen Prüfung zugelassen, so bestimmt die Abteilung die Zahl der abzuliefernden Exemplare.

§ 24. Die Prüfungsgebühren betragen einschließlich der Kosten des Diploms dreihundertfünfundzwanzig Franken, von denen hundertfünfundzwanzig Franken vor Einreichung des Gesuchs gegen eine diesem beizulegende Quittung auf der Quästur einzuzahlen sind. Diese Summe ist verfallen, wenn der Kandidat nach Prüfung der schriftlichen Arbeit abgewiesen wird.

Die übrigen zweihundert Franken sind vor der mündlichen Prüfung auf der Quästur zu erlegen. Die Quittung hierüber hat der Kandidat beim Beginn der mündlichen Prüfung dem Dekan vorzuweisen.

Für Bewerber, die nicht wenigstens zwei volle Semester an der Universität Basel studiert haben, beträgt die Gebühr 375 Fr., von denen 125 Fr. vor der Einreichung des Gesuches, 250 Fr. vor der mündlichen Prüfung zu zahlen sind.

Die zweite Einzahlung von 200 Fr., beziehungsweise 250 Fr. ist verfallen, wenn der Kandidat die mündliche Prüfung nicht besteht. Bei wiederholter Bewerbung um die Doktorwürde innerhalb einer Frist von vier Semestern ermäßigt sich die erste Einzahlung auf 25 Fr.

Von der ersten Einzahlung von 125 Fr. erhalten:

Der Referent 30 Fr.,

der Korreferent 20 Fr.,

der Dekan, unter dem das Gesuch verhandelt wurde, 20 Fr.,

Quästor und Pedell je 5 Fr.,

die Universitätsverwaltung zur Gutschrift auf der Rechnung „Laufende Ausgaben“ 25 Fr., bis zur Deckung des der Abteilung für das laufende Jahr bewilligten Höchstkredits (vergleiche § 9),

die Universitätsbibliothek den Rest.

Beträgt bei einer wiederholten Bewerbung um die Doktorwürde die erste Einzahlung 25 Fr., so fällt sie ganz der Universitätsbibliothek zu.

Von der zweiten Einzahlung von 200 Fr. (beziehungsweise 250 Fr.) erhalten:

Der zur Zeit der mündlichen Prüfung amtierende Rektor 15 Fr.,
der Dekan, unter dem die mündliche Prüfung stattfindet, 40 Fr.,
jeder Examinator 20 Fr.,
Quästor und Pedell je 5 Fr.,
die Universitätsbibliothek nach Abzug der Kosten für Diplom und Kapsel den Rest.

D. Empfehlung zur Habilitation.

§ 25. Die Erteilung der venia docendi und ihre Entziehung, sowie die Pflichten der Privatdozenten sind gemäß § 12 des Universitätsgesetzes durch eine besonders erlassene „Ordnung für Privatdozenten an der Universität Basel" geregelt.

§ 26. Der Bewerber reicht das Habilitationsgesuch beim Dekan derjenigen Abteilung, der er gemäß seinem Fache angegliedert zu werden wünscht, ein und legt sein curriculum vitae, sein Doktordiplom und seine übrigen wissenschaftlichen Ausweise bei. Hierauf ernennt die Abteilung einen Referenten und einen Korreferenten, die ihre Gutachten schriftlich erstatten. Jedem Mitgliede der Abteilung steht das Recht zu, die Schriften des Bewerbers zu eigener Prüfung zu verlangen und von den Referaten Kenntnis zu nehmen.

Acht Tage nach Ablieferung der schriftlichen Referate an den Dekan ist die Abteilung zu einer besonderen Sitzung einzuberufen, in welcher sie den Bericht der Referenten entgegennimmt.

Wenn die Abteilung die Ergänzung der vorgelegten wissenschaftlichen Ausweise durch eine weitere Arbeit als nötig erachtet, ist für deren Beurteilung der obige Geschäftsgang zu wiederholen.

Nachdem die Bewerbung genehmigt worden ist, hat der Kandidat vor der Abteilung eine Probevorlesung zu halten und sich einem Kolloquium zu unterziehen. Das Thema des Vortrags ist unter Mitwirkung der Referenten mit dem Dekan zu vereinbaren. Das Kolloquium wird von den Referenten eingeleitet; alle Mitglieder der Abteilung haben das Recht der Fragestellung.

Wenn die Abteilung alle Bedingungen als erfüllt erachtet, empfiehlt sie den Bewerber der Regenz.

Die Empfehlung der Abteilung zur Erteilung der venia docendi bezieht sich nur auf die Erlaubnis, Vorlesungen an der Universität zu halten, nicht aber auf das Recht der Wirksamkeit an den unter besonderen Kommissionen und Direktoren stehenden Anstalten und Sammlungen der Universität.

(Vergleiche Ordnung für die Privatdozenten § 2.)

§ 27. Bezieht sich ein Habilitationsgesuch auf ein Fach, das nach § 2 beiden Abteilungen angehört, so wird die Prüfung des Gesuches und der Entscheid über dessen Annahme in gemeinsamer Sitzung der beiden Abteilungen behandelt (§ 4). Der Geschäftsgang ist alsdann derselbe wie nach § 26. Die Verhandlungen werden von demjenigen Dekan geleitet, der gemäß § 4 in dem betreffenden Jahre die gemeinsame Sitzung präsidiert.

Außerdem sind die Abteilungen berechtigt, wenn ein Habilitationsgesuch ein Fach betrifft, das zu einem Fach in der anderen Abteilung in naher Beziehung steht, die Vertreter dieses Faches mit vollem Stimmrecht zu den Beratungen des Gesuches zuzuziehen.

E. Empfehlung zur Zulassung als Lektor.

§ 28. Die Zulassung als Lektor und die Entziehung des Lektorats, sowie die Pflichten der Lektoren sind durch eine besonders erlassene „Ordnung für die Lektoren an der Universität Basel" geregelt.

§ 29. Gesuche um Zulassung als Lektor werden im allgemeinen nach dem gleichen Geschäftsgang behandelt, wie Gesuche um die venia docendi, doch kann die Abteilung in besonderen Fällen Probevorlesung und Kolloquium durch eine einsemestrige Probezeit ersetzen.

F. Lektionskatalog.

§ 30. Die durch § 29 des Universitätsgesetzes den Fakultäten zugewiesene Aufgabe, eine angemessene Verteilung und Aufeinanderfolge der Vorlesungen anzuordnen, fällt den Abteilungen zu. Diese haben den Lektionskatalog zur Vorlage an die Regenz festzustellen.

Zu den hiefür einberufenen Sitzungen können auf Beschluß einer Abteilung die Privatdozenten beigezogen werden. Auch darf die Abteilung andere Lehrer der Universität einladen, wenn die von ihnen gelehrten Fächer in nahem Zusammenhang mit denen der Abteilung stehen.

(Vergleiche Universitätsgesetz § 28; Ordnung für Rektor und Regenz § 1, Nr. I und V.)

G. Preisfragen.

§ 31. Die Ausschreibung der Preisfragen, sowie die Entgegennahme, Beurteilung und Krönung der eingelieferten Arbeiten, geschieht durch die Abteilung.

Alljährlich schreibt abwechselnd je eine Abteilung der Fakultät eine Preisfrage aus.

Der Dekan bezeichnet zwei Mitglieder der Abteilung, welche die eingelieferten Arbeiten schriftlich zu begutachten und Anträge in betreff der Preisverteilung zu stellen haben.

Die Arbeiten und die Gutachten darüber werden ausgelegt. Die Abstimmung über die Preiserteilung findet zu Beginn des Wintersemesters in einer Abteilungssitzung statt.

Die ausgeschriebene Preisfrage ist der Regenz, das Urteil über die eingelieferten Arbeiten dem Rektor für die Rektoratsfeier anzuzeigen.

(Vergleiche Ordnung für Rektor und Regenz § 1, Nr. IV und § 19.)

H. Revision der Ordnung.

§ 32. Vorstehende Ordnung kann, soweit sie nicht durch Gesetze oder durch Beschlüsse vorgesetzter Behörden bedingt ist, in gemeinsamer Sitzung der beiden Abteilungen abgeändert werden. Anträge auf Abänderung müssen von mindestens fünf Fakultätsmitgliedern unterzeichnet sein; sie müssen mindestens eine Woche vor der gemeinsamen Sitzung, in der sie zur Behandlung kommen, ihrem Wortlaut nach sämtlichen Mitgliedern der Fakultät mitgeteilt werden.

---

4. Ordnung für die medizinische Fakultät der Universität Basel. (Vom 19. November 1900, 17. Januar 1910, 22. Juni 1914 und 25. Juni 1917.)

A. Allgemeines.

§ 1. Mitglieder und Geschäfte der Fakultät. Die medizinische Fakultät besteht aus den ordentlichen und außerordentlichen Professoren der medizinischen Fächer.

Die regelmäßigen Geschäfte der Fakultät sind folgende:
Aufstellung des Lektionskataloges und des Studienplans (U. G. § 29).
Erteilung der Doktorwürde (U. G. § 29).
Empfehlung zur Habilitation (P. D. § 2).
Empfehlung zum Lektorat (L. § 2).
Aufstellung eines Vorschlages bei Besetzung des Prosektorates (U. G. § 9).
Empfehlung zu Stipendien (St. § 4).
Aufstellung und Beurteilung von Preisfragen (R. R. § 19).
Mitaufsicht bei der Immatrikulation (R. R. § 22).

Außerdem besorgt die Fakultät andere in ihren Bereich fallende Geschäfte, wie Abfassung von Gutachten, Adressen, Gratulationsschreiben etc.

§ 2. Dekan und Schreiber. Jährlich um die Mitte November werden in geheimer Abstimmung für das folgende Jahr ein Dekan und ein Schreiber gewählt.

Das Dekanat kann nur einem ordentlichen Professor (U. G. § 28), und nicht mehr als zweimal nacheinander derselben Person übertragen werden.

Zum Dekan kann nur ein Ordinarius gewählt werden, der drei Jahre in der Fakultät gesessen hat und Schreiber gewesen ist.

Das Amt des Schreibers kann sowohl einem ordentlichen als einem außerordentlichen Professor, und mehrmals nacheinander derselben Person übertragen werden.

§ 3. Obliegenheiten des Dekans. Der Dekan beruft die Fakultät, so oft es die Geschäfte erheischen, oder drei Mitglieder es verlangen, und präsidiert in den Sitzungen;

er vertritt die Fakultät bei den vorgesetzten Behörden (Regenz, Kuratel etc.) und nach außen (R. R. § 22);

er führt die Korrespondenz und verfaßt die von der Fakultät beschlossenen Adressen und Gutachten;

er fertigt die Doktordiplome aus und trägt die Namen der Promovierten in das Dekanatsbuch ein;

er erledigt bei Promotionen, Habilitationen und Preisfragen alle diejenigen Obliegenheiten, welche ihm laut §§ 8—36 zufallen;

er sorgt für rechtzeitige Aufstellung des Lektionskataloges, der Semesterberichte (R. R. § 22) und der Stipendiatenliste;

er führt die außerordentlichen Professoren in Anwesenheit des Rektors in die Fakultät ein und nimmt die Privatdozenten ins Handgelübde (A. P. § 1., P. D. § 3);

er macht die neueintretenden Professoren, Dozenten und Lektoren sofort mit den sie betreffenden Reglementen bekannt und erläßt die Einladungen zu den Antritts- und Habilitationsvorlesungen;

er verwahrt die Fakultätsakten und übergibt am Schlusse seines Amtes die auf erledigte Geschäfte bezüglichen Akten dem Archivar der Regenz;

er besorgt das gesamte Rechnungswesen nach den Vorschriften des Pflichtenheftes;

er trägt alle Abänderungen und Zusätze, welche die Fakultätsordnung durch die vorgesetzten Behörden oder durch Fakultätsbeschluß erleidet, in das Handexemplar der Fakultät ein;

er ergänzt das Pflichtenheft auf Grund der gefaßten Beschlüsse;

er hat die Mitaufsicht über die Matrikel der Fakultät (R. R. § 22) und bezieht ein Siebentel der Immatrikulationsgebühren (R. R. § 11).

Für die Einzelheiten der Geschäftsführung des Dekans ist sein Pflichtenheft maßgebend.

Stellvertreter des Dekans (Prodekan) ist in Abhaltungsfällen sein Vorgänger im Amt.

§ 4. Obliegenheiten des Schreibers. Der Schreiber führt das Protokoll und unterstützt den Dekan bei den laufenden Geschäften.

Das Protokoll soll möglichst kurz und sachlich abgefaßt sein; bei Diskussionen werden in der Regel die einzelnen Voten nicht aufgeführt; doch ist es jedem Mitgliede unbenommen, sein Votum schriftlich zu Protokoll zu geben.

§ 5. Sitzungen. Zu den Sitzungen werden die Fakultätsmitglieder durch Karten eingeladen, auf welchen die Haupttraktanden angegeben sind.

Die Mitglieder sind verpflichtet, den Sitzungen, insofern es sich nicht bloß um Vornahme von Promotionen handelt, regelmäßig bei-

zuwohnen. Im Verhinderungsfalle haben sie sich rechtzeitig beim Dekan zu entschuldigen. Inaktive, das heißt emeritierte und beurlaubte Mitglieder, gelten als entschuldigt.

Die Mitglieder sind zu Geheimhaltung verpflichtet, falls dieselbe ausdrücklich beschlossen worden ist.

Auf Beschluß der Fakultät können Privatdozenten der medizinischen Fakultät zu Beratungen und Geschäften beigezogen werden (U. G. § 28).

§ 6. Beschlußfassung. In den Sitzungen dürfen Beschlüsse nur gefaßt werden, wenn wenigstens ein Drittel der aktiven Mitglieder anwesend ist.

Auf Antrag von mehr als der Hälfte der Fakultätsmitglieder kann ein gefaßter Beschluß, insofern er noch nicht ausgeführt ist, einer zweiten Beratung unterworfen werden.

Der Antrag auf Wiedererwägung muß mindestens eine Woche vor der Sitzung, in welcher er zur Behandlung kommt, sämtlichen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werden.

§ 7. Abstimmungen (Wahlen). In bezug auf die Abstimmungen bei Habilitationsgesuchen und Ehrenpromotionen gelten die §§ 27 und 24.

In bezug auf die übrigen Abstimmungen (respektive Wahlen) gilt folgendes:

1. Es entscheidet das absolute Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen.
2. Der Dekan stimmt mit und gibt außerdem bei offenen Abstimmungen im Falle von Stimmengleichheit den Stichentscheid. Bei geheimen Abstimmungen entscheidet im Falle von Stimmengleichheit das Los.
3. Die Abstimmungen geschehen in der Regel offen, in den Sitzungen durch Handaufheben, bei Rundschreiben durch Unterschrift.
4. Geheime Abstimmung findet statt:
   a) Bei der Wahl des Dekans und des Schreibers;
   b) außerdem, wenn drei Mitglieder es verlangen.

B. Erteilung der Doktorwürde (Promotion).

§ 8. Die medizinische Doktorwürde wird erteilt:

1. Auf Grund einer Bewerbung und einer Prüfung (ordentliche Promotion).

   Die Anforderungen, welche an die Bewerber gestellt werden, sind verschieden, je nachdem die Bewerber im Besitze des eidgenössischen Ärztediplomes sind oder nicht.
2. Aus freier Initiative der Fakultät und ohne Prüfung (Ehrenpromotion).

Bestimmungen für diejenigen Bewerber, welche im Besitze des eidgenössischen Ärztediplomes sind.

§ 9. Der Bewerber hat sich schriftlich beim Dekan anzumelden und der Anmeldung beizulegen:

1. Ein Curriculum vitae (genaue Personalien und Darstellung des Bildungsganges).
2. Die bei der eidgenössischen Fachprüfung erhaltenen Einzelnoten.
3. Eine selbständig abgefaßte, noch nicht veröffentlichte wissenschaftliche Arbeit (Dissertation) aus irgend einem Gebiete der Medizin.
4. Die Quittung über die eingezahlten Gebühren (siehe § 14).

§ 10. Insofern die Dissertation genehmigt wird, findet in der Regel eine weitere Prüfung nicht statt.

Es steht jedoch der Fakultät frei, die Prüfung, wie sie für die nicht eidgenössisch diplomierten Ärzte vorgeschrieben ist (siehe §§ 16 und 19), ganz oder teilweise zu verlangen.

§ 11. Die Papiere des Bewerbers werden vom Dekan demjenigen Fakultätsmitgliede zur Berichterstattung überwiesen, auf dessen Anregung die Dissertation verfaßt wurde, oder in dessen Lehrfach sie gehört.

Der Referent hat längstens innert vier Wochen dem Dekan ein schriftliches Votum abzugeben und Anträge zu stellen:

1. Bezüglich Genehmigung oder Zurückweisung der Dissertation.
2. Bezüglich Erlaß oder Vornahme einer weitern Prüfung.

Auf Antrag des Referenten oder aus eigener Initiative kann der Dekan einen Korreferenten bezeichnen.

Der Dekan legt die Papiere des Bewerbers und das Votum des Referenten (eventuell des Korreferenten) in einer Fakultätssitzung, unter Anzeige auf den Einladungskarten, zur Kenntnisnahme und Unterschrift auf.

Die Abstimmung kann eventuell auf dem Zirkulationswege erledigt werden. Wenn drei Mitglieder es verlangen, muß die Angelegenheit nach geschehener Zirkulation in einer Fakultätssitzung zur Diskussion und Abstimmung gebracht werden.

§ 12. Wenn Genehmigung der Dissertation und Erlaß einer weiteren Prüfung beschlossen ist, vollzieht der Dekan im Universitätsgebäude in solenner Weise die Promotion.

Der Kandidat hat dabei ein Gelöbnis in deutscher Sprache abzulegen (siehe die Ordnung für die Erwerbung der Doktorwürde).

Wenn der Kandidat nicht in Basel studiert hat, muß er sich vor der Promotion immatrikulieren lassen.

Eine Zensur wird nicht erteilt.

§ 13. Das Doktordiplom wird erst ausgefertigt und zugestellt, wenn 250 Exemplare der Dissertation an die Universitätsbibliothek Basel abgeliefert worden sind, was längstens innert Jahresfrist zu geschehen hat.

Die Dissertation muß in der von der Fakultät genehmigten Form und Größe gedruckt werden; Abbildungen, Tabellen, Kurven etc. dürfen nur, wenn es die Fakultät auf Antrag des Referenten gestattet, beschränkt oder weggelassen werden.

Die Korrekturabzüge von Dissertationen, die nicht in einer Zeitschrift erscheinen, müssen vor der endgültigen Drucklegung von dem Dekan und dem Referenten eingesehen und gutgeheißen werden.

Über das Titelblatt der Dissertation siehe Ordnung für die Erwerbung der Doktorwürde.

Das in lateinischer Sprache abgefaßte Diplom trägt das Datum der Ausfertigung.

§ 14. Die Gebühren (inklusive Kosten des Diploms) betragen 300 Fr.; sie sind bei der Handwerkerbank Basel auf Rechnung der medizinischen Fakultät einzuzahlen.

Die Quittung der Handwerkerbank ist dem Dekan mit den übrigen Papieren einzusenden.

Wird die Dissertation nicht genehmigt, so sind 100 Fr. verfallen; der Rest wird zurückerstattet.

Bei einer zweiten Anmeldung ist die volle Gebühr zu bezahlen.

Bestimmungen für diejenigen Bewerber, welche **nicht** im Besitze des eidgenössischen Ärztediploms sind.

§ 15. Die Bewerber haben sich schriftlich beim Dekan anzumelden, die in den §§ 16, respektive 17, geforderten Nachweise beizubringen und die in den §§ 16, respektive 19, beschriebenen Prüfungen (Vorprüfung und Hauptprüfung) abzulegen.

§ 16. Die Vorprüfung (Anatomie und Physiologie) darf frühestens im 6. Studiensemester (naturwissenschaftlich-medizinische Studien an einer Hochschule) abgelegt werden.

Von rein naturwissenschaftlichen Studiensemestern werden höchstens zwei, von Auskultanten-Semestern höchstens eines angerechnet.

Dem Dekan sind folgende Nachweise einzureichen:

1. Ein Curriculum vitae (genaue Personalien und Darstellung des Bildungsganges).
2. Ein Maturitätszeugnis mit Latein (Schlußexamen der obersten Klasse eines staatlich anerkannten, humanistischen Gymnasiums oder eines Realgymnasiums mit Latein).
3. Matrikel der medizinischen Fakultät Basel.
4. Zeugnisse über den Besuch der in der Ordnung für die Erwerbung der Doktorwürde aufgeführten Vorlesungen, Kurse, Übungen etc.
5. Quittung über die eingezahlten Gebühren (siehe § 23).

Wenn durch den Dekan (in zweifelhaften Fällen durch die Fakultät) Zulassung zur Vorprüfung bewilligt ist, hat der Kandidat im Verlauf von acht Tagen eine Prüfung in Anatomie und in Physiologie abzulegen.

Die Prüfungen werden von jedem Examinator einzeln vorgenommen; jede Prüfung dauert höchstens eine halbe Stunde; es steht dem Examinator frei, bloß mündlich oder auch praktisch zu prüfen.

Sofort nach der Prüfung sendet der Examinator die Zensur schriftlich und verschlossen dem Dekan zu; die Zensur lautet „genügend" oder „ungenügend" ohne weitere Abstufung.

Nur wenn beide Zensuren „genügend" sind, ist die Prüfung bestanden. Der Kandidat erhält alsdann eine vom Dekan unterschriebene Bescheinigung.

Die Prüfung kann frühestens im nächstfolgenden Semester wiederholt werden; wer zweimal nicht bestanden hat, ist dauernd abgewiesen.

§ 17. Die Hauptprüfung (praktische Fächer) darf frühestens im 11. Studiensemester abgelegt werden.

Über die Anrechnung der Studiensemester gelten die Bestimmungen von § 16.

Dem Dekan sind folgende Nachweise einzureichen:

1. Bescheinigung über die in Basel bestandene Vorprüfung.
2. Zeugnisse über den Besuch der in der Ordnung für die Erwerbung der Doktorwürde aufgeführten Vorlesungen, Kliniken, Kurse etc.
3. Eine selbständig abgefaßte, noch nicht veröffentlichte wissenschaftliche Abhandlung (Dissertation) aus irgend einem Gebiete der Medizin.
4. Matrikel der medizinischen Fakultät Basel.
5. Quittung über die eingezahlten Gebühren (siehe § 23).

§ 18. Die Papiere des Bewerbers werden vom Dekan geprüft; in zweifelhaft erscheinenden Fällen wird die Fakultät angefragt.

Sodann werden die Papiere vom Dekan demjenigen Fakultätsmitgliede zur Berichterstattung überwiesen, auf dessen Anregung die Dissertation verfaßt wurde oder in dessen Lehrfach sie gehört.

Der Referent hat innert vier Wochen in einem schriftlichen Votum die Dissertation zu begutachten und Anträge zu stellen über Zulassung oder Abweisung.

Auf Antrag des Referenten oder aus eigener Initiative kann der Dekan einen Korreferenten bezeichnen.

Der Dekan legt die Papiere des Bewerbers und das Votum des Referenten (eventuell des Korreferenten) in einer Fakultätssitzung, unter Anzeige auf den Einladungskarten, zur Kenntnisnahme und Unterschrift auf.

Die Abstimmung kann eventuell auf dem Zirkulationswege erledigt werden. Wenn drei Mitglieder es verlangen, muß die Angelegenheit nach geschehener Zirkulation in einer Fakultätssitzung zur Diskussion und Abstimmung gebracht werden.

§ 19. Wenn Zulassung zum Examen beschlossen ist, hat sich der Kandidat in folgenden Fächern einer Prüfung zu unterziehen:

1. Pathologische Anatomie.
2. Innere Medizin.
3. Chirurgie.
4. Geburtshilfe und Gynäkologie.

5. Augenheilkunde.
6. Psychiatrie.
7. Hygiene.
8. Arzneimittellehre.

Die Prüfungen müssen im Verlauf von drei Wochen beendigt sein; sie finden nur während des regulären Semesters statt.

§ 20. Die Prüfungen werden von jedem Examinator einzeln vorgenommen; jede Prüfung dauert höchstens eine halbe Stunde; es steht dem Examinator frei, bloß mündlich oder auch praktisch zu prüfen.

Sofort nach Beendigung der Prüfung übersendet der Examinator seine Zensur dem Dekan schriftlich und verschlossen zu.

Die Zensuren entsprechen denjenigen der eidgenössischen Medizinalprüfungen; sie gehen von 6 (die beste) bis 1 (die geringste).

Nur derjenige hat das Examen bestanden, dessen Noten einen Durchschnitt von über 3,5 ergeben. Unabhängig vom Durchschnitt gilt jedoch das Examen als nicht bestanden, wenn ein Kandidat einmal die Ziffer 1, oder zweimal die Ziffer 2, oder dreimal die Ziffer 3 erhalten hat.

Eine Gesamtzensur wird nicht erteilt.

§ 21. Wenn das Examen bestanden ist, vollzieht der Dekan im Universitätsgebäude in solenner Weise die Promotion. Der Kandidat hat dabei ein Gelöbnis in deutscher Sprache abzulegen (siehe Ordnung für die Erwerbung der Doktorwürde).

Das Doktordiplom wird erst ausgefertigt und zugestellt, wenn 250 Exemplare der Dissertation an die Universitätsbibliothek Basel abgeliefert worden sind, was längstens innert Jahresfrist zu geschehen hat.

Die Dissertation muß in der von der Fakultät genehmigten Form und Größe gedruckt werden; Abbildungen, Tabellen, Kurven etc. dürfen nur, wenn es die Fakultät auf Antrag des Referenten gestattet, beschränkt oder weggelassen werden.

Die Korrekturabzüge von Dissertationen, die nicht in einer Zeitschrift erscheinen, müssen vor der endgültigen Drucklegung von dem Dekan und dem Referenten eingesehen und gutgeheißen werden.

Über das Titelblatt der Dissertation siehe Ordnung für die Erwerbung der Doktorwürde.

Das in lateinischer Sprache abgefaßte Diplom trägt das Datum der Ausfertigung.

§ 22. Wird das Examen nicht bestanden, so bestimmt die Fakultät eine Frist, vor deren Ablauf das Examen nicht wiederholt werden darf, oder schließt den Kandidaten gänzlich von jeder weiteren Bewerbung aus.

§ 23. Die Examengebühren sind gegen Quittung bei der Handwerkerbank Basel auf Rechnung der medizinischen Fakultät einzutragen; sie betragen:

1. Für die Vorprüfung 100 Fr.; bei Wiederholung 50 Fr.
2. Für die Hauptprüfung 300 Fr., nämlich
   a) für Begutachtung der Dissertation 100 Fr.;
   b) für das Examen (inklusive Promotion und Diplom) 200 Fr.

   Wenn die Dissertation nicht genehmigt wird, so erhält der Kandidat die Examengebühren (200 Fr.) zurückerstattet.

   Für Wiederholung des Examens sind 150 Fr. zu entrichten (inklusive Promotion und Diplom).

Ehrenpromotion.

§ 24. Auf Grund eines in der Fakultät gemachten Vorschlages kann die Doktorwürde honoris causa ohne Prüfung an solche Personen erteilt werden, welche sich hervorragende Dienste um die Fakultät, oder die Medizin, oder die Naturwissenschaften erworben haben.

Vorschläge zu Ehrenpromotionen müssen schriftlich mit vollem Namen sämtlichen Fakultätsmitgliedern acht Tage vor der Sitzung, in welcher die Abstimmung erfolgt, zur Kenntnis gebracht werden. Zur Erteilung der Doktorwürde honoris causa ist die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der in der Sitzung anwesenden Fakultätsmitglieder erforderlich. Der Dekan hat nur eine Stimme.

Die Promotion honoris causa ist unentgeltlich und geschieht durch Übermittlung des Diploms.

C. Habilitation.

(Durch die Kuratel der Universität genehmigt am 21. März 1893.)

§ 25. Wer sich an der medizinischen Fakultät als Privatdozent zu habilitieren wünscht, hat in einem schriftlichen Gesuche an den Dekan diejenigen Fächer zu bezeichnen, für welche die venia docendi verlangt wird.

Dem Gesuche sind beizulegen:

a) Eine kurze Darstellung des Bildungsganges.
b) Ein medizinisches Doktordiplom nebst einer gedruckten Inauguraldissertation.
c) Ein Diplom als eidgenössisch approbierter Arzt.
d) Eine auf selbständige Untersuchungen gegründete, gedruckte oder geschriebene Abhandlung von wissenschaftlichem Werte, deren Gegenstand auf die im Habilitationsgesuch bezeichneten Fächer Bezug hat.
e) Je ein Exemplar der übrigen gedruckten wissenschaftlichen Abhandlungen.

§ 26. Wenn das Gesuch in formeller Hinsicht den Anforderungen entspricht, bezeichnet der Dekan zwei Fakultätsmitglieder, welche die Habilitationsschrift und die übrigen wissenschaftlichen Arbeiten des Kandidaten zu prüfen haben und binnen vier Wochen schriftlich darüber berichten sollen.

Die Voten der Referenten werden mit dem Habilitationsgesuch und sämtlichen Beilagen in Zirkulation gesetzt.

§ 27. Über die Frage der Zulassung wird in einer Fakultätssitzung abgestimmt, in welcher zwei Dritteile aller Fakultätsmitglieder anwesend sein müssen. Es entscheidet das absolute Mehr; der Dekan stimmt mit; bei Stimmengleichheit ist der Kandidat abgewiesen. Sind weniger als zwei Dritteile der Mitglieder anwesend, so kann die Beschlußfassung durch ein Rundschreiben erfolgen, wobei der gleiche Abstimmungsmodus gilt.

§ 28. Nach erfolgter Zulassung hat der Kandidat vor versammelter Fakultät in freier Rede einen Probevortrag zu halten, der wenigstens eine halbe Stunde, höchstens drei Viertelstunden dauern soll. Die Benützung einer geschriebenen Disposition ist gestattet.

§ 29. Vor der Fakultätssitzung, in welcher über Zulassung entschieden wird, reicht der Kandidat fünf Themata für den Probevortrag ein, welche der Genehmigung der Fakultät unterliegen. Der Kandidat zieht in Gegenwart des Dekans drei Tage vor dem Probevortrag unter diesen Themata das Los.

§ 30. Nach dem Probevortrag hat sich der Kandidat einem Kolloquium zu unterziehen, an welchem alle anwesenden Fakultätsmitglieder teilnehmen können; es wird von einem der Referenten eröffnet.

§ 31. Nach dem Kolloquium erfolgt sofort die Beratung über die Empfehlung an die Regenz; die Diskussion wird durch die Referenten eingeleitet. Für die Beschlußfassung gelten die Bestimmunmungen des § 27.

§ 32. Wenn der Antrag der Fakultät das Habilitationsgesuch von der Regenz bewilligt und von der Kuratel genehmigt ist, so hat der Kandidat eine öffentliche Antrittsvorlesung zu halten über ein frei gewähltes Thema aus denjenigen Fächern, für welche ihm die Venia erteilt ist. Die Antrittsvorlesung soll, die Ferien nicht eingerechnet, spätestens drei Monate nach der Genehmigung des Habilitationsgesuches stattfinden. Erst nach der Antrittsvorlesung und nach Ablieferung eines gedruckten Exemplares der Habilitationsarbeit an die Universitätsbibliothek tritt der Bewerber in die vollen Rechte eines Privatdozenten ein. Doch kann die Fakultät für das erste Semester die Aufnahme in den Lektionskatalog schon vor der Antrittsvorlesung beantragen.

§ 33. Aus Fächern, für welche die venia docendi nicht ausdrücklich erteilt wurde, darf der Privatdozent nur mit besonderer Genehmigung der Fakultät Vorlesungen halten.

§ 34. Auf Antrag von drei Fakultätsmitgliedern kann die Fakultät Gelehrten und Ärzten, deren Kenntnisse und wissenschaftliche Verdienste allgemein anerkannt sind, die Habilitationsbedingungen mit Ausnahme der öffentlichen Antrittsvorlesung ganz oder teilweise erlassen (vergleiche P. D. § 7).

§ 35. In bezug auf die Pflichten der Privatdozenten und die Entziehung der venia docendi wird auf die §§ 4, 5 und 6 der „All-

gemeinen Ordnung für die Privatdozenten an der Universität Basel vom 14. Oktober 1912" verwiesen (vergleiche auch Pflichtenheft des Dekans).

In bezug auf das Lektorat siehe „Ordnung für die Lektoren an der Universität Basel" (vergleiche auch Pflichtenheft des Dekans).

D. Preisfrage.

§ 36. Alle zwei Jahre schreibt die Fakultät zu Anfang des Sommersemesters eine Preisfrage aus.

Der Dekan fordert die Mitglieder rechtzeitig auf, ihm diesbezügliche Vorschläge schriftlich einzureichen. Die Wahl des Themas geschieht anfangs Mai in einer Fakultätssitzung. Die aufgestellte Preisfrage wird sofort der Regenz mitgeteilt und am schwarzen Brett angeschlagen.

Die Ablieferung der Arbeiten hat spätestens bis 30. Juni des übernächsten Jahres zu geschehen (R. R. § 19).

Der Dekan bezeichnet nach Eingang der Arbeiten zwei Fakultätsmitglieder, welche die eingelieferten Arbeiten beförderlichst schriftlich zu begutachten und Anträge in betreff der Preisverteilung zu stellen haben.

Die Arbeiten und die Voten werden bei den Fakultätsmitgliedern in Umlauf gesetzt. Die Abstimmung über die Preiserteilung und über die Höhe des Preises findet zu Beginn des Wintersemesters in einer Fakultätssitzung statt.

Der volle Preis für die gekrönte Arbeit beträgt 200 Fr. Die Fakultät kann den Preis um 100 Fr. erhöhen, wenn die Arbeit kostspielige Vorstudien nötig gemacht hat oder besondere Anerkennung verdient. Sie kann außerdem für eine zweite Arbeit ein Akzessit im Betrage bis auf 150 Fr. beschließen (R. R. § 19).

Der Dekan verfaßt auf Grund der Voten und Beschlüsse über jede der eingelieferten Arbeiten einen Bericht. Er übersendet die Berichte und die verschlossenen Umschläge, welche den Namen des Verfassers enthalten, vor der Rektoratsfeier dem Rektor.

Nach der Rektoratsfeier hat sich der Dekan zu überzeugen, daß die Verfasser der mit einem Preise bedachten Arbeiten wirklich konkurrenzberechtigt waren (siehe Beschluß der Regenz vom 15. Mai 1900); alsdann teilt er die Namen der Verfasser und den Betrag der ihnen zufallenden Preise der Universitätsverwaltung mit.

Wenn bis zum 30. Juni keine Arbeit eingelaufen ist, oder wenn die eingelieferten Arbeiten sich als durchaus ungenügend erweisen, so kann durch Beschluß der Fakultät die Preisfrage noch für ein weiteres Jahr ausgeschrieben werden (R. R. § 19).

E. Lektionskatalog und Studienplan.

§ 37. Zum Zweck einer angemessenen Verteilung und Aufeinanderfolge der Vorlesungen stellt die Fakultät einen Lektionskatalog und einen Studienplan auf (U. G. § 29).

§ 38. Lektionskatalog. Der Lektionskatalog wird jedes Semester neu aufgestellt.

Der Dekan sorgt dafür, daß die Formulare, in welche die Vorlesungen des kommenden Semesters einzutragen sind, rechtzeitig den Professoren, Dozenten und Lektoren zugestellt werden.

Bei sämtlichen Vorlesungen, Kliniken, Übungen, Kursen etc. ist der genaue Titel und die wöchentliche Stundenzahl anzugeben; außerdem muß bei den regelmäßig stattfindenden wichtigeren Vorlesungen, Kliniken, Übungen, Kursen etc. auch Tag und Stunde, welche in Aussicht genommen sind, genannt werden.

Kurse, Übungen etc., welche von nicht zum Lesen berechtigten Assistenzärzten oder Assistenten abgehalten werden, können im Lektionskatalog nur angezeigt werden, insofern die Vorsteher der betreffenden Kliniken oder Institute die Verantwortlichkeit für die gute Durchführung übernehmen.

Der Lektionskatalog wird in einer Fakultätssitzung beraten. Der Dekan verliest das ganze Verzeichnis und macht auf allfällige Kollisionen und Lücken aufmerksam.

Erheben sich Differenzen formeller oder materieller Natur, so entscheidet die Fakultät unter gerechter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände. Bei Kollisionen in bezug auf die Zeit hat ceteris paribus dasjenige Fach ein Vorrecht, welches die betreffende Stunde bisher innehatte.

Ein sofortiger Beschluß darf nur getroffen werden, wenn sowohl die zunächst Beteiligten, als auch die Mehrzahl der anwesenden Mitglieder einverstanden sind. Andernfalls ist der definitive Entscheid auf eine folgende Sitzung zu verschieben.

§ 39. Studienplan. Die Fakultät verfaßt einen Studienplan, welcher den Studierenden bei der Verteilung der Lehrfächer auf die Studienjahre als Ratgeber und Leitfaden dienen soll.

Der Studienplan wird, so oft es nötig erscheint, einer Revision unterzogen.

F. Verteilung der Promotionsgebühren.

§ 40. Am Ende jedes Jahres werden die eingegangenen Promotions- (respektive Examen-) Gebühren folgendermaßen verteilt:

1. Bei der Promotion eines eidgenössisch diplomierten Arztes erhalten:

der Dekan (für Dissertation)	40 Fr.
der Dekan (für Promotion)	10 „
der Referent (ebenso eventuell der Korreferent) . .	30 „
der Schreiber der Fakultät	10 „
der Rektor	10 „
der Pedell	10 „

2. Beim Examen, respektive Promotion eines nicht eidgenössisch diplomierten Bewerbers erhalten:

a) Bei der Vorprüfung:
der Dekan . . . . . 20 Fr.
jeder Examinator . . . . . 15 „
b) Bei der Hauptprüfung:
der Dekan (für Dissertation) . . . . . 20 „
der Referent . . . . . 30 „
der Dekan (für Examen) . . . . . 20 „
jeder Examinator . . . . . 15 „
c) Bei der Promotion:
der Dekan . . . . . 10 „
der Schreiber der Fakultät . . . . . 10 „
der Rektor . . . . . 10 „
der Pedell . . . . . 10 „

3. Nach Ausrichtung dieser Gebühren und nach Bezahlung der laufenden Fakultätsausgaben (Kosten der Diplome, Porti etc.) fällt ein Drittel des Restes an die Universitätsbibliothek, zwei Drittel des Restes werden unter die aktiven (vergleiche § 5, l. 2) ordentlichen Professoren zu gleichen Teilen verteilt.

G. Revision der Ordnung.

§ 41. Diese Ordnung kann, soweit sie nicht durch Gesetze oder Beschlüsse der vorgesetzten Behörden bedingt ist, jederzeit durch die Fakultät abgeändert werden.

Anträge auf Abänderung müssen mindestens eine Woche vor der Sitzung, an welcher sie zur Behandlung kommen, ihrem Wortlaut nach sämtlichen Mitgliedern der Fakultät mitgeteilt werden.

---

5. Examenordnung der philologisch-historischen Abteilung der philosophischen Fakultät. (Vom 1. Juni 1917.)

§ 1. Wer die Doktorwürde zu erlangen wünscht, übergibt dem Dekan ein Gesuch mit Nennung der Prüfungsfächer.

Wählt ein Kandidat Philosophie oder Geographie als Hauptfach und dazu ein Nebenfach aus jeder der beiden Fakultätsabteilungen (vergleiche § 6), so hat er sein Promotionsgesuch bei der philologisch-historischen Abteilung einzureichen, wenn er vorwiegend philologisch-historische Studien getrieben hat.

Dem Gesuche sind beizufügen:

1. Eine wissenschaftliche Abhandlung, die als ein noch nicht gedrucktes Manuskript vorliegen soll (Dissertation).

Die Abfassung der Dissertation in deutscher, lateinischer und französischer Sprache ist ohne weiteres zulässig; in anderen Sprachen verfaßte Dissertationen werden nur mit Zustimmung des Hauptreferenten angenommen.

Das Manuskript soll sauber und leserlich geschrieben, geheftet, paginiert und mit Rand versehen sein. Die Haupter-

gebnisse sollen am Schluß kurz zusammengefaßt oder in einer ausführlichen Inhaltsanalyse festgehalten werden.

Die Abteilung kann mit Zweidrittelmehrheit auch eine schon im Druck veröffentlichte wissenschaftliche Arbeit als Dissertation annehmen.

2. ein Abriß des Bildungsganges des Bewerbers (curriculum vitae).

3. Ein Zeugnis der Reife oder Zeugnisse über eine abgeschlossene humanistische oder realistische Vorbildung (entsprechend dem Basler Maturitätszeugnis). In jedem Fall ist ein Ausweis über Kenntnis des Lateins (im Sinne des § 4 A 1 der Ordnung für die Maturitätsprüfungen) erforderlich, außer wenn Nationalökonomie Hauptfach ist.

Die Beibringung eines Reifezeugnisses kann nur bei Erfüllung folgender vier Bedingungen erlassen werden:

a) Wenn die eingereichte Dissertation nach dem Urteil der Referenten als eine hervorragende Leistung anzusehen ist,
b) wenn sie unter der Leitung eines Basler Dozenten enstanden ist,
c) wenn der Verfasser mehrere Semester an der Universität Basel studiert hat,
d) wenn die Zulassung durch drei Fakultätsmitglieder empfohlen wird, welche in der Fakultät die vom Kandidaten gewählten Prüfungsfächer vertreten.

4. Ausweise über gründliche wissenschaftliche Fachstudien.

5. Eine schriftliche Erklärung darüber, daß die Arbeit ohne andere als die angegebene Beihilfe verfaßt ist. Dabei ist anzugeben, ob die Dissertation ihrem wesentlichen Inhalt nach schon bei einer andern Fakultät eingereicht wurde.

6. eine Quittung des Quästors über eine Einzahlung von 125 Franken.

§ 2. Noch nicht in Basel immatrikulierte Bewerber haben sich vor der mündlichen Prüfung immatrikulieren zu lassen (vergleiche § 14 der Fakultätsordnung).

§ 3. Der Abteilung steht es frei, bevor sie über die Zulassung beschließt, ein Studium von einem oder mehreren Semestern an der Universität Basel zu verlangen oder ein mündliches oder schriftliches Vorexamen anzuordnen (vergleiche § 15 der Fakultätsordnung).

§ 4. Die Abnahme der mündlichen Prüfung findet in einer Sitzung der Abteilung statt.

Der Kandidat wird in dem Hauptfach, d. h. in demjenigen Fach, dem seine Dissertation angehört, und außerdem in zwei weiteren Fächern geprüft. Die Gesamtdauer der Prüfung beträgt drei Stunden.

§ 5. Als Prüfungsfächer gelten:

1. Philosophie oder Philosophie mit Pädagogik.
2. Griechische Philologie.
3. Lateinische Philologie.

4. Deutsche Philologie.
5. Englische Philologie.
6. Französische Philologie.
7. Italienische Philologie.
8. Semitische Philologie.
9. Vergleichende Sprachwissenschaft.
10. Allgemeine Geschichte.
11. Schweizergeschichte (kann als Hauptfach nur gewählt werden, wenn Allgemeine Geschichte Nebenfach ist, und als Nebenfach nur, wenn Allgemeine Geschichte Hauptfach ist).
12. Kunstgeschichte (ist Kunstgeschichte Hauptfach, so muß eines der beiden Nebenfächer Archäologie sein).
13. Archäologie.
14. Musikwissenschaft.
15. Nationalökonomie (inkl. Finanzwissenschaft und Statistik).
16. Geographie.

§ 6. Eines der beiden Nebenfächer darf der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung oder einer andern Fakultät angehören. Mit Genehmigung der Abteilung kann sich der Kandidat auch in einem in § 5 nicht genannten Fach aus dem Gebiete der philologisch-historischen Disziplinen prüfen lassen.

§ 7. Über das Ergebnis der Prüfung beschließt die Abteilung. Das Urteil wird nach folgenden Graden abgestuft:

summa cum laude,
magna cum laude,
cum laude,
rite.

§ 8. Wer die Prüfung summa oder magna cum laude bestanden hat, hat das Recht auf öffentliche Promotion, die nach Ablieferung der gedruckten Dissertation stattfindet. Die Promotion wird durch eine kurze Ansprache des Dekans eingeleitet, hierauf hält der Doktorand eine Rede über ein wissenschaftliches Thema. Der Dekan verliest sodann das Diplom, überreicht es dem neu zu ernennenden Doktor und nimmt ihm das Gelöbnis ab.

§ 9. Bei nicht öffentlicher Promotion (promotio in sessione) knüpft der Dekan an die Mitteilung des Prüfungsergebnisses eine kurze Ansprache und nimmt hierauf dem Doktoranden das Gelöbnis ab. Das Diplom wird nachträglich übergeben (vergleiche § 12).

§ 10. Erst die Übergabe des Diploms berechtigt zur Führung des Doktortitels.

§ 11. Das dem Doktoranden abzunehmende Gelöbnis lautet:

„Indem ich, N. N.,
„von der philosophischen Fakultät zu Basel die Würde eines Dok-
„tors der Philosophie empfange, verspreche und gelobe ich, die
„wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit immerdar als eine hohe
„und ernste Aufgabe zu ehren, diesem Ziele, soviel in meinen Kräften
„steht, nachzustreben und insbesondere bei jedweder künftigen Tätig-

„keit im Dienste der Wissenschaft mir stets die Forderungen ge-
„wissenhafter Gründlichkeit und unparteiischer Sachlichkeit vor Au-
„gen zu halten.

„Dies verspreche und gelobe ich."

Bei nicht öffentlicher Promotion wird der Kandidat vor Ablegung des Gelöbnisses darauf hingewiesen, daß die Ernennung erst nach Ablieferung der vorgeschriebenen Anzahl von Exemplaren der Dissertation durch Ausfertigung des Diploms tatsächlich vollzogen wird (vergleiche § 12).

§ 12. Die Übergabe des Diploms findet erst nach Ablieferung von 220 Exemplaren der gedruckten Dissertation an die Universitätsbibliothek statt. Von dieser Ablieferung hat der Doktorand den Dekan durch ein besonderes Schreiben unter Angabe seiner derzeitigen Adresse in Kenntnis zu setzen.

§ 13. Der Doktorand ist gehalten, die Dissertation in der von der Abteilung genehmigten Form drucken zu lassen. Für Arbeiten, welche den Umfang von 10 Bogen überschreiten, kann die Abteilung die Ablieferung der Pflichtexemplare in einem Teildruck gestatten. Das Gesuch um Gestattung eines Teildrucks ist gleichzeitig mit der Bewerbung um Zulassung zur Prüfung einzureichen; die Abteilung kann die Berücksichtigung dieses Gesuches davon abhängig machen, daß die ganze ihr unterbreitete Arbeit in einer Zeitschrift oder im Buchhandel erscheint. Der von der Abteilung ernannte Druckreferent hat das Recht, zu verlangen, daß ihm während des Druckes die Korrekturabzüge vorgelegt werden. Das Diplom wird erst nach Genehmigung der gedruckten Dissertation durch den Referenten ausgestellt.

§ 14. Dem Dekan sind in Form von Korrekturabzügen zur Genehmigung vorzulegen: 1. das Titelblatt, 2. die Rückseite des Titelblattes, 3. die Vita. Darüber gelten folgende Bestimmungen:

1. Das Titelblatt der Pflichtexemplare hat die Abhandlung als eine zur Erlangung der Doktorwürde der philologisch-historischen Abteilung der philosophischen Fakultät der Universität Basel vorgelegte Dissertation zu bezeichnen. Anzugeben ist Name und Vorname (bei mehreren Vornamen der Rufname) des Verfassers ohne Abkürzung, seine Heimat, ferner Ort und Jahr des Druckes.

2. Die Rückseite des Titelblattes hat folgenden Vermerk zu tragen:

Genehmigt von der philologisch-historischen Abteilung der philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren (des Herrn) Prof. Dr. . . . . .

Basel, den . . . .

Dekan.

Wird gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Arbeit als Dissertation eine Buchhandelsausgabe veranstaltet, so ist auf der Rückseite des Titelblattes der Pflichtexemplare der Titel der Buchhandelsausgabe, Erscheinungsort und Verlag anzugeben. Auf der Rückseite

des Titelblattes der Buchhandelsausgabe ist anzugeben, daß die Arbeit gleichzeitig ganz oder in einem Teildrucke als Dissertation der philologisch-historischen Abteilung der philosophischen Fakultät der Universität Basel erscheint. Wird die Arbeit gleichzeitig mit ihrem Erscheinen als Dissertation in einer Zeitschrift veröffentlicht, so ist auf der Rückseite des Titelblattes der Pflichtexemplare Titel, Band und Jahrgang der Zeitschrift anzugeben.

3. Die Vita soll am Schluß der Dissertation abgedruckt werden und soll enthalten: a) den vollen Namen des Verfassers (sämtliche Vornamen ausgeschrieben), b) seine Heimat, c) Datum und Ort seiner Geburt, d) Namen beider Eltern, Stand und Wohnort des Vaters, e) Vorbildung: Auf welchen Mittelschulen? Von wann bis wann? Wann und mit welchem Zeugnis entlassen? f) Studien: An welchen Universitäten? Von wann bis wann? Bei jeder einzelnen genau anzugeben, g) Verzeichnis der Dozenten, deren Vorlesungen der Verfasser besucht oder an deren Übungen er teilgenommen hat, h) Angabe, unter wessen Leitung die Dissertation entstanden ist, i) gegebenenfalls Angabe über vom Verfasser früher bestandene Examina und über die Stellung, in der er sich befindet.

§ 15. Sind die Pflichtexemplare als Teildruck einer Buchhandelsausgabe oder als Separatabzug aus einer Zeitschrift erstellt, so hat die Paginierung der Pflichtexemplare mit derjenigen der Buchhandelsausgabe oder der Zeitschrift übereinzustimmen.

§ 16. Wenn der Doktorand binnen eines Jahres nach bestandener Prüfung die vorgeschriebene Zahl von Exemplaren seiner Dissertation nicht abgeliefert hat, ist die Abteilung berechtigt, die Prüfung für ungültig zu erklären. Gesuche um Verlängerung der Ablieferungsfrist sind vor Ablauf des Termins mit ausführlicher Begründung an den Dekan zu richten.

§ 17. Wurde der Bewerber auf Grund schon veröffentlichter Schriften zur mündlichen Prüfung zugelassen, so bestimmt die Abteilung die Zahl der abzuliefernden Exemplare.

§ 18. Die Prüfungsgebühren betragen einschließlich der Kosten des Diploms 325 Franken, von denen 125 Franken vor Einreichung des Gesuches gegen eine diesem beizulegende Quittung auf der Quästur einzuzahlen sind (vergleiche § 1, 6). Diese Summe ist verfallen, wenn der Kandidat nach Prüfung der schriftlichen Arbeit abgewiesen wird.

Die übrigen 200 Franken sind vor der mündlichen Prüfung auf der Quästur zu erlegen. Die Quittung hierüber hat der Kandidat beim Beginn der mündlichen Prüfung dem Dekan vorzuweisen.

Für Bewerber, die nicht wenigstens zwei volle Semester an der Universität Basel studiert haben, beträgt die Gebühr 375 Fr., von denen 125 Fr. vor der Einreichung des Gesuches, 250 Fr. vor der mündlichen Prüfung zu zahlen sind.

Die zweite Einzahlung von 200 Fr. beziehungsweise 250 Fr. ist verfallen, wenn der Kandidat die mündliche Prüfung nicht besteht. Bei innerhalb einer Frist von vier Semestern wiederholter Bewerbung um die Doktorwürde ermäßigt sich die erste Einzahlung auf 25 Fr.

---

6. Examenordnung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät. (Vom 23. Februar 1917.)

§ 1. In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät werden solche Kandidaten zur Doktorprüfung zugelassen, welche als Hauptfach ein Fach gewählt haben, das nur der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung angehört, oder welche als Hauptfach Philosophie oder Geographie gewählt und hauptsächlich mathematisch-naturwissenschaftliche Studien getrieben haben.

§ 2. Wer die Doktorwürde zu erlangen wünscht, hat folgende Anforderungen zu erfüllen:

Der Bewerber übergibt dem Dekan ein Gesuch mit Nennung der Prüfungsfächer und fügt bei:

1. Eine wissenschaftliche Abhandlung, die als ein noch nicht gedrucktes Manuskript vorliegen soll (Dissertation).

Das Manuskript soll sauber und leserlich geschrieben, geheftet, paginiert und mit Rand versehen sein. Soweit es der Stoff zuläßt, sollen die Hauptergebnisse am Schlusse kurz zusammengefaßt sein.

Die Abteilung kann mit Zweidrittelsmehrheit auch eine schon im Drucke veröffentlichte wissenschaftliche Arbeit an Stelle der Dissertation annehmen (vergleiche § 13, letzter Absatz).

2. Einen Abriß seines Bildungsganges (Curriculum vitae) in doppelter Ausfertigung.

Dieser soll enthalten:

a) Den vollen Namen des Verfassers (sämtliche Vornamen ausgeschrieben);
b) seine Heimat;
c) Datum und Ort seiner Geburt;
d) Namen beider Eltern, Stand und Wohnort des Vaters;
e) Vorbildung: Auf welchen höheren Schulen? Von wann bis wann? Wann und mit welchem Zeugnis entlassen?
f) Studien: An welchen Universitäten? Von wann bis wann? Bei jeder einzelnen genau anzugeben;
g) Verzeichnis der Dozenten, deren Vorlesungen der Verfasser besucht oder an deren Übungen er teilgenommen hat;
h) Angabe, unter wessen Leitung die Dissertation entstanden ist;
i) gegebenenfalls Angabe über vom Verfasser früher bestandene Examina und über die Stellung, in der er sich befindet.

3. Ein Zeugnis der Reife oder Zeugnisse über eine abgeschlossene humanistische oder realistische Vorbildung (entsprechend dem Basler Maturitätszeugnis).

Die Beibringung eines Reifezeugisses kann nur aus ganz besonderen Gründen erlassen werden. Die Behandlung eines dahinzielenden Gesuches muß eine Woche vor der Sitzung sämtlichen Mitgliedern der Abteilung angezeigt werden. Zur Annahme des Gesuches ist Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern und Zweidrittelsmehrheit erforderlich.

4. Ausweise über gründliche wissenschaftliche Fachstudien.

5. Ein Sittenzeugnis.

6. Eine schriftliche Erklärung, daß die Arbeit ohne andere als die angegebene Beihilfe verfaßt ist, nebst einer Angabe darüber, ob die Dissertation ihrem wesentlichen Inhalte nach schon bei einer andern Fakultät eingereicht wurde.

7. Eine Quittung des Quästors über eine Einzahlung von 125 Fr.

§ 3. Noch nicht in Basel immatrikulierte Bewerber haben sich vor der mündlichen Prüfung immatrikulieren zu lassen.

§ 4. Der Abteilung steht es frei, bevor sie über die Zulassung beschließt, ein Studium von einem oder mehreren Semestern an der Universität Basel zu verlangen, oder ein mündliches, schriftliches oder praktisches Vorexamen anzuordnen.

§ 5. Die Abnahme der mündlichen Prüfung findet in einer Sitzung der Abteilung statt.

Für diese Prüfung gelten folgende Bestimmungen:

Die Gesamtdauer der Prüfung beträgt drei Stunden, welche sich auf vier Einzelexamina verteilen. Die eine Hälfte der Gesamtdauer entfällt auf das Hauptfach, die andere Hälfte zu gleichen Teilen auf die Nebenfächer.

Wenigstens eines der beiden Nebenfächer soll derselben Abteilung angehören, wie das Hauptfach. Das dritte Fach mag der Kandidat frei wählen (eventuell aus der anderen Abteilung der philosophischen Fakultät oder sogar aus einer andern Fakultät), wobei er den § 7 zu berücksichtigen hat und auf den „Ratschlag für die Studierenden der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät“ hingewiesen wird.

Teilgebiete der Hauptdisziplinen können nicht als unabhängige Fächer neben der Hauptdisziplin anerkannt werden.

§ 6. Als Prüfungsfächer gelten:

1. Philosophie (Philosophie oder Philosophie mit Pädagogik).
2. Mathematik (Analysis und Geometrie).
3. Astronomie (Astronomie und Astrophysik).
4. Physik (Experimentalphysik und theoretische Physik).
5. Chemie (anorganische und organische).
6. Physikalische Chemie. Nur als Hauptfach zulässig; als Nebenfächer dürfen nicht gleichzeitig Physik und Chemie gewählt werden.

7. Nahrungsmittelchemie mit Chemie. Nur als Hauptfach zulässig.
8. Mineralogie (einschließlich Petrographie) mit Geologie (einschließlich Paläontologie). Als Nebenfach kann ein Kandidat je nach seinen sonstigen Studien entweder
   Mineralogie oder
   Geologie und Paläontologie oder
   Geologie und Mineralogie wählen.
9. Botanik (Allgemeine Botanik und spezielle Botanik einschließlich Pflanzengeographie und Paläophytologie).
10. Pharmazie (Pharmakobotanik und Pharmakochemie, beziehungsweise Pharmazeutische Chemie und Pharmakochemie, entsprechend dem Gebiete der Dissertation). Nur als Hauptfach zulässig; als Nebenfächer dürfen nicht gleichzeitig Chemie und Botanik gewählt werden.
11. Zoologie (Zoologie und vergleichende Anatomie).
12. Geographie (Geographische Propädeutik; Chorologie und allgemeine vergleichende Länderkunde).

§ 7. Die Abteilung kann einem Kandidaten gestatten, ein Fach außer den in § 6 angeführten zu wählen, mit der Einschränkung von § 5, letzter Satz.

§ 8. Über das Ergebnis der Prüfung beschließt die Abteilung. Das Urteil wird nach folgenden Graden abgestuft:
summa cum laude,
magna cum laude,
cum laude,
rite (ohne lobendes Prädikat).

§ 9. Wer die Prüfung summa oder magna cum laude bestanden hat, hat das Recht auf öffentliche Promotion, die nach Ablieferung der gedruckten Dissertation stattfindet. Die Promotion wird durch eine kurze Ansprache des Dekans eingeleitet; hierauf hält der Doktorand eine Rede über ein wissenschaftliches Thema. Der Dekan verliest sodann das Diplom, überreicht es dem neu zu ernennenden Doktor und nimmt ihm das Gelöbnis ab.

§ 10. Bei nicht öffentlicher Promotion (promotio in sessione) knüpft der Dekan an die Mitteilung des Prüfungsergebnisses eine kurze Ansprache, und nimmt hierauf dem Doktoranden das Gelöbnis ab. Das Diplom wird nachträglich übergeben (§ 13).

§ 11. Das Doktordiplom wird in lateinischer Sprache ausgefertigt, vom Dekan unterzeichnet und durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht. Erst die Übergabe des Diploms berechtigt zur Führung des Doktortitels

Gesuch, Curriculum vitae und schriftliche Erklärung werden bei den Akten der Abteilung aufbewahrt; Dissertation, Curriculum vitae (zweites Exemplar), Zeugnisse und Quittungen werden dem Kandidaten gegen Empfangsbescheinigung zurückgegeben.

§ 12. Das dem Doktoranden abzunehmende Gelöbnis lautet folgendermaßen:

„Indem ich, N. N.,
„von der philosophischen Fakultät zu Basel die Würde eines Dok-„tors der Philosophie empfange, verspreche und gelobe ich, die „wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit immerdar als eine hohe „und ernste Aufgabe zu ehren, diesem Ziele, soviel in meinen „Kräften steht, nachzustreben, und insbesondere bei jedweder künftigen „Tätigkeit im Dienste der Wissenschaft mir stets die Forderungen „gewissenhafter Gründlichkeit und unparteiischer Sachlichkeit vor „Augen zu halten.

„Dies verspreche und gelobe ich."

Bei nicht öffentlicher Promotion wird der Kandidat vor Ablegung des Gelöbnisses darauf hingewiesen, daß die Ernennung erst nach Ablieferung der vorgeschriebenen Anzahl von Exemplaren der Dissertation durch Ausfertigung des Diploms tatsächlich vollzogen wird.

§ 13. Die Übergabe des Diploms findet erst nach Ablieferung von 220 Exemplaren der gedruckten Dissertation an die Universitätsbibliothek statt. Diese Ablieferung ist dem Dekan durch einen besonderen Brief vom Kandidaten anzuzeigen mit Angabe seiner derzeitigen Adresse. Der Doktorand ist gehalten, die Dissertation in dem von der Abteilung genehmigten Umfang drucken zu lassen. und hat darum die Korrekturabzüge samt dem Manuskript dem von der Abteilung bezeichneten Druckreferenten vorzulegen.

Der Titel der Pflichtexemplare hat die Abhandlung als eine zur Erlangung der Doktorwürde hier vorgelegte Dissertation zu bezeichnen. Anzugeben ist Vorname (bei mehreren Vornamen der Rufname) des Verfassers ohne Abkürzung, seine Heimat, ferner Ort und Jahr des Druckes.

Die Rückseite des Titels hat folgenden Vermerk zu tragen:

Genehmigt von der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren (des Herrn) Professor Dr. . . . . .

Basel, den . . . . . .

. . . . . .
Dekan.

Erscheint die Dissertation gleichzeitig in einer Zeitschrift oder in einer Buchhandelausgabe, so hat die Paginierung der Pflichtexemplare mit derjenigen der Zeitschrift oder der Buchhandelausgabe übereinzustimmen. Außerdem ist auf der Rückseite des Titelblattes der Pflichtexemplare Titel, Band und Jahrgang der Zeitschrift oder Verlag und Erscheinungsort der Buchhandelausgabe anzugeben. Auf der Rückseite des Titelblattes der Buchhandelausgabe ist anzugeben, daß diese ganz oder teilweise gleichzeitig als Dissertation der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät der Universität Basel erscheint.

Am Schlusse der Dissertation ist das Curriculum vitae abzudrucken. Ein Probedruck des Titelblattes und des Curriculum vitae ist dem Dekan zur Genehmigung vorzulegen.

Wenn der Doktorand binnen eines Jahres nach bestandener Prüfung die vorgeschriebene Zahl von Exemplaren seiner Dissertation nicht abgeliefert hat, ist die Abteilung berechtigt, die Bewerbung und das Examen für ungültig zu erklären. Der Abteilung steht es frei, in einzelnen Fällen die Ablieferungszeit auf ein halbes Jahr zu verkürzen.

Wurde der Bewerber auf Grund schon veröffentlichter Schriften zur mündlichen Prüfung zugelassen, so bestimmt die Fakultätsabteilung die Zahl der abzuliefernden Exemplare.

§ 14. Die Prüfungsgebühren betragen einschließlich der Kosten des Diploms 325 Fr., von denen 125 Fr. vor Einreichung des Gesuches gegen eine diesem beizulegende Quittung auf der Quästur einzuzahlen sind. Diese Summe ist verfallen, wenn der Kandidat nach der Prüfung der schriftlichen Arbeit abgewiesen wird.

Die übrigen 200 Fr. sind vor der mündlichen Prüfung auf der Quästur zu erlegen. Die Quittung hierüber hat der Kandidat beim Beginn der mündlichen Prüfung dem Dekan vorzuweisen.

Für Bewerber, die nicht wenigstens zwei volle Semester an der Universität Basel studiert haben, beträgt die Gebühr 375 Fr., von denen 125 Fr. vor der Einreichung des Gesuches, 250 Fr. vor der mündlichen Prüfung zu zahlen sind.

Die zweite Einzahlung von 200 Fr., beziehungsweise 250 Fr. ist verfallen, wenn der Kandidat die mündliche Prüfung nicht besteht. Bei innerhalb einer Frist von vier Semestern wiederholter Bewerbung um die Doktorwürde ermäßigt sich die erste Einzahlung auf 25 Fr.

XIII. Kanton Baselland.

Lehrerschaft aller Stufen.

Teuerungszulagen an die Lehrerschaft. (Landratsbeschluß vom 26. November 1917.)

1. Verheiratete Lehrer an Primar- und Sekundarschulen erhalten eine Teuerungszulage von 20 Prozent ihrer bisherigen Besoldung (Grundgehalt, Gemeindezuschlag, Barentschädigung für Kompetenzen und Alterszulage), im Minimum 600 Fr., wenn sie keine Kompetenzen haben; 500 Fr., wenn sie die Kompetenzen (Wohnung, Holz und Land) vollständig beziehen.

2. Ledigen Lehrern und Lehrerinnen wird ein Abzug von 200 Fr. an dem Betrag gemacht, der ihnen durch eine 20prozentige Zulage zu ihrer bisherigen Besoldung zufiele. Immerhin soll die Teuerungszulage auch für ledige Lehrer und Lehrerinnen im Mini-

mum 400 Fr. betragen, wenn sie keine Kompetenzen haben; 300 Fr., wenn sie die Kompetenzen vollständig beziehen.

3. Bei nur teilweisem Bezug der Kompetenzen wird der Regierungsrat zu dem niedrigen Minimum einen angemessenen Zuschlag festsetzen.

4. Die Arbeitslehrerinnen erhalten eine Teuerungszulage von 15 Prozent der bisherigen Barbesoldung.

5. Die Festsetzung der Zulage berechnet sich auf Grund der Besoldungen vom 1. Januar 1915, wobei seither erwachsene Alterszulagen in Anrechnung zu bringen sind. Bezugsberechtigt sind alle durch Wahl angestellten Lehrer und Lehrerinnen; solche, welche erst nach dem 1. Juli 1917 ihren Dienst angetreten haben, mit Wirkung vom Datum des Dienstantritts an, die übrigen mit Wirkung vom 1. Juli 1917 an.

6. Die Teuerungszulagen werden von den Schulgemeinden und dem Staat je zur Hälfte bestritten.

7. Die Gemeinderäte haben die Beschlüsse betreffend Ausweisung der den Gemeinden aufliegenden Hälfte beförderlich dem Regierungsrat mitzuteilen, worauf dieser über die Ausrichtung des Betrages des Staates Beschluß fassen wird.

XIV. Kanton Schaffhausen.

Lehrerschaft aller Stufen.

1. Beschluß des Großen Rates des Kantons Schaffhausen betreffend Zuweisung von Teuerungszulagen für das Jahr 1917. (Vom 18. April 1917.)

Der Große Rat des Kantons Schaffhausen,
auf Antrag des Regierungsrates vom 31. März 1917,
beschließt, was folgt:

§ 1. Mit Rücksicht auf die durch den Krieg verursachte andauernd verteuerte Lebenshaltung werden vom Staate für das Jahr 1917 Teuerungszulagen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ausgerichtet.

§ 2. Die Teuerungszulage besteht in einer persönlichen Zulage von 200 Fr. ferner in einer Zulage von 100 Fr. für eine Familie, die eigenen Haushalt führt, und je 50 Fr. für jedes eigene, angenommene oder angeheiratete Kind unter 16 Jahren, sowie für jede erwachsene, erwerbsunfähige Person ohne Vermögen und Einkommen, zu deren Unterstützung der Bezüger gesetzlich verhalten ist, und deren Lebensunterhalt er nachweislich zum größten Teil bestreitet.

Die Familienzulage fällt weg bei Bezügern, die mehr als 30,000 Franken Vermögen besitzen.

§ 3. Bezugsberechtigt sind alle vollbeschäftigten Beamten, Angestellten und ständigen Arbeiter der Staatsverwaltung und der staatlichen Anstalten und Betriebe. Bezugsberechtigt sind ferner die

Kantonsschullehrer, welche eine Hauptlehrstelle bekleiden, die Reallehrer und die Elementarlehrer, letztere unter Vorbehalt der Bestimmung in § 4.

Anstellung im Nebenamt schließt die Bezugsberechtigung aus.

§ 4. Die Teuerungszulage an die Elementarlehrer wird vom Staate nur zur einen Hälfte ausgerichtet. Die Zuweisung der andern Hälfte wird den Gemeinden überlassen.

§ 5. Bei Angestellten, die erst im Verlaufe des Jahres den Dienst antreten, wird die Teuerungszulage entsprechend vermindert. Im weiteren tritt für die Zeit des Militärdienstes eine dem Abzug an der ordentlichen Besoldung entsprechende Reduktion der persönlichen Zulage ein.

Bei denjenigen Angestellten, welche nebst der festen Besoldung freie Station genießen (Personal des Kantonsspitales und der Irrenanstalt u. s. w.) wird die persönliche Zulage nicht ausbezahlt.

§ 6. Weibliche Angestellte, die nicht als Familienvorstände angesehen werden müssen, erhalten $^3/_4$ der persönlichen Zulage.

§ 7. Die Teuerungszulage wird in zwei Raten, in den Monaten Juni und Dezember, ausbezahlt.

§ 8. Der Große Rat gewährt den für die Ausrichtung der Teuerungszulagen nötigen Kredit, und ermächtigt den Regierungsrat zum Vollzug dieses Beschlusses, der sofort mit Rückwirkung auf 1. Januar 1917 in Kraft tritt.

---

2. Statuten der Unterstützungskasse für die Lehrerschaft des Kantons Schaffhausen. (Vom 15. Juni 1917.)

A. Zweck der Kasse.

Art. 1. Die im Jahre 1894 in Ausführung von Art. 6 des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 22. August 1892 gegründete und auch in Art. 6 des Besoldungsgesetzes vom 3. Mai 1908 vorgesehene Unterstützungskasse für die Lehrerschaft des Kantons Schaffhausen hat den Zweck, für diejenigen Lehrer und Lehrerinnen, die infolge hohen Alters oder anderer nicht selbst verschuldeter Umstände ihrem Amte nicht mehr vorzustehen vermögen, sowie für ihre nächsten Angehörigen (Art. 19) zu sorgen.

B. Mitglieder der Kasse.

Art. 2. Alle an öffentlichen Schulen des Kantons angestellten Lehrer und Lehrerinnen mit wenigstens 15 wöchentlichen Unterrichtsstunden, ausgenommen Geistliche und Arbeitslehrerinnen, treten obligatorisch der Kasse bei (Art. 6 des Besoldungsgesetzes). Stellvertreter sind nur dann zum Beitritte verpflichtet, wenn der eigentliche Stelleninhaber gestorben oder von der betreffenden Stelle zurückgetreten ist und die Stellvertretung mindestens ein Vierteljahr gedauert hat.

Vorbehalten bleibt die Bestimmung des Art. 4 der Statuten.

Art. 3. Lehrern und Lehrerinnen an privaten Lehranstalten ist der Beitritt zur Unterstützungskasse unter folgenden Bedingungen gestattet:

a) Der Inhaber der Anstalt verpflichtet sämtliche an derselben wirkenden Lehrkräfte zum Beitritte (vorbehalten die Bestimmungen der Art. 2 und 4) und gibt über allfällige Personaländerungen jederzeit genaue Auskunft.

b) Er garantiert durch besondern Vertrag die Leistung des Staatsbeitrages für jede Lehrkraft samt den gemäß Art. 14 geforderten Nachzahlungen.

c) Er garantiert ferner, daß seine Beiträge sowohl als diejenigen der Lehrer selbst auf die festgesetzte Zeit pünktlich entrichtet werden (vergl. Art. 15).

d) Beim Austritt eines Lehrers oder einer Lehrerin hat der Anstaltsinhaber keinen Anspruch auf irgendwelche Rückgewähr.

e) Die Lehrer und Lehrerinnen solcher Anstalten sind in bezug auf Beitragsleistung, Nachzahlung, Auslösung, Rentengenuß, sowie die übrigen Rechte und Pflichten den andern Mitgliedern gleichgestellt.

Art. 4. Die Kasse ist nicht verpflichtet, Lehrer, die nach zurückgelegtem 45., oder Lehrerinnen, die nach zurückgelegtem 40. Altersjahre in den Schuldienst treten, aufzunehmen. (Vergl. Art. 12 der Statuten und Art. 7 des Besoldungsgesetzes.)

Art. 5. Mitgliedern, welche ihre Lehrstelle verlassen, um ihre Studien fortzusetzen, steht es frei, unter den in Art. 10 genannten Bedingungen aus der Kasse auszutreten oder aber bei derselben bis zu ihrer Rückkehr in den Schuldienst zu verbleiben. Im ersten Falle erfolgt der Wiedereintritt nach Maßgabe des Art. 13. Im zweiten Falle hat das betreffende Mitglied nach Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit im Kanton die inzwischen fällig gewordenen Jahresbeiträge samt den einfachen Ganzjahreszinsen zu 4 % nachzuzahlen. Der Bezug dieser Nachzahlung geschieht durch Verrechnung bei der Ausrichtung der Besoldung je nach Umständen in einer oder in mehreren Raten. Die zu Studienzwecken eingeräumte Zahlungsfrist beträgt höchstens drei Jahre. Stirbt das betreffende Mitglied während seiner Abwesenheit, so haben die Erben desselben, sofern sie nicht unbemittelt sind, für seine Verbindlichkeiten aufzukommen.

Art. 6. Mitglieder, welche den Lehrerberuf aufgeben, um in den Staats- oder Gemeindedienst (Kanton Schaffhausen) überzutreten, können bei der Kasse verbleiben, sofern sie nicht Gelegenheit haben, einer ähnlichen Kasse beizutreten. Sie sind jedoch verpflichtet, die ganze Jahresprämie (Jahresbeitrag und Staatsbeitrag) auf die festgesetzten Termine pünktlich einzubezahlen.

Wer einer Aufforderung zur Zahlung keine Folge leistet, hat aus der Kasse auszutreten.

Art. 7. Wird ein Mitglied bei einer Erneuerungswahl nicht wieder bestätigt, so ist ihm gestattet, bei der Kasse zu verbleiben, bis es eine andere Stelle im Kanton gefunden hat. Zu diesem Zwecke wird ihm eine Frist von drei Jahren gewährt. Kann es während dieser Zeit keine Stelle erhalten, so erfolgt der Austritt nach den Bestimmungen des Art. 10. Hat aber das betreffende Mitglied das zur Bezugsberechtigung erforderliche Alter (Art. 19 a) erreicht, oder kann es wegen eines körperlichen oder geistigen Gebrechens nicht mehr weiter amten, so tritt es in den Genuß der seinem Alter entsprechenden Rente (Art. 19 b).

Art. 8. Ist ein Mitglied infolge eines Vergehens zur Ausübung des Lehrerberufes im Kanton Schaffhausen unfähig geworden, beruht seine Tat jedoch auf gänzlicher oder teilweiser Unzurechnungsfähigkeit, so kann es in den Ruhestand versetzt werden. In diesem Falle bezieht es die seinem Alter entsprechende Rente nach Art. 19 b.

Kann der Irrenarzt, beziehungsweise das Gericht jedoch eigentliche Unzurechnungsfähigkeit nicht feststellen, so hat das betreffende Mitglied aus der Kasse auszutreten. Seine Auslösung erfolgt nach den Bestimmungen des Art. 10.

Der Entscheid über diese Fälle erfolgt durch die Generalversammlung auf Antrag der Verwaltungskommission.

Art. 9. Die Mitgliedschaft erlischt:

a) Wenn ein Mitglied den Schuldienst verläßt. (Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Art. 5. Vergl. auch Art. 20.)

b) Wenn ein Mitglied freiwillig und ohne ein nötigendes körperliches oder geistiges Gebrechen den Lehrerberuf aufgibt, bevor es bezugsberechtigt ist. (Vorbehalten die Bestimmung des Art. 6.)

c) Wenn ein Mitglied bei einer Erneuernngswahl nicht wieder gewählt wird. (Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Art. 7.)

d) Wenn ein Mitglied infolge eines Vergehens zur Ausübung des Lehrerberufes im Kanton Schaffhausen unfähig geworden ist. (Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Art. 8.)

Art. 10. Diejenigen Mitglieder, welche gemäß den Bestimmungen des Art. 9 aus der Unterstützungskasse austreten müssen, erhalten nach Maßgabe ihres Alters als Auslösung die in nachstehender Tabelle aufgeführten Prozentsätze, bezogen auf die von ihnen einbezahlten Jahresbeiträge:

A. Lehrer			B. Lehrerinnen		
Austrittsalter	Auslösung		Austrittsalter	Auslösung	
Jahre	% der einbezahlten Jahresbeiträge	+ % einfache Jahreszinsen	Jahre	% der einbezahlten Jahresbeiträge	+ % einfache Jahreszinsen
Bis 25	60 %	—	Bis 25	60 %	—
26—30	70 %	—	26—30	70 %	—
31—35	80 %	—	31—35	80 %	—
36—40	90 %	—	36—40	90 %	—
41—45	100 %	—	41—44	100 %	—
46—50	100 %	1 %	45—48	100 %	1 %
51—55	100 %	2 %	49—52	100 %	2 %
56—60	100 %	3 %	53—56	100 %	3 %
61—65	100 %	4 %	57—60	100 %	4 %

Für die über 65 Jahre alten Lehrer gilt das 65., für die über 60 Jahre alten Lehrerinnen das 60. Altersjahr als Austrittsalter. (Bezüglich der letztern vergl. Art. 19 a, Schlußsatz.)

Die Zinsberechnung geschieht stets nach ganzen Jahren. (Voller Jahresbeitrag als Nachzahlung.)

Sind die in Art. 9 unter c und d aufgeführten Mitglieder verheiratet und sehr bedürftig, so können ihnen von der Generalversammlung auf Antrag der Verwaltungskommission im Maximum noch folgende Zuschüsse zu der ordentlichen Auslösungssumme zugesprochen werden: Für die Ehefrau 10 % und für jedes minderjährige Kind (bis zum 18. Altersjahre) 5 % der Auslösungssumme, zusammen bis auf 50 % der letztern.

C. Hilfsmittel der Kasse.

Art. 11. Die Kasse wird gebildet aus:

a) den Beiträgen der Mitglieder (Art. 12);
b) dem jährlichen Staatsbeitrag (Art. 14), bezw. den Beiträgen der privaten Lehranstalten (Art. 3);
c) den Zinsen der Kapitalien;
d) allfälligen Vermächtnissen und Schenkungen.

Art. 12. Diejenigen Mitglieder, welche der Unterstützungskasse vom Jahre 1895 bis Ende 1916 beigetreten sind, haben ihrem Eintrittsalter entsprechend folgende Jahresbeiträge zu entrichten:

Eintrittsalter	bis 25	Jahre	Jahresbeitrag	70	Fr.
„	26—30	„	„	80	„
„	31—35	„	„	100	„
„	36—40	„	„	130	„
„	41—45	„	„	170	„

Die seit 1. Januar 1917 neu eintretenden Mitglieder bezahlen einen Beitrag von 80 Fr. jährlich. Ist ein solches Mitglied bei seinem Eintritte mehr als 23 Jahre alt, so leistet es außerdem für jedes überschießende Jahr eine einmalige Nachzahlung von 80 Fr.

Sollte ausnahmsweise ein Lehrer nach zurückgelegtem 45., oder eine Lehrerin nach zurückgelegtem 40. Altersjahre als Mitglied in die Kasse aufgenommen werden (Art. 4), so entrichten sie ebenfalls die ihrem Alter entsprechende Nachzahlung.

Die Nachzahlungen können auf einmal oder in vierteljährlichen Raten entrichtet werden, je nach Übereinkunft mit der Verwaltungskommission. Die für allmähliche Abzahlung zu gewährende Frist beträgt höchstens 5 Jahre. Für Nachzahlungen, welche 2 Jahre überschreiten, stellt die Verwaltungskommission Schuldscheine aus, die von den betreffenden Mitgliedern zu unterzeichnen sind. Der nach zwei Jahren noch verbleibende Restbetrag ist jeweilen vierteljährlich zu 4 % zu verzinsen.

Stirbt ein Mitglied, bevor die Nachzahlungsschuld getilgt ist, so hält die Kasse ihre Forderung den Erben gegenüber aufrecht, sofern sie bemittelt sind, jedoch höchstens bis auf die Höhe des Erbbetreffnisses. Tritt ein solches Mitglied aus der Kasse aus, so wird die Forderung bei der Auslösung verrechnet; ein allfälliger Restbetrag ist sofort zu begleichen.

Art. 13. Tritt ein Mitglied, welches aus der Unterstützungskasse ausgetreten war, derselben später wieder bei, so hat es die erhaltene Auslösungssumme und die inzwischen fällig gewordenen Jahresbeiträge samt den einfachen Jahreszinsen zu 4 % nachzuzahlen. (Zinsberechnung ganzjährlich.) Bezüglich der Nachzahlung selbst gelten die Bestimmungen des Art. 12.

Art. 14. Der Staat leistet für jedes Mitglied, so lange es im Amte steht, bis zu seinem Rücktritt in den Ruhestand, bezw. bis zu seinem Austritt aus der Kasse einen jährlichen Beitrag von 80 Franken.

Die Inhaber privater Lehranstalten haben überdies beim Eintritte von Lehrkräften, welche über 23 Jahre alt sind, die gleiche Nachzahlung wie diese selbst zu leisten. (Vergl. Art. 12.)

Art. 15. Sämtliche Beiträge (ordentlicher Staatsbeitrag und Mitgliederbeiträge) werden in vierteljährlichen Raten erhoben, jeweilen auf 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember. Die Beiträge der Mitglieder werden diesen jeweilen bei der Ausrichtung der Besoldung verrechnet. Lehrer an Halbjahrsschulen bezahlen den ganzen Jahresbeitrag in zwei Raten, jeweilen auf 31. Dezember und 31. März.

Art. 16. Jeder Lehrer ist zahlungspflichtig bis zum Ende des Quartals, in welchem er das 65., jede Lehrerin bis zum Ende des Quartals, in welchem sie das 60. Altersjahr zurücklegt. Betreffend die Zahlungspflicht der Lehrerinnen bleibt jedoch die bezügliche Bestimmung des Art. 19a vorbehalten.

Die erste Rate ist für dasjenige Quartal zu entrichten, in welchem der Eintritt, bezw. Wiedereintritt erfolgt.

Austretende Mitglieder bezahlen ihren Beitrag zum letztenmal für dasjenige Quartal, in welchem der Austritt stattfindet.

Für Mitglieder, die in den Genuß einer Rente treten, hört die Beitragspflicht mit dem Ende des Quartals auf, in dem das Ereignis erfolgte, das zum Bezug der Rente berechtigt.

Wer auf das Ende eines Schulhalbjahres austritt, gilt als mit dem 31. März, bezw. 30. September ausgetreten. (Vergl. Art. 25, erster Absatz.)

Art. 17. Ist die Frau eines Lehrers mehr als 5 Jahre jünger als der Mann, so hat derselbe beim Eintritt in die Kasse, bezw. bei seiner Verheiratung, für jedes weitere Jahr Altersdifferenz einen einmaligen Beitrag von 20 Fr. zu bezahlen. Die Entrichtung der betreffenden Summe kann in vierteljährlichen Raten stattfinden nach den Bestimmungen des Art. 12.

Art. 18. Aus den Fonds, welche von der ehemaligen freiwilligen „Witwen-, Waisen- und Alterskasse“ an die Unterstützungskasse übergehen, sowie aus allfälligen weiteren Vermächtnissen und Schenkungen, sofern dieselben nicht eine andere Bestimmung tragen, wird eine gesondert zu verwaltende „Witwen- und Waisenstiftung“ gebildet. Über deren Zweckbestimmung wird ein besonderes Reglement aufgestellt.

D. Leistungen der Kasse.

Art. 19. Die Unterstützungskasse leistet an die Bezugsberechtigten folgende jährliche Renten:

a) 1000 Fr. an Lehrer, die sich nach zurückgelegtem 65. Altersjahre, und
900 Fr. an Lehrerinnen, die sich nach zurückgelegtem 60. Altersjahre in den Ruhestand begeben.

Verbleibt eine Lehrerin nach zurückgelegtem 60. Altersjahr noch beim Lehramte, so hat sie den Jahresbeitrag weiter zu leisten (höchstens bis zum 65. Altersjahr) und ist dafür berechtigt, bei ihrem späteren Rücktritt die dem gleichaltrigen Lehrer entsprechende höhere Rente zu beziehen. Muß eine solche Lehrerin aus der Kasse austreten, so wird sie bezüglich der Auslösung ebenfalls dem Lehrer gleichgestellt. (Vergl. Art. 10.)

b) An Lehrer und Lehrerinnen, die eines körperlichen oder geistigen Gebrechens wegen den Lehrerberuf vor dem zurückgelegten 65. bezw. 60. Altersjahre aufgeben müssen, sofern sie eine erheblich verminderte Erwerbsfähigkeit aufweisen, nach Maßgabe ihres Alters:

Alter	Rente	Alter	Rente	Alter	Rente	Alter	Rente	Alter	Rente	Alter	Rente
Jahr	Fr.	Jahr	Fr.	Jahr	Fr.	Jahr	Fr.	Jahr	Fr.	Jahr	Fr.
65	1000	57	840	49	680	41	520	33	360	25	200
64	980	56	820	48	660	40	500	32	340	24	180
63	960	55	800	47	640	39	480	31	320	23	160
62	940	54	780	46	620	38	460	30	300	22	140
61	920	53	760	45	600	37	440	29	280	21	120
60	900	52	740	44	580	36	420	28	260	Bis	100
59	880	51	720	43	560	35	400	27	240	20	
58	860	50	700	42	540	34	380	26	220		

Im weitern siehe Art. 20.

c) 400 Fr. an die Witwe eines verstorbenen Lehrers, sowie an die verwitwete Mutter eines Lehrers oder einer Lehrerin, die gestorben sind, ohne direkt auf eine Witwenrente Anspruch erheben zu können.

d) 200 Fr. für jedes ganzverwaiste minderjährige Kind eines verstorbenen Lehrers oder einer als Mitglied der Kasse verstorbenen Lehrerin. Dieselbe Rente wird unter den gleichen Bedingungen ausgerichtet an ganzverwaiste minderjährige Geschwister von verstorbenen Lehrern und Lehrerinnen, die selbst keine Waisen hinterlassen.

e) 100 Franken an jedes der vaterlosen Waisen eines verstorbenen Lehrers (auch wenn sich die Mutter wieder verheiratet), sowie an jedes der Kinder eines wegen Invalidität in den Ruhestand getretenen Mitgliedes. Dieselbe Rente erhalten unter den gleichen Bedingungen die vaterlosen minderjährigen Geschwister von Lehrern und Lehrerinnen, welche gestorben oder invalid geworden sind, ohne selbst Kinder zu besitzen.

Adoptiv- und Stiefkinder, bezw. Adoptiv- und Stiefgeschwister, beziehen nur die Hälfte der unter d und e festgesetzten Renten.

Sämtliche Kinderrenten werden ausgerichtet bis zum zurückgelegten 18. Altersjahre, die Witwenrenten bis zum Tode oder bis zur Wiederverheiratung der Witwe, bezw. der Mutter des Lehrers oder der Lehrerin.

Art. 20. Tritt bei einem invalid gewordenen und bezugsberechtigten Mitglied eine Besserung des Gesundheitszustandes ein in einem solchen Grade, daß es den Lehrerberuf im Kanton Schaffhausen wieder aufnehmen kann, so fällt die Bezugsberechtigung dahin, und es hat, sofern es noch zahlungspflichtig ist, den seinem früheren Eintrittsalter entsprechenden Jahresbeitrag (ohne Nachzahlung) weiter zu leisten. Bei seinem späteren Rücktritt bezieht es die seinem Alter entsprechende höhere Rente.

Nimmt ein invalid gewesenes Mitglied die Lehrtätigkeit in einem andern Kanton wieder auf, so verliert es die Bezugsberechtigung und hat zugleich aus der Kasse auszutreten. In diesem Fall erhält es seine sämtlichen Einzahlungen samt den einfachen Ganzjahreszinsen à 4 %, abzüglich der bereits bezogenen Renten (ohne Zinsverrechnung) zurück.

Übt ein invalides Mitglied eine andere Berufs- oder Amtstätigkeit aus, so bezieht es die volle Rente nur so lange, als bei ihm Jahreseinkommen und Rente zusammen nicht mehr als 80 % der zuletzt bezogenen Lehrerbesoldung ausmachen. Wird diese Grenze überschritten, so erfolgt eine entsprechende Reduktion und gegebenenfalls die Sistierung der Rente. Alsdann vollzieht sich der Austritt unter den oben erwähnten Bedingungen.

Art. 21. Gerichtlich geschiedene Frauen von Mitgliedern sind nicht bezugsberechtigt.

Verheiratet sich ein in den Ruhestand getretenes Mitglied, so haben nach dessen Ableben weder die Witwe noch die dieser Ehe entsprossenen Kinder Anspruch auf eine Rente.

Art. 22. Verheiratet sich eine Lehrerin, und gibt sie gemäß Art. 115 des Schulgesetzes das Lehramt auf, so hat sie auch aus der Kasse auszutreten (Art. 9). Tritt sie später als verwitwete oder geschiedene Frau wieder in den Schuldienst und damit auch wieder in die Kasse ein, so hat sie keinen Anspruch auf die Witwenrente und ihre Kinder keinen solchen auf die Halbwaisenrente. Muß sie wegen eines geistigen oder körperlichen Gebrechens vorzeitig zurücktreten, so bezieht sie die ihr gebührende Invalidenrente und ihre Kinder die Invaliden-Kinderrente. Stirbt sie, so treten die letzteren in den Genuß der Ganzwaisenrente.

Art. 23. Verheiratet sich ein Lehrer mit einer Lehrerin, so hat sie nach Aufgabe des Lehramtes ebenfalls aus der Kasse auszutreten (vergl. Art. 22). Stirbt ihr Mann als Mitglied der Kasse, so bezieht sie die festgesetzte Witwenrente und ihre Kinder die ihnen zukommende Halbwaisenrente; auch dann, wenn sie als Witwe wieder in den Schuldienst und damit auch wieder in die Kasse eintritt. Wird sie als neues Mitglied invalid, so erhält sie außer der Witwenrente noch die ihr gebührende Invalidenrente und ihre minderjährigen Kinder zu der Halbwaisenrente noch die Invaliden-Kinderrente. Nach ihrem Tode bezieht jedes minderjährige Kind die doppelte Ganzwaisenrente.

Art. 24. Die Ausbezahlung der Renten erfolgt in vierteljährlichen Raten je Ende März, Juni, September und Dezember auf Grund der Bestimmungen der Verwaltungskommission (Art. 27).

Art. 25. Tritt ein Mitglied gemäß den Bestimmungen des Schulgesetzes auf das Ende eines Schulhalbjahres zurück, so beginnt der Rentengenuß jeweilen mit dem 1. April, bezw. 1. Oktober (siehe Art. 16, letzter Absatz).

In allen andern Fällen wird die erste Rente „pro rata temporis“ berechnet, d. h. von dem Tage an, an welchem das Ereignis, welches zur Nutznießung berechtigt, eintritt. Die Berechnung geschieht nach kaufmännischer Art (jeder Monat zu 30, jedes Vierteljahr zu 90 und das ganze Jahr zu 360 Tagen).

Art. 26. Die Rente wird für dasjenige Rechnungsquartal zum letztenmal bezahlt, in welchem das Ereignis, das von der Nutznießung ausschließt (Tod, Wiederverehelichung, Zurücklegung des 18. Altersjahres u. s. w.) erfolgt.

Art. 27. Todesfälle und andere Personaländerungen sind unter Beilegung der zivilamtlichen Ausweise sofort dem Präsidenten der Verwaltungskommission oder dem Verwalter anzuzeigen.

Allfällige Nachteile, die aus der Unterlassung dieser Vorschrift den Beteiligen erwachsen könnten, sind von diesen selbst zu tragen.

Anmeldungen zum Eintritt in den Genuß der Rente sind nebst den etwa notwendigen ärztlichen Zeugnissen ebenfalls an die Verwaltungskommission zu richten.

E. Verwaltung der Kasse.

Art. 28. Die kantonale Finanzverwaltung übernimmt die unentgeltliche Verwaltung sämtlicher Gelder der Kasse in Verbindung mit der Verwaltungskommission.

Art. 29. Die Regelung der Geschäfte und die Beaufsichtigung des Ganges der Kasse wird besorgt durch die fünfgliedrige Verwaltungskommission und eine Rechnungsprüfungskommission von zwei Mitgliedern.

Die Verwaltungskommission besteht aus dem Präsidenten, dem Verwalter (zugleich Vizepräsident), dem Aktuar und zwei Beisitzern. Von diesen wird der eine als Vertreter des Staates vom Regierungsrate, der andere, wie die übrigen Kommissionsmitglieder und die beiden Revisoren, von der Generalversammlung gewählt.

Die Amtsdauer beider Kommissionen beträgt je vier Jahre. Ihre Mitglieder beziehen Sitzungsgelder und Reisevergütung wie die Mitglieder von Großratskommissionen, Präsident, Verwalter, Aktuar und Revisoren außerdem noch eine von der Generalversammlung auf Antrag der Verwaltungskommission festzusetzende Besoldung.

Art. 30. Die Verwaltungskommission sorgt für den regelmäßigen Verlauf der Angelegenheiten der Kasse, berät die in der Mitgliederversammlung gestellten Motionen und erstattet darüber Bericht und Antrag. Sie prüft sämtliche Einnahmen und Ausgaben, nimmt Einsicht von der Jahresrechnung und legt dieselbe der Mitgliederversammlung zur Abnahme vor. Sie begutachtet den Jahresbericht und leitet ihn mit der Jahresrechnung zur Genehmigung weiter an den Regierungsrat.

Nach Maßgabe der Statuten entscheidet die Kommission über Bezugsberechtigung und Höhe des Bezuges. In Fällen von nicht periodisch wiederkehrenden Unterstützungen, deren Höhe in den Sta-

tuten nicht zahlenmäßig festgelegt ist, verfügt sie über einen Kredit bis auf die Höhe von insgesamt 500 Fr. Gegen ihre Beschlüsse steht den Beteiligten innerhalb zehn Tagen die Beschwerde an den Regierungsrat offen.

Art. 31. Der Präsident vertritt die Unterstützungskasse nach außen und führt die Oberaufsicht über das gesamte Verwaltungswesen. Er versammelt und leitet die Verwaltungskommission, sowie die Mitgliederversammlungen, ordnet die Bezahlung der Rechnungen und der bewilligten Renten an, sowie die Anlage der Gelder, prüft und unterzeichnet die von dem Verwalter ausgefertigten Zahlungsanweisungen, nimmt die von der kantonalen Finanzverwaltung aufgestellte Jahresrechnung entgegen und unterbreitet sie der Rechnungsprüfungskommission zur Prüfung und Begutachtung.

Art. 32. Der Verwalter kontrolliert den Ein- und Austritt, sowie die Zivilstandsverhältnisse der Mitglieder, führt hierüber ein genaues Verzeichnis und füllt die für die technischen Neuberechnungen bestimmten Zählkarten sorgfältig aus. Spätestens am 15. des letzten Monats jedes Quartals unterbreitet er dem Präsidenten die statutengemäß ausgefertigten Zahlungsanweisungen zur Erhebung der Beiträge und zur Ausrichtung der Renten (auch bezüglich der Witwen- und Waisenstiftung), und ebenso stellt er die Abrechnungen über die Auslösung von austretenden Mitgliedern aus. Er verwahrt die wichtigen Aktenstücke der Unterstützungskasse und vertritt im Verhinderungsfalle den Präsidenten.

Art. 33. Der Aktuar führt die Protokolle über die Sitzungen der Verwaltungskommission und der Mitgliederversammlungen. Er verfaßt den Jahresbericht, sowie den Bericht über die technischen Neuberechnungen und besorgt in Verbindung mit dem Präsidenten die Korrespondenz.

Art. 34. Die Rechnungsprüfungskommission ist die Kontrollstelle der Lehrerunterstützungskasse. Sie prüft und begutachtet die von der kantonalen Finanzverwaltung gestellte Jahresrechnung, kontrolliert die Anlage der Gelder und nimmt alljährlich eine Revision der Wertschriften vor. Über ihren Befund erstattet sie der Verwaltungskommission, sowie der Mitgliederversammlung Bericht und Antrag.

Art. 35. Die Mitglieder versammeln sich ordentlicherweise einmal jährlich am Tage der Kantonallehrerkonferenz unter dem Vorsitz des Präsidenten der Verwaltungskommission. Sofern es die letztere als notwendig erachtet, kann eine Generalversammlung der Mitglieder auch auf einen besondern Tag einberufen werden.

Der Mitgliederversammlung kommt zu:

1. Genehmigung der Jahresrechnung und des Jahresberichtes der Kommission.
2. Wahl der Mitglieder der Verwaltungskommission — mit Ausnahme des Vertreters des Staates —. der beiden Revisoren der Unterstützungskasse und der beiden Vertreter der „alten Kasse".

(Vertrag vom 19. November 1898 und Übereinkunft vom 8. März 1917.)

3. Festsetzung der Besoldung des Präsidenten, des Verwalters, des Aktuars uud der Revisoren, sowie die Gewährung allfälliger weiterer Entschädigungen für außerordentliche Arbeiten.
4. Entscheid über außerordentliche Unterstützungen, welche von der Verwaltungskommission beantragt werden.
5. Allfällige Statutenänderungen.

Die Teilnahme an den Versammlungen ist für gewöhnlich fakultativ. Die Verwaltungskommission ist jedoch ermächtigt, bei besonders wichtigen Traktanden (Statutenänderungen, Wahlen u. s. w.) den Besuch als obligatorisch zu erklären. In diesem Falle werden ohne genügende Entschuldigung fehlende, im aktiven Schuldienste stehende Mitglieder zugunsten der Kasse mit 1 Franken gebüßt.

Entschuldigungen, die vom Vorstande der Kantonallehrerkonferenz für diese als gültig angenommen worden sind, gelten ohne weiteres auch für die Mitgliederversammlung der Unterstützungskasse.

F. Schlußbestimmungen.

Art. 36. Anträge, die eine Änderung der Statuten bezwecken, sind mindestens vier Wochen vor der Mitgliederversammlung der Verwaltungskommission schriftlich einzureichen, welche dieselben, mit ihrem eigenen Antrage versehen, der Versammlung zur Beschlußfassung unterbreitet.

Statutenänderungen, welche die finanzielle Seite der Kasse beschlagen, können nur nach einer periodischen Neuberechnung (Art. 35) stattfinden.

Art. 37. Je nach Verfluß von fünf Jahren soll der Stand und Gang der Kasse von einem Fachmann durch eingehende technische Berechnung genau geprüft und begutachtet werden. Eine Abänderung der Beiträge oder Renten kann nur auf Grund eines solchen Gutachtens stattfinden.

Art. 38. Diejenigen Mitglieder, welche bei der Gründung der Kasse noch nicht 25 Dienstjahre hatten, bezahlen ihrem Eintrittsalter entsprechend folgende Jahresbeiträge:

Eintrittsalter	bis 25	Jahre	Jahresbeitrag	70	Fr.
„	26—30	„	„	80	„
„	31—35	„	„	90	„
„	36—40	„	„	100	„

G. Übergangsbestimmungen.

Art. 39. Diejenigen Lehrerinnen, die auf Grund der Statuten vom Jahre 1912 schon nach dem zurückgelegten 54. Altersjahre beitragsfrei geworden, aber nach den gegenwärtigen Statuten noch beitragspflichtig sind, haben die Hälfte der ausgefallenen Beiträge ohne Zins nachzuzahlen. Treten sie inzwischen in den Genuß der Alters- oder Invalidenrente, so wird der ausstehende Betrag ratenweise an derselben in Abzug gebracht.

Art. 40. Alle in diesen Statuten enthaltenen Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1917 in Kraft und gelten auch für die gegenwärtigen Bezugsberechtigten.

Die Statuten vom Jahre 1912 werden dadurch aufgehoben und außer Kraft erklärt.

XV. Kanton Appenzell A.-Rh.

Primarschule.

Regulativ betreffend die Verwendung der Bundessubvention für die öffentliche Primarschule im Kanton Appenzell A.-Rh. (Vom 31. Mai 1917.)

§ 1. Die dem Kanton Appenzell A.-Rh. jährlich zufallende Bundessubvention wird zu folgenden Zwecken verwendet:

1. An den Bau oder wesentlichen Umbau von Schulhäusern und Turnhallen, an die Neuanlage oder Erweiterung von Turnplätzen und an die Anschaffung von Turngeräten.
2. An die Ausbildung schwachbegabter Kinder im Sinne von § 6 dieses Regulativs.
3. An die Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder.
4. An die Errichtung neuer Lehrstellen bei Einführung von Ganztagschulen oder des 8. Schuljahres im Sinne von § 3 dieses Reglements.
5. An die Erhöhung der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionen durch staatliche Zulagen zu den Leistungen der allgemeinen Lehrerpensionskasse.
6. Zur Äufnung der allgemeinen Lehrerpensionskasse.
7. An weitere im Bundesgesetz genannte Zwecke, sofern die Mittel dazu reichen.

§ 2. Für die in § 1, Ziffer 1, genannten Zwecke können jährlich bis auf 15,000 Fr. verwendet werden.

An den rationellen Bau oder wesentlichen Umbau*) von Schulhäusern und Turnhallen werden Subventionen von 10 %, an die Anlage oder Erweiterung von Turnplätzen, sowie an die Anschaffung von Turngeräten solche von 25 % der Kosten verabfolgt.

Die genannten Bauten und Anlagen müssen nach einem vom Regierungsrat genehmigten Plane ausgeführt werden. Pläne, Baubeschrieb und Kostenvoranschlag sind vor Beginn des Baues der Erziehungsdirektion einzusenden.

Die Festsetzung der Subvention erfolgt nach vorgenommener Kollaudation des Baues auf Antrag des Regierungsrates durch den Kantonsrat.

*) Als wesentlicher Umbau gelten Bauarbeiten, die eine wesentliche Veränderung des Grund- oder Aufrisses des Gebäudes zur Folge haben oder welche eine wesentliche Verbesserung der Baute in schulhygienischer Beziehung bedeuten. (Art. 10 der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz betreffend die Unterstützung der öffentlichen Primarschule.)

Die Auszahlung kann bei starker Inanspruchnahme des bezüglichen Kredites auf mehrere Jahre verteilt werden.

Durch die in diesem Paragraphen vorgesehenen Subventionen werden die in § 35 der Schulverordnung ausgesetzten Schulhausprämien nicht berührt.

§ 3. Gemeinden, welche durch Errichtung neuer Ganztagschulen für wenigstens zwei Oberklassen (5. bis 7. Klasse) oder durch Einführung des achten Schuljahres weitere Lehrkräfte nötig haben, erhalten für dieselben per Lehrstelle einen jährlichen Beitrag von je 500 Fr. für die Dauer von 10 Jahren.

Diese Bestimmung ist bezüglich der Frist rückwirkend.

§ 4. Zu den in den Statuten der Lehrerpensionskasse festgesetzten Pensionen werden aus der Bundessubvention folgende Zulagen verabfolgt:

a) An die Alterspensionen 400 Fr.,
b) an die Invalidenpensionen, wenn der Rücktritt erfolgt mit
   15 und mehr kantonalen Dienstjahren . . . . . 200 Fr.
   10 bis 14 „ „ . . . . . 100 „ ;
c) an die Pensionen für Witwen mit Kindern unter 18 Jahren 100 Fr.,
d) an die Pensionen für Witwen ohne Kinder unter 18 Jahren und einzelne Ganzwaisen 50 Fr.

Die Zulagen für Arbeitslehrerinnen betragen 200 Fr. bei Alterspensionen, 100 beziehungsweise 50 Fr. bei Invalidenpensionen im Sinne von lit. b.

In Fällen besonders drückender Not kann einem Bezüger der Invalidenpension eine staatliche Zulage bis auf 400 Fr. zuerkannt werden.

Über die Erhöhung der Invalidenpension entscheidet der Regierungsrat auf Antrag der Landesschulkommission.

§ 5. Denjenigen Primarlehrern und -lehrerinnen, welche aus den in § 12 und § 5 der Statuten der Lehrerpensionskasse genannten Gründen derselben nicht angehören, wird aus der Bundessubvention der gleiche Betrag ausbezahlt, wie er als staatliche Zulage für die Mitglieder der Lehrerpensionskasse in § 5 dieses Regulativs vorgesehen ist.

In bezug auf den Beginn der Bezugsberechtigung und die Art der Auszahlung an solche Lehrer oder deren Hinterlassene gelten die gleichen Vorschriften, wie für die Mitglieder der Lehrerpensionskasse.

§ 6. Gemeinden, welche schwachbegabten Kindern Nachhilfeunterricht erteilen, oder Spezialklassen für dieselben errichten, erhalten an die bezüglichen Kosten einen Beitrag von 40 %.

§ 7. Die Auslagen der Gemeinden für Ernährung und Bekleidung armer Schulkinder werden mit 40 % subventioniert.

§ 8. Je auf Ende Juni haben die Gemeinden dem Aktuariat der Landesschulkommission eine Zusammenstellung ihrer subventions-

berechtigten Auslagen im abgelaufenen Rechnungsjahr (Kalenderjahr), unter gleichzeitiger Einsendung der detaillierten Rechnungen, einzugeben.

Die Vorschläge für die Verwendung der Bundessubvention sollen von der Landesschulkommission dem Regierungsrate alljährlich so rechtzeitig eingegeben werden, daß sie dem Kantonsrate in der ordentlishen Novembersitzung vorgelegt werden können. Die Auszahlung erfolgt nach der Genehmigung des Verteilungsplanes.

§ 9. Die Verwendung der Bundessubvention ist in den gedruckten Gemeinderechnungen spezifiziert aufzuführen.

§ 10. Dieses Regulativ tritt mit dem 1. Juni 1917 in Kraft. Damit ist dasjenige vom 29. November 1904 (revidiert am 25. November 1909) aufgehoben.

XVI. Kanton Appenzell I.-Rh.

Lehrerschaft aller Stufen.

Großratsbeschluß betreffend A. Beitragsleistung des Staates an die Primarschulgemeinden; B. Kriegsteuerungszulagen. (Vom 19. November 1917.)

A. Beitragsleistung des Staates an die Primarschulgemeinden.

Der Große Rat,

in Ausführung von Art. 10 der kantonalen Schulverordnung,

beschließt:

An die Leistungen der Schulgemeinden für die Besoldung der Primarschul-Lehrkräfte (als: Grundgehälter, Gehaltszulagen, Entschädigungen für Turnunterricht, Brennstoff und Beleuchtung) leistet der Staat für die Jahre 1918, 1919 und 1920 einen Beitrag von jährlich 50 %, an Kau ausnahmsweise 60 %.

Der Staatsbeitrag wird in vier gleichen Raten (am Schlusse jedes Vierteljahres) bezahlt.

Maßgebend für die Berechnung des Staatsbeitrages sind die Leistungen der Gemeinden in dem dem Subventionsjahre vorangegangenen Jahre.

Der Subventionierung der Naturalleistungen der Gemeinden wird folgende Bewertung zugrunde gelegt:

Brennstoff für die Wohnung jeder Lehrkraft 100 Fr. im Jahre.

Beleuchtung für die Wohnung jeder Lehrkraft 50 Fr. im Jahre.

B. Kriegsteuerungszulagen.

Der Große Rat beschließt:

Die Primarschulgemeinden sind verpflichtet, ihren Lehrkräften für das Jahr 1917 Kriegsteuerungszulagen von mindestens je 100 Fr. zu verabfolgen.

Außerdem haben sie den Primarlehrern, welche eigene Kinder im Alter unter 16 Jahren haben, für jedes Kind wenigstens 25 Fr. Kriegsteuerungszulagen zu gewähren.

An diese Zulagen vergütet der Kanton den Gemeinden 50 %.

XVII. Kanton St. Gallen.

Lehrerschaft aller Stufen.

Beschluß des Großen Rates des Kantons St. Gallen über die Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an Primar- und Sekundarlehrer der öffentlichen Schulen. (Vom 29. November 1917.)

Der Große Rat des Kantons St. Gallen,

in Anwendung von Art. 47 der Kantonsverfassung vom 16. November 1890 und von Art. 13 des Gesetzes über Handhabung des kantonalen Referendums und der Initiative vom 9. Januar 1893;

nach Einsicht einer Botschaft des Regierungsrates vom 23. Oktober 1917,

beschließt:

1. Den Primar- und Sekundarlehrern der öffentlichen Schulen des Kantons St. Gallen werden für das Jahr 1918 folgende Kriegsteuerungszulagen verabfolgt:

An Verheiratete:

Bei	einem	Einkommen	bis		2000	Fr.			500	Fr.
„	„	„	von	über	2000	„	bis	2400 Fr.	400	„
„	„	„	„	„	2400	„	„	2800 „	300	„
„	„	„	„	„	2800	„	„	3600 „	200	„
„	„	„	„	„	3600	„			100	„

Für jedes Kind unter 18 Jahren wird zu vorstehenden Ansätzen ein Zuschlag von fünfzig Franken gewährt.

Unverheiratete erhalten die Hälfte der den Verheirateten gewährten Zulagen.

2. Als Einkommen fallen in Betracht: Die Lehrergehalte, die Personal- und Alterszulagen und die Einnahmen aus Nebenbeschäftigungen, letztere nur, soweit sie den Betrag von 300 Fr. übersteigen.

3. Die Wohnungsentschädigung oder der Mietwert der Amtswohnung wird nicht in Anrechnung gebracht. Ist die Wohnungsentschädigung im festen Gehalt inbegriffen, so kommt ein den örtlichen Verhältnissen entsprechender Betrag in Abzug.

4. Den Lehrern, die eine gesetzliche Fürsorge für Angehörige tatsächlich erfüllen, wird ein Zuschlag von fünfzig Franken für jede unterstützte Person gewährt.

5. Bei besonders drückenden Verhältnissen, zum Beispiel bei schwerer Krankheit des Lehrers oder seiner Familienangehörigen, kann die Teuerungszulage erhöht werden.

6. In diesem Beschlusse sind die Lehrerinnen den unverheirateten Lehrern gleichgestellt.

7. An die Kriegsteuerungszulage leisten:

bei einer Schulsteuer									der Kanton	die Schulgemeinde
bis	und	mit	40	Rp.	von	100	Fr.	Vermögen	50 Prozent	50 Prozent
„	„	„	45	„	„	100	„	„	55 „	45 „
„	„	„	50	„	„	100	„	„	60 „	40 „
„	„	„	55	„	„	100	„	„	65 „	35 „
„	„	„	60	„	„	100	„	„	70 „	30 „
von	über		60	„	„	100	„	„	75 „	25 „

Maßgebend ist der durchschnittliche Steuersatz für die in den Schuljahren 1913/14 bis 1916/17 erhobenen ordentlichen Schulsteuern.

8. Dieser Beschluß wird als dringlich erklärt. Der Regierungsrat wird mit dessen Vollzug beauftragt und ihm der hiefür erforderliche Kredit erteilt.

XVIII. Kanton Graubünden.

1. Volksschule.

I. Verordnung über die Inspektion der bündnerischen Volksschulen.

(Vom 4. September 1917.)

1. Zur Leitung, Förderung und Beaufsichtung des Volksschulwesens wird der Kanton Graubünden in Schulbezirke eingeteilt, deren Zahl und Umfang vom Kleinen Rat zu bestimmen sind.

2. Für jeden Schulbezirk wird ein Schulinspektor gewählt. Die Wahl erfolgt auf Vorschlag der Erziehungskommission durch den Kleinen Rat auf eine Amtsdauer von drei Jahren.

3. Die Inspektoren sind dem Erziehungsdepartement unterstellt. Sie beaufsichtigen und überwachen das gesamte Volksschulwesen, insbesondere die Primarschule, die Sekundarschule, die Mädchenarbeitsschule, die bürgerliche und die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule.

Es kann ihnen auch die Aufsicht über die gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschule, soweit der Kanton dabei in Betracht kommt, übertragen werden.

Die Anordnung einer besondern Fachprüfung für den Fremdsprachunterricht der Sekundarschule, für das Turnen, für die Mädchenarbeitsschule und für die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule bleibt vorbehalten.

Die Inspektoren überwachen und prüfen auch die privaten Schulen und Anstalten nach Maßgabe des Gesetzes über Schulpflicht und Schuldauer (Art. 5 und 6).

4. Die Inspektoren haben darüber zu wachen, daß Gemeinden, Schulbehörden und Lehrerschaft ihren Pflichten gegenüber der Schule in jeder Beziehung nachkommen.

Sie haben sich von der Durchführung der Schulpflicht, von der Regelmäßigkeit des Schulbesuches, von der zweckmäßigen und vollen

Ausnützung der Schulzeit und von der angemessenen Bestrafung unentschuldigter Versäumnisse zu überzeugen.

Sie sind zur Einsichtnahme in die Schulratsprotokolle, Schülerverzeichnisse und Versäumnislisten jederzeit berechtigt.

Wo der Schulrat keine Gewähr für die Handhabung der Schulgesetze und für den Einzug der Schulbußen bietet, hat der Inspektor bestimmte Weisungen zu erteilen und sich nötigenfalls jeden Monat Rechenschaft über den Stand der Dinge ablegen zu lassen.

5. Die Inspektoren haben die Schulen ihres Bezirkes in der Regel mindestens einmal jährlich, in besonderen Fällen aber so oft zu besuchen, als sie es zur genauen Kenntnis der innern und äußern Verhältnisse derselben für notwendig halten.

6. Sie haben zu prüfen, ob der Unterricht im Sinne der Bundes- und Kantonsverfassung ein genügender ist, wobei im wesentlichen der Lehrplan als Maßstab und Richtlinie zu dienen hat.

Dabei ist das Hauptaugenmerk mehr auf die Selbsttätigkeit und auf die Erziehung und Bildung im allgemeinen, als auf lückenloses Wissen in den einzelnen Fächern zu richten.

Bei der Beurteilung der Schulen soll auf besondere Schwierigkeiten, die in örtlichen und sozialen Verhältnissen liegen, Rücksicht genommen werden.

7. Die Inspektoren sind berechtigt, den Stundenplan für den Prüfungstag aufzustellen. Sie können das Fachgebiet bezeichnen, in dem geprüft oder unterrichtet werden soll. Sie können auf Wunsch des Lehrers oder des Schulrates, oder, wo dies zur genauern Orientierung dienlich erscheint, selber prüfend oder lehrend in den Gang des Unterrichts eingreifen.

8. Wo die Prüfung auf Mängel in der Schulführung schließen läßt, veranlaßt der Inspektor in Abwesenheit der Schüler nach Gutfinden eine Besprechung des Standes der Schule, wobei er Lehrer und Schulrat zur Beseitigung von Übelständen und zur Durchführung von Verbesserungen mit Rat und Tat an die Hand zu gehen hat.

9. Die Inspektoren haben darauf zu dringen, daß Schulhäuser, Lehrzimmer, Heizanlagen, Vorräume und Aborte in gutem baulichem Zustand erhalten und einer regelmäßigen gründlichen Reinigung unterzogen werden.

Sie achten darauf, daß jeder der Schule nachteilige Gebrauch der Schulräume vermieden wird.

Sie haben auf möglichst rasche Beseitigung und Verbesserung gesundheitschädlicher Einrichtungen, wie schlechter Bestuhlung, ungenügender Heizung, mangelhafter Beleuchtung und unzureichender Lüftung zu dringen.

Sie haben den Werkunterricht und den Handfertigkeitsunterricht und die Beschaffung zweckdienlicher Räume und Werkzeuge zu fördern.

Sie haben auf die Anlage genügender Turn- und Spielplätze zu dringen und rückständige Schulgemeinden dem Erziehungsdepartement zur Anzeige zu bringen.

10. Sie haben die Schulgemeinden zur Anschaffung der erforderlichen Lehr- und Anschauungsmittel anzuhalten und ihnen dabei mit Anregung und Hilfe beizustehen.

Sie haben die Einteilung der Klassen zu überwachen und Streitigkeiten über Beförderungen und Klassenwechsel nach gewissenhafter Prüfung endgültig zu entscheiden.

Sie haben die Trennung und Verschmelzung von Schulen und Schulabteilungen zuhanden der Schulräte zu begutachten und das Erziehungsdepartement über notwendige oder vollzogene Änderungen zu unterrichten.

11. Die Inspektoren haben sich der Kinderfürsorge anregend und fördernd anzunehmen.

Sie haben sich zu überzeugen, daß armen Kindern die persönlichen Lehrmittel unentgeltlich abgegeben und die zum Schulbesuch notwendigen ordentlichen und reinlichen Kleider beschafft werden.

Sie haben darauf zu achten, daß armen Schulkindern das Schulgeld für die Sekundarschule erlassen wird.

Wo sich der Unterricht an den Kindern infolge häuslicher Verhältnisse — Unterernährung, Ausbeutung, Mißhandlung oder Landstreicherei — als unfruchtbar erweist, ist bei der zuständigen Behörde — Schulrat, Armenpflege, Kreisamt oder Vormundschaftsbehörde — Anzeige zu erstatten und auf Abhilfe zu dringen.

12. Die Schulinspektoren haben zu veranlassen, daß geistig oder körperlichkranke oder zurückgebliebene Kinder, die durch ihren Zustand den Unterricht hemmen, und daß sittlich verdorbene Kinder, die durch ihr Verhalten die Mitschüler moralisch gefährden, von der öffentlichen Schule ferngehalten und geeigneten Anstalten zur Erziehung übergeben werden.

13. In ausgedehnten Schulgemeinden haben sie die Errichtung von Schulküchen anzustreben. Sie überzeugen sich, daß Kindern mit weiten und schwierigen Schulwegen die Möglichkeit eines warmen Mittagessens, des Trocknens durchnäßter Kleider und nötigenfalls des Übernachtens am Schulort geboten und daß in besondern Verhältnissen bei schlechtem Wetter regelmäßiger Schulbesuch und ungefährdete Heimkehr gesichert wird.

Die Schulinspektoren haben die Bestellung von Schulärzten durch die Schulgemeinden, zum mindesten aber die ärztliche Untersuchung der Schulrekruten und die Beachtung der Untersuchungsergebnisse anzustreben.

14. Die Inspektoren befürworten die Besserstellung ungenügend besoldeter Lehrkräfte und suchen, wo die Schule gut geleitet ist, durch Einwirkung auf die Schulräte unbegründeten Lehrerwechsel zu verhindern.

Bei Streitigkeiten zwischen Schulräten und Lehrerschaft haben sie als Vermittler einzugreifen und dafür zu sorgen, daß der Schule daraus kein dauernder Schaden erwachse.

15. Die Inspektoren haben am Schluß des Schuljahres an Hand eines geeigneten amtlichen Formulars dem Erziehungsdepartement über die gemachten Beobachtungen Bericht zu erstatten. Dabei sind die Weisungen des Erziehungsdirektors mit Bezug auf besondere Fragen, die zur Prüfung und Beantwortung gelangen sollen, zu berücksichtigen.

In allen Fällen, wo sich auf dem Wege der Anregung, der Mahnung und Verwarnung von seiten des Schulinspektors ein befriedigender und der Schule würdiger Zustand nicht erreichen läßt, ist jederzeit durch besondere Anzeige dem Erziehungsdepartement Bericht und Antrag zu unterbreiten.

16. Die Besoldung der Schulinspektoren regelt sich mit Bezug auf Tag- und Reisegelder nach der Verordnung über die Besoldung kantonaler Beamten und Angestellten.

Schriftliche Arbeiten, Gutachten, Untersuchungen und Berichterstattung sind im Verhältnis der darauf verwendeten Zeit und Mühe zu berechnen.

Für Zeitaufwand, der durch saumseliges oder ungesetzliches Verhalten der Schulbehörden verursacht wird, ist dem Erziehungsdepartement zu Lasten der betreffenden Gemeinde gesonderte Rechnung zu stellen.

17. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1917 in Kraft. Damit erlischt die Instruktion für die Inspektoren der bündnerischen Volksschulen vom Jahr 1865.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Gesetz betreffend die Besoldung der Volksschullehrer. (Vom 11. November 1917.)

Art. 1. Das Besoldungsminimum für patentierte Volksschullehrer und -lehrerinnen wird ohne Rücksichtnahme auf die Dauer der Schule auf 1400 Fr. festgesetzt.

Für Lehrer, die auf Grund provisorischer Erlaubnis oder eines Admissionsscheines Schule halten, beträgt das Minimum 1100 Fr.

Art. 2. An dieses Gehaltsminimum leistet die Gemeinde inklusive des bisher verabfolgten Bundesbeitrages 800 Fr.

Der Kanton bezahlt an patentierte Lehrer 600 Fr., an Lehrer mit definitiver oder provisorischer Erlaubnis 300 Fr.

Art. 3. Schulgemeinden, die schon vor Geltung dieses Gesetzes einen Lehrergehalt von 1400 Fr. erreicht oder überschritten hatten, dürfen ihre bisherigen Leistungen nicht vermindern. (§ 9 der Schulordnung.)

Art. 4. Außer obigen Leistungen gewährt der Kanton an patentierte Lehrer, die an einer öffentlichen Gemeindeschule angestellt sind und hinsichtlich ihrer Leistungen und ihres sittlichen Betragens zu keinen begründeten Klagen Anlaß geben, folgende jährliche Alterszulagen:

Von 6—10 Dienstjahren 50 Fr.
Von 11 und mehr Dienstjahren 100 „

Art. 5. An arme Gemeinden wird der Kanton zur Bestreitung der Lehrerbesoldungen angemessene Beiträge bewilligen. Darüber hat der Große Rat die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Art. 6. Dieses Gesetz tritt mit der Annahme durch das Volk in Kraft und es wird dadurch das Gesetz betreffend die Besoldung der Volksschullehrer vom 31. Oktober 1909 außer Kraft gesetzt.

XIX. Kanton Aargau.

Lehrerschaft aller Stufen.

I. Verfassungsbestimmung (Art. 65) und Gesetz über Lehrerbesoldungen und Staatsbeiträge an die Schulgemeinden. (Vom 22. Oktober 1917.)

Der Große Rat des Kantons Aargau beschließt:

A. Verfassungsbestimmung.

An Stelle des Art. 65 der Staatsverfassung vom 23. April 1885 tritt folgende Bestimmung:

Die Mindestbesoldungen und die Dienstalterszulagen für Lehrstellen an den Bezirks-, Gemeinde- und Bürgerschulen, sowie an den Arbeitsschulen werden durch das Gesetz bestimmt.

An die Mindestbesoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Gemeinde-, Bürger- und Arbeitsschulen leistet der Staat den Gemeinden je nach ihren Steuer- und Vermögensverhältnissen Beiträge von 20—70 %.

Der Übergang von den jetzigen Staatsbeiträgen an die Lehrerbesoldungen der Gemeinden zu den vorstehenden Ansätzen von 20 bis 70 % wird durch das Gesetz geregelt und soll spätestens zwei Jahre nach dem Inkrafttreten der gegenwärtigen Verfassungsrevision vollzogen sein.

Die Amtsdauer der Lehrer beträgt sechs Jahre.

B. Gesetz über Lehrerbesoldungen und Staatsbeiträge an die Schulgemeinden.

I. Besoldungen und Staatsbeiträge.

§ 1. Die jährliche Mindestbesoldung beträgt:

a) Für eine Gemeindeschullehrstelle 2000 Fr.,
b) für den Halbjahreskurs der Bürgerschule 200 Fr.,
c) für jede Abteilung der Arbeitsschule 200 Fr.

§ 2. An diese Besoldungen leistet der Staat gemäß Art. 65 der Staatsverfassung folgende Beiträge:

20 %	bei 0—3,00 Steuern	50 %	bei 6,01—7,00 Steuern
25 %	„ 3,01—4,00 „	60 %	„ 7,01—8,00 „
30 %	„ 4,01—5,00 „	70 %	„ höherer Steuerlast.
40 %	„ 5,01—6,00 „		

Zur Berechnung der Steuerlast werden die Schul-, Polizei- und Armensteuern herbeigezogen.

§ 3. Die jährliche Mindestbesoldung für eine Lehrstelle an der dreiklassigen Fortbildungsschule beträgt 2600 Fr.

§ 4. Der jährliche Staatsbeitrag an dreiklassige Fortbildungsschulen wird folgendermaßen festgesetzt:

1300 Fr.	bei	0—3,00	Steuern
1400 „	„	3,01—4,00	„
1500 „	„	4,01—5,00	„
1600 „	„	5,01—6,00	„
1700 „	„	6 und mehr	„

§ 5. Das Minimum der Jahresbesoldung für Lehrkräfte an der Bezirksschule beträgt

für die Hauptlehrstellen 3200 Fr.,

für die Hilfslehrfächer 115 Fr. pro Jahresstunde.

§ 6. Der Staat leistet pro Jahr an jede Bezirksschule einen Beitrag von 4500 Fr. bis 6600 Fr. Die Beiträge werden folgendermaßen bemessen:

	Zahl der Hauptlehrer:			
	2	3	4	5 und mehr
bei 0—3 Steuern . .	4500	5000	5400	5500
„ 3,01—4 „ . .	4800	5300	5800	5900
„ 4,01—5 „ . .	5200	5700	6200	6300
„ mehr als 5 „ . .	5600	6200	6500	6600

Für Bezirksschulen, die von Gemeinden und Privaten gemeinschaftlich gegründet und unterhalten werden, wird der Staatsbeitrag unter Berücksichtigung der Zahl der Hauptlehrer und der finanziellen Verhältnisse der Schule vom Regierungsrat festgesetzt.

§ 7. Der Staat trägt die Kosten der Stellvertretung, wenn der Lehrer die erste Rekrutenschule absolvieren muß.

II. Dienstalterszulagen.

§ 8. Die definitiv angestellten Lehrer und Lehrerinnen an den Gemeinde-, Fortbildungs- und Bezirksschulen erhalten außer den durch die Gemeinden festgesetzten Besoldungen vom zurückgelegten 5. Dienstjahr an staatliche Dienstalterszulagen von 100 Fr. nach jedem weitern Dienstjahr bis zum Maximum von 1000 Fr. nach 14 Dienstjahren.

Für die Zulagenberechtigung kommen die in fester Anstellung im aargauischen Schuldienst zugebrachten Dienstjahre in Anrechnung.

Lehrkräfte an Gesamtschulen erhalten drei besondere Zulagen von je 100 Fr. nach dem 3., 5. und 7. Dienstjahre, sofern sie an der gleichen Schule wirken. Wird eine solche Schule getrennt, so fallen die Zulagen weg.

Die definitiv angestellten Arbeitslehrerinnen erhalten in derselben Zeitfolge wie in Absatz 1 zehnmal eine Dienstalterszulage von je 10 Fr. für jede Abteilung.

Die Hilfslehrer an Bezirksschulen mit 24 und mehr Wochenstunden werden in bezug auf die Dienstalterszulagen den Hauptlehrern gleichgehalten. Die Hilfslehrer mit weniger als 24 Wochenstunden erhalten reduzierte staatliche Dienstalterszulagen im Verhältnis ihrer Wochenstundenzahl.

Lehrkräfte an aargauischen, staatlich unterstützten Erziehungsanstalten, deren Wahl von der Erziehungsdirektion genehmigt worden ist, werden in bezug auf die Dienstalterszulagen den Gemeindeschullehrern gleichgehalten.

III. Übergangsbestimmungen.

§ 9. Für das erste und zweite Jahr des Gesetzesvollzuges werden die bisherigen Alterszulagen des Staates an die Lehrerschaft um die Hälfte des Unterschiedes zwischen der bisherigen und dem vorliegenden Gesetz entsprechenden Dienstalterszulage erhöht mit der Bestimmung, daß allen zulageberechtigten Lehrern, deren Zulagenerhöhung für 1917 und 1918 unter 200 Fr. bleibt, schon 1917 und 1918 die volle Erhöhung nach dem Gesetz bis zu 200 Fr. auszurichten ist. Mit dem dritten Jahre werden die höhern Ansätze des Gesetzes ganz erreicht.

§ 10. Die Staatsbeiträge für die Gemeinde-, Bürger- und Arbeitsschulen sind wie folgt auszurichten:

a) Im ersten Jahre des Vollzuges des Gesetzes nach Maßgabe des neuen Besoldungsminimums und unter Anwendung der bisherigen Prozentansätze.
b) Im zweiten Jahre mit einem Zuschlag, der die Hälfte beträgt des Unterschiedes zwischen den Staatsbeiträgen des ersten Jahres und den Beiträgen, die sich aus der Anwendung der verfassungsmäßigen Ansätze von 20—70 % ergeben.
c) Im dritten Jahr mit unbeschränkter Anwendung der verfassungsmäßigen Ansätze von 20—70 %.

§ 11. Die Staatsbeiträge an die Fortbildungs- und Bezirksschulen sind wie folgt zu berechnen und auszurichten:

a) Im ersten Jahr des Vollzuges des Gesetzes auf Grund der bisherigen Berechnung.
b) Im zweiten Jahr mit einem Zuschlag, der die Hälfte beträgt des Unterschiedes zwischen den Staatsbeiträgen des ersten

Jahres und den Beiträgen, welche sich aus der Anwendung der §§ 4 und 6 hievor ergeben.

c) Im dritten Jahr mit unbeschränkter Anwendung der §§ 4 und 6 hievor.

IV. Schlußbestimmungen.

§ 12. Durch vorstehendes Gesetz werden aufgehoben das Gesetz für Erhöhung der Lehrerbesoldungen vom 23. November 1898, sowie Absatz 3 des § 10 des Gesetzes betreffend die obligatorische Bürgerschule vom 28. November 1894.

§ 13. Der Regierungsrat wird diese Verfassungsänderung und das Gesetz nach deren Annahme in der Volksabstimmung mit Wirkung vom 1. Januar 1917 an in Vollzug setzen.

---

2. Großratsbeschluß betreffend die Ausrichtung außerordentlicher Alterszulagen an die Bezirks-, Fortbildungs- und Anstaltslehrer. (Vom 8. Februar 1917.)

Der Große Rat des Kantons Aargau,
in Anwendung von Art. 33, lit. f, der Staatsverfassung,
beschließt:

§ 1. Die Fortbildungslehrer, die Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen der Bezirksschulen, diejenigen Hilfslehrer an den Bezirksschulen, die wöchentlich 24 und mehr Unterrichtsstunden erteilen und die im Besitze des aargauischen Lehrerpatentes sich befindenden Vorsteher und Lehrer von Erziehungsanstalten erhalten pro 1917 und folgende Jahre die nachstehenden außerordentlichen Alterszulagen: Lehrkräfte mit zurückgelegten acht Dienstjahren 50 Fr., mit zurückgelegten 13 Dienstjahren 150 Fr. und mit vollendeten 20 Dienstjahren 250 Fr.

Die Hilfslehrer an den Bezirksschulen mit weniger als 24 wöchentlichen Unterrichtsstunden, deren Lehrtätigkeit Hauptbeschäftigung im Sinne des Großratsbeschlusses vom 10. Februar 1903 ist, erhalten bei gleichem Dienstalter eine ihrer Stundenzahl entsprechende reduzierte Alterszulage, wobei als Teiler zur Berechnung des Betreffnisses die Zahl 24 angenommen wird.

§ 2. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug dieser Schlußnahme beauftragt, und es wird ihm hiefür der erforderliche Kredit erteilt.

---

3. Aus **Dekret betreffend die Festsetzung der Besoldungen der Staatsbeamten.** (Vom 9. Februar 1917.)

§ 3. Wo die Besoldung durch ein Minimum und ein Maximum bestimmt ist, gilt beim Eintritt die Minimalbesoldung als Regel.

Wird ein ständiger Beamter aus einer untern in eine höhere Stellung gewählt, so sind ihm die in den frühern Stellungen ver-

brachten Dienstjahre bei der Festsetzung der neuen Besoldung bis zur Hälfte anzurechnen (§ 4).

Besondere Fähigkeiten können ausnahmsweise durch Gewährung einer höhern als der Minimalbesoldung berücksichtigt werden.

§ 4. Jedem Beamten, der mit der Minimalbesoldung beginnt, wird nach je zwei Dienstjahren die Besoldung zwischen Minimum und Maximum gleichmäßig um so viel erhöht, daß das Maximum nach zehn Dienstjahren erreicht wird.

Den Beamten, die mit einer höhern als der Minimalbesoldung angestellt werden, wird die Besoldung bis zum Maximum nach je zwei Dienstjahren um den gleichen Betrag erhöht, wie wenn sie mit dem Minimum angestellt worden wären.

Im Falle ungenügender Leistung oder mangelhafter Pflichterfüllung soll jedoch diese Erhöhung nicht bewilligt werden.

§ 12. Wenn ein Beamter oder Angestellter, dessen Tätigkeit im Staatsdienst Lebensberuf war, stirbt, so ist die Besoldung seiner Witwe oder seinen im Zeitpunkt des Ablebens von ihm unterstützten Verwandten in auf- oder absteigender Linie noch für ein halbes Jahr, vom Sterbetag hinweg, auszurichten.

Den nächsten und ausschließlichen Anspruch auf das Sterbesemester hat die Witwe; unter den übrigen Verwandten entscheidet die gesetzliche Erbfolge.

Das Sterbesemester ist weder zugunsten der Gläubiger des verstorbenen Beamten oder Angestellten, noch zugunsten der Gläubiger der anspruchsberechtigten Verwandten pfändbar.

§ 15. Die hiernach genannten Beamten und Angestellten des Staates beziehen folgende Jahresbesoldungen:

Lehrer und Beamte an den Staatsanstalten.

I. Kantonsschule:

Ein Hauptlehrer	5000—6200 Fr.
Der Rektor, Zulage	800—1200 „
Konrektor, Zulage	200— 300 „

2. Lehrerseminar Wettingen:

Der Direktor nebst Familienwohnung mit Licht, Heizung und Garten	5300—6300 Fr.
Der Stellvertreter des Direktors, Zulage	200— 300 „
Ein Hauptlehrer	5000—6200 „
Der Lehrer der Übungsschule	3500—5000 „
Der Verwalter, zugleich Hilfs- und Bürgerschullehrer	3500—5000 „

3. Lehrerinnenseminar und Töchterinstitut Aarau:

Ein Hauptlehrer	5000—6200 Fr.
Eine Hauptlehrerin	4200—5600 „
Rektor, Zulage	400— 600 „

4. Bezirksschule Muri:

Ein Hauptlehrer	3500—4200 Fr.
Zudem die staatlichen Alterszulagen.	
Der Rektor, Zulage, nebst Familienwohnung . .	250 „

5. Gewerbemuseum:

Der Direktor	5500—6500 Fr.
Der Stellvertreter, Zulage	200 „
Der Assistent	3000—3700 „
Ein Hauptlehrer a) bei Ganzjahreskurs	4000—4500 „
b) bei Halbjahreskurs	2500—3000 „
Eine Hauptlehrerin	2500—3200 „

6. Landwirtschaftliche Winterschule:

Ein Fachlehrer	3200—4200 „
Lehrer für allgemeine Schulfächer	2000—3000 „
Der Rektor, Zulage	500 „

10. Zwangserziehungsanstalt Aarburg:

Der Direktor, nebst Familienwohnung mit Licht, Heizung und Garten	4300—5300 Fr.
Der Buchhalter	3000—4000 „
Erster Lehrer, nebst Familienwohnung mit Licht, Heizung und Garten	2500—3200 „
Zweiter Lehrer	2600—3200 „

11. Erziehungsanstalt Olsberg:

Der Hausvater, nebst freier Station für die Familie	2000—3000 Fr.
Ein Lehrer, nebst freier Station für sich . . .	1800—2200 „

Werden auch andern Beamten und Angestellten Wohnungen in Staatsgebäuden zur Verfügung gestellt, so hat der Regierungsrat die hiefür von ihnen zu bezahlende Entschädigung festzusetzen.

Die Besoldungen der Angestellten der Staatsanstalten und Staatsgebäude (Aufseher, Abwarte, Wärter, Handwerker, Werkführer, Arbeiter und Dienstboten etc.) werden auf Vorschlag der zuständigen Direktionen durch Reglement vom Regierungsrat festgesetzt.

§ 16. Die Besoldungen für alle Nebenbeamtungen (Anstaltsgeistliche, Bezirksärzte, Bezirkstierärzte, Schulinspektoren, Arbeitsoberlehrerinnen etc.), sowie für die Hilfslehrer und für Überstunden werden vom Regierungsrate festgesetzt unter Berücksichtigung des jeweiligen Voranschlages über die Einnahmen und Ausgaben des Kantons.

Übergangsbestimmungen.

§ 17. Dieses Dekret tritt mit 1. Januar 1917 in Kraft.

Für 1917 und 1918 werden jedoch die Besoldungen nur um die Hälfte des Unterschiedes zwischen der frühern dekretsgemäßen Besoldung und der dem neuen Dekret entsprechenden Besoldung erhöht, so daß erst mit dem Jahre 1919 die höheren Ansätze dieses Dekrets ganz erreicht werden.

Die Besoldungen für 1917 und 1918 sollen aber in keinem Falle niedriger sein, als das neue Minimum.

§ 18. Durch dieses Dekret werden die Besoldungsdekrete vom 30. November 1905 (Regierung und Obergericht), 25. November 1908 (Allgemeines Besoldungsdekret), 5. Juli 1911 (Grundbuchbeamte), ferner § 6 des Dekrets betreffend Organisation der kantonalen Lebensmitteluntersuchungsanstalt vom 26. Mai 1909, die Großratsschlußnahme betreffend Besoldungserhöhungen für die Beamten des Kantonsgeometerbureaus vom 5. Juli 1911, sowie alle weiteren mit ihm in Widerspruch stehenden Bestimmungen aufgehoben.

XX. Kanton Thurgau.

1. Mittel- und Berufsschulen.

1. Thurgauische Kantonsschule. Reglement über die Ausstellung eines Diploms der Handelsschule. (Vom 15. Dezember 1917.)

§ 1. An der Handelsabteilung der thurgauischen Kantonsschule findet am Ende des 5. Jahreskurses eine Diplomprüfung statt. Zu dieser Prüfung haben in der Regel nur diejenigen Schüler Zutritt, welche die letzte Klasse vollständig durchgemacht haben.

§ 2. Das Diplom ist ein Ausweis über ein bestimmtes Maß allgemeiner und kaufmännischer Bildung. Beim Übertritt in die Praxis befreit es vom Besuch der kaufmännischen Fortbildungsschule und von der kaufmännischen Lehrlingsprüfung.

§ 3. Die Prüfung zerfällt in eine schriftliche und eine mündliche. Gegenstand derselben bildet im wesentlichen der Lehrstoff der 4. und 5. Klasse. Der Zeitpunkt der Prüfung wird von der Aufsichtskommission auf Antrag des Lehrerkonvents festgesetzt.

§ 4. Für die schriftlichen Arbeiten wird in jedem Fach eine Zeit von 1—3 Stunden eingeräumt. Die mündliche Prüfung dauert per Schüler und Fach höchstens zehn Minuten.

§ 5. a) Die schriftliche Prüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

1. Deutsche Sprache oder deutsche Handelskorrespondenz;
2. Französische Sprache;
3. Maschinenschreiben;
4. Stenographie;
5. Kaufmännisches Rechnen;
6. Buchhaltung.

b) Die mündliche Prüfung umfaßt folgende Fächer:

1. Algebra;
2. Italienisch;
3. Handelslehre;

4. Chemie und Warenkunde;
5. Geographie;
6. Geschichte und Verfassungskunde.

Für die Handschrift wird eine Diplomnote ohne besondere Prüfung auf Grund der schriftlichen Arbeiten erteilt.

Anmerkung: Auf Wunsch kann der Schüler auch eine Prüfung im Englischen bestehen.

§ 6. Die Prüfungskommission besteht aus den prüfenden Fachlehrern und zwei Experten. Die letzteren bezeichnet die Aufsichtskommission. sei es aus ihrer Mitte, sei es aus dem praktischen Kaufmannsstande oder aus dem Lehrerkollegium einer Handelshochschule. In den Sitzungen der Prüfungskommission führt der Rektor der Kantonsschule den Vorsitz; als Schriftführer amtet der Aktuar des Lehrerkonvents.

§ 7. Die Themata für die schriftlichen Prüfungen werden der Aufsichtskommission zur Genehmigung vorgelegt. Die Prüfungsarbeiten werden vom Fachlehrer zensiert und nachher bei den Experten in Zirkulation gesetzt.

§ 8. Sofort nach Beendigung der mündlichen Prüfung setzt die Prüfungskommission die Prüfungsnoten fest. Als Diplomnote für sämtliche Prüfungsfächer gilt das Mittel aus der Prüfungsnote und der Durchschnittsnote aus den vier Quartalzeugnissen der 5. Klasse.

Für dasjenige der beiden Fächer Deutsche Sprache und Deutsche Handelskorrespondenz, in welchem keine schriftliche Prüfung stattgefunden hat, gilt die Durchschnittsnote aus den vier Quartalzeugnissen der 5. Klasse ausschließlich als Diplomnote.

§ 9. Für die Aufstellung der Fachnoten gelangt die Skala von 6—1, eventuell mit halben Noten, zur Anwendung; hiebei bezeichnet:

6 sehr gut,
5 gut,
4 genügend,
3 mangelhaft,
2 schwach,
1 sehr schwach.

Aus der Punktzahl für die einzelnen Fächer wird für das Diplom eine Gesamtnote ermittelt, die sich aus der Gesamtpunktzahl ergibt nach folgender Skala:

84 —81	Punkte	Note	1
$80^1/_2$—$77^1/_2$	„	„	1—2
77 —74	„	„	2—1
$73^1/_2$—$66^1/_2$	„	„	2
66 —63	„	„	2—3
$62^1/_2$—$59^1/_2$	„	„	3—2
59 —56	„	„	3

§ 10. Für die Erteilung eines Diploms ist die Minimalpunktzahl 56 erforderlich. Das Zeugnis wird verweigert, wenn diese Be-

dingung zwar erfüllt, aber in drei Fächern nur die Punktzahl unter 4 erlangt worden ist.

§ 11. Das Diplom führt Noten auf für folgende Fächer:

1. Deutsche Sprache;
2. Deutsche Handelskorrespondenz;
3. Französische Sprache;
4. Italienische Sprache;
5. Kaufmännisches Rechnen;
6. Algebra;
7. Buchhaltung;
8. Maschinenschreiben;
9. Stenographie;
10. Handelslehre;
11. Chemie und Warenkunde;
12. Geschichte;
13. Geographie;
14. Handschrift.

Außerdem enthält es folgende Angaben:

a) Name und Geburtsdatum des Schülers.
b) Datum des Eintrittes in die Schule und Angabe der absolvierten Klassen.
c) Die Gesamtnote des Diploms.
d) Die Unterschrift des Rektors der Kantonsschule und des Aktuars des Lehrerkonvents.

§ 12. Vorstehendes Reglement tritt in Kraft, sobald es vom Regierungsrat genehmigt worden ist.[1])

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

2. Beschluß des Großen Rates über die Ausrichtung von Kriegs-Teuerungszulagen für die Jahre 1917 und 1918. (Vom 16. Oktober 1917, angenommen in der Volksabstimmung vom 25. November 1917.)

Der Große Rat des Kantons Thurgau,

auf den Vorschlag der vereinigten Vorstände der freisinnig-demokratischen, der katholisch-konservativen, der demokratischen und der sozialdemokratischen Großratsfraktionen, sowie auf den Antrag des Regierungsrates,

beschließt:

Der Staat richtet seinen Beamten, Angestellten und Arbeitern, welche ständig und ausschließlich im Dienste des Kantons tätig sind, sowie den Primar- und Sekundarlehrern der öffentlichen Schulen des Kantons für die Jahre 1917 und 1918 Kriegs-Teuerungszulagen aus nach folgenden Grundsätzen:

[1]) Diese Genehmigung erfolgte in der Sitzung vom 12. Januar 1918.

1. Die Beamten, Angestellten und ständigen Arbeiter des Kantons, sowie die Primar- und Sekundarlehrer, wenn sie verheiratet, verwitwet oder geschieden sind (in den letztern beiden Fällen, sofern sie einen eigenen Haushalt führen) oder wenn sie nachweislich für Angehörige dauernd zu sorgen haben, erhalten bei einem Gesamteinkommen bis zu 4000 Fr. eine Zulage von 400 Fr. im Jahr; bei einem solchen von über 4000 Fr. bis 5000 Fr. eine Zulage von 300 Fr.

2. Als Einkommen werden berechnet die regelmäßigen Jahresbezüge, die Personal- und Alterszulagen, die Naturalleistungen, beziehungsweise deren Gegenwert, sowie das Einkommen aus Nebenbeschäftigungen, sofern diese nicht in das Gebiet des Hauptberufes einschlagen.

3. Für jedes Kind unter 16 Jahren wird eine Zulage von 50 Fr. ausbezahlt.

4. Die übrigen Beamten, Angestellten und ständigen Arbeiter, Primar- und Sekundarlehrer erhalten eine Zulage von 200 Fr.

5. Personen mit mehr als 20,000 Fr. Vermögen haben keinen Anspruch auf Teuerungszulagen.

6. Bei einem Dienstantritt oder ordnungsgemäßem Austritt während des Jahres wird die Zulage pro rata der Anstellungszeit ausgerichtet.

7. Wo mehrere in der gleichen Familie lebende Angestellte im Dienste des Staates stehen, wird nur eine Teuerungszulage in vollem Umfange ausgerichtet. Die übrigen Angehörigen, sofern sie über 16 Jahre alt sind, erhalten die in Ziffer 4 erwähnte Zulage.

8. Die Auszahlungstermine werden vom Regierungsrat festgesetzt.

9. Für die derzeitige Berechtigung zum Bezug der Zulagen und für die Berechnung derselben sind die hiefür bereits gemachten Erhebungen maßgebend, soweit sie sich als zutreffend herausstellen.

Spätere Veränderungen im Zivilstand, Familienstand oder in den Besoldungsverhältnissen sind auf Ende jedes Kalendervierteljahres der Finanzverwaltung mitzuteilen und sind von diesem Zeitpunkte an wirksam.

10. Wer unrichtige Angaben über die maßgebenden Verhältnisse macht, oder eingetretene Veränderungen in denselben nicht rechtzeitig meldet, kann des Rechtes auf die Zulage ganz oder zum Teil verlustig erklärt werden.

11. Die Mittel zur Ausrichtung der Kriegs-Teuerungszulagen werden dem kantonalen Anteil an der Kriegssteuer und Kriegsgewinnsteuer entnommen.

12. Der vorstehende Beschluß ist der Volksabstimmung zu unterbreiten. Er tritt nach seiner Annahme durch das Volk sofort in Kraft und wird durch den Regierungsrat in Vollzug gesetzt.

3. Bestimmung für die Verabfolgung von Teuerungszulagen an die Arbeitslehrerinnen.

1. Arbeitslehrerinnen, die wöchentlich weniger als 12 Stunden Unterricht erteilen, erhalten eine Zulage von 40 Fr., wenn ihre Besoldung 200 Fr. oder weniger beträgt;

eine Zulage von 30 Fr., wenn ihre Besoldung mehr als 200 Fr. beträgt.

2. Arbeitslehrerinnen mit 12 bis 18 wöchentlichen Unterrichtsstunden erhalten eine Zulage von 60 Fr.

3. Arbeitslehrerinnen mit mehr als 18 wöchentlichen Unterrichtsstunden erhalten eine Zulage von 80 Fr.

4. Fortbildungsschulunterricht, der sich über ein halbes Jahr erstreckt, wird zur halben Stundenzahl berechnet.

5. Verheiratete Arbeitslehrerinnen erhalten ferner für jedes Kind unter 16 Jahren eine Zulage von 10 Fr., verwitwete oder geschiedene Arbeitslehrerinnen beziehen für jedes Kind unter 16 Jahren eine Zulage von 20 Fr. Die gleiche Zulage erhalten auch ledige Arbeitslehrerinnen, die nachweislich andere Familienglieder aus ihrem Verdienste zu unterstützen haben.

6. Arbeitslehrerinnen, deren Gatten eine staatliche Teuerungszulage beziehen, ebenso solche, die ein Vermögen von mehr als 20,000 Fr. besitzen, oder deren Gatte ein solches besitzt, fallen außer Berücksichtigung.

7. Die Ziffern 6—11 des Großratsbeschlusses vom 16. Oktober 1917 gelten auch für die Teuerungszulagen der Arbeitslehrerinnen.

---

4. Beschluß betreffend die Kosten der infolge aktiven Militärdienstes der Lehrer bestellten Vikariate. (Vom 11. September 1914; revidiert durch Regierungsbeschlüsse vom 22. September 1917 und 23. November 1917.)

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau,
in Erwägung,

1. daß nach § 7 des Lehrerbesoldungsgesetzes das Einkommen des Lehrers und seines Vikars bei länger dauernden Vikariaten nach Billigkeit zu regulieren und im Falle des Bedürfnisses teils aus Staatsmitteln, teils aus Zuschüssen der Gemeindeschulkassen eine besondere Unterstützung durch den Regierungsrat zu bestimmen ist;

2. daß der Fall des aktiven Militärdienstes ein außerordentlicher ist und es als unbillig erschiene, dem im Felde stehenden Lehrer die Stellvertretungskosten ganz oder zum größern Teil zu überbinden; —

beschließt:

1. Für die Kosten der Stellvertretung der im aktiven Militärdienste stehenden Lehrer haben in erster Linie die Schulgemeinden, beziehungsweise Sekundarschulkreise aufzukommen.

2. Der Kanton leistet an diese Stellvertretungskosten einen Beitrag von 30 %, im Maximum 15 Fr. pro Woche für Vikariate an Primarschulen, 20 Fr. für Vikariate an Sekundarschulen.

3. Die Schulvorsteherschaften sind ermächtigt, den Lehrern von ihrer Besoldung einen Beitrag bis auf 30 % der Vikariatsentschädigung in Abzug zu bringen, ohne Rückwirkung. Hiebei sind die Familienverhältnisse des Lehrers in billiger Weise zu berücksichtigen. In streitigen Fällen setzt der Regierungsrat die Beteiligung des Lehrers an den Vikariatskosten fest.

4. Publikation im Amtsblatt und Mitteilung durch Separatabdruck an die beteiligten Schulvorsteherschaften.

XXI. Kanton Tessin.

I. Primarschule.

1. Decreto legislativo modificante l' art. 50 della legge 28 settembre 1914 sull' insegnamento elementare. (Del 18 gennaio 1917.)

Il Gran Consiglio
della Repubblica e Cantone del Ticino,

Valendosi del proprio diritto di iniziativa in materia legislativa e su proposta di sua speciale Commissione,

decreta:

Art. 1. L'art. 50 della legge sull' insegnamento elementare 28 settembre 1914, è così modificato:

„La durata della scuola è da 7 a 10 mesi, con un orario settimanale da 25 a 28 ore.

La durata e l' orario settimanale saranno fissati nel regolamento particolare di ogni Comune, d' accordo coll' Ispettore.

In casi eccezionali ed in date stagioni il Dipartimento può permettere una riduzione dell' orario giornaliero laddove ciò sia richiesto dai lavori agricoli.

Nelle scuole di una durata inferiore ai 9 mesi l' orario settimanale deve sempre comprendere 28 ore."

Art. 2. Il presente decreto entra in vigore trascorsi i termini per l' esercizio del referendum.

2. Mittel- und Berufsschulen.

2. Decreto legislativo autorizzante il Consiglio di Stato ad istituire ed organizzare, in via di esperimento, un corso semestrale superiore di lingua e letteratura italiana presso il Liceo Cantonale in Lugano. (Del 6 luglio 1917.)

Il Gran Consiglio
della Repubblica e Cantone del Ticino,
Su proposta del Consiglio di Stato,
decreta:

Art. 1. Il Consiglio di Stato è autorizzato ad istituire ed organizzare, in via d'esperimento, un corso semestrale superiore di lingua e letteratura italiana presso il Liceo Cantonale in Lugano, fermi i contributi provenienti dagli interessi del legato Manzoni e donazione Bariffi.

Art. 2. Per essere inscritto al corso si richiede il diploma di maestro od altro titolo equivalente, ovvero la licenza liceale.

All' atto dell' inscrizione il candidato pagherà una equa tassa non inferiore però a 50 franchi.

Art. 3. Per l'ordinamento ed il mantenimento del corso è stanziato nel bilancio del Dipartimento della Pubblica Educazione, Tit. 1, Cat. 2, Cap. 1, N. 22 bis un credito di 3000 fr., a cominciare dall' anno scolastico 1917/1918.

§. Se la detta somma non venisse interamente spesa, l'eccedenza dovrà essere versata in aumento del capitale del legato Manzoni.

Art. 4. Il presente decreto, non essendo di carattere generale, entra immediatamente in vigore.

---

3. Regolamento e programma per la Scuola ticinese di coltura italiana presso il Liceo cantonale. (Del 27 luglio 1917.)

Il Consiglio di Stato
della Repubblica e Cantone del Ticino,

Visto il decreto legislativo 6 luglio 1917 autorizzante il Consiglio di Stato ad istituire ed organizzare un corso semestrale superiore di lingua e letteratura italiana presso il Liceo Cantonale;

Su proposta del Dipartimento di Pubblica Educazione,
decreta:

Sotto la denominazione di Scuola ticinese di coltura italiana è istituito presso il Liceo Cantonale un corso semestrale superiore di lingua e letteratura italiana, come ai seguenti regolamento e programma.

Scuola ticinese di coltura italiana.

La Scuola che lo Stato del Cantone Ticino istituisce presso il Liceo di Lugano, con il concorso dell' eredità Manzoni e di altri oblatori, si propone di affermare, nel modo praticamente più efficace, quella che è qualità propria della Svizzera italiana, e di adempiere un alto ufficio che, nella famiglia confederata, compete a ciascuno dei tre gruppi etnici.

Più determinatamente, gli scopi della nuova scuola sono i seguenti:

1. Fornire agli studiosi, e principalmente ai giovani che abbiano già acquistate conoscenze bastevoli di lingua italiana nelle scuole medie e superiori degli altri Cantoni, una serie ragionata ed organica di esercitazioni utili all' uso della nostra parlata e di studi atti a creare in loro un' idea complessiva della letteratura, dell' arte, del pensiero e della civiltà italiana.
2. Richiamare l' attenzione degli studiosi e dei cittadini sui problemi più importanti relativi al Cantone Ticino.
3. Ottenere, soprattutto mediante conferenze, che la coltura del paese si elevi e si affini.
4. Attuare, nei limiti segnati dagli scarsi mezzi presenti, l' ideale di Romeo Manzoni, il quale vagheggiava l' istituzione di una Accademia ticinese letteraria ed artistica: finchè arrivi il giorno in cui si possa dare pieno compimento a quel nobile disegno.

Regolamento.

1. La Scuola ticinese di coltura italiana apre ogni anno i suoi corsi il 15 ottobre e li chiude nella seconda metà di marzo.

I corsi si dividono in due periodi di 10 settimane ciascuno.

Le ore settimanali d' insegnamento sono 21; delle quali, 15 occupate da lezioni e 6 da conferenze. Nelle ore antimeridiane d' ogni giorno (tranne il sabato e la domenica) si daranno 3 lezioni; nel pomeriggio, una conferenza.

Conferenze su argomenti affini al programma saranno tenute, di tanto in tanto, la sera.

2. Per essere inscritti come allievi regolari, sono necessari i seguenti requisiti:

a) Età di almeno 18 anni;

b) attestato degli studi eseguiti (maturità, diploma di maestro od altro titolo equivalente) dal quale risulti, in tutti i casi, che l' inscrivendo già possiede una conoscenza non superficiale della lingua italiana.

§. Non trovandosi in grado di presentare l' attestato di cui alla lettera b, ed in tutti i casi dubbi, a giudizio del Dipartimento, l' inscrivendo potrà essere assoggettato ad un esame d' ammissione, dal quale risulti ch' egli sia o meno atto a seguire i corsi per ciò che riguarda così la lingua come la preparazione generale.

3. Per essere inscritti come uditori, basta avere il requisito dell' età di 18 anni compiuti.

4. Le istanze per essere inscritti, accompagnate dai necessari documenti, dovranno essere mandate alla Direzione durante la seconda quindicina di settembre.

Gli esami d' ammissione avverranno nella settimana che precede immediatamente l' apertura dei corsi.

5. La tassa d' inscrizione, così per gli allievi regolari come per gli uditori, è di fr. 100 per tutto il semestre, e di fr. 50 per uno solo dei due periodi.

Ai maestri ed a tutti gli altri docenti nelle scuole ticinesi è concessa facoltà di inscriversi gratuitamente alle lezioni ed alle conferenze.

6. Le conferenze vespertine potranno, salvo il diritto prevalente degli allievi regolari e degli uditori, essere frequentate da chiunque. I non inscritti alla scuola pagano fr. 15 per ogni serie di conferenze intorno ad un determinato soggetto, fr. 50 per tutte le serie, e fr. 1 per ogni conferenza singola.

Le conferenze serali sono gratuite.

7. Agli allievi regolari spetta in modo esclusivo il diritto ed il dovere di essere interrogati durante le lezioni, di prendere parte alle conversazioni o discussioni previste dal programma e di presentare lavori scritti.

Sarà concesso un certificato agli allievi regolari che, avendo frequentato assiduamente l' intero corso, sosterranno un esame sulle singole materie.

Gli uditori potranno ricevere un attestato di frequenza.

8. Per ciò che riguarda l' obbligo della frequenza, le giustificazioni, le norme e le sanzioni disciplinari, vale il Regolamento che regge il Liceo cantonale.

9. Gli esami si terranno nella settimana che segue immediatamente la chiusura dei corsi, dinanzi al collegio dei professori diviso in commissioni.

Ciascun esaminando dovrà presentare, nella prima quindicina di marzo, un lavoro eseguito su tema libero durante il semestre, e svolgerà un tema obbligatorio sotto la vigilanza di un docente.

Gli esami orali comprendono materie obbligatorie e materie facoltative.

Sono obbligatorie le seguenti materie: 1. Grammatica italiana; 2. Lettura e commento di uno scrittore moderno; 3. Storia della letteratura italiana; 4. Lettura e commento della Divina Commedia.

Sono facoltative le seguenti materie: 1. Storia dell' arte; 2. Storia del Cantone Ticino; 3. Storia d' Italia; 4. Geografia del Cantone Ticino; 5. Geografia d' Italia.

Programma per il semestre 1918—19.[1])

A. Lezioni.

	Ore settimanali
1. Storia della letteratura italiana (Prof. Sambucco)	2
2. Lettura e commento di autori insigni di ogni secolo	5
Autori dei secoli XIII, XIV e XV (Prof. Bontà).	
Autori dei secoli XVI e XVII (Prof. Ottino).	
Autori del secolo XVIII e del periodo neo-classico (Prof. Pizzorno).	
Autori del secolo XIX (Prof. Ottino).	

[1]) Wir lassen das neueste Programm im Anschluß folgen, um Interessenten einen Einblick in die neu errichtete Institution zu ermöglichen. Der 1. Kurs wurde mit geringen Abänderungen erstmals 1917/18 durchgeführt.

Ore settimanale

3. La Divina Commedia. Studio generale del poema e lettura dei Canti più cospicui (Prof. Sambucco) . . 2
4. Lettura e discussione d' articoli di giornali e di riviste (Prof. Chiesa) 1
5. Grammatica italiana (Prof. Pizzorno) 1
6. Correzione dei componimenti (già riveduti dal professore e commentati nelle parti che possono presentare maggior utilità e interesse per tutta la scolaresca) (Prof. Bontà) 1
7. Esercizi di lettura (principalmente allo scopo di avvezzare gli allievi ad una giusta pronunzia e ad una buona dizione) (Prof. Paravicini) 2
8. Storia e geografia del Cantone Ticino (Prof. Bontà) . 1

B. Conferenze vespertine.

Conferenze

1. La letteratura italiana dal Leopardi ai contemporanei (Prof. Chiesa) 20
2. Storia del verso italiano (nel 1° periodo del corso) (Prof. Chiesa) 10
3. Quadri e figure della Storia d' Italia (Prof. Ghisleri) . 20
4. Storia dell' arte. Il periodo neo-classico ed il romantico (Prof. Chiesa) 20
5. Città e regioni d' Italia (nel 2° periodo del corso (Prof. Ghisleri) 10
6. Grammatica italiana (Prof. Pizzorno) 20
7. Storia del Cantone Ticino, dalla Repubblica unitaria ai nostri giorni (nel 1° periodo del corso) (Avv. Bertoni) 10
8. I monumenti storici ed artistici del Cantone Ticino (nel 2° periodo del corso) (Prof. Brentani) 10

C. Conferenze serali.

1. I grandi scrittori e pensatori d' Italia.
2. Problemi vari d' economia, di politica, di coltura italiana.
3. Il Cantone Ticino.

---

4. Regolamento per la Scuola Normale Cantonale in Locarno. (Del 21 settembre 1917.)

Parte I. — Disposizioni generali.

Capitolo I. Carattere dell' Istituto.

Art. 1. La Scuola Normale serve esclusivamente alla preparazione dei maestri e delle maestre per le scuole elementari. Essa fornisce loro non solo la necessaria cultura mentale, ma anche e principalmente un' educazione morale consona all' indole della professione.

Ai maestri esercenti essa offre, mediante periodici corsi di perfezionamento, occasione di approfondire la loro cultura generale e professionale.

Cap. II. Direzione.

Art. 2. Al Direttore spetta il governo generale dell' Istituto in tutti i suoi riparti ed accessori.

Suoi uffici principali sono:

a) Vigilare i professori, gli alunni, i funzionari e le persone di servizio, perchè adempiano coscienziosamente tutti i doveri dei rispettivi uffici e grazie alla loro opera concorde l' Istituto acquisti quel carattere di attività esemplare, che può e deve essere il primo e più efficace fattore educativo dei futuri maestri;

b) Ordinare e dirigere gli studî secondo il programma governativo e secondo le disposizioni che l' autorità scolastica superiore stimasse dover dare. Sorvegliare l' istruzione impartita dai singoli docenti, soprattutto nell' intendimento di conservare l' uniformità e l' unità di indirizzo. A tale effetto esige dai docenti la tenuta regolare e puntuale del diario didattico; visita le classi, interroga ed esamina gli alunni e le alunne; consiglia ed ammonisce gli insegnanti;

c) Studiare e proporre al Dipartimento della Pubblica Educazione le riforme del programma didattico, e, in genere, tutti i provvedimenti che apparissero necessarî od utili al miglioramento degli studî magistrali, compresi gli acquisti degl' istrumenti scientifici e didattici ad uso delle classi, dei gabinetti e della biblioteca;

d) Dirigere ed amministrare la mostra didattica permanente;

e) Dirigere la scuola pratica, secondo le modalità dello speciale regolamento;

f) Organizzare, dirigere e sorvegliare la vita interna dei Convitti di modo ch' essa abbia a risultare un efficace complemento della funzione educativa, intellettuale e morale che l' Istituto deve adempiere;

g) Curare la buona conservazione di tutta la proprietà dello Stato affidata alla sua vigilanza. Il Direttore tiene a tale scopo, o fa tenere regolarmente, gli inventari prescritti. Propone al Dipartimento i lavori e le spese necessarie per la manutenzione degli stabili e della mobilia e per i nuovi acquisti che stimasse indispensabili;

h) Sbrigare la corrispondenza e tutti gli atti di ufficio, tranne quelli che concernono direttamente l' Economato dei Convitti;

i) Conservare in buon ordine l' archivio.

Art. 3. Il Direttore informa puntualmente ed esattamente il Dipartimento della Pubblica Educazione dei fatti dell' Istituto, mediante comunicazioni scritte, ogni qualvolta appaiano necessarie e mediante una particolareggiata relazione annuale.

In principio dell' anno scolastico, presenta al Dipartimento della Pubblica Educazione per la sua approvazione l' elenco degli allievi definitivamente inscritti, l' orario delle lezioni ed il piano di distribuzione delle materie fra gli insegnanti.

Art. 4. Il Direttore può delegare, sotto la sua esclusiva responsabilità, parte delle sue funzioni amministrative e disciplinari, che riflettano singolarmente una delle due sezioni, alla Vice-Direzione della rispettiva sezione.

Cap. III. Docenti.

Art. 5. I professori e le maestre dipendono direttamente dal Direttore a cui devono obbedienza ed aiuto in tutto ciò che giova al buon andamento dell' Istituto. Sono obbligati ad assumere le materie e le ore d' insegnamento che il Direttore assegna loro entro i limiti prestabiliti nel loro atto di nomina.

Art. 6. I docenti sono tenuti a supplire i colleghi nelle assenze non tanto prolungate da richiedere una supplenza speciale, secondo le istruzioni che la Direzione o, in sua vece, la Vice-Direzione, crederà utile di impartir loro.

Art. 7. Ogni docente tien nota del materiale didattico a lui affidato e ne è responsabile.

Art. 8. I docenti devono essere scrupolosamente puntuali nel cominciare e terminare le lezioni. Senza il consenso della Direzione, o, in sua vece, della Vice-Direzione, non possono tralasciare alcuna lezione, nè sostituirla con altra, nè farsi sostituire da altro docente.

Art. 9. Tutti i docenti, non solo quelli di ciò stabilmente incaricati, sono tenuti alla sorveglianza durante le pause fra le lezioni.

Art. 10. Il Direttore convoca il corpo insegnante d' ambedue le sezioni insieme o di ciascuna sezione separatamente, a suo giudizio, in conferenze ordinarie e straordinarie.

Le conferenze ordinarie ed obbligatorie sono cinque all'anno: una all' apertura dell' anno scolastico per le ammissioni e le promozioni degli allievi; tre nel corso dell' anno per l' assegnazione delle note bimestrali e la quinta alla chiusura dell' anno scolastico per le note finali e le promozioni.

Le conferenze straordinarie possono essere convocate dal Direttore ogniqualvolta lo reputi opportuno per deliberare intorno ad oggetti concernenti l' Istituto.

Art. 11. La conferenza dei professori è presieduta dal Direttore e, in sua assenza, dal Vice-Direttore, rispettivamente dalla Vice-Direttrice.

Art. 12. Per ogni conferenza vien redatto un verbale. La redazione del verbale spetta al docente incaricato del servizio di segreteria, o, in mancanza di un segretario stabile, all' insegnante più giovane.

Art. 13. La convocazione della conferenza deve essere concessa anche quando uno solo o più membri del corpo insegnante lo domandino giustificatamente.

Art. 14. Sono di spettanza del collegio dei docenti, oltre le ammissioni e promozioni, la discussione intorno al programma didattico, gli acquisti per la biblioteca, l' esercizio delle funzioni disciplinari

ad esso specialmente riservati. Il collegio dei professori deve dare il suo preavviso per l' elargizione dei sussidi agli alunni.

Art. 15. Il Direttore non può essere obbligato a più di 14 ore settimanali di lezione; per il Vice-Direttore, rispettivamente la Vice-Direttrice, il massimo delle ore d' insegnamento è di 15.

Cap. IV. Allievi.

Art. 16. Sono ammessi alla Scuola Normale:

a) Gli scolari e le scolare che abbiano ottenuta la promozione dalla classe III^{a} tecnica o ginnasiale;
b) I giovani e le giovanette dell' età di 14 anni compiuti che superino un esame d' ammissione.

Salvo casi speciali, da riconoscersi dal Dipartimento, non vi sono ammissioni dirette alla II^{a} classe.

Possono invece essere ammessi direttamente alla III^{a} classe gli allievi muniti della licenza tecnica o ginnasiale.

Art. 17. Ogni anno in settembre il Dipartimento di Pubblica Educazione apre gli iscrizioni ai posti di alunno e di alunna della Scuola Normale. Le domande di ammissione devono essere dirette al Dipartimento, accompagnate dall' ultimo certificato scolastico, fede di nascita e attestato medico. Gli ammessi dovranno inoltre sottoporsi ad una visita sanitaria da parte del medico dell' Istituto.

Art. 18. Gli esami d' ammissione vertono sulle materie seguenti: italiano (scritto ed orale), aritmetica (scritta ed orale), storia naturale, storia e geografia. Fa stato per essi il programma degli esami della III^{a} classe tecnica o ginnasiale. Le note sono graduate dall' 1 all 6; per l' ammissione si richiede il 3 in tutte le materie.

Art. 19. Lo Stato assegna, oltre il reddito dei lasciti speciali, a titolo di sussidio, una somma annua di fr. 15,000 da distribuirsi fra gli scolari e le scolare della Scuola Normale cantonale, che ne avessero bisogno.

La quota varia secondo il numero dei concorrenti ammessi; ad ogni modo, non potrà eccedere i fr. 200.

§ 1. I concorrenti al sussidio devono farne domanda al Dipartimento della Pubblica Educazione nei modi indicati dall' avviso di concorso che il Dipartimento medesimo farà pubblicare ogni anno, entro il mese di settembre, sul *Foglio Officiale* della Repubblica e Cantone del Ticino.

§ 2. Il sussidio sarà assegnato preferibilmente ai postulanti bisognosi che ottengano all' esame di ammissione almeno la nota 4 in italiano ed in aritmetica.

I candidati muniti dell' attestato della III^{a} classe tecnica o ginnasiale, che aspirano al sussidio, devono subire un esame in italiano ed in aritmetica.

Quest' esame può essere fatto in comune coi candidati all' ammissione.

§ 3. La concessione della borsa di sussidio è inoltre subordinata a buona condotta ed a regolare profitto durante l'anno. L'assegno definitivo della medesima avviene quindi soltanto dopo l'ultima conferenza dei professori per le note bimestrali.

§ 4. La borsa annuale di sussidio rimane acquisita al beneficiario per tutto il corso degli studî fino all'esame di patente. Però può sempre essere revocata, qualora l'allievo se ne renda indegno per cattiva condotta o per insufficiente applicazione.

Art. 20. I sussidiati che abbandonano gli studî o che, ottenuta la patente, volontariamante si astengono, per 6 anni, dall'insegnare in una scuola pubblica, devono rimborsare interamente i sussidi ricevuti. L'obbligo della restituzione sarà adeguatamente diminuito per chi abbia prestato servizio durante un certo numero d'anni. Ad ogni modo, chi abbia insegnato per 6 anni di seguito è sciolto da ogni obbligo di restituzione.

Per gli effetti del capoverso precedente, i candidati dovranno prestare idonea garanzia.

Art. 21. Per tutti gli alunni e per tutte le alunne della Scuola Normale, le cui famiglie non sono domiciliate a Locarno o nelle sue immediate vicinanze, è obbligatorio l'internato.

Art. 22. Gli allievi sono tenuti a frequentare regolarmente le lezioni. Gli esterni che siano stati assenti devono, rentrando nell'Istituto, consegnare alla Direzione la giustificazione scritta dai parenti o da chi per essi o dal medico curante. In caso die assenza prevedibile, va rivolta domanda di congedo per iscritto od a voce al Direttore.

Il Direttore non può accordare un congedo supperiore ai 15 giorni. Per congedi di maggiore durata è necessario farne domanda scritta al Dipartimento di Pubblica Educazione.

Art. 23. Tutte le materie del programma sono obbligatorie.

Chi vuol essere dispensato dalle lezioni di religione deve produrre una dichiarazione in tal senso, firmata dai parenti o dai tutori se l'allievo ha meno di 16 anni e firmata dall'allievo stesso, se ha compiuta tale età.

Art. 24. Tanto gli allievi interni quanto gli esterni devono sottostare rigorosamente alle prescrizioni regolamentari ed alle ordinanze direttoriali che riguardano la condotta in classe, durante le ricreazioni e fuori dell'Istituto. Tutti devono portare sempre la divisa o il distintivo che la Direzione prescrive.

Art. 25. Ogni allievo riceve in consegna un banco ed una sedia numerizzata e risponde della loro buona conservazione. Ognuno risponde dei guasti arrecati alle suppellettili, agli arredi scolastici ed allo stabile. Quando non riesca di scovare il colpevole, si renderanno responsabili in solido tutti gli allievi della rispettiva classe o dell'Istituto secondo i casi.

Art. 26. Le offese alla disciplina scolastica da parte degli allievi sono punite, secondo la gravità del caso:

a) Con l'ammonizione del Direttore;
b) Con la proposta al Dipartimento della Pubblica Educazione di diminuire o di revocare la borsa di studio;
c) Con la esclusione dalle lezioni per otto giorni consecutivi, a giudizio del collegio degli insegnanti;
d) Con la sospensione dalla scuola per un anno, da decretarsi dal Dipartimento della Pubblica Educazione, su proposta del collegio dei professori;
e) Con la esclusione definitiva da tutti gli Istituti dello Stato, da decretarsi dal Dipartimento della Pubblica Educazione, su proposta del collegio dei professori.

In tutti i casi, le offese alla disciplina scolastica avranno effetto sulla classificazione di condotta.

Art. 27. L'anno scolastico comincia in ottobre e finisce in luglio. Apertura, chiusura e vacanze intermedie vengono fissate anno per anno dal Dipartimento di Pubblica Educazione.

Art. 28. Ogni allievo riceve entrando nella scuola un libretto delle classificazioni. Le classificazioni sono assegnate per bimestri, e precisamente alla fine dei mesi di dicembre, di febbraio, d'aprile e di giugno. Le note sono graduate come segue:

6 ottimo, 5 molto bene, 4 bene, 3 sufficente, 2 insufficente, 1 male.

Art. 29. Per la promozione si esige la nota 3 in tutte le materie. Chi ottiene una nota inferiore al 3 in non più di quattro materie ha diritto ad un esame di riparazione all'inizio del successivo anno scolastico.

Chi cede anche in una sola materia all'esame di riparazione ripete l'anno.

Art. 30. È tolta la facoltà di proseguire negli studî agli allievi che, dopo aver ripetuto un anno, si dimostrino ancora inetti a superare gli esami.

Art. 31. Le prestazioni mediche gratuite sono riservate esclusivamente agli allievi interni.

Art. 32. Gli allievi esterni della Scuola Normale sono tenuti a mantenere in ogni circostanza della vita esterna un contegno decoroso, degno di futuri educatori. Durante il tempo di permanenza nell'Istituto sono tenuti all'osservanza del Regolamento interno. Devono presentarsi puntualmente alle lezioni, nè possono negl'intervalli abbandonare l'Istituto. È vietato loro, nel modo più rigoroso, di farsi intermediari di corrispondenze fra il convitto e l'esterno. Violazioni di questo divieto possono essere punite coll'espulsione dall'Istituto. E pure vietato di introdurre nell'Istituto giornali estranei agli scopi della scuola.

Gli esterni, di regola, alla sera devono rincasare non più tardi delle 9. E proibita la frequentazione delle osterie, l'assistere a spettacoli sconvenienti, il prender parte a società, senza il consenso del Direttore.

Almeno una volta per settimana, nelle ore che saranno stabilite, gli allievi esterni dovranno frequentare la Biblioteca dell' Esposizione scolastica.

Cap. V. Scuola pratica.

Art. 33. A ciascuna sezione della Scuola Normale è annessa una Scuola elementare, detta pratica, affidata ad un maestro, e rispettivamente ad una maestra, nominati dal Consiglio di Stato.

La Scuola pratica è una scuola elementare modello e deve comprendere possibilmente tanto il grado inferiore quanto il superiore.

Essa deve in ogni caso comprendere almeno tutte le classi del grado inferiore.

Art. 34. La direzione della Scuola pratica spetta all' insegnante di didattica.

Il Direttore della Scuola Normale compie, rispetto alla scuola pratica, le funzioni che spettano all' Ispettore di Circondario rispetto alle scuole elementari comunali.

Art. 35. Gli scolari della Scuola pratica vengono scelti dalla Direzione della Normale in concorso col maestro, tra i fanciulli di Locarno e di altri Comuni che volontariamente ne fanno domanda, avendo cura che nella scuola siano possibilmente rappresentati i vari gradi di età, di capacità e di condizioni sociali. Il materiale scolastico è gratuito e vien fornito dallo Stato.

Art. 36. La scuola pratica di regola si apre e si chiude contemporaneamente ai corsi della Scuola Normale.

Art. 37. Le ore settimanali di scuola sono da 25 a 28, a giudizio della Direzione. L' orario vien compilato dal maestro e sottoposto all' approvazione della Direzione.

Art. 38. Scopo della Scuola pratica è:

a) Di servire agli scolari della Normale di comodo e sicuro campo per continue osservazioni ed esercitazioni in modo che alla teoria vada sempre congiunta la pratica;
b) Di permettere un esperimento serio e scientifico delle leggi, dei regolamenti, dei programmi e dei metodi scolastici, nonchè di tutte quelle altre riforme, innovazioni e modificazioui che si venissero ideando e che si volessero previamente sottoporre alla prova della esperienza.

Art. 39. Nella Scuola pratica si dovrà dunque sempre avere di mira — quale ideale da raggiungere — la esatta e perfetta attuazione del programma governativo in ogni sua parte, e l' uso preciso del metodo dal programma stesso indicato, salvo le spiegazioni, le inflessioni e le modificazioni che eventualmente gli venissero date dalla Direzione e dal docente di pedagogia e didattica, d' accordo col Dipartimento della Pubblica Educazione.

Art. 40. La promozione degli scolari da' classe a classe e gli esami di licenza sono fatti dal maestro con l' assistenza della Direzione. La firma dei libretti spetta alla Direzione.

Art. 41. Fanno parte obbligatoriamente della Scuola d'applicazione i lavori manuali, i lavori agricoli e le passeggiate istruttive ordinate dalla Direzione.

Art. 42. L'insegnante di didattica ed il maestro della Scuola pratica maschile sono tenuti a prestare la loro collaborazione nell'amministrazione dell'Esposizione scolastica.

Art. 43. Il maestro compilerà colla massima cura il suo giornaletto didattico e lo sottoporrà regolarmente all'esame ed all'approvazione della Direzione alle cui indicazioni dovrà sempre attenersi, salvo il suo diritto di ricorso, quando lo creda opportuno, al Dipartimento della Pubblica Educazione.

Veglierà pure perchè gli scolari arrivino a Scuola e ne partano ad ora giusta ed in buon ordine. Curerà inoltre che il locale scolastico sia tenuto nel miglior modo, per ciò che riguarda tanto la pulizia e l'igiene quanto le esigenze didattiche, reclamando dalla Direzione, occorrendo, tutte le provvidenze che reputerà necessarie.

Parte II. — Dei Convitti annessi alle normali. [1])

Capitolo VI. Scopo dei Convitti.

Art. 44. Il Convitto ha lo scopo di riunire allievi e possibilmente docenti della Scuola Normale a comune vita domestica, la quale non solo permetta di provvedere ai bisogni materiali con la minima spesa, ma anche, e principalmente, eserciti sugli alunni una duratura ed efficace influenza educativa. Nel Convitto, più che altrove, al contatto di condiscepoli e superiori, l'alunno deve a poco a poco foggiarsi l'animo e l'abito del futuro educatore.

La vita interna dei Convitti, che, nei suoi minuti particolari, viene regolata da appositi ordinanze direttoriali, deve rispettare rigorosamente tutte le opinioni e convinzioni e permettere l'esercizio delle pratiche del culto secondo il desiderio delle famiglie.

Cap. VII. Economato.

Art. 55. La retta degli allievi interni dell'Istituto viene fissata anno per anno verso la chiusura della gestione. Essa non deve in nessun caso eccedere la somma di 500 fr. per la sezione maschile e di 450 fr. per la sezione femminile. La retta completa per gli allievi regolari di altre scuole è pure rispettivamentes tabilita in 500 fr. ed in 450 fr. Il versamento per tutte le rette avviene in tre rate e cioè: 150 fr. all'entrata nel Convitto, 150 fr. prima delle vacanze pasquali, il residuo prima della fine di giugno. Non si consegnano certificati prima del versamento completo della retta. Le borse disussidio degli interni si deducono dall'ultima, rispettivamente dalle 2 ultime rette.

La pensione per il solo pranzo o per diversi pasti, di cui possono beneficiare allievi esterni e docenti, viene fissata a seconda delle circostanze e deve essere tale da coprire il prezzo di costo.

---

[1]) Der zweite Teil ist nur im Auszug wiedergegeben.

A. Convitto maschile.

Cap. VIII. Vice-Direttore.

Art. 60. Al Vice-Direttore spetta, per delegazione e sotto la vigilanza del Direttore, il continuo ed immediato governo della vita interna del Convitto, sezione maschile. Egli distribuisce la sorveglianza e cura che sia eseguita secondo i regolamenti e gli ordini impartiti. Decide le domande di permesso di uscita dei convittori, accoglie le lagnanze degli allievi e dei sorveglianti, risolve di sua iniziativa i semplici casi disciplinari che non richiedano l' intervento del Direttore. Supplisce, ove le altre sue attribuzioni glielo permettano, i sorveglianti nelle loro assenze straordinarie. Prende possibilmente i pasti nel refettorio insieme coi sorveglianti. Tiene continuamente al corrente la Direzione degli eventi importanti che riguardano l' internato.

Art. 61. Il Vice-Direttore supplisce il Direttore assente in tutti gli uffici amministrativi e nelle funzioni disciplinari che concernono la sezione maschile, e, inoltre, nelle attribuzioni inerenti al governo generale dell' Istituto, comune delle due sezioni. Di tutti gli affari cui attende in sostituzione del Direttore, deve informare quest' ultimo al più presto possibile.

Art. 62. Il Vice-Direttore è tenuto a coadiuvare il Direttore anche se questi è presente, in ogni opera che entri nel novero delle sue funzioni amministrative, disciplinari e di ordine didattico.

Cap. IX. Sorveglianti.

Art. 63. Il personale di sorveglianza vien possibilmente scelto nel corpo insegnante dell' Istituto, compreso il maestro della Scuola pratica ed i maestri ausiliari. La nomina vale solo per l' anno in corso.

Art. 64. I sorveglianti, in numero di almeno uno su venti convittori, devono trovarsi nel Convitto alla sua apertura, e non lo possono abbandonare prima della chiusura. Hanno diritto ad un giorno di congedo ogni 15 giorni.

Art. 65. Gli obblighi dei sorveglianti sono fissati anno per anno all' apertura della Scuola. L' orario di sorveglianza deve essere combinato in modo che i docenti possano godere di un numero adeguato di ore libere ogni giorno.

Art. 66. I sorveglianti sottostanno direttamente alla Vice-Direzione, i cui ordini essi devono eseguire con puntualità e coscienza.

Art. 67. I sorveglianti devono collaborare colla Vice-Direzione a far sì che il Convitto eserciti un' efficace e pratica funzione educativa. Devono essere per gli allievi una sicura guida morale e un consiglio negli studi.

Tanto la Direzione quanto la Vice-Direzione può convocarli in conferenza per deliberare intorno ad argomenti che si riferiscano alla vita interna del Convitto e per stabilire le note di condotta da proporre alla conferenza bimestrale degli insegnanti.

Cap. X. Convittori.

Art. 69. All' entrata in Convitto l'alunno deve consegnare in Direzione una dichiarazione del padre o tutore che si rende garante per il pagamento della retta e di altri eventuali oneri.

Art. 70. Il materiale scolastico è a carico dell' allievo, che lo provvede per mezzo della Vice-Direzione. L' importo vien riscosso colla successiva rata della retta. Nello stesso modo si procede per la provvista di medicinali e per gli altri acquisti occorrenti. Il bucato e le rammendature sono a carico degli allievi.

Art. 71. I convittori devono obbedienza e rispetto ai superiori di qualunque ordine, docenti e sorveglianti; cortesia ai compagni. È loro vietato di trattare direttamente con le persone di servizio.

Art. 72. Ogni convittore ha l' obbligo, sia nell' Istituto sia fuori, di vestirsi decentemente, non trascurando mai la pulitezza e l' ordine degli abiti, l' assetto della persona.

Art. 73. È di strettissimo obbligo, sì dentro come fuori del Convitto, l' uso della buona lingua italiana in tutte le conversazioni e con tutte le persone: superiori, compagni ed esterni. In determinati giorni ed ore può essere imposto a certe classi l' uso del francese nella conversazione.

Art. 74. È assolutamente vietato fumare tanto nel Convitto quanto fuori, durante le passeggiate, ecc.

Art. 75. Le lettere o cartoline scritte dai convittori devono essere deposte nella bussola a ciò destinata. La Direzione le trasmette alla posta due volte al giorno. Le lettere in arrivo destinate ai convittori, sono distribuite pure due volte al giorno dalla Vice-Direzione, la quale si riserva il diritto di conoscerne il contenuto quando lo credesse opportuno, ma sempre alla presenza dell' allievo a cui la lettera è diretta, riferendone poi, occorrendo, alla Direzione.

Art. 76. Il tempo non assegnato allo studio verrà occupato, a seconda della stagione e dell' ora, in esercizi sportivi, ricreazioni collettive, buone letture, ecc., ecc.

Art. 77. I convittori, alunni della Scuola Normale, possono essere tenuti, nelle ore di ricreazione, ad eseguire, sotto la guida dei sorveglianti, lavori, sia di coltivazione, sia di abbellimento del giardino.

Art. 78. I convittori non hanno diritto ad uscite libere. Permessi di uscita per dati giorni e ore possono venir concessi dalla Direzione dietro domanda e a titolo di premio. Agli allievi della IV^{a} classe si possono accordare due uscite libere per settimana, a quelli della III^{a}, una.

Art. 79. I convittori possono ricevere la visita dei genitori, dei parenti e di terze persone debitamente autorizzate dai genitori nei giorni di giovedì e di domenica: dalla 1 alle 2 del pomeriggio, il giovedì; dalle 10 alle 12 ant., la domenica.

Art. 80. Ordinariamente durante l' inverno si faranno due passeggiate per settimana, al giovedì ed alla domenica: più di frequente, durante la primavera e l' estate, a giudizio della Direzione. Per le

passeggiate, i convittori dovranno prepararsi in buon assetto, e indossare, secondo gli ordini, l' abito uniforme. Durante le passeggiate devono attenersi strettamente agli ordini dei sorveglianti, non abbandonare mai il gruppo o le file, e, specialmente attraversando la città o i villaggi, comportarsi da giovani educati.

Art. 81. Durante le ore di ricreazione stabilite nell' orario giornaliero, è proibito trattenersi nelle aule di studio. È vietato gridare e schiamazzare, zufolare, altercare e mettersi le mani addosso. Non è permesso il giuoco del calcio nel recinto del Convitto. Nessuno potrà assentarsi dal luogo della ricreazione comune senza speciale permesso del sorvegliante. In giardino nessuno potrà accortarsi al muro di cinta e tanto meno sedervisi.

Art. 82. Il contegno in refettorio, nei dormitori e nelle aule vien regolato da ordinanze speciali affisse ne' rispettivi locali.

Art. 83. I convittori sono obbligati di deporre in guardaroba, nel posto e scompartimento assegnato a ciascuno, il loro corredo e tutto quanto è di loro proprietà personale ed a tenerlo sempre in ordine. Sono responsabili di tutto ciò che è di loro proprietà. I guasti ai mobili ed alla suppellettile arrecati dai convittori, sono riparati a spese dei medesimi.

Art. 84. I convittori sono obbligati di osservare scrupolosamente, sempre e dovunque le norme di pulizia. Lo scrivere sulle pareti o il guastarle in qualsiasi modo vien severamente punito. Tutti i convittori hanno l' obbligo di prendere, salvo dispense per malattia, un bagno doccia ogni 15 giorni. I bagni saranno fatti per gruppi, sotto la guida di un sorvegliante incaricato dalla Vice-Direzione e secondo le norme consigliate dall' igiene.

Art. 85. È proibito d' introdurre nell' Istituto o farsi mandare cibi e bevande.

La cura medica è gratuita per i convittori. Delle malattie gravi o prolungate si dà avviso ai genitori.

Art. 86. Possono essere ammessi come convittori allievi della Scuola Tecnica di Locarno. Essi sottostanno a tutte le regole di disciplina interna.

Art. 87. Gli allievi della Normale e della Scuola Tecnica i quali tornano a casa ogni sera e partecipano alla refezione di mezzogiorno sono sottoposti alla disciplina interna per tutto il tempo che passano nell' Istituto.

B. Del Convitto femminile.

Cap. XII. Vice-Direttrice.

Art. 94. Alla Vice-Direttrice incombe il governo morale e disciplinare immediato delle convittrici. Essa distribuisce e dirige la sorveglianza e, in certi casi, la esercita personalmente. La Vice-Direttrice e inoltre tenuta ad adempiere quelle funzioni di governo scolastico che la Direzione crederà opportuno affidarle. In caso di assenza del Direttore, lo supplisce nelle attribuzioni che riguardano

unicamente e direttamente la sezione femminile. Dell' andamento del Convitto informa la Direzione, quando ne veda la necessità e quando ne sia da essa richiesta.

Art. 95. Dedica ogni cura al perfezionamento morale delle alunne, e, mediante una assidua ed amorevole vigilanza, cura l' esatta osservanza del regolamento e dell' orario ed il mantenimento della buona armonia fra tutte le persone del Convitto, così da farne lo specchio fedele di una ben ordinata famiglia. Avvia praticamente le alunne al buon governo di una casa, facendole attendere per turno ai servigi domestici.

Punisce le allieve convittrici mancanti ai loro doveri disciplinari, mediante semplice ammonizione, ammonizione in presenza delle compagne o delle maestre sorveglianti, rapporto al Direttore ed avviso ai genitori.

Art. 96. Vigila che le allieve mantengano in ogni loro cosa il più perfetto ordine e la massima pulizia nelle proprie persone, nel loro corredo, nei letti e nelle stanze, ammonendo severamente e castigando le negligenti e le trascurate.

Cap. XIII. ***Maestre sorveglianti.***

Art. 97. Le maestre incaricate della sorveglianza sono tenute a coadiuvare la Vice-Direttrice in tutte le funzioni di governo del Convitto.

Art. 98. Per le maestre sorveglianti valgono tutte le disposizioni degli art. 63—67 stabilite per il Convitto della Sezione maschile.

Art. 99. Ogni maestra ha la sorveglianza di un dormitorio. Non si corica che dopo aver sorvegliato il coricarsi delle allieve; si alza colle allieve. Dopo la colazione, ogni maestra accompagna le allieve del suo gruppo in dormitorio e cura che rifacciano il proprio letto e diano sesto alle proprie cose. Alla vigilanza assidua delle sorveglianti è pure commessa la pulizia nei dormitori e nei gabinetti, l' ordine dappertutto e principalmente nelle Scuole. Ogni cosa adoperata durante le lezioni dovrà essere, immediatamente dopo, rimessa a posto.

Le maestre assumeranno per turno la sorveglianza delle allieve nelle ore di ricreazione, secondo l' ordine della Vice-Direttrice.

Durante il tempo della sorveglianza, le maestre a ciò designate devono consacrarsi interamente alle allieve, divertendole ed educandole con giuochi convenienti, buone conversazioni. Quando la stagione e il tempo permettono di condurle in giardino, dovranno addestrarle a piccoli lavori di giardinaggio.

Per turno settimanale, le maestre sorvegliano le allieve in refettorio e pongono ogni cura, colla parola e coll' esempio, affinchè le regole dell'igiene e del galateo siano osservate.

Le maestre sorvegliano pure per turno le allieve mentre si recano in chiesa e ne tornano, nelle passeggiate e durante lo studio.

Durante le ore di studio le maestre dovranno prestarsi a dare schiarimenti alle allieve intorno alle lezioni.

Cap. XIV. Convittrici.

Art. 101. La retta deve essere pagata secondo le disposizioni dell'art. 55. Non sono in essa comprese le spese per l'uniforme, il materiale scolastico ed i medicinali.

Le spese fatte dalla Vice-Direttrice per conto delle allieve vengono da essa stessa riscosse trimestralmente presso la famiglia.

Art. 102. Le convittrici sono tenute a prestarsi per il servizio di cucina, del refettorio, del dormitorio, della guardaroba e per lavori in giardino.

Art. 103. Le allieve devono osservare esattamente il regolamento, l'orario e tutte le norme disciplinari che verranno prescritte per il buon andamento del Convitto, attendere con zelo allo studio e mostrarsi docili, obbedienti e rispettose verso tutti i superiori.

Art. 104. È di strettissimo obbligo, sì dentro come fuori del Convitto, l'uso della buona lingua italiana in tutte le conversazioni e con tutte le persone: superiori, compagne ed esterne. In determinati giorni ed ore può essere imposto a certe classi l'uso del francese nella conversazione.

Art. 105. In iscuola, in dormitorio e durante le ore di riposo, è assolutamente prescritto il silenzio.

Art. 106. Le convittrici per ogni loro provvista o spesa si rivolgono alla Vice-Direttrice. È loro assolutamente vietato di rivolgersi, per simili od altre cose, alle persone di servizio, alle esterne ed a qualsiasi altra persona.

È loro proibito di trattenersi colle persone di servizio; ogni comunicazione col di fuori, in qualsiasi forma, all'insaputa della Vize-Direttrice e contro le prescrizioni del regolamento, sarà punita severamente.

Art. 107. Non è permesso alle alunne di portare nel Convitto oggetti di lusso e di valore. È loro proibito di introdurre cibi o di farsene mandare.

Art. 108. Nessuna allieva potrà avere libri, tranne quelli di studio, senza speciale consenso della Vice-Direzione.

Art. 109. Le allieve usciranno per la passeggiata in comune accompagnate dalle maestre, due volte la settimana, da ottobre a tutto aprile, e possibilmente tutti i giorni dal principio di maggio alla chiusura dell'anno scolastico. Nessuna delle alunne potrà, senza giusto motivo, essere dispensata dal passeggio. È inoltre concessa l'uscita insieme coi genitori, tutori o prossimi parenti autorizzati dai genitori, l'ultima domenica di ogni mese, a condizione che le allieve rientrino nell'Istituto per le 5. Uscendo dall'Istituto le allieve dovranno sempre indossare l'abito uniforme. Possono ricevere le visite di parenti debitamente autorizzati, il giovedì e la domenica.

Art. 110. Tutta la corrispondenza delle allieve deve passare per la Vice-Direzione. In caso di sospetto circa la natura di una lettera la Vice-Direttrice è autorizzata a prenderne conoscenza alla presenza dell'allieva che manda o che riceve la lettera. Risultando il sospetto fondato ne riferirà alla Direzione.

Cap. XVI.

Art. 112. Le parti del presente Regolamento che riguardano gli allievi tanto interni quanto esterni, verranno loro lette all'aprirsi d'ogni anno scolastico.

Art. 113. Il presente Regolamento entra in vigore con la sua pubblicazione sul Bollettino Officiale delle leggi e decreti.

---

3. Lehrerschaft aller Stufen.

5. Legge sull' onorario dei funzionari scolastici e degli insegnanti delle scuole pubbliche cantonali e delle scuole elementari comunali.

(Del 5 dicembre 1917.)

Il Gran Consiglio
della Repubblica e Cantone del Ticino,

Viste le leggi 28 settembre 1914 sull' insegnamento elementare e sull' insegnamento professionale,

Su proposta del Consiglio di Stato;

decreta:

Capitolo I. — Docenti delle Scuole elementari.

Art. 1. L' onorario dei maestri e delle maestre delle scuole elementari non può essere inferiore ai minimi seguenti:

	maestro	maestra
Scuole di 7 mesi	fr. 1500	fr. 1150
„ „ 8 „	„ 1600	„ 1250
„ „ 9 „	„ 1700	„ 1350
„ „ 10 „	„ 1800	„ 1450

§ 1. Nei Comuni i quali in base all' ultimo censimento federale contano una popolazione superiore a 3000 anime i minimi di cui sopra vanno aumentati di fr. 200.

§ 2. Agli onorari suddetti vanno inoltre aggiunti quattro aumenti triennali di fr. 100 cadauno.

Art. 2. Gli onorari minimi stabiliti dall' art. 1 per i docenti delle scuole elementari devono dai Comuni o Consorzi di Comuni essere pagati ai maestri in tante rate mensili quanti sono i mesi di durata della scuola.

§ 1. Lo Stato rimborsa ai Comuni o Consorzi di Comuni un sussidio corrispondente al 50 per cento dei minimi fissati dall' articolo 1 e ciò in due rate uguali alla fine dei mesi di marzo e di agosto.

§ 2. A piccoli Comuni o frazioni poste in condizioni affatto eccezionali, il Consiglio di Stato può assegnare sussidi straordinari in misura di non più di fr. 400 cadauno.

Art. 3. Gli aumenti triennali d' onorario per i docenti delle scuole elementari sono, a carico dello Stato, il quale li versa direttamente agli aventi diritto.

Art. 4. Dove un Comune con almeno 10 scuole elementari nomini un maestro supplente, questi avrà diritto agli onorari ed agli aumenti triennali in conformità dei dispositivi degli articoli precedenti.

§. Hanno diritto agli aumenti triennali i direttori didattici che in caso di bisogno sono tenuti a supplire nella scuola che dirigono.

Art. 5. Se il primo anno di scuola elementare è annesso all' asilo infantile, giusta il § dell' articolo 35 della legge 28 settembre 1914 sull' insegnamento elementare, lo Stato potrà assegnare all' aministrazione dell' asilo un sussidio eguale al 50 per cento del maggior onorario che per tale circostanza l' amministrazione medesima corrisponderà alla maestra dell' asilo.

Art. 6. Le disposizioni che precedono non sono applicabili agli insegnanti non muniti di regolare patente, l' onorario dei quali sarà fissato dai Comuni mediante speciale contratto da approvarsi dal Dipartimento della Pubblica Educazione.

Art. 7. Quando il maestro debba abbandonare la propria dimora per stabilirsi nel Comune o nella frazione dove è chiamato a far scuola, ha diritto ad una cucina e ad una camera ammobigliata, alla legna e possibilmente ad un orto.

Queste prestazioni possono venir sostituite da una idennità a richiesta del docente.

In caso di contestazione decide l' Ispettore salvo ricorso al Dipartimento. I locali di cui sopra restano a disposizione del maestro anche durante le vacanze per tutta la durata del periodo di nomina, ma non possono essere ceduti in locazione senza il consenso della Municipalità.

Art. 8. I Comuni ed i maestri che stipulassero o sotto qualsiasi forma anche verbale, convenissero onorario inferiore a quello minimo stabilito dal presente decreto incorreranno nelle seguenti penalità:

a) I maestri saranno multati in 100 fr. In caso di recidiva oltre la multa, incorreranno nella sospensione di un anno.

b) I Comuni non riceveranno il sussidio scolastico dello Stato, salvo regresso contro il Municipio.

Capitolo II. — Ispettori scolastici, funzionari e insegnanti delle scuole secondarie e professionali.

Art. 9. Gli ispettori scolastici, i funzionari e gli insegnanti delle scuole secondarie e delle scuole professionali sono suddivisi per ciò che concerne gli onorari nelle seguenti classi:

Classe I (onorario da fr. 3500 a fr. 4500).

Direttori e professori del Liceo, della Scuola Normale, della Scuola Cantonale di Commercio.

Classe II (onorario da fr. 3300 a fr. 4300).

Ispettore delle Scuole professionali di disegno e d' arti e mestieri.

Professori delle classi superiori del Ginnasio e delle Scuole Tecniche, con sezione letteraria.

Professori di materie teoriche e capi-officina delle Scuole Cantonali d' arti e mestieri.

Classe III (onorario da fr. 2800 a fr. 3600).

Ispettori scolastici di Circondario;

Insegnanti della Scuola di Amministrazione e delle scuole cantonali d' arti e mestieri non compresi nella classe precedente;

Insegnante di disegno ornamentale nel Liceo;

Insegnante di disegno nella Normale;

Insegnante di ginnastica nella Normale.

Classe IV (onorario da fr. 2500 a fr. 3000).

Maestre della Normale, sezione femminile;

Ispettrice degli asili d' infanzia;

Insegnanti di calligrafia nelle scuole normali e nella Scuola Cantonale di Commercio;

Professori delle classi inferiori delle Scuole Tecnico-letterarie e del Ginnasio e delle Scuole Tecniche inferiori;

Maestri delle Scuole pratiche annesse alla sezione maschile della Normale;

Istruttori di ginnastica.

Classe V (onorario da fr. 2000 a fr. 2500).

Maestre delle Scuole Tecniche inferiori;

Maestre delle Scuole pratiche annesse alla Normale femminile;

Docenti delle Scuole professionali e corsi speciali annuali di disegno.

Classe VI (onorario da fr. 800 a fr. 1200).

Docenti dei corsi speciali di disegno e dei corsi per gli apprendisti, in quanto la durata sia di circa 5 mesi all' anno con almeno 3 ore di lezione al giorno.

Art. 10. I funzionari e gli insegnanti di nuova nomina avranno di regola il minimo dell' onorario stabilito per la propria classe.

Il massimo dell' onorario viene raggiunto mediante quattro aumenti triennali:

a) di fr. 250 (duecentocinquanta) nelle prime due classi;
b) di fr. 200 (duecento) nella III^{a} classe;
c) di fr. 125 (centoventicinque) nella IV^{a} e V^{a} classe;
d) di fr. 100 (cento) nella VI^{a} classe.

§. Nei Comuni i quali in base all' ultimo censimento federale contano una popolazione superiore a 3000 abitanti gli stipendi dei docenti delle Scuole Tecniche Inferiori, del Ginnasio inferiore e delle classi inferiori delle Scuole Tecniche letterarie saranno aumentati di fr. 200.

Art. 11. Gli onorari dei direttori del Liceo, della Scuola Normale e della Scuola Cantonale di Commercio saranno aumentati di franchi 500 se avranno 5 ore di insegnamento alla settimana, di franchi 1000 al massimo, se ne avranno di più.

Art. 12. Dove più scuole di grado o di natura diversa siano sottoposte ad una unica direzione, questa sarà coadiuvata da vice direttori per ogni singola scuola.

Su richiesta della Direzione sarà pure nominato un vice direttore nelle scuole aventi più di 200 allievi.

I vice direttori sono scelti nel seno del corpo insegnante della rispettiva scuola e sono nominati dal Dipartimento della Pubblica Educazione.

Art. 13. Ai docenti delle scuole tecniche, ginnasiali e professionali assunti all' ufficio di direttore ed ai docenti delle Normali assunti all' ufficio di vice direttore per ciascuna sezione sono corrisposte le seguenti gratificazioni annue:

a) di fr. 500 ai vice direttori delle due sezioni della Normale;

b) di fr. 300 ai direttori delle scuole tecniche e letterarie e delle scuole professionali di disegno d' arti e mestieri con più di 100 allievi;

c) di fr. 200 ai direttori delle suddette scuole con meno di 100 allievi;

d) di fr. 100 ai direttori delle suddette scuole con meno di 50 allievi.

Art. 14. Gli insegnanti delle scuole secondarie sono tenuti a dare fino a 23 ore settimanali di lezione se le materie del loro insegnamento implicano, oltre le ore di classe, l' onere di correzione di compiti o la cura di gabinetti scientifici, e fino a 28 ore settimanali per le materie il cui insegnamento è esente da tali oneri.

§. Per i docenti incaricati della direzione della scuola il numero delle ore settimanali d' insegnamento può essere ridotto, in guisa che i due uffici siano conciliabili e non ne risulti onere soverchio.

Art. 15. Entro i limiti orari di cui all' articolo precedente gli insegnanti devono prestarsi a dare, gratuitamente, lezioni, nelle loro materie, od in materie affini, anche in altre scuole dello Stato ed a supplire i loro colleghi assenti.

§. Quando un insegnante sia chiamato a completare il suo orario di insegnamento in una scuola fuori del Comune dove ha la propria sede, si terrà conto per il compenso anche del tempo richiesto della trasferta e gli saranno rifuse le spese di viaggio.

Art. 16. Per le ore di lezione eccedenti i limiti di cui all' art. 15 è corrisposto un compenso supplementare per ogni ora settimanale eguale al quoziente dell' onorario annuale del docente per il numero massimo di ore settimanali di lezione cui è tenuto in base all' art. 14 suddetto.

Art. 17. Quando la durata di un corso speciale di disegno o di un corso per gli apprendisti fosse prorogata oltre 5 mesi sarà assegnato al docente un supplemento mensile d' onorario eguale a quello corrisposto nei mesi precedenti.

*Capitolo III. — **Assistenti, bibliotecari, incaricati, inservienti.***

Art. 18. L' onorario degli assistenti ai gabinetti di scienze naturali, dei titolari preposti alla direzione delle biblioteche, degl' in-

caricati di speciali insegnamenti, dei vice direttori non contemplati dall' articolo 13, dell' economo delle Normali e degli inservienti delle scuole pubbliche, è fissato dal Consiglio di Stato a stregua della natura e dell' importanza del lavoro.

Capitolo IV. — Disposizioni complementari.

Art. 19. Quando un funzionario scolastico od un insegnante passa ad altro ufficio compreso in una classe superiore non vengono calcolati, agli effetti dell' art. 10, gli anni di servizio passati nel precedente. Il nuovo onorario non potrà però essere minore di quello percepito precedentemente.

Art. 20. Quando un funzionario od insegnante passi, a richiesta o per ragioni d' ufficio, da una funzione o da un insegnamento ad altri compresi in una classe inferiore, detto funzionario od insegnante beneficia integralmente della sua anzianità di servizio.

Art. 21. Se una scuola o un insegnamento vengono soppressi prima della scadenza del periodo di nomina, i suoi addetti ricevono, a titolo di indennità, una gratificazione non inferiore alla metà e non superiore all' intero onorario percepito l'anno precedente, a giudizio del Consiglio di Stato.

§ 1. Tale indennità è sopportata per intero dallo Stato dove l' onorario del funzionario o dell' insegnante fosse integralmente a carico dello Stato, è invece suddivisa tra lo Stato, il Comune od il Consorzio di Comuni nelle proporzioni in cui era tra essi suddiviso l' onere dell' onorario.

§ 2. Il diritto all' indennità cessa quando le soppressioni di cui al lemma primo del presente articolo coincidano colla fine del periodo di nomina.

§ 3. Il docente chi ha compiuto il 70° anno di età cessa dalle sue funzioni e viene ammesso al beneficio della cassa pensioni.

Art. 22. Dal sussidio federale per la scuola elementare, in base alla legge federale 25 giugno 1903, è annualmente prelevata una somma di fr. 75,000 da destinarsi:

a) in ragione di fr. 50 per ogni scuola elementare come contributo alla quota cantonale d' onorario ai docenti, di cui al § 1 dell' art. 2;

b) ad uno o più degli scopi seguenti, come sarà volta a volta stabilito mediante decreto del Consiglio di Stato:

1. sussidi ai Comuni bisognosi come al § 2 dell' art. 2, oppure per la costruzione di case scolastiche;

2. idem per l' acquisto di mobili e suppellettile scolastica;

3. istituzione di nuovi posti di insegnanti di ginnastica presso le scuole delle valli e delle campagne;

4. sussidi per costruzione di palestre, adattamento di piazzali e acquisto di attrezzi per la ginnastica;

5. borse di studio per la formazione di maestri per le scuole speciali;

6. istituzioni di scuole speciali per anormali durante il periodo obbligatorio di scuola;

7. ampliamento delle Normali e perfezionamento delle scuole pratiche annesse.

§ 1. La rimanente parte del sussidio federale per la scuola elementare e la parte della stessa quota di fr. 75,000 che rimanesse senza destinazione nel corso di un esercizio saranno versati alla Cassa pensione per i docenti.

§ 2. Quando il capitale della Cassa pensioni avrà raggiunto il limite occorrente ad assicurare col proprio reddito, unito alle tasse degli assicurati, il funzionamento regolare dell' istituto, verrà proporzionalmente ridotta oppure soppressa la prestazione dello Stato sul sussidio federale, e la somma corrispondente verrà applicata in misura maggiore ngli scopi di cui al lemma primo dell' attuale articolo o ad altri fra gli scopi indicati dalla legge federale. Ciò mediante decreto legislativo.

Capitolo V. — Disposizioni transitorie ed abrogative.

Art. 23. La presente legge, riservato l' esito dell' eventuale esercizio del diritto di „referendum", entra in vigore coll' anno scolastico 1917—1918.

Art. 24. Coll' entrata in vigore della presente legge tutti i contratti scolastici per il periodo in corso devono essere riveduti, per ciò che concerne gli onorari, in conformità dei dispositivi della medesima.

Art. 25. L' applicazione della presente legge non può avere per conseguenza di scemare le spese che i Comuni sopportano attualmente in proprio per l' onorario dei singoli loro docenti.

Art. 26. Nessuno dei funzionari scolastici od insegnanti che saranno in carica all' entrata in vigore della presente, potrà vedersi ridotto l' onorario che percepiva precedentemente.

Art. 27. Gli aumenti decennali dei quali i docenti delle scuole elementari fossero già al beneficio all' epoca dell' entrata in vigore della presente legge resteranno loro definitivamente acquisiti.

§. Avranno pure diritto ad un aumento decennale i docenti che all' entrata in vigore della presente legge avranno al loro attivo oltre 5 anni di servizio nelle Scuole pubbliche.

Art. 28. I docenti cantonali i quali all' entrata in vigore della presente legge si trovano almeno al sesto anno di insegnamento presso le Scuole pubbliche saranno ammessi a beneficiare immediatamente di un aumento triennale o di una parte di esso sempre che il loro nuovo onorario non superi già o non venga a superare di fr. 400 il loro precedente onorario.

§. I docenti cantonali in carica da più di 16 anni avranno immediatamente diritto a due aumenti triennali e quelli in carica da oltre 24 anni a tre aumenti triennali.

Art. 29. I periodi triennali per gli aumenti successivi cominceranno a decorrere coll' entrata in vigore della presente legge, per i docenti in carica, e dall' anno della rispettiva nomina per i nuovi insegnanti.

Art. 30. Coll' entrata in vigore della presente legge resta abrogato il decreto 25 novembre 1903 circa l' applicazione del sussidio federale alle scuole elementari e tutte le precedenti disposizioni legislative contrarie od incompatibili.

---

6. Legge sulla Cassa Pensioni del Corpo insegnante del Cantone Ticino. (Del 18 gennaio 1917.)

Il Gran Consiglio
della Repubblica e Cantone del Ticino,
Sulla proposta del Consiglio di Stato,
decreta:

Capitolo I. — Disposizioni fondamentali.

Art. 1. È istituita dallo Stato una Cassa Pensioni del Corpo insegnante del Cantone Ticino, coi fondi dell' attuale Cassa di Previdenza, e mediante i contributi previsti dalla presente legge.

§. La Cassa Pensioni del Corpo insegnante sarà inscritta nel Registro di Commercio.

Art. 2. La Cassa Pensioni è amministrata dallo Stato per mezzo del Dipartimento di Pubblica Educazione in unione col Dipartimento delle Finanze.

Lo Stato ne garantisce l'esistenza e il funzionamento entro i limiti del patrimonio della Cassa e della presente legge.

Art. 3. Il Dipartimento della Pubblica Educazione è coadiuvato da una Commissione di 7 membri eletta direttamente dal Corpo insegnante fra i partecipanti della Cassa alla scadenza di ogni quinquennio.

La Commissione è convocata ogni anno dal Dipartimento per l' accertamento del patrimonio e la verifica della gestione della Cassa, e tutte le volte che potrà essere richiesta del suo parere.

Art. 4. Sono inscritti alla Cassa Pensioni:

a) Tutti gli insegnanti in esercizio nelle scuole pubbliche comunali e cantonali, in possesso dei titoli legali d' idoneità all' insegnamento, nominati dalle competenti autorità;

b) i direttori degli istituti scolastici cantonali, i bibliotecari e gli assistenti ai gabinetti scentifici degli istituti stessi, muniti di titoli d' idoneità all' insegnamento;

c) gli ispettori delle scuole pubbliche di ogni grado;

d) i direttori didattici delle scuole elementari, abilitati all' insegnamento, nominati da un Comune o Consorzio di Comuni avente non meno di dieci scuole, e che a queste dedicano la loro principale attività.

Possono far parte della Cassa, in via facoltativa, le maestre laiche degli Asili d'infanzia, sussidiati dallo Stato, munite di regolare patente e nominate in conformità di legge, come pure i docenti di istituti scolastici di enti morali, che rivestono carattere pubblico ed i Segretari del Dipartimento di Educazione, se muniti di titoli che li abilitano ad insegnare.

Art. 5. Il partecipante alla Cassa che per ragioni di studi complementari col consenso del Dipartimento interrompe l'insegnamento o l'ufficio per un periodo non superiore a 4 anni, rimane inscritto alla Cassa, fermi stanti i contributi dello Stato e dell'interessato in basè all'ultimo stipendio percepito.

Il docente non confermato che non avesse potuto ottenere la nomina in altre scuole, purchè provi che ciò avenne contrariamente alla sua volontà e alle sue istanze, e dichiari di tenersi a disposizione dell'autorità scolastica per quegli uffici d'insegnamento di cui potesse venir richiesto mantiene, rispetto alla Cassa Pensioni, la posizione acquisita nel tempo durante il quale ne fece parte.

Art. 6. Il socio che per qualsiasi altra causa abbandona la scuola o l'ufficio di cui è investito, cessa di essere membro della Cassa; la sua posizione di assicurato viene liquidata entro il 31 dicembre dell'anno in corso.

Riprendendo l'insegnamento od altre funzioni relative, tornerà a parteciparvi.

Capitolo II. — Patrimonio e proventi.

Art. 7. Il patrimonio della Cassa Pensioni è costituito dal capitale posseduto dalla Cassa di Previdenza del Corpo insegnante alla entrata in vigore della presente legge.

Art. 8. I proventi annuali della Cassa sono i seguenti:

a) Contributo dello Stato;

b) contributo dei Comuni o Consorzi di Comuni ed enti morali;

c) tasse di entrata, annuali e per aumento di onorario;

d) eventuali donazioni.

Lo Stato assegna annualmente alla Cassa:

a) Il 5 % sugli onorari percepiti dai docenti delle scuole primarie;

b) il 7 % sugli onorari percepiti complessivamente dai docenti delle scuole secondarie e dalle maestre degli asili d'infanzia.

Lo Stato è autorizzato a valersi pei suoi contributi della rimanenza del sussidio federale alla scuola primaria, dedotta ogni anno la somma dovuta ai maestri di scuola primaria in ragione di 100 fr. ciascuno e 4000 fr. per somministrazioni gratuite alle scuole medesime.

I Comuni assegnano alla Cassa ogni anno il 2 % dell'onorario percepito dai rispettivi docenti di scuola primaria.

I Comuni, Consorzi di Comuni o enti morali aventi scuole professionali o di altro ordine secondario o superiore, dipendenti da essi direttamente, ma sussidiate dallo Stato o dalla Confederazione,

corrispondono alla Cassa il 7 % della somma complessiva degli onorari che percepiscono i docenti delle anzidette scuole, partecipanti alla Cassa stessa.

Tutti i membri della Cassa Pensioni pagano:

a) Una tassa d'ammissione del 4 % sul loro onorario fino al 25° anno di età, del 6 % fino al 35°, e dell' 8 % oltre questa età;

b) una tassa annuale del 5 % sull' onorario di ciascuno;

c) il 4 % una volta tanto su ogni aumento d'onorario, tante volte quanti sono gli anni di servizio con stipendio immediatamente inferiore più uno, purchè la somma da pagarsi non superi l' aumento stesso.

Art. 9. I contributi in natura (alloggio, legna, ecc.), che il docente o il funzionario riceve dal Comune o dallo Stato, sono contati nello stabilire la somma totale dell' onorario che il docente o il funzionario stesso complessivamente percepisce; sono parimenti calcolate le gratificazioni per incarichi annuali concernenti la scuola.

Art. 10. Nella determinazione dei contributi e delle pensioni non si tiene conto della parte di onorario, eccedente i 3000 fr.

Il socio cui venisse diminuito l' onorario, per cambiamento di ufficio o per qualsiasi altra causa, ha diritto di mantenersi assicurato tutto l' onorario che percepiva precedentemente, continuando a pagare la relativa tassa.

Art, 11. Il versamento dei contributi cantonali è fatto alla chiusura del primo semestre di ogni anno.

Le tasse dei soci sono pagate mediante trattenuta sugli stipendi e sussidi dovuti ai singoli assicurati, ogni trimestre per i docenti delle scuole cantonali, e alla fine dell' anno scolastico per i maestri delle scuole elementari; quelle dei Comuni, dei Consorzi di Comuni o di enti morali sono dedotte dai sussidi scolastici che lo Stato corrisponde ai Comuni medesimi.

Art. 12. Allo spirare di ogni quinquennio il Dipartimento di Pubblica Educazione farà allestire un bilancio tecnico della Cassa Pensioni, per eventuali proposte di modificazione del piano di contribuzioni.

Capitolo III. — Amministrazione finanziaria.

Art. 13. La custodia dei capitali e dei valori e il servizio di Cassa sono affidati alla Banca di Stato.

Art. 14. I capitali della Cassa saranno senza ritardi, mediante decreto del Consiglio di Stato, investiti in obbligazioni cantonali, federali, comunali, o della Banca di Stato, al miglior tasso possibile.

Art. 15. Il Dipartimento della Pubblica Educazione provvede alla regodare amministraziene della Cassa e ne rende conto annualmente al Gran Consiglio, unitamente alla propria gestione.

Art. 16. Il diritto alla pensione è acquisito dopo 10 anni di partecipazione alla Cassa.

Capitolo IV. — Pensione e restituzione di tasse.

Art. 17. La pensione è liquidata in base all' onorario massimo percepito dall' assicurato, all' atto del suo collocamento in pensione.

Essa corrisponde al 30 %, dopo il decimo anno di servizio, ed aumenta del 1 % ogni nuovo anno di servizio fino al 30° e del 2 % da questo al 35°, in cui raggiungerà il 60 % dell' onorario, punto massimo che non potrà essere sorpassato.

Art. 18. Il computo degli anni comincia dall' anno scolastico in cui l' assicurato entrò a far parte della Cassa.

Art. 19. La messa in pensione è giudicata dal Dipartimento di Pubblica Educazione su domanda o d' officio.

La domanda dev' essere accompagnata dal certificato di due medici, i quali dichiarino che il postulante si trova nell' impossibilità fisica o mentale di continuare ad adempiere regolarmente i doveri del suo ufficio.

Al Dipartimento è riservato il diritto di chiamare altro medico di fiducia per nuovo esame dell' assicurato.

La pensione decorre dalla data in cui cessa lo stipendio.

Art. 20. Alla morte di un assicurato in attività di servizio o pensionato, la vedova riceve la metà e ciascun figlio un quinto della pensione cui il defunto avrebbe avuto diritto al momento della morte o che già percepiva.

La pensione dei figli non può, in nessun caso, superare complessivamente la metà di quella del padre. Il diritto di riceverla cessa per i figli, a 18 anni compiuti.

Art. 21. Alla morte di una vedova pensionata o di un assicurato vedovo, i figli loro avranno diritto ognuno ad $^1/_5$ del 90 % della pensione che spettava o sarebbe spettata alla madre o al padre defunti. La somma complessiva delle loro quote non dovrà superare, in nessun caso, l' accennato 90 %. Il diritto cessa a 18 anni compiuti.

Art. 22. Alla morte di un assicurato nubile, che lasci ascendenti, dei quali era l' unico sostegno, questi riceveranno il 40 % della pensione cui aveva diritto.

Art. 23. Alla morte di una maestra ciascun figlio fino all' età di 18 anni riceverà un quinto della pensione che sarebbe spettata alla madre. La pensione dei figli non potrà superare la metà di quella della madre.

Art. 24. Una maestra vedova di un assicurato conserva i diritti suoi e quelli dei figli alla pensione.

Art. 25. Se un pensionato prende moglie, la vedova e i figli superstiti di tale matrimonio non avranno diritto a pensione.

Art. 26. Il pensionato che assume una supplenza nell' insegnamento, perde per la durata della stessa il diritto alla pensione.

Art. 27. Il versamento delle pensioni sarà fatta mensilmente.

Art. 28. La pensione versata dalla Cassa agli assicurati ed alle loro famiglie non può essere ceduta, impegnata o pignorata.

Art. 29. Il socio che, per qualsiasi motivo, esce dalla Cassa ha diritto, se nei primi 10 anni di partecipazione alla Cassa, alla restituzione del 90 %, se dopo 10 anni del 75 % delle tasse pagate, senza gli interessi.

Art. 30. Il socio uscito dalla Cassa, quando riprende il servizio alla scuola pubblica del Cantone o dei Comuni è obbligato a rientrarvi, riversando l' intiera indennità d' uscita.

È pure obbligato a rientrarvi il pensionato che ottiene la riabilitazione d' insegnamento.

Capitolo V. — Contestazioni e ricorsi.

Art. 31. Contro le risoluzioni del Dipartimento della Pubblica Educazione è ammesso ricorso al Consiglio di Stato, entro 20 giorni dalla data del decreto dipartimentale.

Art. 32. Il Consiglio di Stato decide tutte le vertenze relative al collocamento in pensione ed alla liquidazione di essa, e quelle derivanti da interpretazioni della presente legge.

Contro tutte le decisioni governative è ammesso ricorso in ultima istanza al Tribunale d' Appello, entro il termine perentorio di 20 giorni.

Capitolo VI. — Disposizioni transitorie.

Art. 33. I decreti legislativi 5 maggio 1902, 25 novembre 1903 e 26 maggio 1904 sono abrogati.

Art. 34. Gli ammessi alla Cassa di Previdenza in virtù dello Statuto approvato col citato decreto legislativo 26 maggio 1904, passano di diritto nella Cassa Pensioni.

Art. 35. Fino a quando non potrà essere attivata la Cassa malattie, le preesistenti sovvenzioni saranno corrisposte in conformità degli analoghi dispositivi del suaccennato statuto.

Art. 36. La presente legge entrerà in vigore trascorso il termine dell' esercizio di referendum.

---

7. Decreto legislativo sulle gratificazioni ai docenti ed ispettori delle Scuole pubbliche cantonali e comunali, alla ispettrice e maestre degli asili infantili. (Del 17 gennaio 1917.)

Il Gran Consiglio

della Repubblica e Cantone del Ticino,

Sulla proposta del Consiglio di Stato,

decreta:

Art. 1. Ai docenti ed agli ispettori delle scuole pubbliche cantonali e comunali, come pure alle maestre degli asili infantili sussidiati dallo Stato ed alla ispettrice degli stessi, è concessa, per l' anno

scolastico 1916-1917, una indennità speciale, per il rincaro della vita, nella misura stabilita dagli articoli seguenti.

Art. 2. Detta indennità viene concessa a coloro il cui onorario non supera i fr. 3500 all' anno.

Essa viene commisurata come segue:

1. Pei docenti ed ispettori:
   a) in quanto il loro stipendio non superi i fr. 1500, fr. 200 annui se ammogliati e fr. 100 se celibi;
   b) in quanto lo stipendio stia tra i fr. 1501 ed i fr. 2500, fr. 180 annui se ammogliati e fr. 90 se celibi;
   c) in quanto lo stipendio sia compreso tra i fr. 2501 ed i fr. 3500, fr. 150 annui se ammogliati e fr. 75 se celibi.
2. Per tutte le maestre e pell' ispettrice degli asili:
   a) in quanto il loro stipendio non superi i fr. 1500, fr. 120 annui se maritate e fr. 80 se nubili;
   b) in quanto lo stipendio sia compreso fra i fr. 1501 e i fr. 2500, fr. 100 annui se maritate e fr. 60 se nubili.

Art. 3. Nel determinare gli onorari di ciascun docente od ispettore devesi tener conto, oltre che dello stipendio fisso, di tutti i proventi accessori, in denaro, escluse soltanto le indennità di trasferta.

§. Dagli stipendi stessi dovranno tuttavia essere detratti i contributi assegnati ai docenti pell' alloggio e la legna, nella misura che sarà determinata singolarmente dal Dipartimento della Pubblica Educazione.

Art. 4. Nessuna indennità è dovuta ai semplici incaricati di insegnamenti speciali.

Art. 5. I docenti vedovi, divorziati o legalmente separati, con prole, sono equiparati ai conjugati.

Art. 6. I Comuni e le amministrazioni degli asili privati concorreranno in ragione del 25 % dell' indennità dovuta ai docenti delle loro scuole comunali ed infantili.

Qualora si tratti di piccoli Comuni, posti in condizioni eccezionali, il Consiglio di Stato può concedere l' esonero del contributo loro spettante o di parte dello stesso.

Art. 7. Dalla quota incombente al Comune od alle amministrazioni suddetti verranno dedotte le indennità che risultassero essere già state dagli stessi assegnate pel medesimo titolo e pell' anno scolastico in corso sino a concorrenza del 25 % come sopra.

Art. 8. Il riparto fra Cantone e Comuni od amministrazione degli asili sarà fatto per cura del Dipartimento della Pubblica Educazione a cui è devoluta altresì la determinazione dell' indennità dovuta ad ogni docente ed ispettore.

Contro le risoluzioni del Dipartimento è dato il ricorso al Consiglio di Stato in carta semplice ed entro il termine di 15 giorni dalla loro comunicazione.

Art. 9. Le indennità saranno pagate entro il secondo semestre 1917 e non potranno essere computate pel contributo dovuto dai docenti alla Cassa di Previdenza del Corpo insegnante.

§. A coloro che dovessero abbandonare il loro ufficio prima della chiusura dell' anno scolastico sarà corrisposta soltanto la quota di indennità proporzionata al numero dei mesi d' insegnamento prestati.

Art. 10. Pel pagamento delle indennità di cui sopra sono concessi al Consiglio di Stato i crediti necessari da prelevarsi sulle entrate ordinarie del bilancio.

§. Esso dedurrà la quota incombente ai Comuni ed agli asili dall' importo dei sussidi loro spettanti sull' esercizio in corso.

Art. 11. Il presente decreto, essendo di natura urgente, entra immediatamente in vigore.

XXII. Kanton Waadt.

1. Universität.

I. Université de Lausanne. Règlement de la section des sciences pédagogiques. (Du 3 août 1917.)

I. La section des Sciences pédagogiques est administrée, sous la direction générale du Conseil de l'Ecole, par une commission formée des professeurs spécialement chargés de l'enseignement pédagogique.

II. Sont admis à suivre les cours tous les étudiants et auditeurs dont il est fait mention à l'art. 7 du règlement de l'Ecole des sciences sociales.

Sont admis à participer aux exercices et travaux pratiques de la Section de pédagogie les candidats à la licence de pédagogie et les candidats au certificat d'aptitude.

D'autres étudiants et les auditeurs peuvent y être admis à titre exceptionnel.

Les candidats dont la langue maternelle n'est pas le français doivent prouver qu'ils ont une connaissance suffisante de la langue française. Le Conseil de l'Ecole apprécie.

III. Le président désigne la Commission d'examens parmi les membres de la Commission des études pédagogiques.

En outre, le Département de l'instruction publique désigne un expert pour les examens du certificat d'aptitude. Il peut en désigner un pour la licence.

L'expert fait partie de la Commission d'examens.

IV. Pour être admis aux examens, le candidat doit satisfaire aux conditions prévues aux art. 21 et 22 du règlement de l'Ecole des sciences sociales, à savoir: être immatriculé à l'Université et être porteur du baccalauréat ès-lettres ou ès-sciences de Lausanne ou d'un titre jugé équivalent par le Conseil de l'Ecole.

Présenter au président de l'Ecole, avant de prendre son inscription d'examens: un certificat d'immatriculation, un curriculum vitæ et des pièces établissant qu'il a accompli une scolarité universitaire de quatre semestres, dont deux au moins à Lausanne, ceux-ci avec dix heures au moins d'inscriptions hebdomadaires portant sur des matières du programme de la section des sciences pédagogiques.

Le candidat présente par écrit son programme d'examens. S'il a pris part aux exercices et travaux pratiques, il peut présenter le relevé des appréciations obtenues; mention en sera faite dans son diplôme.

Licence.

V. Les matières obligatoires sont:

1. La philosophie générale.
2. La langue et la littérature françaises.
3. La psychologie.
4. L'histoire des doctrines pédagogiques.
5. La didactique générale.
6. L'organisation et la législation scolaires.
7. La pédologie.

Les matières à option sont:

1. L'histoire générale.
2. La morale.
3. Une langue autre que le français, enseignée à la Faculté des Lettres.
4. Les didactiques spéciales.
5. La physiologie du système nerveux dans son rapport à la pédagogie.
6. L'hygiène.

VI. D'autres matières à option peuvent être ajoutées suivant les enseignements donnés à l'Université.

VII. Les épreuves de l'examen consistent en une composition faite sous surveillance et huit interrogations.

VIII. Il est accordé trois heures pour la composition. Elle porte sur l'histoire des doctrines, la didactique, l'organisation scolaire ou la pédologie, au choix du candidat.

IX. En cas de division de l'examen, la composition a lieu dans la série d'épreuves où a lieu l'interrogation sur la même matière. (Voir règlement de l'Ecole des sciences sociales, art. 21 a 26.)

X. Les épreuves orales consistent en une interrogation sur chacune des matières obligatoires et sur une des matières à option.

XI. En cas de division, chacune des séries d'épreuves comprendra quatre interrogations, au choix du candidat.

XII. Le candidat qui échoue à la seconde série d'épreuves reste au bénéfice du résultat obtenu à la première.

XIII. Le candidat dépose entre les mains du secrétaire-caissier de l'Université la somme de 160 francs au moment où il prend son inscription.

En cas de division, les droits à acquitter sont de 80 fr. pour chaque série d'épreuves.

XIV. En cas d'insuccès, la moitié de la somme versée est restituée au candidat.

Doctorat.

XV. Les épreuves du doctorat comportent:

a) Des épreuves écrites;
b) des épreuves orales;
c) la présentation et la soutenance d'une thèse imprimée et de thèses accessoires.

XVI. Les épreuves écrites et les épreuves orales consistent en une composition et une interrogation sur chacune des trois matières choisies par le candidat parmi les suivantes:

Psychologie. — Histoire des doctrines pédagogiques. — Didactique générale et spéciale. — Organisation scolaire. — Pédologie. — Morale.

XVII. D'autres matières peuvent être ajoutées suivant les enseignements donnés à l'Université.

XVIII. Les compositions se font sous surveillance. Il est accordé trois heures pour chaque composition.

XIX. Les épreuves écrites et orales du doctorat ne comportent pas de division en séries.

XX. Le candidat n'est admis à présenter et à soutenir sa thèse qu'après avoir subi avec succès les épreuves écrites et orales.

XXI. La thèse doit être l'étude approfondie et personnelle d'un sujet intéressant la pédagogie, et pris dans les matières énumérées dans les art. XVI et XVII, ci-dessus. Le sujet doit être indiqué au président de l'Ecole et approuvé par le Conseil. (Voir règlement de l'Ecole des Sciences sociales, art. 44 à 51.)

XXII. Le candidat dépose entre les mains du secrétaire-caissier de l'Université la somme de 160 francs au moment où il prend son inscription et 80 francs au moment où il remet sa thèse.

XXIII. Le licencié ès-sciences pédagogiques de l'Université de Lausanne n'est astreint qu'à la présentation et à la soutenance de la thèse et des thèses accessoires, s'il a fait des examens particulièrement satisfaisants.

Le Conseil de l'Ecole apprécie.

XXIV. En ce cas, le candidat n'acquitte que les droits de thèse.

Certificat d'aptitude à l'enseignement secondaire.

XXV. Pour obtenir le certificat d'aptitude à l'enseignement secondaire, les étudiants réguliers de la Faculté des Lettres, de la Faculté des sciences et de l'Ecole des hautes études commerciales doivent:

1. Avoir suivi pendant deux semestres des cours de pédagogie et avoir subi sur la matière de ces cours un examen satisfaisant.

2. Avoir pris part à des exercices pratiques avec des résultats suffisants.

XXVI. Avant de s'inscrire pour les exercices pratiques, le candidat doit avoir suivi l'enseignement théorique pendant un semestre au moins.

XXVII. Pour les exercices de didactique spéciale, il est fait appel au concours des professeurs de la matière.

XXVIII. Pour être admis aux examens, le candidat doit présenter:

1. Les inscriptions de deux semestres aux cours théoriques.

2. Les attestations obtenues à la suite des exercices pratiques obligatoires, qui sont:

a) Trois leçons faites devant un professeur de pédagogie;

b) trois leçons données à une classe d'élèves en présence du maître chargé de cette classe et d'une délégation de la Commission de pédagogie.

XXIX. Les épreuves de l'examen sont orales. Elles portent sur:

a) L'histoire des doctrines de l'éducation;

b) la didactique générale;

c) l'organisation scolaire.

En outre, le candidat peut être appelé à donner une leçon sur un sujet imposé, vingt-quatre heures à l'avance et rentrant dans le programme de l'enseignement secondaire.

XXX. Le certificat d'aptitudes ne peut être délivré avant que le candidat ait obtenu sa licence de la faculté à laquelle il appartient.

Approuvé par le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

---

2. Règlement des Etudes consulaires. (Du 16 novembre 1917.)

I. Dispositions générales.

Article premier. L'Université confère les grades de licencié et de docteur ès-sciences consulaires à la suite d'épreuves portant sur les matières formant le programme de l'Ecole des sciences sociales et de l'Ecole des hautes études commerciales.

Art. 2. Les matières formant le programme de la section sont les suivantes:

1. Introduction aux études juridiques.
2. Législation douanière.
3. Droit international public.
4. Droit international privé.
5. Droit commercial.
6. Droit diplomatique, y compris les attributions consulaires.
7. Droit administratif.
8. Introduction aux études commerciales.
9. Systèmes douaniers, y compris la politique économique.
10. Economie politique.
11. Economie commerciale.
12. Comptabilité privée.
13. Comptabilité publique.

14. Science financière.
15. Géographie économique.
16. Langues vivantes et correspondance commerciale.
17. Institutions politiques des principaux Etats contemporains.
18. Développement économique des Etats contemporains (inclus: Histoire et statistique du commerce et de l'industrie en Suisse).
19. Statistique.
20. Histoire générale.
21. Histoire du commerce et de l'industrie.
22. Histoire diplomatique.

D'autres matières peuvent être ajoutées suivants les enseignements donnés à l'Université.

II. Etudiants.

Art. 3. Pour être inscrit comme étudiant, il faut remplir les conditions prévues à l'art. 20 du Règlement général de l'Université ou satisfaire aux conditions d'admission de l'Ecole des sciences sociales ou de l'Ecole des hautes études commerciales.

Il faut avoir, en outre, l'âge de 18 ans révolus.

III. Grades et examens.

a) Dispositions communes.

Art. 4. Pour obtenir le diplôme de licence ès-sciences consulaires, le candidat doit justifier de connaissances à la fois générales et précises dans le domaine des sciences consulaires.

Pour obtenir le doctorat, il doit faire preuve de connaissances approfondies dans les matières indiquées à l'art. 2 et de recherches scientifiques personnelles.

Art. 5. Toute question relative à ces grades est du ressort des Conseils de l'Ecole des sciences sociales et de l'Ecole des hautes études commerciales. Les grades sont conférés par la Commission universitaire sur le rapport de ces Conseils.

Art. 6. Les épreuves sont subies devant une commission composée: d'une délégation des deux Ecoles et d'un représentant du Département de l'Instruction publique; elle est présidée par l'un des directeurs.

La Commission seule statue sur le résultat final de l'examen. Le diplôme est signé par les directeurs des deux Ecoles.

Art. 7. Cette Commission peut s'adjoindre, pour faire subir l'examen sur chacune des matières, le professeur ou le privat-docent qui l'enseigne. Il ne prend part au vote que sur cet examen.

Art. 8. La répartition des finances d'examen (Règl. gén., art. 46) est faite par le président de la Commission, d'après un règlement élaboré par le Conseil des deux Ecoles et approuvé par le Département de l'Instruction publique.

Art. 9. Les examens ont lieu à la fin de chaque semestre et au commencement du semestre d'hiver. Ils comportent des épreuves écrites et des épreuves orales.

Art. 10. Il n'est pas admis d'épreuve écrite sur les matières suivantes: Introduction aux études juridiques; introduction aux études commerciales.

Art. 11. Chaque épreuve est appréciée par les notes de 0 à 10; 10 équivalant à très bien et 0 à très mal.

Art. 12. Les examens portent sur les matières indiquées à l'article 2 du présent règlement.

Art. 13. Pour être admis à l'examen, le candidat doit être immatriculé à l'Université ou inscrit à l'Ecole des hautes études commerciales ou des sciences sociales et posséder des titres jugés suffisants.

Art. 14. En prenant son inscription d'examen, le candidat dépose les pièces suivantes: a) un certificat d'immatriculation à l'Université de Lausanne ou un certificat d'inscription à l'Ecole des hautes études commerciales ou des sciences sociales et politiques de Lausanne; b) un curriculum vitæ; c) des pièces établissant qu'il a accompli une scolarité universitaire de six semestres, ceux-ci avec dix heures d'inscription au minimum portant sur les matières du programme.

Trois de ces semestres doivent avoir été passés à l'Université de Lausanne. Toutefois, dans des cas très exceptionnels, le Conseil peut accorder des dispenses de scolarité. Les pièces ci-dessus mentionnées demeurent à la disposition de la Commission d'examen jusqu'à la fin des épreuves.

Art. 15. Il ne peut être accordé aucune dispense d'examens, même partielle, sur présentation de titres.

Toutefois la Commission peut tenir compte des travaux de séminaire présentés par le candidat.

Art. 16. Le candidat qui échoue trois fois le même examen est éliminé.

b) Licence.

Art. 17. Les épreuves écrites consistent en deux compositions portant sur les principales matières du programme.

Art. 18. Il est accordé trois heures pour chaque composition. La Commission donne les sujets et pourvoit à la surveillance. Elle indique, s'il y a lieu, les ouvrages ou documents dont l'usage pourrait être autorisé.

Art. 19. Les épreuves orales consistent en une interrogation sur chacune des branches du programme.

Art. 20. Les épreuves peuvent être subies en une, deux ou trois séries. Le candidat qui demande la division ne peut se présenter qu'à une série d'épreuves par session. Le candidat doit annoncer au directeur, un mois à l'avance, le mode d'examen qu'il choisit.

Art. 21. En cas de division des épreuves en deux ou trois séries, les matières seront réparties également entre les séries d'épreuves et les compositions se feront s'il y a deux séries dans la

première et dans la seconde, et s'il y en a trois, dans la seconde et dans la troisième. Le candidat choisit les matières de chaque série et propose son choix au directeur un mois à l'avance.

Art. 22. Le candidat qui échoue à une série d'épreuves, après avoir réussi à d'autres, reste au bénéfice de celle-ci.

Art. 23. Le candidat dépose entre les mains du secrétaire-caissier la somme de 150 francs au moment où il prend son inscription.

Si le candidat use de la faculté de subir les examens en deux ou trois séries, le dépôt à effectuer est de 75 ou 50 francs pour chaque série.

Art. 24. En cas d'insuccès, la moitié de la somme versée est restituée au candidat.

c) Doctorat.

Art. 25. Les épreuves du doctorat comportent: a) un examen écrit; b) un examen oral; c) la présentation et la soutenance d'une dissertation imprimée et de thèses.

Art. 26. Les épreuves écrites et orales sont les mêmes que pour la licence, mais l'une des compositions est faite à domicile, en 48 heures, et les interrogations sont plus approfondies.

Art. 27. Le candidat qui échoue à une série d'épreuves après en avoir réussi d'autres, reste au bénéfice de celle-ci.

Le candidat qui a réussi aux épreuves écrites et orales du doctorat a droit, par le fait, au diplôme de licence. En le demandant, il conserve le droit de présenter sa dissertation.

Art. 28. Si le candidat a subi avec succès les épreuves écrites et orales, il est admis à présenter et à soutenir sa dissertation et ses thèses.

Art. 29. La dissertation doit être l'étude approfondie et personnelle d'un sujet relatif aux sciences consulaires et pris dans les matières principales énumérées à l'article 2.

Art. 30. Les thèses doivent porter sur les branches principales de l'examen et être de nature à provoquer la discussion.

Art. 31. La dissertation et les thèses sont remises en manuscrit aux directeurs. Les Conseils les font examiner par une commission qui, s'il y a lieu, fait accorder l'imprimatur par le directeur. Celui-ci le donne sans se prononcer sur les opinions du candidat. Cette autorisation ne préjuge pas de la décision finale.

Art. 32. La soutenance a lieu, en séance publique, devant la commission qui a examiné la dissertation. Tous les membres du Conseil des deux Ecoles peuvent prendre part à la soutenance avec voix délibérative. Seuls les membres de la commission sont indemnisés.

Art. 33. La dissertation est imprimée au minimum de 250 exemplaires. Ces exemplaires sont déposés au secrétariat de l'Université.

Art. 34. Exceptionnellement, la dissertation et les thèses peuvent être présentées et l'impression autorisée, avant les examens ou au cours de ceux-ci.

Art. 35. Exceptionnellement une œuvre scientifique importante, publiée dans les cinq dernières années, peut être admise comme dissertation. Il sera fait mention, sur la couverture des exemplaires déposés à l'Université, de la date et du titre anciens.

Art. 36. Le candidat dépose entre les mains du secrétaire-caissier de l'Université la somme de 160 francs au moment où il prend son inscription et de 120 francs au moment où il remet sa dissertation. Si le candidat use de la faculté de subir son examen en trois séries, le dépôt à effectuer est de 50 francs pour chaque série et de 120 francs pour la dissertation.

Art. 37. Le candidat au doctorat porteur de la licence ès-sciences consulaires de l'Université de Lausanne ne sera tenu qu'au versement de 120 francs, soit, en cas de division, 40 francs pour chaque série et 100 francs pour la dissertation.

Art. 38. En cas d'insuccès à l'examen, ou de refus de la dissertation, la moitié de la somme versée est restituée au candidat.

Art. 39. Pour le surplus, les dispositions du Règlement général de l'Université, du 18 janvier 1900, sont applicables.

---

2. Lehrerschaft aller Stufen.

3. Arrêté modifiant les articles 245, 246, 247, 249 et 250 du règlement du 15 février 1907 pour les écoles primaires du canton de Vaud. (Du 13 avril 1917.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud,

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique,

arrête:

Article premier. Les art. 245, 246, 247, 249 et 250 du règlement du 15 février 1907 pour les écoles primaires du canton de Vaud sont modifiés comme suit:

Art. 245. L'examen, dont les conditions sont fixées par un règlement spécial et un programme détaillé, se compose d'épreuves écrites, qui sont éliminatoires, d'épreuves orales et d'épreuves pratiques.

Art. 246. Les épreuves écrites comprennent:

a) Une composition sur un sujet pédagogique;
b) une composition sur un sujet de littérature française;
c) un travail d'allemand;
d) un travail de mathématiques;
e) un travail sur une question de physique, de chimie et de sciences naturelles.

Art. 247. Les épreuves orales portent sur les cinq branches énumérées à l'art. 246.

Les épreuves pratiques consistent en deux leçons: l'une porte sur l'une quelconque des branches du programme des classes primaires supérieures, l'autre est une leçon d'allemand.

Art. 249. Pour obtenir le diplôme spécial, le candidat doit obtenir une moyenne générale de 7 (soit 35 points). Il ne peut pas avoir plus de 2 notes moyennes inférieures à 7 et aucune note moyenne inférieure à 5.

Art. 250. Les candidats peuvent subir leurs épreuves en une ou deux sessions. Dans le dernier cas, ils ont à choisir entre la partie littéraire (français et allemand) et la partie scientifique (mathématiques et sciences). Les épreuves théoriques et pratiques de pédagogie se font toujours dans la seconde session.

Art. 2. Le présent arrêté sera imprimé et publié pour être exécuté dès et y compris le 1er janvier 1918.

---

4. Règlement pour les examens en vue de l'obtention du diplôme spécial pour l'enseignement primaire supérieur et programme des examens. (Du 13 avril 1917.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud,

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique et des Cultes;

arrête:

Article premier. Tous les 3 ans au moins, un jury, désigné par le Département de l'Instruction publique, examine les candidats et les candidates au diplôme spécial pour l'enseignement primaire supérieur.

Ce jury est présidé par le chef de service de l'enseignement primaire.

Art. 2. La date des examens est annoncée au moins six semaines à l'avance, par la Feuille des Avis officiels.

Art. 3. Pour être admis à l'examen, il faut avoir obtenu le brevet vaudois pour l'enseignement primaire et avoir enseigné pendant trois ans au moins dans le canton.

Art. 4. Les examens portent sur les cinq branches suivantes: Pédagogie, français, allemand, mathématiques, sciences physiques et naturelles.

Les membres du jury se répartissent entre eux les branches à raison de deux membres au moins pour chaque branche.

Art. 5. Un programme détaillé détermine les connaissances exigées dans chacune de ces branches.

Ce programme comprend pour chaque branche:

1° Une partie dite générale, imposée à tous les candidats et candidates, portant essentiellement sur le programme des Ecoles normales (division des garçons). Cette partie devra être possédée à fond et avoir fait l'objet d'une assimilation personnelle.

2° Une partie dite spéciale, destinée à prouver que le candidat a développé sérieusement ses connaissances dans chacune des cinq branches du programme.

Le candidat fera un choix entre les divers groupes ou les divers auteurs proposés.

Art. 6. Il y a trois sortes d'épreuves: les épreuves écrites, les épreuves orales, les épreuves pratiques.

Art. 7. Les épreuves écrites comprennent:

a) Pour la pédagogie, une composition portant sur la partie générale du programme (durée 2 h.);

b) pour le français, une composition sur un sujet de littérature française, pris dans les quatre derniers siècles (2 h.);

c) pour l'allemand, une composition (description, biographie littéraire, petite narration, lettre) et un thème (2 h.);

d) pour les mathématiques, la résolution de trois problèmes (3 h.).

Selon le groupe choisi par le candidat, le jury décide s'il y a lieu de faire un examen de dessin ou un examen de travail manuel. Le premier consistera en un relevé avec mise au net d'un objet ou en une épure de géométrie descriptive, le deuxième en la confection d'un objet d'après dessin (4 h.);

e) pour les sciences physiques et naturelles, une composition portant sur trois sujets imposés pris dans trois sciences différentes et portant soit sur la partie générale, soit sur la partie spéciale ou sur les deux (3 h.).

Art. 8. Les sujets des épreuves écrites seront arrêtés par le jury immédiatement avant d'être proposés au choix des candidats.

Art. 9. Les épreuves écrites sont éliminatoires; tout travail apprécié par la note 5 exclut le candidat.

Art. 10. Les épreuves orales comprennent:

a) *Pédagogie:* Une interrogation sur la partie spéciale choisie par le candidat.

b) *Français:* Une interrogation portant sur la partie générale et sur la partie spéciale du programme. Le candidat aura, en particulier, à expliquer un texte tiré d'une des œuvres littéraires qu'il aura choisies.

c) *Allemand:* Une interrogation sur l'histoire littéraire et une interprétation d'un passage de l'auteur choisi par le candidat.

d) *Mathématiques:* Une interrogation qui portera aussi bien sur les matières de la partie générale que sur celles de la partie spéciale du programme;

e) *Sciences physiques et naturelles:* Une interrogation portant sur 3 sujets obligatoires pris dans 3 sciences différentes et portant soit sur la partie générale soit sur la partie spéciale ou sur les deux.

Art. 11. Les épreuves pratiques consistent en deux leçons:

L'une porte sur l'une quelconque des branches du programme des écoles primaires supérieures.

L'autre est une leçon d'allemand. Elle est donnée lorsque le candidat passe l'examen de cette branche.

Art. 12. Les sujets des leçons sont donnés aux candidats 24 heures à l'avance. Les leçons sont d'une demi-heure.

Art. 13. L'échelle d'appréciation va de 0 (très mal) à 10 (très bien). La note finale de chaque branche est la moyenne des notes obtenues.

Pour obtenir leur diplôme, les candidats doivent avoir une moyenne générale de 7 (soit 35 points).

Ils ne doivent pas avoir plus de deux notes moyennes inférieures à 7 et aucune note moyenne inférieure à 5.

Art. 14. Les candidats peuvent subir leurs épreuves en une ou deux sessions. Dans ce dernier cas, ils ont à choisir pour la première session entre la partie littéraire (français et allemand) et la partie scientifique (mathématiques et sciences). L'examen théorique et pratique de pédagogie se fait toujours dans la seconde session.

Au moment de leur inscription, les candidats indiquent clairement les groupes spéciaux et les auteurs français et allemands dont ils ont fait choix.

Dispositions transitoires et finales.

Art. 15. Les examens de 1917 seront réservés aux candidats ayant déjà passé avec succès une partie des épreuves dans les précédentes sessions. Ils auront lieu conformément aux dispositions du règlement du 15 février 1907.

Dès et y compris 1918, les examens se feront conformément au présent règlement et au programme y annexé.

Art. 16. Le présent règlement et le programme qui l'accompagne seront imprimés et publiés pour être exécutés dès et y compris le 1er janvier 1918.

Programme des examens.

Pédagogie.

1. *Partie générale.* Etude approfondie des matières enseignées à l'Ecole normale dans les 3 branches de la psychologie appliquée à l'éducation, de l'histoire de la pédagogie et de la didactique tant générale que spéciale.

2. *Partie spéciale.* Les candidats sont autorisés à choisir comme objet spécial de leurs études l'un des groupes suivants:

Groupe I. Les recherches psychologiques contemporaines et leur application pédagogique.

Le candidat pourra se confiner dans l'examen, au point de vue pédagogique, d'une seule partie de la psychologie (sensation, attention, mémoire, sentiment, volonté, etc.). Il pourra aussi s'attacher à l'œuvre d'un psychologue ou à tel ouvrage important de psychologie (Th. Ribot, Binet, la Psychologie de l'enfant de Claparède, etc.).

Groupe II. L'évolution des tendances et des doctrines pédagogiques depuis Rousseau.

Le candidat pourra étudier un système pédagogique (ex. Herbart), un ouvrage pédagogique important (ex. l'„Education" de H. Spencer, l'„Ecole et le caractère" de Förster), une initiative pédagogique contemporaine (ex. le principe du travail, les écoles nouvelles), l'activité scientifique et pratique d'un éducateur (ex. le Père Girard). Le candidat pourra aussi s'attacher à tel problème pédagogique spécial et en suivre l'évolution depuis un siècle (ex. l'obligation, la laïcité, l'hygiène scolaire, les anormaux, etc.).

Groupe III. Une question générale ou spéciale de didactique ou d'organisation scolaire (par ex. le but de l'éducation, la mission de l'instituteur, le rôle de l'intérêt ou du jeu, la discipline, comment enseigner la lecture, la composition, le dessin, etc.).

Quel que soit le groupe choisi, I, II ou III, le candidat devra faire part des observations ou des expériences personnelles qu'il aura faites depuis qu'il est en fonctions.

3. *Partie pratique.* Une leçon sur l'une quelconque des branches du programme des Ecoles primaires supérieures.

Français.

1. *Partie générale.* Etude approfondie des matières prévues au programme de français des Ecoles normales, avec l'adjonction suivante:

Etude des éléments de la grammaire historique et spécialement des chapitres suivants: Origine du français, les dialectes et les patois et l'intérêt de leur étude, le cas dans la langue romane, l'accent tonique, les doublets, l's du pluriel, le féminin des adjectifs, le t de la 3me personne du singulier des verbes, la formation du futur et du conditionnel; les mots d'origine grecque (principales racines), les mots originaires d'autres langues, les mots hybrides, les procédés actuels de formation des mots; les familles de mots (principaux procédés de dérivation et de composition); étude des synonymes.

2. *Partie spéciale.* Etude de deux œuvres littéraires, l'une du XVIIe, l'autre du XVIIIe ou du XIXe siècles.

Le candidat fera son choix dans une liste de 12 œuvres que le jury établira après chaque session pour la session suivante. Il s'agit d'une étude approfondie du texte, et le candidat devra pouvoir replacer le morceau choisi dans son cadre et le rattacher à l'ensemble de l'œuvre.

Allemand.

1. *Partie générale.* Etude approfondie de la grammaire, sûreté absolue dans l'emploi de la forme des mots et de la construction de la phrase allemande.

2. *Partie spéciale.* 1. Connaissance des germanismes les plus usités. 2. Connaissances littéraires. L'époque classique de 1740 à 1832. Quelques notions sur des auteurs de la Suisse allemande. On demandera au candidat d'avoir lu un auteur de son choix.

3. *Partie pratique.* Le candidat doit donner une leçon où l'on jugera non seulement de sa méthode dans l'enseignement d'une langue étrangère, mais aussi de sa facilité d'élocution en langue allemande.

Mathématiques et comptabilité.

1. *Partie générale.* Etude approfondie des matières des programmes de mathématiques (algèbre et géométrie), de comptabilité et de dessin technique de l'Ecole normale (division des garçons). La trigonométrie du triangle rectangle.

(Cette partie est seule obligatoire pour les institutrices.)

2. *Partie spéciale.* Groupe I. Arithmétique, algèbre et comptabilité.

a) *Arithmétique.* Principes de la numération et des opérations arithmétiques. Leur application à d'autres systèmes que le système décimal.

Equivalences et caractères de divisibilité.

Nombres premiers. Plus grand commun diviseur et plus petit commun multiple.

Nombres irrationnels. Limites. Ensembles.

b) *Algèbre.* Principes généraux de la théorie des équations: Systèmes équivalents. Résolution des équations du 1er degré à une ou plusieurs inconnues. Discussion des résultats. Equations du 2me degré. Discussion. Inéquations du 1er et du 2me degrés.

La notion de fonction: Connaissance des propriétés de quelques fonctions simples. Fonctions dérivées et fonctions primitives. Représentation géométrique des fonctions d'une variable.

c) *Comptabilité.* Les valeurs mobilières et les métaux précieux: Connaissances relatives à leur vente et à leur achat. La Bourse: cotes diverses.

Echéance commune et échéance moyenne. Eléments sur les annuités et les amortissements.

La comptabilité: Capital, inventaire, bilan, comptes.

Comptabilité simple. Livres utilisés; avantages et inconvénients.

Comptabilité double. Livres: Méthodes italienne, américaine, allemande, anglaise et française.

Consignations; comptes à deux monnaies.

Comptabilité de ménage, d'un magasin de détail.

Ouverture et clôture des comptes pour une société en nom collectif, en commandite simple et anonyme par actions (moulin agricole, scierie).

Groupe II. Géométrie, trigonométrie et géométrie analytique.

a) *Géométrie.* Le segment et le vecteur. Points et rayons conjugués harmoniques. Rapport anharmonique. Théorèmes de Ménélaüs et de Ceva. Leurs applications. Transformation des figures par symétrie, homologie, affinité, homothétie. Pôles et polaires; figures polaires réciproques.

b) *Trigonométrie.* Les fonctions trigonométriques en général, leurs relations. Formules d'addition, de multiplication et de division par 2. Formules calculables par logarithmes. Résolution des triangles. Applications.

c) *Géométrie analytique.* Détermination d'un point sur une droite. Groupes de 2, 3 et 4 points sur une droite.

Le point dans le plan; distance entre 2 points, angles et côtés du triangle. Points variables; lieux géométriques. La ligne droite; diverses formes de son équation; point d'intersection et angle de 2 droites. Faisceaux. Le cercle. Son équation. Intersection avec une droite; tangente. Pôle et polaire. Intersection de 2 cercles; faisceaux de cercles.

Notions sur l'ellipse, l'hyperbole et la parabole.

Groupe III. Géométrie descriptive et dessin technique.

a) *Géométrie descriptive.* Diverses méthodes de représentation de l'espace sur le plan.

Projections cotées. Le point, la droite, le plan et la surface du terrain. Problèmes relatifs à ces éléments: Distances, angles, intersections, etc.

Projections orthogonales sur deux plans. Le point, le plan, la droite. Prismes et pyramides; cône et cylindre de révolution. Sphère.

b) *Dessin technique.* Application de la géométrie descriptive à la représentation d'objets usuels dans les constructions civiles et mécaniques; ombres propres et portées; coupes et intersections; teintes et hâchures conventionnelles.

Connaissances particulières des questions suivantes: Charpente et menuiserie, assemblages utilisés; tracé de l'arêtier et des autres pièces des croupes droites et biaises; noues; escaliers.

Ferblanterie et chaudronnerie. Chéneaux et tuyaux de descente; moulures et ornements; objets divers.

c) *Travail manuel.* Confection d'un objet en rapport avec l'étude du dessin technique faite par le candidat.

Groupe IV. Mécanique et dessin mécanique.

a) *Dessin mécanique.* Projections orthogonales sur deux plans. Point, droite, plan. Prismes et pyramides, cône et cylindre de révolution, hélice et hélicoïdes; sphère.

Application au dessin des éléments de machines: Projections et coupes d'éléments simples, paliers, bielles, manivelles, etc.

b) *Mécanique.* Théorie: Cinématique, statique et notions de dynamique. Eléments de la résistance des matériaux.

Pratique. Construction et fonctionnement de quelques machines: Machines à vapeur, moteurs à gaz, à eau (roues et turbines), à vent et électriques. Machines agricoles.

Sciences physiques et naturelles.

1. *Partie générale.* Etude approfondie des matières prévues au programme des Ecoles normales du canton de Vaud (division garçons) pour les sciences physiques, naturelles et agronomiques.

2. *Partie spéciale.* Les candidats doivent choisir l'un des groupes I ou II. Le groupe III est imposé aux candidates.

Groupe I. Anatomie et physiologie humaines. Notions de chimie alimentaire, soit: Composition chimique des principaux aliments, leur valeur nutritive et économique, leur utilisation par l'organisme.

Les maladies et infirmités les plus importantes au point de vue national suisse et la lutte engagée contre elles. Hygiène individuelle.

Botanique. Bactéries. Ferments. Moisissures. Principes de conservation des denrées.

Plantes de grande culture indigènes: Céréales, plantes fourragères et flore des prairies naturelles, pomme de terre, vigne, arbres fruitiers, essences forestières.

Maladies et parasites des plantes cultivées.

Chimie. Composition chimique de la plante et des sols. Engrais naturels et engrais commerciaux. Applications.

Propriétés, composition, variétés commerciales du soufre, sulfate de fer, sulfate de cuivre, plâtre, soude, au point de vue agricole.

Utilisation de l'azote de l'air.

Les principaux produits des séries des alcools. Industrie de l'alcool éthylique (de fermentation et de synthèse). Monopole. Alcoolisme. Vinification. Cidrification.

Les hydrates de carbone.

Industrie du sucre de betterave. Meunerie et panification.

Lait et industrie laitière.

Météorologie agricole.

Physique et mécanique. Eléments de mécanique: Forces et applications des forces, leviers, poulies, moufles, monte-charges.

Energie électrique. Courants. Transports. Transformateurs. Eclairage électrique. — Générateurs et moteurs électriques.

Notions sur le rendement économique des moteurs animés ou mécaniques utilisés dans les exploitations agricoles et les industries agricoles (battoirs, moulins, etc.).

Zoologie. Vertébrés de la faune vaudoise.

Invertébrés, parasites de l'homme ou des animaux.

Maladies du bétail (gros et petit bétail, animaux de basse-cour) les plus importantes au point de vue suisse.

Groupe II. Anatomie et physiologie humaines. Notions de chimie alimentaire soit: Composition chimique des principaux aliments, leur valeur nutritive et économique, leur utilisation par l'organisme.

Les maladies et infirmités les plus importantes au point de vue national suisse et la lutte engagée contre elles. Hygiène individuelle et hygiène collective spécialement au point de vue industriel.

Botanique. Bactéries. Ferments. Moisissures. Principes et méthodes industrielles de conservation des denrées alimentaires. Prin-

cipales plantes alimentaires ou industrielles, indigènes ou importées (céréales et féculents, denrées coloniales, textiles, etc.).

Chimie. Combustibles. Gaz d'éclairage.

Verrerie et céramique. Sel gemme. Industrie de la soude.

Métallurgie des métaux usuels. Alliages.

Notions d'électrométallurgie et électrochimie (industries suisses).

Principaux hydrocarbures des diverses séries. Produits obtenus des goudrons. Matières colorantes organiques et minérales.

Hydrates de carbone. Industrie de la cellulose et de ses dérivés.

Acides gras. Graisses, huiles, savons.

Physique et mécanique. Eléments de mécanique. Photographie et notions sur les arts graphiques.

Utilisation des forces hydrauliques.

Machines et turbines à vapeur. Moteurs à explosion et à combustion interne (Diesel, etc.).

Courants électriques. Transports. Transformateurs. Eclairages électriques. Générateurs et moteurs électriques.

Télégraphe et téléphone avec fil.

Radiations et ondes électriques. Télégraphe et téléphone sans fil. Notions élémentaires sur les prix de revient comparés en Suisse, des sources d'énergie (eau, charbon, essences, huiles lourdes) en tenant compte des frais d'établissement et d'exploitation.

Zoologie. Vertébrés de la faune vaudoise.

Invertébrés parasites de l'homme ou des animaux.

Groupe III (pour les candidates seulement).

Anatomie et physiologie humaines. Chimie alimentaire. Composition chimique des aliments. Valeur nutitrive. Prix de revient. Digestibilité. Aliments plastiques, aliments dynamiques.

Les maladies et infirmités les plus importantes au point de vue national suisse et la lutte engagée contre elles. Hygiène individuelle. Hygiène de l'enfant.

Botanique. Bactéries. Ferments. Moisissures. Méthodes ménagères de conservation des viandes, légumes et fruits.

Plantes potagères. Plantes médicinales sauvages ou cultivables en Suisse.

Céréales, arbres et arbustes fruitiers.

Maladies et parasites des végétaux rentrant dans les catégories indiquées ci-dessus.

Chimie. Eau. Air.

Combustibles. Gaz d'éclairage.

Verrerie et céramique. Sel gemme. Carbonate de soude.

Métaux usuels et leurs sels, présentant de l'intérêt dans l'économie ménagère.

Alcool éthylique. Alcoolisme. Vin. Cidre. Bière. Vinaigre.

Hydrates de carbone.

Corps gras.

Matières albuminoïdes.
Lait et produits laitiers.

Physique. Sources de chaleur et appareils calorifiques.
Photographie et arts graphiques.
Eclairage.
Courants électriques et leurs transformations.

Zoologie. Vertébrés de la faune vaudoise.
Invertébrés parasites de l'homme ou des animaux.

---

5. Loi modifiant les articles 66, 68, 73, 74 et 115 de la loi sur l'instruction publique primaire, en vue d'augmenter le traitement minimum des instituteurs et institutrices primaires et des maîtresses d'écoles enfantines. (Du 21 février 1917.)

Le Grand Conseil du canton de Vand,
Vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat,
décrète:

Article premier. Les articles 66, 68, 73, 74 et 115 de la loi du 15 mai 1906 sur l'instruction publique primaire sont modifiés comme suit:

Art. 66. Le minimum du traitement annuel est fixé de la manière suivante:

1° Pour un instituteur pourvu du brevet définitif . 1800 fr.
2° Pour un instituteur pourvu du brevet provisoire . 1400 „
3° Pour une institutrice pourvue du brevet définitif . 1200 „
4° Pour une institutrice pourvue du brevet provisoire 900 „

Art. 68. Le minimum du traitement des maîtresses d'écoles enfantines est fixé à 800 fr.

Art. 73. Sont mis au bénéfice des dispositions de l'art. 72:

a) Les instituteurs et les institutrices porteurs d'un brevet définitif ou provisoire pour un enseignement primaire;
b) les maîtres spéciaux et les maîtresses spéciales chargés d'un enseignement d'au moins 20 heures de leçon par semaine dans les écoles primaires.

Art. 74. La commune fournit, en outre, aux instituteurs, aux institutrices et aux maîtresses d'écoles enfantines un logement convenable, y compris les moyens de chauffage, un jardin ou un plantage et le combustible nécessaire au chauffage des locaux scolaires.

Ces prestations, à l'exception du combustible, peuvent être remplacées par une indemnité, moyennant l'approbation du Département de l'instruction publique.

Dans ce cas, le Département veille à ce que l'indemnité soit équitable.

La valeur locative du terrain ou l'indemnité allouée de ce chef ne peut être inférieure à vingt francs.

Art. 115. L'instituteur primaire supérieur a droit à un traitement supérieur de 400 fr. au moins à celui qu'il toucherait s'il était instituteur primaire dans la commune.

Art. 2. Le Conseil d'Etat est chargé de la publication et de l'exécution de la présente loi, qui entre en vigueur immédiatement, avec effet rétroactif au 1er janvier 1917.

---

6. Arrêté modifiant les articles 139, 141 et 142 du règlement du 15 février 1907 pour les écoles primaires du canton de Vaud. (Du 15 mai 1917.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud,

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique et des Cultes;

Vu l'article premier de la loi du 21 février 1917, modifiant les articles 66, 68, 73, 74 et 115 de la loi sur l'instruction publique primaire,

arrête:

Article premier. Les articles 139, 141 et 142 du règlement du 15 février 1907 sont modifiés comme suit:

Art. 19. Une maîtresse de travaux à l'aiguille remplissant en même temps les fonctions de maîtresse d'école enfantine et pourvue des brevets prévus à l'art. 39, lettres *c* et *d*, de la loi, ne peut recevoir un traitement inférieur à fr. 800.

Si la titulaire est pourvue du brevet définitif ou du brevet provisoire, son traitement annuel est de fr. 900 au minimum.

Art. 141. La commune fournit aux instituteurs, aux institutrices et aux maîtresses d'écoles enfantines un logement convenable pourvu de moyens de chauffage.

Le logement de l'instituteur comprendra au moins trois chambres, celui de l'institutrice et de la maîtresse d'école enfantine deux.

Art. 142. L'instituteur, l'institutrice ou la meîtresse d'école enfantine, qui est autorisée par la municipalité à sous-louer son appartement, a droit à l'entier du prix de location.

Art. 2. Le Département de l'Instruction publique est chargé de l'exécution du présent arrêté, qui entre immédiatement en vigueur.

---

7. Loi sur les pensions de retraite des instituteurs et institutrices primaires et des maîtresses d'écoles enfantines. (Du 21 février 1917.)

Le Grand Conseil du canton de Vaud,

Vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat;

décrète:

Article premier. Les membres du personnel enseignant des écoles primaires supérieures, primaires et enfantines, qui comptent

30 années de service ou plus, ont droit à une pension de retraite calculée sur les bases suivantes:

a) instituteurs dirigeant une classe primaire supérieure, 50 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1500 fr.;
b) institutrices dirigeant une classe primaire supérieure, 40 fr. par année de service, jusqu'à un maximum de 1200 fr.;
c) instituteurs brevetés, 45 fr. par année de service, jusqu'à un maximum de 1350 fr.;
d) institutrices brevetées, 36 fr. par année de service, jusqu'à un maximum de 1080 fr.;
e) maîtresses d'écoles enfantines brevetées, 24 fr. par année de service, jusqu'à un maximum de 720 fr.

Art. 2. Les membres du personnel enseignant mentionné à l'article 1, qui, après dix ans de service au moins, se trouvent dans l'impossibilité de continuer leurs fonctions, pour cause de maladie ou d'infirmité contractée ou considérablement aggravée depuis leur nomination, ont droit à une pension de retraite calculée sur la même base.

Art. 3. La veuve de l'instituteur breveté a droit, pendant son veuvage, à la moitié de la pension de retraite dont jouissait son mari ou à laquelle il aurait eu droit en cas de maladie.

Les orphelins de l'instituteur breveté ou de l'institutrice brevetée ont droit au cinquième de cette pension chacun, jusqu'à ce qu'ils aient atteint l'âge de dix-huit ans révolus.

Toutefois, la somme des pensions de la veuve et des orphelins ne peut excéder le total de la pension à laquelle l'instituteur aurait eu droit.

Art. 4. Les membres du personnel enseignant mentionné à l'article 1, qui, hors le cas de maladie, quittent leurs fonctions avant d'avoir accompli leur trentième année de service, ainsi que ceux qui sont destitués, perdent tout droit à la pension de retraite.

Ils ont droit au remboursement du 60 % des sommes qu'ils ont versées à la caisse de l'Etat.

Dans les cas prévus par l'article 61 de la loi sur l'instruction publique primaire, le Conseil d'Etat accorde à l'instituteur ou à l'institutrice mis hors d'activité de service une indemnité ou une pension dont il fixe le chiffre.

Cette pension ne peut, en aucun cas, excéder les chiffres fixés aux articles 1 et 2 de la présente loi.

Le Conseil d'Etat peut accorder à la famille d'un instituteur, d'une institutrice ou d'une maîtresse d'école enfantine qui meurt avant d'avoir atteint dix ans de service, une indemnité qui ne dépassera pas, au maximum, la moitié du traitement minimum légal.

Le Conseil d'Etat en décide dans chaque cas particulier et d'après les circonstances.

Il désigne les personnes qui ont droit à cette indemnité; celle-ci est insaisissable.

Art. 5. Sont mis au bénéfice de la pension de retraite, les maîtres spéciaux qui sont chargés d'un enseignement dans les écoles publiques primaires d'au moins vingt heures de leçons par semaine.

Les maîtresses spéciales, qui se trouvent dans le même cas, ont droit aux mêmes avantages que les institutrices, si elles donnent un enseignement d'au moins vingt heures de leçons par semaine.

Art. 6. Les intéressés versent, annuellement, à la caisse de l'Etat, une contribution qui est fixée comme suit:

a) pour les maîtres primaires supérieurs . . . . . 75 fr.
b) pour les maîtresses primaires supérieures . . . . 60 „
c) pour les instituteurs primaires . . . . . 65 „
d) pour les institutrices primaires . . . . . 50 „
e) pour les maîtresses d'écoles enfantines . . . . . 35 „

Art. 7. Une partie du montant des contributions annuelles prévues à l'article 6, déterminée chaque année par le Conseil d'Etat, est versée à un fonds spécial géré par le Département des finances.

Art. 8. Les dispositions qui précèdent ne sont pas applicables aux maîtresses d'écoles enfantines faisant déjà partie d'une caisse de retraite communale.

Art. 9. La loi du 15 février 1897, celle du 20 novembre 1906 sur les pensions des instituteurs et des institutrices primaires, et celle du 18 novembre 1907 sur les pensions de retraite des maîtresses d'écoles enfantines sont abrogées, ainsi que toutes les autres dispositions contraires à la présente loi.

Dispositions transitoires et finales.

Art. 10. Les articles 1, 2, 3, 4 et 5 de la présente loi ne seront appliqués dans leur plein que le 1er avril 1919.

Art. 11. a) Pendant l'année 1917, à partir du 1er avril, les pensions de retraite seront calculées sur les bases suivantes:

Instituteurs dirigeant une classe primaire supérieure, 40 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1200 fr.

Institutrices dirigeant une classe primaire supérieure, 32 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 960 fr.

Instituteurs primaires, 37 fr. 50 cts. par année de service, jusqu'au maximum de 1125 fr.

Institutrices primaires, 30 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 900 fr.

Maîtresses d'écoles enfantines, 20 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 600 fr.

b) Pendant l'année 1918, à partir du 1er avril, les pensions de retraite seront calculées comme suit:

Instituteurs dirigeant une classe primaire supérieure, 45 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1350 fr.

Institutrices dirigeant uue classe primaire supérieure, 36 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1080 fr.

Instituteurs primaires, 41 fr. 50 cts. par année de service, jusqu'au maximum de 1245 fr.

Institutrices primaires, 33 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 990 fr.

Maîtresses d'écoles enfantines, 22 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 660 fr.

Art. 12. Un règlement sera arrêté par le Conseil d'Etat, en vue de l'exécution de la présente loi.

Donné, sous le grand sceau de l'Etat, à Lausanne, le 21 février 1917.

Le Conseil d'Etat ordonne l'impression et la publication de la présente loi, qui entre immédiatement en vigueur.

---

8. Règlement sur les pensions de retraite des instituteurs et institutrices primaires et des maîtresses d'écoles enfantines. (Du 15 mai 1917.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud,

Vu l'article 12 de la loi du 21 février 1917 sur les pensions de retraite des instituteurs et institutrices primaires et des maîtresses d'écoles enfantines, ainsi conçu:

„Un règlement sera arrêté par le Conseil d'Etat en vue de l'exécution de la présente loi",

arrête:

Chapitre premier. — ***Pensions des instituteurs, institutrices et maîtresses d'écoles enfantines.***

Article premier. Les membres du personnel enseignant des écoles primaires supérieures, primaires et enfantines, qui comptent 30 années de service au plus, ont droit à une pension de retraite calculée sur les bases suivantes:

a) Instituteurs dirigeant une classe primaire supérieure, 50 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1500 fr.;
b) institutrices dirigeant une classe primaire supérieure, 40 fr. par année de service, jusqu'à un maximum de 1200 fr.;
c) instituteurs brevetés, 45 fr. par année de service, jusqu'à un maximum de 1350 fr.;
d) institutrices brevetées, 36 fr. par année de service, jusqu'à un maximum de 1080 fr.;
e) maîtresses d'écoles enfantines brevetées, 24 fr. par année de service, jusqu'à un maximum de 720 fr.

(Loi, art. 1er.)

Art. 2. Les membres du personnel enseignant qui veulent être mis au bénéfice de cette pension en font la demande au Département de l'Instruction publique.

Art. 3. Les membres du personnel enseignant mentionné à l'article 1, qui, après dix ans de service au moins, se trouvent dans l'impossibilité de continuer leurs fonctions, pour cause de maladie ou d'infirmité contractée ou considérablement aggravée depuis leur nomination, ont droit à une pension de retraite calculée sur la même base. (Loi, art. 2.)

Art. 4. L'instituteur, l'Institutrice ou la maîtresse d'école enfantine qui veut être mis au bénéfice de cette pension en fait la demande au Département de l'instruction publique.

Il produit, à l'appui de sa demande, outre ses états de service accompagnés des pièces justificatives, la déclaration d'un médecin constatant qu'il est dans l'impossibilité de continuer ses fonctions pour cause de maladie ou d'infirmité contractée ou considérablement aggravée depuis son élection.

Le Département fait examiner par un médecin de son choix l'instituteur, l'institutrice ou la maîtresse d'école enfantine qui prétend être au bénéfice de l'article 3; il peut aussi, pour en tenir compte, le cas échéant, s'enquérir des causes de la maladie ou de l'infirmité invoquée.

Art. 5. Si la maladie ou l'infirmité paraît devoir être temporaire, la pension n'est accordée que pour un temps limité.

Ce temps expiré, la pension peut être, sur une nouvelle déclaration médicale, accordée pour une nouvelle période ou définitivement.

Art. 6. Les membres du personnel enseignant mentionné à l'article 1, qui, hors le cas de maladie, quittent leurs fonctions avant d'avoir accompli leur trentième année de service, ainsi que ceux qui sont destitués, perdent tout droit à la pension de retraite.

Ils ont droit au remboursement du 60 % des sommes qu'ils ont versées à la caisse de l'Etat.

(Loi, art. 4, alinéas 1 et 2.)

Toutefois, ce remboursement ne sera effectué qu'après que l'intéressé aura satisfait aux engagements pris envers l'Etat lors de son entrée à l'Ecole normale, soit après trois ans d'enseignement dans le canton.

Les membres du personnel enseignant qui désirent obtenir ce remboursement doivent en faire la demande au Département de l'Instruction publique, en mentionnant leur intention de renoncer à l'enseignement.

Les instituteurs, institutrices et maîtresses d'écoles enfantines qui, après avoir quitté leurs fonctions, les reprennent, sont mis au bénéfice de toutes leurs années de service.

Art. 7. Dans les cas prévus par l'article 61 de la loi sur l'instruction publique primaire, le Conseil d'Etat accorde à l'instituteur ou à l'institutrice mis hors d'activité de service une indemnité ou une pension dont il fixe le chiffre.

Cette pension ne peut, en aucun cas, excéder les chiffres fixés aux articles 1 et 2 de la loi sur les pensions de retraite.

Le Conseil d'Etat peut accorder à la famille d'un instituteur, d'une institutrice ou d'une maîtresse d'école enfantine qui meurt avant d'avoir atteint dix ans de service, une indemnité qui ne dépassera pas, au maximum, la moitié du traitement minimum légal.

(Loi, art. 4, alinéas 3, 4 et 5.)

Art. 8. Les personnes qui désirent être mises au bénéfice des dispositions du 3e alinéa de l'article 7, doivent en faire la demande au Département de l'Instruction publique, en fournissant toutes les indications utiles sur leurs circonstances de famille.

Le Conseil d'Etat en décide dans chaque cas particulier et d'après les circonstances.

Il désigne toutes les personnes qui ont droit à cette indemnité; celle-ci est insaisissable.

(Loi, art. 4, alinéas 6 et 7.)

Art. 9. Les dispositions du présent règlement sont applicables aux maîtres spéciaux et aux maîtresses spéciales mis au bénéfice de la pension de retraite en vertu de l'article 5 de la loi.

Elles ne sont pas applicables aux maîtresses d'écoles enfantines faisant déjà partie d'une caisse de retraite communale.

(Loi, art. 8.)

Art. 10. Aucune pension de retraite ne peut être cumulée avec un traitement d'instituteur ou de maître dans un établissement d'instruction publique cantonal ou communal, sauf au cas d'un remplacement temporaire d'une durée de moins de trois mois.

S'il s'agit d'une pension accordée après trente ans de service, elle est suspendue pendant les nouvelles fonctions que remplit le bénéficiaire dans un établissement d'instruction publique cantonal ou communal.

S'il s'agit d'une pension accordée pour cause de maladie ou d'infirmité, elle cesse définitivement, sauf le droit de l'intéressé de faire valoir, cas échéant, pour une nouvelle pension, ses années de service antérieures.

Art. 11. Les années de service doivent être complètes. Le temps qui s'écoule entre le moment où le titulaire quitte une place et celui où il entre dans une autre n'est pas compté.

Les intervalles pendant lesquels un instituteur, une institutrice ou une maîtresse d'école enfantine a dû suspendre ses fonctions pour cause de maladie ne sont pas déduits lorsque le titulaire a conservé sa place et que ces intervalles n'ont pas excédé six mois chacun.

Il est tenu compte, dans le nombre des années de service, des fonctions antérieures au brevet, ainsi que de celles qui ont été remplies dans une école secondaire du canton ou dans un établissement assimilé, par décision du Conseil d'Etat, aux écoles primaires, quant aux droits du personnel enseignant.

Art. 12. La pension date du jour où le bénéficiaire a cessé ses fonctions, à condition, toutefois, que la demande ait été faite dans le délai d'un mois dès cette date. Sinon, la pension ne pourra courir que du jour de la demande.

Elle cesse dès le jour du décès du bénéficiaire.

Chapitre II. — Pensions des veuves et des orphelins.

Art. 13. La veuve de l'instituteur breveté à droit, pendant son veuvage, à la moitié de la pension de retraite dont jouissait son mari ou à laquelle il aurait eu droit en cas de maladie.

Les orphelins de l'instituteur breveté, de l'institutrice brevetée ou de la maîtresse d'école enfantine ont droit au cinquième de cette pension chacun, jusqu'à ce qu'ils aient atteint l'âge de 18 ans révolus.

Toutefois, la somme des pensions de la veuve et des orphelins ne peut excéder le total de la pension à laquelle l'instituteur aurait eu droit.

(Loi, art. 3.)

Art. 14. En cas de décès d'un instituteur pensionné ou en fonctions au moment de sa mort, la veuve et les orphelins adressent leur demande de pension de retraite au Département de l'Instruction publique.

Ils accompagnent cette demande d'une déclaration de l'officier de l'état civil indiquant le jour du décès de l'instituteur, de l'état nominatif des ayants droit à la pension et de l'acte de naissance de chacun des enfants âgés de moins de 18 ans.

Les mêmes formalités doivent être observées lors du décès d'une institutrice ou d'une maîtresse d'école enfantine, pensionnée ou en fonctions, qui laisse des orphelins de moins de 18 ans.

Art. 15. Les pensions de veuves datent du jour du décès de l'instituteur. Elles cessent dès le jour où la veuve meurt ou contracte un nouveau mariage.

Les pensions des orphelins partent du jour du décès de leur père ou mère. Elles cessent pour chaque enfant, soit au jour de sa mort, soit à celui où il atteint l'âge de 18 ans révolus.

Art. 16. Dans le cas où l'instituteur décédé laisse une veuve et plus de deux enfants âgés de moins de 18 ans, les pensions de la veuve et de chacun des enfants sont réduites proportionnellement, de manière à ne pas excéder le total de la pension à laquelle l'instituteur aurait eu droit.

Quand l'une de ces pensions vient à cesser, les autres sont augmentées jusqu'à concurrence des limites fixées à l'art. 13.

Chapitre III. — Contribution annuelle des instituteurs, institutrices et maîtresses d'écoles enfantines.

Art. 17. Les intéressés versent, annuellement, à la caisse de l'Etat, une contribution qui est fixée comme suit:

a) pour les maîtres primaires supérieurs . . . . . 75 fr.
b) pour les maîtresses primaires supérieures . . . . . 60 „
c) pour les instituteurs primaires . . . . . 65 „
d) pour les institutrices primaires . . . . . 50 „
e) pour les maîtresses d'écoles enfantines . . . . . 35 „

(Loi, art. 6.)

Une partie du montant des contributions annuelles, déterminée chaque année par le Conseil d'Etat, est versée à un fonds spécial géré par le Département des finances.

(Loi, art. 7.)

Art. 18. La contribution est payée par semestre de l'année civile. Elle est due proportionnellement au temps de service pendant le semestre.

Art. 19. L'instituteur, l'institutrice ou la maîtresse d'école enfantine qui obtient son brevet, après avoir été auparavant en fonctions, verse à la caisse de l'Etat, dans les deux ans dès l'obtention du brevet, la contribution pour ses années antérieures de service.

*Chapitre IV. — **Dispositions diverses.***

Art. 20. Sauf le cas prévu à l'article 7 du présent règlement, toutes les décisions relatives aux pensions de retraite des instituteurs, des institutrices et des maîtresses d'écoles enfantines sont prises par le Département de l'Instruction publique, sous réserve de recours au Conseil d'Etat.

Art. 21. Les pensions sont payées en quatre termes, soit à la fin de chaque trimestre de l'année civile.

Le bénéficiaire présente au receveur, à la fin de chaque trimestre, un acte de vie délivré par l'officier de l'état civil. Cet acte constatera, en outre, pour les veuves, qu'elles ne sont pas remariées, et pour les orphelins qu'ils n'ont pas atteint l'âge de 18 ans révolus.

L'acte de vie n'est pas nécessaire si le bénéficiaire est connu du receveur et se présente lui-même pour recevoir sa pension.

Art. 22. La pension des orphelins est payée à la mère s'ils vivent avec elle, sinon au tuteur.

Art. 23. Tout pensionné qui change de domicile doit aviser immédiatement le Département de l'Instruction publique.

*Chapitre V. — **Dispositions transitoires et d'exécution.***

Art. 24. Les articles 1, 2, 3, 4 et 5 de la loi ne seront appliqués dans leur plein que le 1er avril 1919.

(Loi, art. 10.)

a) Pendant l'année 1917, à partir du 1er avril, les pensions de retraite seront calculées sur les bases suivantes:

Instituteurs dirigeant une classe primaire supérieure, 40 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1200 fr.

Institutrices dirigeant une classe primaire supérieure, 32 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 960 fr.

Instituteurs primaires, 37 fr. 50 cts. par année de service, jusqu'au maximum de 1125 fr.

Institutrices primaires, 30 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 900 fr.

Maîtresses d'écoles enfantines, 20 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 600 fr.

b) Pendant l'année 1918, à partir du 1er avril, les pensions de retraite seront calculées comme suit:

Instituteur dirigeant une classe primaire supérieure, 45 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1350 fr.

Institutrices dirigeant une classe primaire supérieure, 36 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1080 fr.

Instituteurs primaires, 41 fr. 50 cts. par année de service, jusqu'au maximum de 1245 fr.

Institutrices primaires, 33 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 990 fr.

Maîtresses d'écoles enfantines, 22 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 660 fr.

(Loi, art. 11.)

Les pensions accordées en 1917 et 1918 seront définives; elles ne subiront pas de modification du fait de l'application intégrale de la loi dès le 1er avril 1919.

Art. 25. Les instituteurs, institutrices et maîtresses d'écoles enfantines qui ont obtenu, antérieurement au 1er avril 1917, la pension de retraite prévue par l'article 2 de la loi, ne peuvent rentrer dans l'enseignement et bénéficier des dispositions de la loi du 21 février 1917 qu'après avoir fourni la preuve du rétablissement complet de leur santé.

Art. 26. Le présent règlement abroge celui du 22 janvier 1907. Il entrera en vigueur le 1er avril 1917.

---

9. Loi allouant des pensions de retraite aux professeurs de l'Université et aux maîtres et maîtresses des établissements secondaires et professionnels. (Du 21 février 1917.)

Le Grand Conseil du canton de Vaud,

Vu le projet de loi présenté par le Conseil d'Etat,

décrète:

Article premier. Les professeurs ordinaires et extraordinaires de l'Université, les directeurs, maîtres et maîtresses en fonctions dans les établissements d'enseignement secondaire et professionnel ont droit à une pension de retraite dans les cas prévus et aux conditions fixées par la présente loi.

Art. 2. Le droit à la pension de retraite est acquis après 25 ans d'enseignement public dans le canton.

Il y a deux classes de pensions: la première classe pour les traitements de 2000 fr. et en sus; la seconde classe pour les traitements de 1000 à 1999 fr.

La catégorie à laquelle appartient le bénéficiaire est déterminée par la moyenne des traitements perçus pendant les dix dernières années de service.

La pension est calculée à raison de 72 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1800 fr. pour la première classe, et de 36 fr. par année de service jusqu'au maximum de 900 fr. pour la seconde classe.

Art. 3. Les personnes mentionnées à l'art. 1er qui, après dix ans de service dans le canton, renoncent à l'enseignement pour cause de maladie ou d'infirmité contractée ou aggravée depuis leur nomination, ont droit à une pension d'invalidité.

Les pensions d'invalidité sont calculées conformément à l'art. 2.

Art. 4. Un traitement inférieur à 1000 fr. ne donne droit à la pension de retraite, pour cause de maladie ou après 25 ans de service, que lorsque l'enseignement a fait l'occupation principale de la personne intéressée. Le Conseil d'Etat décide dans chaque cas et fixe la somme de la pension à accorder, ainsi que la contribution.

Art. 5. La veuve d'un ayant-droit perçoit, pendant son veuvage, la moitié de la pension dont bénéficiait son mari défunt ou à laquelle il aurait eu droit en cas de maladie ou de démission après 25 ans de service.

Les orphelins ont droit, jusqu'à 18 ans révolus, chacun à un cinquième de la même pension.

La somme de ces diverses pensions ne peut dépasser celle à laquelle le défunt aurait eu droit.

Art. 6. Pour la supputation des années de service il est tenu compte, aux professeurs, des fonctions exercées dans l'enseignement secondaire, et aux maîtres et maîtresses secondaires, des années d'enseignement primaire.

Art. 7. Les membres du personnel enseignant qui, hors le cas de maladie, quittent leurs fonctions avant d'avoir accompli leur vingt-cinquième année, ainsi que ceux qui sont destitués, perdent tout droit à la pension de retraite. Ils ont droit au remboursement du 60 % des sommes qu'ils ont versées à la caisse de l'Etat.

Dans les cas prévus par l'art. 22 de la loi du 15 mai 1916 sur l'instruction supérieure, le Conseil d'Etat peut accorder au titulaire mis hors d'activité de service une indemnité ou une pension dont il fixe le chiffre.

Art. 8. Les personnes indiquées à l'art. 1er sont tenues de verser annuellement, à la Caisse de l'Etat, une contribution fixée comme suit: 90 fr. pour un traitement correspondant à la première classe; 45 fr. pour un traitement correspondant à la deuxième classe.

Le taux de la contribution est calculé sur le traitement de l'année précédente.

Cette contribution est due aussi longtemps que le titulaire exerce ses fonctions dans l'enseignement.

Art. 9. Une partie du montant des contributions annuelles, déterminée chaque année par le Conseil d'Etat, est versée à un fonds spécial géré par le Département des finances.

Art. 10. Les dispositions qui précèdent ne sont pas applicables aux personnes qui font partie d'une caisse de retraite communale.

Art. 11. Le Conseil d'Etat élaborera un règlement d'exécution et désignera les catégories de fonctionnaires relevant du Département de l'Instruction publique auxquels le bénéfice de la loi peut être étendu.

Dispositions transitoires et finales.

Art. 12. Les art. 2 et 3 de la présente loi sur les pensions de retraite ne seront appliqués dans leur plein que le 1er avril 1919.

Art. 13. a) Pendant l'année 1917, à partir du 1er avril, les pensions de retraite seront calculées sur les bases suivantes:

1re classe: 56 fr. par année de service jusqu'au maximum de 1400 fr.

2me classe: 28 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 700 fr.

b) Pendant l'année 1918, à partir du 1er avril, et jusqu'au 1er avril 1919, les pensions de retraite seront calculées sur les bases suivantes:

1re classe: 64 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1600 fr.

2me classe: 32 fr. par année de service jusqu'au maximum de 800 fr.

Art. 14. La présente loi abroge celle du 1er septembre 1882 sur les pensions de retraite allouées aux professeurs de l'Académie et aux instituteurs secondaires.

Art. 15. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution de la présente loi qui entrera en vigueur immédiatement, pour déployer ses effets à partir du 1er avril 1917.

Donné, sous le grand sceau de l'Etat, à Lausanne, le 21 février 1917.

---

10. Règlement pour les pensions de retraite en faveur des membres du corps enseignant supérieur, secondaire et professionnel du canton de Vaud. (Du 8 décembre 1917.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud,

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique et des Cultes;

Vu l'article 11 de la loi du 21 février 1917 sur les pensions de retraite accordées aux membres du corps enseignant supérieur et secondaire, ainsi conçu:

„Le Conseil d'Etat élaborera un règlement d'exécution et désignera les catégories de fonctionnaires relevant du Département de l'instruction publique auxquels le bénéfice de la loi peut être étendu",

arrête:

Chapitre premier. Pensions.

Article premier. Ont droit à la pension de retraite prévue par la loi du 21 février 1917, lorsqu'ils renoncent à l'enseignement après vingt-cinq ans de service:

1⁰ Les professeurs ordinaires de l'Université.[1])

2⁰ Les directeurs, maîtres et maîtresses en fonctions dans les établissements d'instruction publique secondaire énumérés à l'article 2 de la loi du 25 février 1908.

3⁰ Les inspecteurs de l'enseignement secondaire et de l'enseignement primaire.

4⁰ Les maîtres ou maîtresses des classes d'application annexées aux Ecoles normales.

Art. 2. Auront droit aussi à la pension de retraite, les professeurs et maîtres des établissements d'instruction publique supérieurs qui pourraient être fondés plus tard et qui rempliraient les conditions prescrites par la loi.

Art. 3. Il y a deux classes de pensions: La première pour les traitements de 2000 fr. et en sus, et la seconde pour les traitements de 1000 à 1999 fr.

La pension est calculée à raison de 72 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1800 fr. pour la première classe, et de 36 fr. par année de service jusqu'au maximum de 900 fr. pour la seconde classe.

Art. 4. Pour être mis au bénéfice de la pension, le titulaire en fait la demande au Département de l'Instruction publique.

Art. 5. Les personnes, mentionnées à l'article 1er, qui, après 10 ans de services dans le canton, renoncent à l'enseignement pour cause de maladie ou d'infirmité contractée ou aggravée depuis leur nomination, ont droit à une pension réduite. (Loi, art. 2 et 3.)

Art. 6. Le titulaire, qui veut être mis au bénéfice de la pension prévue à l'article précédent, en fait la demande au Départe-

[1]) En date du 6 décembre 1883, le Conseil d'Etat a décidé que lorsqu'un professeur ou maître a occupé dans l'enseignement un emploi créé à titre provisoire, les années qu'il aura passé dans cet emploi seront comptées pour établir son droit à la pension de retraite lorsque le provisoire aura duré deux ans au moins. — En cas où, par suite de la supression de l'emploi provisoire, il aurait perdu ses droits à la pension de retraite, les contributions payées seraient restituées.

ment. Il produit la déclaration d'un médecin constatant qu'il est dans l'impossibilité de continuer ses fonctions, pour cause de maladie ou d'infirmité contractée ou considérablement aggravée depuis sa nomination.

Le Département peut faire examiner le requérant par un médecin qu'il désigne, comme aussi s'enquérir des causes qui peuvent l'avoir mis dans l'impossibilité de continuer ses fonctions.

Art. 7. Si la maladie ou l'infirmité paraît devoir être temporaire, la pension n'est accordée que pour un temps limité. Ce temps expiré, la pension peut, sur une nouvelle déclaration médicale, être accordée pour une nouvelle période ou définitivement.

Art. 8. Un traitement inférieur à 1000 fr. ne donne droit à la pension de retraite, pour cause de maladie ou après 25 ans de service, que lorsque l'enseignement a fait l'occupation principale de la personne intéressée.

Le Conseil d'Etat décide dans chaque cas et fixe la somme de la pension à accorder, sans que celle-ci puisse dépasser le chiffre de 800 fr. (Loi, art. 5.)

Art. 9. La catégorie à laquelle appartient la personne pensionnée est déterminée par la moyenne des traitements perçus pendant les dix dernières années. (Loi, art. 2.) Cette moyenne est calculée en ajoutant aux appointements fixes les traitements extraordinaires perçus dans des établissements officiels d'instruction publique du canton.

Art. 10. Pour la supputation des années de service, il est tenu compte: aux professeurs, des fonctions exercées dans l'enseignement secondaire; aux maîtres et maîtresses secondaires, des années d'enseignement dans les écoles primaires. Il est tenu compte aussi des fonctions exercées dans l'Eglise nationale du canton.

Si un maître ou une maîtresse a interrompu son enseignement, le temps pendant lequel il a été absent n'est pas compté dans ses états de service, à moins que l'absence ne provienne de maladie ou de toute autre cause indépendante de la volonté de l'intéressé.

Dans ce dernier cas, le temps compté dans les états de service ne peut dépasser six mois.

Art. 11. Les membres du personnel enseignant qui, hors le cas de maladie, quittent leurs fonctions avant d'avoir accompli leur 25^{me} année de service, ainsi que ceux qui sont destitués, perdent tout droit à la pension de retraite.

Ceux qui, après avoir quitté leurs fonctions, les reprennent, sont mis au bénéfice de toutes leurs années de service.

Dans les cas prévus par l'article 22 de la loi sur l'enseignement supérieur du 15 mai 1916 et par l'article 113 de la loi sur l'instruction publique secondaire du 25 février 1908, le Conseil d'Etat

peut accorder au titulaire mis hors d'activité de service, une indemnité ou une pension dont il fixe le chiffre. Cette pension ne peut, en aucun cas, excéder les limites fixées aux art. 3 et 8 du présent règlement. (Loi, art. 2 et 4.)

Art. 12. Aucune pension de retraite ne peut être cumulée avec un traitement de professeur à l'Université, de maître ou de maîtresse secondaire dans un établissement d'instruction publique cantonal ou communal, sauf pour les cas d'un remplacement temporaire dont la durée n'excéderait pas trois mois.

S'il s'agit d'une pension accordée après vingt-cinq ans de service, elle est suspendue pendant les nouvelles fonctions que remplit le bénéficiaire.

Si cette pension a été accordée pour cause de maladie ou d'infirmité, elle cesse définitivement, sauf le droit qu'aura toujours le titulaire de faire valoir, cas échéant et pour une nouvelle pension, ses années de service antérieures.

Art. 13. La pension date du jour où le bénéficiaire a cessé ses fonctions, à la condition toutefois que la demande en ait été faite dans le délai d'un mois dès cette date.

Cette pension cesse au jour de la mort du bénéficiaire.

Chapitre II. ***Pensions des veuves et des orphelins.***

Art. 14. La veuve d'un ayant-droit perçoit, pendant son veuvage, la moitié de la pension dont jouissait son mari défunt ou à laquelle il aurait eu droit après 25 ans de service, ou 10 ans dans le cas prévu à l'article 3 de la loi.

Les orphelins ont droit, jusqu'à 18 ans révolus, chacun à un cinquième de la même pension.

La somme de ces diverses pensions ne peut dépasser celle à laquelle le défunt aurait eu droit.

Art. 15. En cas de décès d'un pensionné ou d'un professeur ou maître en fonctions au moment de sa mort, la veuve et les orphelins adressent au Département leur demande.

Cette demande est accompagnée d'une déclaration de l'officier de l'état civil indiquant le jour du décès du titulaire ou pensionné, l'état nominatif des ayants-droit à la pension et le jour de la naissance de chacun des enfants.

La même formalité doit être suivie au décès d'une maîtresse, pensionnée ou en fonctions, qui laisse des orphelins âgés de moins de 18 ans.

Art. 16. La pension de la veuve date du jour du décès de son mari.

Elle cesse de plein droit au jour où la veuve meurt ou contracte un nouveau mariage.

Les pensions des orphelins datent du jour du décès de leur père ou mère. Elle cesse, pour chaque enfant, au jour de sa mort ou lorsqu'il a atteint l'âge de 18 ans révolus.

Les pensions sont reversibles au décès; quand l'une d'elles vient à cesser, les autres en sont augmentées jusqu'à concurrence des limites fixées à l'article 14.

Chapitre III. Contribution annuelle.

Art. 17. Les professeurs, maîtres et maîtresses versent à la caisse de l'Etat, pour le service des pensions de retraite, une contribution annuelle de 90 fr. pour les traitements de 2000 fr. et en sus, et de 45 fr. pour ceux de 1000 à 1999 fr.

Art. 18. Le taux de la contribution est calculé sur le traitement de l'année courante. Cette contribution est due aussi longtemps que le titulaire exerce ses fonctions dans l'enseignement. (Loi, article 8, alinéas 2 et 3.)

Art. 19. La contribution est payée par semestre de l'année civile. Elle est due proportionnellement au temps de service pendant le semestre.

Art. 20. Les contributions sont réglées en deux versements par une retenue que fait le receveur ou la Banque cantonale vaudoise sur les sommes à payer aux intéressés, au 30 juin et au 31 décembre de chaque année.

Pour les maîtres secondaires qui perçoivent leur traitement d'une bourse communale et qui ne sont pas encore au bénéfice d'une augmentation de traitement pour années de service, la première moitié de la contribution doit être versée au receveur pour le 15 juillet, la deuxième moitié pour le 15 janvier, au plus tard.

Si le paiement n'a pas été effectué dans le délai prescrit, le receveur remet une assignation au boursier de la commune où le retardataire est en fonctions et la contribution plus les frais est retenue sur le traitement de ce dernier.

Art. 21. Les membres du personnel enseignant qui quittent leurs fonctions sans pouvoir prétendre à une pension, ont droit au remboursement, sans intérêts, du 60 % des sommes qu'ils ont versées à la caisse de l'Etat. (Loi, article 7.)

Ce rembousement ne concerne que les contributions versées à partir du 1er avril 1917.

Chapitre IV. Dispositions diverses.

Art. 22. Sauf le cas prévu à l'article 12, alinéa 3, du présent règlement, toutes les décisions relatives aux pensions de retraite accordées aux membres du corps enseignant supérieur et secondaire, sont prises par le Département, sous réserve de recours au Conseil d'Etat.

Art. 23. Les pensions sont payées en quatre termes, à la fin de chaque trimestre de l'année civile.

Art. 24. La pension des orphelins est payée à la mère, s'ils vivent avec elle, sinon au tuteur.

Art. 25. Le pensionné qui change de domicile, doit en avertir immédiatement le Département. Celui qui habite hors du canton, doit adresser au Département, au cours de chaque trimestre, une attestation de vie.

Chapitre V. ***Dispositions transitoires et d'exécution.***

Art. 26. Le présent règlement entre immédiatement en vigueur.

a) Toutefois, pendant l'année 1917, à partir du 1er avril, les pensions de retraite seront calculées sur les bases suivantes:

1re classe: 56 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1400 fr.

2me classe: 28 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 700 fr.

b) Pendant l'année 1918, à partir du 1er avril, et jusqu'au 1er avril 1919, les pensions de retraite seront calculées sur les bases suivantes:

1re classe: 64 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 1600 fr.

2me classe: 32 fr. par année de service, jusqu'au maximum de 800 fr.

Art. 27. En dérogation aux précédentes dispositions, le titulaire ayant 35 années de service aura immédiatement droit, s'il le demande, au paiement de la pension entière. (Règlement, article 3.)

Art. 28. La première contribution à payer par chaque membre du corps enseignant auquel ce règlement s'applique, est exigée pour l'année 1917 à partir du 1er avril.

Art. 29. Les contributions pour 1917, soit 77 fr. 50 cts. pour la 1re classe et 38 fr. 75 cts. pour la 2me classe, seront payées comme suit:

1re classe: 40 fr. au 31 décembre 1917.
18 fr. 75 cts. au 30 juin 1918.
18 fr. 75 cts. au 31 décembre 1918.

2me classe: 20 fr. au 31 décembre 1917.
9 fr. 40 cts. au 30 juin 1918.
9 fr. 40 cts. au 31 décembre 1918.

La contribution pour 1918 sera payable en 1918, selon le mode prévu aux articles 19 et 20.

II. Décret accordant des allocations extraordinaires pour renchérissement de la vie au personnel enseignant primaire. (Du 21 février 1917.)

Le Grand Conseil du canton de Vaud,

Vu le projet de décret présenté par le Conseil d'Etat,

décrète:

Article premier. Une allocation annuelle extraordinaire de 50 fr. est accordée aux instituteurs mariés, en fonctions, et aux institutrices veuves ou divorcées ayant un ou plusieurs enfants à leur charge

Art. 2. Une allocation annuelle extraordinaire de 50 fr. est accordée pour tout enfant d'instituteur ou d'institutrice veuve ou divorcée, âgé de moins 18 ans.

Art. 3. En dehors de ces cas, le Conseil d'Etat peut accorder une allocation aux instituteurs et institutrices soutiens de famille, lorsque leur situation financière le justifie.

Art. 4. Le présent décret déploiera ses effets à partir du 1er juillet 1916 et jusqu'à la date qui sera fixée ultérieurement par un nouveau décret.

Art. 5. Un premier crédit de 35,000 fr. est alloué dans ce but au Département de l'Instruction publique et des Cultes; il figurera dans le budget de 1917 du dit Département, sous la rubrique „L. 10".

Art. 6. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution du présent décret.

---

12. Décret accordant des allocations supplémentaires, pour renchérissement de la vie, au personnel enseignant primaire du canton de Vaud. (Du 27 novembre 1917.)

Le Grand Conseil du canton de Vaud,

Vu le projet de décret présenté par le Conseil d'Etat;

Considérant l'insuffisance des allocations accordées par le décret du 21 févier 1917 au personnel enseignant primaire, en présence du renchérissement continuel de la vie,

décrète:

Article premier. Une allocation supplémentaire de 100 fr. est accordée, pour 1917, aux instituteurs mariés, en fonctions, et aux institutrices veuves ou divorcées ayant un ou plusieurs enfants à leur charge.

Art. 2. Une allocation de 50 fr. est accordée aux instituteurs et institutrices célibataires. Cette allocation sera portée à 100 fr. pour ceux qui sont soutiens de famille.

Art. 3. Il pourra être tenu compte, pour ces allocations, de la situation de fortune des intéressés.

Art. 4. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution du présent décret, qui entre immédiatement en vigueur.

---

13. Arrêté accordant une allocation, en 1917, pour renchérissement de la vie, aux maîtres secondaires et professionnels. (Du 20 novembre 1917.)

Le Conseil d'Etat du canton de Vaud,

Vu le décret du 24 août 1914, conférant pleins pouvoirs au Conseil d'Etat pour prendre les mesures extraordinaires que comportent les circonstances actuelles;

Vu le préavis du Département de l'Instruction publique et des cultes;

arrête:

Article premier. Une allocation en sus du traitement de 1917 est accordée, pour renchérissement de la vie, aux maîtres secondaires et professionnels, mariés.

Art. 2. Le maximum des allocations est fixé à 500 fr.; il sera tenu compte de la situation de fortune.

Art. 3. L'allocation est fixée comme suit:

a) Traitement jusqu'à 4000 fr., allocation de 300 fr.
b) „ „ 5000 fr., „ „ 200 fr.
c) „ au-dessus de 5000 fr., „ „ 100 fr.

En outre, il sera accordé une allocation de 50 fr. par enfant ou autre personne à la charge des intéressés.

Art. 4.[1]) Une allocation de 50 fr. sera accordée aux veufs, divorcés et célibataires. Cette allocation sera portée à 100 fr. pour ceux qui ont des charges de famille.

Art. 5. La paiement des allocations aura lieu dès le 1er décembre prochain. Elles seront payées par le Département de l'Intérieur, sur le poste du budget titre 1, § D, nº 6.

Art. 6. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes est chargé de l'exécution du présent arrêté, qui entre immédiatement en vigueur.

XXIII. Kanton Wallis.

Keine schulgesetzlichen Erlasse pro 1917.

XXIV. Kanton Neuenburg.

Lehrerschaft aller Stufen.

1. Décret portant revision des articles 110, 111 et 112 de la loi sur l'enseignement primaire, du 18 novembre 1908. (Du 30 novembre 1917.)

Le Grand Conseil de la république et canton de Neuchâtel,

Sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une commission spéciale,

décrète:

Article premier. Les articles 110, 111 et 112 de la loi sur l'enseignement primaire, du 18 novembre 1908, sont abrogés et remplacés par les suivants:

Art. 110. Les traitements initiaux des instituteurs et institutrices sont fixés comme suit:

[1]) Abgeänderte Fassung dieses Artikels vom 6. Dezember 1917.

Instituteurs	2700 fr.
Institutrices	2000 „

Les communes ont la faculté d'augmenter, sous réserve de l'approbation du Conseil d'Etat, le traitement initial de leurs instituteurs et institutrices et de leur accorder une haute-paie communale. Dans ce cas, elles ne reçoivent pour ces augmentations aucune allocation de l'Etat.

Art. 111. Les instituteurs et institutrices reçoivent, en plus des traitements ci-dessus, une haute-paie déterminée comme suit:

Dès la sixième année de service, le traitement s'accroît annuellement pendant 15 ans consécutifs de 80 fr. pour les instituteurs et de 60 fr. pour les institutrices. Cette haute-paie est à la charge de l'Etat.

Le point de départ de la haute-paie pour chaque ayant-droit est le 1er janvier ou le 1er juillet de l'année qui suit la date de son entrée en fonctions.

Art. 112. Les traitements des autres fonctionnaires de l'enseignement primaire, diretceurs, directrices, administrateurs et secrétaires d'école, maîtres et maîtresses spéciaux, médecins des écoles, sont fixés par les communes, sous réserve de l'approbation du Conseil d'Etat.

Le prix de l'heure de leçon hebdomadaire donné par les maîtres et maîtresses spéciaux ne peut être inférieur à 100 fr.

Les maîtres et maîtresses spéciaux dont l'enseignement est exclusivement consacré à l'école primaire, et qui reçoivent de ce fait des traitements égaux ou supérieurs à ceux prévus à l'article 110, ont droit à la haute-paie allouée pour ancienneté de services.

Art. 2. Le présent décret n'entrera en vigueur que si le décret du 29 novembre 1917, portant revision des articles 1, 2, 3 et 16 de la loi sur l'impôt direct, du 30 avril 1903, devient exécutoire et est promulgué par le Conseil d'Etat. Dans ce cas, il déploiera ses effets dès le 1er janvier 1918.

Art. 3. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution du présent décret.

---

2. Décret portant revision du 5me alinéa de l'article 107 (revisé par décret du 24 juillet 1911) de la loi sur l'enseignement primaire, du 18 novembre 1908. (Du 30 novembre 1917.)

Le Grand Conseil de la république et canton du Neuchâtel,
Sur la proposition du Conseil d'Etat,
décrète:

Article premier. Le 5me alinéa de l'article 107 (revisé par décret du 24 juillet 1911) de la loi sur l'enseignement primaire du 18 novembre 1908 est abrogé et remplacé par le suivant:

La caisse est alimentée par les cotisations de ses membres et les subventions de l'Etat et des communes. Ces subventions sont égales l'une et l'autre au montant des cotisations payées par les intéressés.

Art. 2. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution du présent décret.

---

3. Décret portant revision de l'article 7 de la loi sur l'enseignement professionnel du 28 novembre 1898, revisé le 12 juillet 1906. (Du 30 novembre 1917.)

Le Grand Conseil de la république et canton de Neuchâtel,
Sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une commission spéciale,
décrète:

Article premier. L'article 7 de la loi sur l'enseignement professionnel du 21 novembre 1898, revisé le 12 juillet 1906, est abrogé et remplacé par le suivant:

Art. 7. Le Grand Conseil accorde à chaque école professionnelle communale une allocation calculée à raison de 35 % de ses dépenses pour traitements du personnel enseignant, déduction faite des écolages, et de 20 % des dépenses pour matériel d'enseignement.

L'allocation du 35 % pour traitements s'applique:

a) Aux traitements du personnel dirigeant (direction et administration), pour la totalité de ces traitements;
b) aux autres traitements jusqu'au maximum de 180 fr. l'heure hebdomadaire.

Cette dernière disposition n'est applicable qu'aux écoles professionnelles permanentes.

Art. 2. Le présent décret n'entrera en vigueur que si le décret du 29 novembre 1917, portant revision des articles 1, 2, 3 et 16 de la loi sur l'impôt direct du 30 avril 1903, devient exécutoire et est promulgué par le Conseil d'Etat. Dans ce cas, il déploiera ses effets dès le 1er janvier 1918.

Art. 3. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution du présent décret.

---

4. Décret portant revision de l'article 45 de la loi sur l'enseignement supérieur, du 18 mai 1896, revisé le 13 février 1905. (Du 30 novembre 1917.)

Le Grand Conseil de la république et canton du Neuchâtel,
Sur la proposition du Conseil d'Etat et d'une commission spéciale,
décrète:

Article premier. L'article 45 de la loi sur l'enseignement supérieur, du 18 mai 1896, revisé le 13 février 1905, est abrogé et remplacé par le suivant:

Art. 45. Le traitement des professeurs du Gymnase cantonal est calculé dès l'entrée en fonctions à raison de 250 fr. l'heure de leçon hebdomadaire.

Le taux de ces leçons s'augmente de 5 fr. tous les quatre ans jusqu'au maximum de 275 fr.

Le traitement du directeur du Gymnase cantonal est fixé à 3500 fr.

Le traitement des professeurs de l'Ecole normale cantonale est fixé à 250 fr. l'heure de leçon hebdomadaire, à l'exception des leçons de chant et de dessin pour lesquelles il est alloué 220 fr. pour l'heure de leçon hebdomadaire, et des leçons d'écriture, d'ouvrages féminins, de travaux manuels, d'économie domestique et de gymnastique, qui seront payées à raison de 190 fr. l'heure de leçon hebdomadaire.

Ces trois derniers taux s'augmentent de 5 fr. tous les quatre ans, jusqu'au maximum de 275 fr., 245 fr. et 215 fr.

Le traitement du directeur de l'Ecole normale cantonale est fixé à 3000 fr., celui de l'institutrice surveillante à 2500 fr., et ceux de deux institutrices frœbeliennes à 2000 fr.

Le Conseil d'Etat juge des cas exceptionnels où il y a lieu d'appliquer un taux supérieur au minimum.

Toute augmentation dépassant le maximum devra faire l'objet d'un décret spécial.

Art. 2. L'article 45 (nouveau) de la loi sur l'enseignement supérieur, du 18 mai 1896, revisé le 13 février 1905, n'entrera en vigueur que si le décret du 29 novembre 1917, portant revision des articles 1, 2, 3 et 16 de la loi sur l'impôt direct, du 30 avril 1903, devient exécutoire et est promulgué par le Conseil d'Etat. Dans ce cas, il déploiera son effet dès le 1er janvier 1918.

Art. 3. Le Conseil d'Etat est chargé de pourvoir, s'il y a lieu, après les formalités du referendum, à la promulgation et à l'exécution du présent décret.

XXV. Kanton Genf.

1. Allgemeines.

I. Règlement du Service médical des écoles. (Du 11 mai 1917.)

Chapitre premier. — Surveillance et attributions du Service médical des écoles.

Article premier. Le Service médical des écoles est placé sons la surveillance du Conseil d'Etat et rattaché au Département de l'Instruction publique. (Loi, art. I.)

Art. 2. Ce service est chargé de l'inspection et de la surveillance médicale de toutes les écoles publiques et privées du canton de Genève.

Chapitre II. — Rapports avec les autorités communales.

Art. 3. Le médecin-chef des écoles et le médecin-inspecteur de l'arrondissement sont à la disposition des autorités communales pour toutes les questions concernant l'hygiène scolaire et la santé des écoliers de leur commune.

A la fin de chaque année scolaire, le médecin-chef adresse au maire de la commune un rapport contenant les observations faites par le médecin-inspecteur au sujet des conditions hygiéniques des bâtiments et de la santé des écoliers. Les observations revêtant un caractère d'urgence sont transmises au cours de l'année scolaire.

Art. 4. En cas de maladies épidémiques, le Service médical propose à l'autorité communale, les mesures de prophylaxie et de désinfection qui lui paraissent nécessaires et en surveille l'exécution.

Art. 5. Les autorités communales ne peuvent pas prendre des mesures de prophylaxie importantes telles que fermeture d'écoles ou de classes, renvoi d'élèves pour cause de santé sans s'être mises d'accord auparavant avec le médecin-chef ou le médecin-inspecteur de l'arrondissement.

Chapitre III. — Rapports avec le Service d'hygiène cantonal.

Art. 6. Le Service d'hygiène cantonal communique chaque jour au Service médical des écoles et au médecin-inspecteur de l'arrondissement intéressé, les déclarations médicales de cas de maladies contagieuses qui lui sont parvenues ainsi que les rapports d'enquêtes faits en cas de maladie, de guérison et de désinfection. Il leur communique également tous les faits de nature à leur permettre de prendre les mesures prophylactiques nécessaires dans les écoles. Ces rapports ont un caractère confidentiel et toutes les précautions sont prises pour assurer l'application de l'art. 378 du Code pénal genevois (respect du secret professionnel).

De son côté, le Service médical des écoles communique chaque jour au service d'hygiène les cas de maladies infectieuses qui sont parvenus à sa connaissance et qui ne lui sont pas signalés par le Service d'hygiène.

Chapitre IV. — Personnel médical.

Art. 7. Le personnel médical comprend le médecin-chef, les médecins-inspecteurs, les médecins spécialistes, les infirmières scolaires.

Art. 8. Le médecin-chef est chargé de la direction technique du Service médical des écoles; il est le conseiller du Département de l'Instruction publique pour toutes les questions qui se rattachent à l'hygiène scolaire et à la santé des écoliers. Il surveille aussi la santé du personnel enseignant et procède aux examens médicaux des candidats à l'enseignement dans les écoles. Le médecin-chef devra

s'abstenir de donner des soins aux membres du corps enseignant, sauf en cas d'urgence.

Le médecin-chef adresse au Département de l'Instruction publique trois fois dans l'année un rapport sur le Service médical contenant les observations faites par les médecins-inspecteurs. Ce rapport sera envoyé au plus tard le 15 octobre, le 15 mars et le 1er juin.

Art. 9. Les médecins-inspecteurs sont chargés de l'inspection médicale des écoles placées dans le secteur qui leur est attribué. Le canton de Genève forme les arrondissements suivants:

A. Agglomération urbaine (ville de Genève, Plainpalais, Eaux-Vives, Petit-Saconnex, moins le village), cinq médecins-inspecteurs.

B. Partie extra-urbaine, 12 arrondissements avec un médecin-inspecteur.

Arrondissement 1, commune de Céligny.

Arrondissement 2, communes de Versoix, Genthod, Bellevue et Collex-Bossy.

Arrondissement 3, communes du Grand-Saconnex, Pregny, écoles du Petit-Saconnex village et Cointrin.

Arrondissement 4, communes de Satigny, Vernier, Meyrin (moins Cointrin), Dardagny et Russin.

Arrondissement 5, communes de Cartigny, Chancy, Avusy, Avully, Laconnex, Soral.

Arrondissement 6, communes de Bernex, Aire-la-Ville, Onex, Confignon, Perly-Certoux, Bardonnex, Plan-les-Ouates.

Arrondissement 7, commune de Lancy.

Arrondissement 8, communes de Carouge, Troinex et Veyrier.

Arrondissement 9, communes de Chêne-Bourg, Chêne-Bougeries, Thônex, Puplinge.

Arrondissement 10, communes de Vandœuvres, Cologny, Choulex et Meinier.

Arrondissement 11, communes de Collonge-Bellerive, Corsier, Anières, Hermance.

Arrondissement 12, communes de Jussy, Gy, Presinge.

Les limites de ces arrondissements et leur nombre peuvent être modifiés par une décision du Conseil d'Etat.

Art. 10. Les médecins-inspecteurs sont à la disposition du Département de l'Instruction publique, du médecin-chef et des autorités communales de leur arrondissement pour toutes les questions se rattachant à l'hygiène des écoles et à la santé des écoliers. Ils doivent visiter au minimum trois fois dans l'année les écoles de leur ressort. Après chaque visite, ils adresseront un rapport au médecin-chef qui le communiquera au Département de l'Instruction publique. Ces rapports doivent parvenir à destination au plus tard le 1er octobre, le 1er mars et le 15 mai.

En dehors de ces rapports, les médecins-inspecteurs doivent aviser le médecin-chef de toutes les mesures importantes qu'ils sont

appelés à prendre, telles que fermeture de classes, renvoi prolongé d'élèves, etc.

Art. 11. Les médecins spécialistes sont chargés de l'inspection des élèves au point de vue de leur spécialité dans les écoles de l'agglomération urbaine et de la banlieue. Exceptionnellement ils peuvent être envoyés à la campagne. Ils doivent visiter une fois par année tous les élèves placés dans leur circonscription. Ils sont également à la disposition du Service médical pour toutes les questions concernant leur spécialité.

Art. 12. Les infirmières scolaires sont placées sous la direction du Département de l'Instruction publique et du médecin-chef. Elles doivent visiter régulièrement les classes qui leur sont attribuées pour s'assurer que les enfants signalés par le médecin reçoivent les soins nécessités par leur état. Elles assistent les médecins dan leurs visites et leurs consultations et font au domicile des enfants les enquêtes et les visites demandées par le médecin-chef. Enfin, elles sont chargées du service des douches pour les filles de tous les degrés et pour les garçons des trois premiers degrés.

Chapitre V. — Admission à l'école.

Art. 13. Tout enfant doit, pour être admis dans les écoles, présenter un certificat médical attestant qu'il a été vacciné et qu'il n'est atteint d'aucune maladie transmissible, y compris la tuberculose ouverte.

Le médecin-inspecteur est tenu de délivrer gratuitement le certificat ci-dessus aux enfants de son arrondissement qui se présentent chez lui aux jours et heures de ses consultations.

Art. 14. Les enfants atteints de cécité, d'épilepsie, d'idiotie, ou de maladies repoussantes, ne peuvent être admis à l'école. Les enfants sourds-muets, et ceux atteints de maladies graves du système nerveux, ne peuvent être admis que dans les classes spéciales.

Art. 15. Le Service médical peut demander au Département de l'Instruction publique l'admission ou le transfert d'un élève dans une classe appropriée à son état physique on intellectuel.

Art. 16. Dans tous les cas prévus aux articles 13, 14 et 15, les parents ont droit de recours au Conseil d'Etat.

Chapitre VI. — Visites médicales.

Art. 17. Les élèves ne peuvent se soustraire aux visites des médecins scolaires et des infirmières. (Loi, art. 3.) Ils sont examinés individuellement. La première visite du médecin doit avoir lieu le plus vite possible après le début de l'année scolaire. Elle a pour but d'éloigner de l'école les enfants atteints de maladie contagieuse, de placer dans les classes spéciales les enfants incapables de suivre l'enseignement normal, de donner au personnel enseignant toutes les indications d'ordre médical dont il peut avoir besoin.

A l'une de ces visites, le médecin examine chaque élève de façon détaillée et consigne le résultat de son examen dans le carnet sanitaire de l'écolier.

En cours d'année et en tout cas avant le 1er avril, le médecin scolaire signale au régent principal les enfants qui doivent être placés dans une école en plein air ou dans une colonie de vacances.

Art. 18. Les parents sont avertis par les soins du service médical du résultat des visites et engagés à faire donner à leurs enfants les soins nécessaires. Les médecins, les infirmières scolaires, le personnel enseignant ont le devoir de s'assurer que les enfants reçoivent les soins nécessités par leur état. (Loi, art. 3.) Si tel n'était pas le cas, ils aviseront le médecin-chef qui agira d'accord avec le Département de l'Instruction publique.

Chapitre VII. — Douches scolaires.

Art. 19. Les douches scolaires ont lieu au moins une fois tous les quinze jours, suivant l'horaire établi par le régent principal, d'accord avec les communes et le service médical. Elles sont placées sous la surveillance générale des infirmières scolaires. Aucun élève ne peut être dispensé des douches d'une façon prolongée s'il n'est porteur d'un certificat émanant d'un médecin. Pendant la saison d'été, les douches peuvent être remplacées par des bains de lac ou de rivière.

Chapitre VIII. — Dispenses d'ordre médical.

Art. 20. Le Service médical des écoles est seul compétent pour accorder des dispenses médicales de certaines leçons (gymnastique).

Chapitre IX. — Maladies contagieuses.

Art. 21. Tout élève atteint ou suspect de maladie contagieuse doit être immédiatement éloigné de l'école; il ne peut y rentrer que muni d'un certificat médical attestant qu'il n'offre plus de danger de contagion.

Art. 22. Dans tous les cas douteux ou contestés, le maître ou la maîtresse renvoie tout d'abord l'élève chez ses parents et en réfère immédiatement au Service médical des écoles au moyen d'un formulaire spécial.

Art. 23. La durée de l'éviction de l'école est fixée au minimum à

42 jours pour la variole, la scarlatine et la coqueluche;

21 jours pour la diphtérie; pour cette maladie, l'élève doit prouver qu'il a subi deux examens bactériologiques qui sont restés négatifs;

15 jours pour la rougeole;

10 jours pour la varicelle, la rubéole;

21 jours pour les oreillons.

Art. 24. Le Service médical est seul compétent pour autoriser la rentrée en classe d'un enfant qui a été atteint de scarlatine, de diphtérie, de fièvre typhoïde, de méningite cérébro-spinale, de variole, de tuberculose. Pour les autres maladies, le personnel enseignant demandera le certificat du médecin traitant.

Art. 25. Toute personne habitant dans l'appartement du malade sera empêchée d'aller à l'école pendant le temps fixé à l'article 23, sauf les exceptions prévues à l'article 26.

Toutefois si le malade est transféré hors de son domicile ou si le bien portant quitte le domicile pour la durée de la maladie, ce dernier pourra rentrer à l'école après un temps fixé par le Service médical qui tiendra compte de la période d'incubation de la maladie.

Art. 26. Les élèves qui ont une sœur ou frère atteint de l'une des maladies suivantes: rougeole, coqueluche, varicelle, rubéole, oreillons, peuvent continuer à suivre l'école s'il est établi de façon certaine qu'ils ont eu eux-mêmes cette maladie.

Art. 27. Aucun enfant atteint de maladie contagieuse ne peut être soigné dans un bâtiment d'école. Une tolérance peut être prévue pour la rougeole, la varicelle et la rubéole.

Art. 28. Le Service médical des écoles décide des mesures à prendre au sujet des classes (fermeture, désinfection) et il en réfère au Département de l'Instruction publique et aux autorités communales. Les mesures de désinfection se font sous la surveillance du Service cantonal d'hygiène et sont à la charge des communes.

Chapitre X. — Malpropreté, maladies parasitaires.

Art. 29. Les élèves malpropres et les élèves atteints de maladies parasitaires sont renvoyés à domicile pour y être traités selon les indications des médecins ou des infirmières scolaires. Si le traitement n'est pas suffisant, ils sont traités d'office par le Service médical des écoles. Ceux qui ne se présenteront pas seront passibles d'une amende et pourront être recherchés par la police.

Chapitre XI. — Hygiène des bâtiments d'école.

Art. 30. Les mesures de propreté et de nettoyage dans les bâtiments d'école incombent aux autorités communales.

Le balayage doit se faire trois fois par semaine pour les classes et tous les jours pour les vestibules, les escaliers, les salles de gymnastique et les locaux utilisés par les classes gardiennes. Le balayage doit se faire par voie humide ou au moyen de substances adhésives ou huileuses. Les W. C. sont lavés tous les jours.

Trois fois dans l'année, l'autorité municipale fera procéder à un grand nettoyage soit lavage des planchers et des pupitres, nettoyage des platfonds, parois et fenêtres.

Art. 31. L'aération se fait par le soin du corps enseignant. A chaque récréation, les fenêtres seront largement ouvertes pendant dix minutes au minimum pour renouveler l'air. Aucun élève ne sera autorisé à rester dans la classe pendant la récréation. L'après-midi, après les leçons, les classes seront de nouveau largement aérées.

Art. 32. Le chauffage doit être suffisant. La température ne doit pas être inférieure à douze dégrés à l'entrée en classe ni su-

périeure à dix-huit degrés dans le courant de la journée. Le personnel enseignant devra surveiller avec soin la température maximale.

Ces dispositions s'appliquent aussi aux salles de gymnastique.

Chapitre XII. — Examen médical des candidats à l'enseignement.

Art. 33. Toute personne postulant un emploi dans l'enseignement doit subir un examen médical fait par le médecin-chef. Le résultat est consigné sur un formulaire adopté par le Département de l'Instruction publique.

Art. 34. Les candidats au stage dans les écoles primaires et enfantines sont examinés avant le concours par les soins du Service médical des écoles.

Art. 35. Les élèves des sections pédagogiques du Collège et de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles sont examinés par les soins du Service médical des écoles à leur entrée en 4^{me} classe et en 2^{me} classe.

Art. 36. A la suite de l'examen médical qui précède l'entrée en stage, le médecin peut conclure à l'admissibilité du candidat, au refus, au renvoi à un ou deux ans. Le candidat a le droit de recourir au Département de l'Instruction publique contre la décision prise à son égard. Celui-ci le fait examiner par une commission composée de trois médecins diplômés n'appartenant pas au Service médical des écoles. Le médecin qui a procédé au premier examen assiste avec voix consultative à la séance de la commission de recours.

Art. 37. Les personnes atteintes des maladies ou anomalies indiquées ci-dessous ne sont pas admises ou, suivant les cas, sont renvoyées à une époque ultérieure:

a) Etat général. Développement physique insuffisant, déformation marquée de la colonne vertébrale, perte d'un membre, ankylose d'une articulation importante, claudication marquée.

b) Systèmes organiques. Maladies chroniques du cœur et des vaisseaux avec troubles de compensation, maladies chroniques des organes respiratoires, principalement la tuberculose pulmonaire avérée, maladies chroniques des organes de la digestion exigeant un régime et des précautions spéciales ou pouvant donner lieu à des complications graves, maladies chroniques des organes urinaires, maladies des organes sexuels exigeant un traitement spécial et des précautions hygiéniques. Maladies du système nerveux central et médullaire, paralysies importantes, crises d'hystérie graves, épilepsie, maladies mentales, alcoolisme.

c) Maladies générales et constitutionnelles. Diabète, rhumatisme avec déformation, anémie symptômatique de lésions organiques, tuberculose sous toutes ses formes à condition qu'elle soit avérée ou que tout au moins la suspicion soit très probable, syphilis congénitale et acquise à tous les degrés, goître volumineux, hernies volumineuses, inopérables et gênantes.

d) Affections des oreilles, du nez et de la gorge. Surdité essentielle ou symptômatique des deux oreilles non curable, suppuration chronique de l'oreille, ozène, laryngite chronique avec diminution de la puissance vocale, tumeurs du nez, du pharynx et des cordes vocales, défauts de langage.

e) Affections des yeux. Acuité visuelle: Si la valeur fonctionnelle des deux yeux est à peu près égale, l'acuité visuelle de chaque œil examiné séparément, ne doit pas être inférieure à 0,5 après correction des vices de réfraction. Si l'un des yeux a une acuité visuelle inférieure à 0,5 ou ne voit pas, l'autre devra avoir une vision corrigée d'au moins 0,7.

Dans les cas nécessitant l'emploi d'un verre correcteur, la puissance de celui-ci ne doit pas dépasser 8 dioptries.

Tumeurs (à l'exception des petites tumeurs bénignes), affections chroniques de l'appareil lacrymal, de l'iris, du corps ciliaire, de la choroïde, de la rétine et du nerf optique, glaucome, cataracte, strabisme avec diplopie.

f) Affections de la bouche et des dents. Tumeurs des maxillaires, bec de lièvre, nombreuses caries, bouches édentées, non pourvues d'appareils de prothèse.

g) Les maladies de la peau de grande dimension pouvant être un objet de répulsion pour les élèves et exigeant des traitements spéciaux prolongés et fréquents.

h) Toutes les maladies contagieuses pendant leur période de contagion.

---

2. Primarschule.

2. Règlement de l'enseignement primaire.[1]) (Collationné en conformité de la loi du 30 septembre 1911 e approuvé en séance du Conseil d'Etat du 16 juni 1917.)

Chapitre premier. — Instruction obligatoire.

Article premier. Tous les enfants habitant le canton de Genève doivent recevoir dans les écoles publiques ou privées, ou à domicile une instruction suffisante. (Loi, art. 8.)

Art. 2. Cette instruction comprend, au minimum, la lecture, l'écriture, le dessin, le français, l'arithmétique et la comptabilité élémentaire, des notions générales de géographie et d'histoire, l'histoire et la géographie nationales, les éléments des sciences physiques et naturelles, le chant, la gymnastique et, de plus, pour les garçons, l'instruction civique et, pour les filles, les travaux à l'aiguille. (Loi, art. 8.)

Art. 3. La scolarité obligatoire s'étend: pour les enfants de l'agglomération urbaine, sur les années d'âge correspondant à l'école primaire et à la classe complémentaire, soit de 6 à 14 ans révolus;

[1]) Le chapitre concernant les écoles enfantines fait l'objet d'un règlement spécial.

pour les enfants des communes rurales, avec la réserve indiquée à l'article 42 de la loi, sur les années correspondant à l'école primaire et aux écoles secondaires rurales (écoles de demi-temps), soit de 6 à 15 ans révolus.

En outre, les apprentis et apprenties du commerce et de l'industrie et les jeunes gens qui sont au service d'autrui ou de leurs parents sans apprendre un métier déterminé, sont astreints à suivre, de 14 à 16 ans révolus, les cours professionnels commerciaux et industriels, s'ils ne reçoivent pas d'une autre manière une instruction reconnue équivalente par le Département de l'Instruction publique. Toutefois, les apprentis qui justifient, par un examen, qu'ils possèdent les connaissances générales et spéciales nécessaires à leur profession, peuvent être dispensés de tout ou partie de ces cours. (Loi, art. 9.)

Art. 4. Chaque année, il est établi dans chaque commune, par les soins du Bureau de recensement, un rôle des enfants soumis à l'instruction obligatoire.

Ce rôle indique si les enfants reçoivent cette instruction dans les écoles de l'Etat, dans les écoles privées ou à domicile.

Il est communiqué au Département de l'Instruction publique et aux autorités municipales. (Loi, art. 10.)

Art. 5. Les parents, les tuteurs ou, à leur défaut, les personnes chez lesquelles demeurent les enfants, sont tenus, s'ils en sont requis par l'autorité compétente, de justifier que les dits enfants reçoivent l'instruction fixée aux art. 8 et 9 (de la loi).

Ceux qui ne se conformeraient pas aux dispositions de cet article seront, après avertissement préalable, passibles d'une amende de 2 à 5 francs infligée par le Département de l'Instruction publique et payable dans un délai de huit jours.

En cas de non-paiement de l'amende et en cas de récidive, les contrevenants seront traduits devant le Tribunal de Police et passibles d'une amende de 10 à 50 francs. Le non-paiement de cette dernière amende, après le jugement définitif, entraînera les arrêts de police à raison d'un jour d'arrêt pour 5 francs d'amende.

En cas de seconde récidive, le Tribunal prononcera des arrêts de police, et s'ils s'agit de parents étrangers à la Suisse, le Conseil d'Etat peut ordonner l'expulsion du canton. (Loi, art. 11.)

Art. 6. Les personnes qui occupent des enfants âgés de moins de 16 ans révolus ne peuvent s'opposer à ce qu'ils reçoivent régulièrement l'instruction obligatoire.

Les contrevenants à cette disposition seront punis de peines de police. (Loi, art. 12.)

Chapitre II. — Enseignement privé.

Art. 7. La liberté de l'enseignement est garantie à tous les Suisses, sous reservé des dispositions prescrites par les lois, dans l'intérêt de l'ordre public, des bonnes mœurs et de l'hygiène.

Les étrangers ne peuvent enseigner qu'après avoir obtenu une autorisation du Conseil d'Etat.

Cette autorisation, toujours révocable, s'obtient à la suite d'un examen ou sur la production d'un diplôme reconnu suffisant. (Loi, art. 13.)

Art. 8. Lorsqu'un étranger demande au Conseil d'Etat l'autorisation d'enseigner, il envoie, à l'appui de sa requête, le ou les diplômes qu'il possède. Il peut y joindre les ouvrages qu'il a publiés.

Ces pièces sont transmises au jury d'examen prévu à l'art. 12.

Art. 9. Après avoir consulté les pièces qui lui ont été remises et spécialement le ou les diplômes, le jury peut dispenser le postulant de l'examen ou ne lui faire subir qu'un examen partiel.

Il transmet au Département sa décision motivée.

Art. 10. La requête doit indiquer à quel enseignement le postulant désire se vouer, et cet enseignement sera stipulé dans l'autorisation, si elle est accordée.

Art. 11. Lorsque l'enseignement correspond à celui des écoles primaires, l'examen doit prouver que le postulant est capable d'enseigner les branches citées aux art. 8 et 36 de la loi.

Art. 12. Le jury d'examen est composé du directeur de l'enseignement primaire, d'un inspecteur et d'un troisième membre, au choix du Département.

Art. 13. Le Département s'assure en tout temps par des inspections ou des examens que les écoles privées se conforment au programme prévu à l'art. 8 de la loi.

Dans le cas où, à la suite de ces inspections et de deux examens semestriels et consécutifs, le Conseil d'Etat a reconnu que l'instruction donnée dans une école est notoirement insuffisante, les parents ou les tuteurs des enfants sont mis en demeure de les envoyer dans d'autres écoles. Sur leur refus, le Département procède comme il est dit à l'art. 11 de la loi.

Chapitre III. — Enseignement primaire public.

Art. 14. L'enseignement primaire se donne: dans les écoles enfantines, — dans les écoles primaires, — dans la classe complémentaire.

L'instruction est gratuite dans toutes ces écoles. (Loi, art. 28.)

Chapitre IV. — Direction de l'enseignement primaire.

Art. 15. La direction générale des écoles enfantines, des écoles primaires et de la classe complémentaire est confiée à un directeur chargé de veiller à l'exécution des programmes et des règlements et d'assurer le progrès des méthodes et de l'enseignement.

Il est assisté, dans sa tâche, par des inspecteurs et des inspectrices chargés plus spécialement de la surveillance des écoles, au point de vue pédagogique. Il y a, en outre, une inspectrice de travaux manuels de jeunes filles.

Le Département peut faire procéder à des inspections spéciales temporaires pour l'enseignement de certaines branches. (Loi, art. 54.)

Art. 16. L'enseignement de la gymnastique est l'objet d'une inspection spéciale.

Art. 17. Les attributions du directeur de l'enseignement primaire sont essentiellement d'ordre pédagogique. Elles sont fixées par un cahier des charges.

Art. 18. Il s'assure, par des visites dans les écoles et par les rapports des inspecteurs et des inspectrices, que l'enseignement est donné conformément aux programmes et aux méthodes arrêtés par le Département.

Art. 19. Chaque année, il présente, au Département de l'Instruction publique, un rapport sur la marche des écoles enfantines et primaires et de la classe complémentaire.

Chapitre V. — Surveillance des écoles primaires.

Art. 20. Les inspecteurs ont la surveillance des écoles primaires tant publiques que privées en ce qui concerne l'état physique, intellectuel et moral des élèves, la marche de l'enseignement et la fréquentation régulière des leçons.

Art. 21. Ils contrôlent les registres des fonctionnaires, examinent les cahiers des élèves, procèdent à des interrogations et aux examens prévus par la loi et s'assurent que les programmes sont parcourus en entier et conformément aux directions données par le Département.

Ils veillent à ce que le matériel d'enseignement soit toujours en bon état et que les fournitures soient distribuées avec économie.

Ils adressent les avertissements réglementaires aux parents qui leur sont désignés comme n'envoyant pas régulièrement leurs enfants à l'école, et transmettent au Département les noms des parents qui refusent de se conformer à la loi.

Art. 22. Les inspecteurs ont dans leurs attributions l'éducation des stagiaires et des jeunes fonctionnaires. Ils doivent les préparer aux devoirs de l'instituteur, les guider par leurs conseils, les aider de leur expérience et les instruire des méthodes et des procédés les plus propres à rendre leur enseignement fructueux.

Art. 23. Une inspectrice est chargée de la surveillance de l'enseignement de la couture et de la coupe.

Elle inspecte régulièrement les travaux des élèves et procède aux examens.

Art. 24. L'inspecteur et l'inspectrice de gymnastique sont chargés de la surveillance de cet enseignement dans les écoles primaires.

Ils veillent à ce que les appareils de gymnastique et les locaux affectés à cet enseignement soient constamment tenus en bon état.

Art. 25. Dans les villes de Genève et de Carouge et dans les communes suburbaines, ainsi que dans toutes les commnnes où le Département de l'Instruction publique le jugera nécessaire, chaque école comptant au moins cinq classes, est placée sous la surveillance plus immédiate d'un des régents ou d'une des régentes, qui prend le titre de régent principal ou de régente principale.

Les régents principaux sont nommés par le Département de l'Instruction publique pour une période de quatre ans; ils reçoivent, pour ces fonctions, une indemnité proportionnée à l'importance de l'école placée sous leur surveillance. (Loi, art. 57.)

Art. 26. Le régent principal est chargé, sous l'autorité de l'inspecteur, de tout ce qui concerne la discipline et le bon ordre dans le groupe scolaire à la tête duquel il est placé.

Il organise et dirige la surveillance des élèves pendant les récréations, ainsi qu'aux heures d'entrée et de sortie des classes.

Cette surveillance doit être active et constante. Elle s'exerce en particulier, dans les vestibules, les escaliers, les préaux et les abords immédiats de l'école. Elle a pour principal objet, outre l'interdiction des jeux inconvenants et dangereux, la protection des petits contre la turbulence des grands.

En cas d'absence imprévue de l'un des fonctionnaires de l'école, le régent principal prend les mesures nécessaires afin que les élèves ne restent pas sans surveillance, et il avertit immédiatement l'inspecteur.

Il tient note, dans un registre spécial, des absences des fonctionnaires, en indiquant le motif de l'absence. En conséquence, lorsque ces derniers sont obligés de s'absenter, ils doivent préalablement avertir le régent principal et l'inspecteur. Les sous-régents et les stagiaires appelés à changer de classe sont soumis à la même obligation.

Le régent principal a le devoir d'adresser des avertissements à ceux des maîtres et des maîtresses qui n'arriveraient pas aux heures réglementaires ou qui laisseraient leurs élèves sans surveillance pendant les heures des leçons.

Il est chargé de la surveillance des objets qui constituent le musée du groupe scolaire, ainsi que de la distribution des collections, des fournitures et, éventuellement, des livres de la bibliothèque.

En l'absence de l'inspecteur, il reçoit les réclamations des parents.

Au renouvellement de l'année scolaire, il inscrit les nouveaux élèves dans le registre d'immatriculation. En dehors de cette époque, les inscriptions ne sont pas prises pendant l'heure des leçons: un avis spécial indiquera, dans chaque école, les jours et heures où les parents peuvent se présenter pour faire inscrire leurs enfants.

Les élèves nouveaux qui se présentent dans le courant de l'année sont classés par le régent principal.

Art. 27. Les fonctionnaires de l'enseignement primaire sont réunis périodiquement en conférences. Leur présence est obligatoire. (Loi, art. 58.)

Ces conférences peuvent être générales ou partielles. Elles sont présidées par le chef du Département ou par une personne désignée par lui.

Chapitre VI. — Organisation des écoles primaires.

Art. 28. L'école primaire fait suite à l'école enfantine. Elle reçoit les enfants depuis l'âge de sept ans. (Loi, art. 33.)

Art. 29. Des classes préparatoires pourront être créées pour des élèves reconnus insuffisamment préparés.

Art. 30. L'école primaire comprend six degrés ou années d'études. Ces six degrés peuvent former une ou plusieurs classes distinctes. (Loi, art. 34.)

Dans les grandes écoles, chaque classe ne renferme, autant que possible, que des élèves d'un même degré.

Art. 31. Le nombre des élèves d'une classe ne doit pas, dans la règle et d'une manière permanente, dépasser le chiffre de quarante pour les classes de un à trois degrés, et de trente pour les classes de quatre à six degrés. (Loi, art. 35.)

Art. 32. Dans les villes de Genève et de Carouge et dans les communes suburbaines, les sexes sont séparés. Dans les autres communes, les jeunes garçons et les jeunes filles peuvent être réunis dans la même classe.

Art. 33. Chaque classe est dirigée par un régent, une régente, un sous-régent ou une sous-régente.

Art. 34. Les sous-régentes appelées à diriger des classes de garçons ou des classes mixtes reçoivent pendant ce temps un supplément de traitement calculé à raison de 180 fr. par année. (Loi, art. 74.)

Chapitre VII. — Durée du travail scolaire.

Art. 35. L'année scolaire est de 42 à 46 semaines d'études, avec 25 à 35 heures par semaine. Dans ce nombre, peuvent être comprises, pour la 1re et la 2me année, des heures de jeux, sous la direction des maîtres ou maîtresses de classe. (Loi, art. 37.)

Art. 36. Dans les écoles de Genève, de Carouge et des communes suburbaines, les leçons ont lieu, en été, de 8 h. à 11 h. du matin et de 1 h. 1/2 à 4 h. de l'après-midi; en hiver, de 8 h. 1/4 à 11 h. du matin et de 1 h. 1/2 à 4 h. de l'après-midi.

Dans ces mêmes écoles, dès de 1er décembre et jusqu'au 15 février, l'entrée en classe du matin est retardée d'un quart d'heure.

Dans les autres communes, les leçons ont lieu, en été, de 7 h. 1/4 à 11 h. et de 1 h. 1/4 à 3 h.; en hiver, de 8 h. 1/2 à 11 h. et de 1 h. 1/4 à 4 h.

Les séances de plus de deux heures sont scindées en deux parties à peu près égales par une récréation de vingt minutes.

Sous aucun prétexte les récréations ne peuvent dépasser la limite fixée.

Art. 37. L'horaire d'été entre en vigueur le premier lundi d'avril; celui d'hiver, le premier lundi d'octobre.

L'entrée en classe et la sortie sont annoncées par quelques coups de cloche.

Art. 38. Les fonctionnaires doivent se trouver à l'école au moins cinq minutes avant l'heure réglementaire.

Ils doivent veiller à la discipline extérieure, soit aux heures d'entrée et de sortie, soit pendant les récréations.

Art. 39. Le jour de congé hebdomadaire est fixé au jeudi.

Art. 40. Dans les écoles primaires de la ville de Genève, de Carouge et des communes suburbaines, la date et la durée des vacances sont fixées comme suit: 1° les vacances d'été qui durent huit semaines, à partir de la distribution des prix; 2° les vacances du Nouvel-An, du 24 décembre au 3 janvier inclusivement; 3° les vacances de Pâques, comprenant la semaine pui précède Pâques et la semaine suivante, jusqu'au jeudi inclusivement.

Dans les communes rurales, les vacances sont, dans la règle, fixées comme suit: six semaines en été, trois semaines en automne et une semaine à Pâques. En outre, les classes ont congé le 24 et le 31 décembre, le 1er et le 2 janvier.

Aucun autre congé ne peut être accordé sans l'autorisation du Département.

Art. 41. La répartition du temps entre les différentes branches d'étude est déterminée par un horaire général arrêté par le Département.

La distribution des leçons dans la semaine doit être approuvée chaque année par l'inspecteur ou l'inspectrice.

Chapitre VIII. — De l'enseignement.

Art. 42. Le programme détaillé de l'enseignement est déterminé par le Département de l'Instuction publique. Il comprend:

la lecture et l'écriture;
le français;
les éléments de la langue allemande;
l'arithmétique, le calcul mental;
les notions élémentaires de géométrie, le dessin et le travail constructif;
la géographie, l'histoire nationale (histoire de Genève et histoire suisse) et l'instruction civique;
des leçons de choses et des notions élémentaires d'histoire naturelle;
des causeries morales;
des notions d'hygiène;
la gymnastique, le chant;
pour les filles, les ouvrages à l'aiguille. (Loi, art. 36.)

Art. 43. Les anniversaires de l'Escalade, de la Restauration, de l'arrivée des troupes suisses au Port-Noir et du premier traité d'alliance perpétuelle des Confédérés seront commémorés dans chaque classe sous forme d'un récit ou d'une causerie à la première leçon du 11 décembre et du 1er juin.

Dans le cas où l'une de ces deux dates tombe sur un jour de vacances, la commémoration aura lieu la veille.

Art. 44. Chaque classe peut faire dans le courant de l'année quelques promenades ou courses scolaires. Dans les trois années inférieures, ces courses seront plus nombreuses et seront mises à profit

pour l'enseignement de la géographie locale et pour les leçons de choses. L'autorisation préalable de l'inspecteur est indispensable.

Pour ces sorties, la réunion de plusieurs classes ne sera autorisée que dans des cas déterminés. Elles auront lieu de préférence l'après-midi, à raison d'une par mois au moins, soit environ dix ou douze par année.

Au cours de ces promenades, les maîtres devront exercer une surveillance très stricte sur leurs élèves et les empêcher de commettre des dégâts aux propriétés publiques ou privées.

Aux excursions de fin d'année, seuls seront admis les enfants bien portants, bien équipés et autorisés par leurs parents. Seules des courses absolument sans danger pourront être entreprises. Leur durée sera limitée à un jour pour les trois années inférieures et à deux jours pour la 4me, 5me et 6me année et la classe complémentaire. Elles ne pourront avoir lieu que si les $^4/_5$ au moins des élèves y participent.

Les visites aux musées, ménageries et autres exhibitions sont soumises aux mêmes conditions.

Art. 45. Les maîtres sont tenus de se conformer, dans leur enseignement, au programme arrêté par le Département, ainsi qu'aux instructions méthodiques qui peuvent y être annexées.

Ils s'abstiendront soigneusement de tout ce qui pourrait avoir un caractère confessionnel.

Art. 46. Les fonctionnaires des écoles primaires sont tenus de préparer leurs leçons de façon que leur enseignement soit toujours attrayant, bien à la portée de l'intelligence de leurs élèves et combiné de manière à leur être le plus utile possible.

Les cahiers de préparation sont toujours à la disposition du directeur et des inspecteurs.

Art. 47. Pendant les heures de classe, il est interdit au maître de s'occuper d'un travail étranger à ses devoirs scolaires. Sous aucun prétexte, il ne peut être distrait de ses occupations professionnelles.

Les fonctionnaires de l'enseignement primaire ne peuvent remplir les fonctions de secrétaire de commune, ni exercer une industrie ou un commerce quelconque, sans l'autorisation du Conseil d'Etat. (Loi, art. 78.)

Art. 48. Il est interdit aux fonctionnaires d'exiger des élèves d'autres livres que ceux indiqués au programme.

Toutes les fournitures scolaires étant distribuées gratuitement par l'Etat, les élèves ne peuvent être astreints à se procurer, à leurs frais, des manuels, cartes, cahiers spéciaux ni autres objets d'enseignement.

Toutefois, ils pourront être contraints à remplacer les livres, cahiers, etc., qu'ils auraient perdus ou détériorés.

Art. 49. Il est établi un tour de rotation entre les fonctionnaires chargés d'enseigner dans les premières et deuxièmes années de l'Ecole primaire; et aussi entre ceux de troisième et quatrième année. Ce

tour de rotation aura lieu par bâtiment scolaire. Dans les écoles où les classes désignées ne sont pas en nombre égal, un tableau de mutation, basé sur l'ancienneté, sera arrêté par le Département, sur préavis de l'inspecteur.

Art. 50. L'enseignement de la couture est donné par la régente ou la sous-régente dans les classes de filles, et par une maîtresse spéciale dans les écoles mixtes dirigées par un seul fonctionnaire. Cet enseignement peut être donné le jeudi dans les écoles rurales.

Art. 51. La préparation des ouvrages ne concernant pas la coupe des objets à confectionner doit avoir lieu en dehors des heures d'école.

Art. 52. Le programme et l'organisation des leçons de couture sont arrêtés par le Départemenf.

Art. 53. Aucune élève ne peut être dispensée des leçon de couture sans une autorisation du Département.

Art. 54. Les jeunes filles ne peuvent apporter de la maison des travaux à faire, à moins qu'ils ne soient en rapport avec l'enseignement donné dans le degré dont elles font partie; toutefois, dans ce cas, la maîtresse peut les refuser, s'il en résulte des inconvénients.

Art. 55. Les absences aux leçons de couture entraînent les mêmes pénalités que les absences aux autres leçons.

Les maîtresses sont responsables du matériel d'enseignement qui leur est confié. A la fin de l'année scolaire, elles en dressent l'inventaire dont elles font tenir une copie à l'inspectrice.

Art. 56. Les élèves atteints d'une difficulté ou d'un défaut de langage seront confiés à un maître ou une maîtresse spécialiste chargé d'un enseignement d'orthophonie.

Chapitre IX. — Des remplacements.

Art. 57. Un fonctionnaire ne doit interrompre son enseignement que pour cause de santé ou tout autre motif grave, auquel cas il avertit le régent principal et informe l'inspecteur du motif de son absence.

Art. 58. Lorsqu'un fonctionnaire est empêché de donner son enseignement, le Département pourvoit à son remplacement.

Les frais de ce remplacement sont, dans la règle, à la charge du fonctionnaire. (Loi, art. 19.)

Art. 59. Les frais de remplacement des fonctionnaires de l'instruction publique sont à la charge de l'Etat: a) si le fonctionnaire est empêché par un service public obligatoire; b) s'il est chargé d'une mission par le Département ou le Conseil d'Etat.

Art. 60. Dans le cas d'une maladie dûment constatée ou d'un autre cas de force majeure, reconnu tel par le Département, celui-ci, sur la demande du fonctionnaire, peut accorder jusqu'à trois mois de remplacement, aux frais de l'Etat, en tout ou en partie.

Art. 61. Lorsqu'une maladie dure plus de trois mois, le Conseil d'Etat, sur la demande directe faite par le fonctionnaire ou en son nom, peut prolonger le remplacement aux frais de l'Etat en tout ou en partie.

Art. 62. Si le fonctionnaire empêché n'avise pas immédiatement l'inspecteur et si, après le trosième jour de remplacement, il n'a pas fait constater l'indisposition qui l'oblige à interrompre son enseignement, les frais de son remplacement sont mis à sa charge.

Art. 63. Les demandes de congé présentées par des fonctionnaires désirant préparer des examens universitaires ou faire un séjour à l'étranger devront être formulées avant le 15 août de chaque année. Le congé devra porter autant que possible sur toute l'année scolaire. Toutefois il ne pourra être accordé que si le nombre de fonctionnaires à disposition pour les remplacements est suffisant.

Art. 64. Le fonctionnaire appelé à faire un remplacements ne peut rien changer à la marche de l'école sans l'autorisation de l'inspecteur. Le fonctionnaire remplacé doit, autant que possible, donner à son suppléant les indications qui peuvent lui être utiles.

Art. 65. Dans la règle, les remplacement sont faits par des sous-régents et des sous-régentes désignés spécialement pour cet office ou, à défaut, par des stagiaires.

Art. 66. Le fonctionnaire appelé à faire un remplacement dans une commune rurale reçoit en sus de son traitement, pour chaque jour de classe, une indemnité qui est, dans chaque cas, fixée par le Département.

Art. 67. Les personnes admises en qualité de stagiaires dans les écoles primaires sont astreintes aux mêmes obligations que les fonctionnaires.

Les stagiaires reçoivent une indemnité qui est fixée par le budget.

Art. 68. Le maître doit enseigner toutes les branches prévues au programme.

Dans les cas exceptionnels où il serait empêché d'enseigner une branche spéciale, il lui serait fait une retenue d'un franc par heure de leçon non donnée.

Chapitre X. — Admission des élèves.

Art. 69. Pour être admis au premier degré des écoles primaires, les enfants doivent être dans leur septième année.

Art. 70. Dans la règle, les admissions dans les écoles primaires ont lieu au renouvellement de l'année scolaire.

Les inscriptions sont reçues par le régent principal de chaque école dans la ville de Genève et dans les communes suburbaines et par le régent des degrés supérieurs dans les autres communes.

Les enfants doivent être accompagnés de leurs parents, tuteurs ou répondants.

Art. 71. Tout enfant doit, pour être admis dans les écoles primaires, présenter un certificat médical attestant qu'il a été vacciné avec succès et qu'il n'est atteint d'aucune maladie transmissible.

Aucun enfant reconnu idiot, sourd-muet, aveugle, ou atteint d'une maladie contagieuse ou repoussante ne peut être reçu dans les écoles primaires.

Art. 72. Les enfants expulsés d'autres établissements ne sont acceptés dans les écoles primaires qu'avec une autorisation de l'inspecteur.

Il en est de même des enfants étrangers domiciliés hors du canton.

Art. 73. A leur entrée à l'école, les enfants sont provisoirement classés par le régent principal, qui doit faire confirmer son appréciation par l'inspecteur.

Art. 74. Aucun changement d'école, à moins qu'il ne soit motivé par un changement de domicile, ne peut avoir lieu sans l'autorisation du Département.

Chapitre XI. — De la discipline.

Art. 75. Les élèves doivent se présenter à l'école dans une tenue propre et convenable; les fonctionnaires exerceront à cet égard une scrupuleuse surveillance. D'autre part, des visites sanitaires seront organisées périodiquement par les médecins du Service médical des écoles. Des avertissements seront adressés aux parents des élèves qui laissent à désirer sous le rapport de la propreté. Si ces avertissements demeurent sans effet, le Service médical des écoles prendra des mesures spéciales et avis en sera donné aux parents et à l'inspecteur.

Art. 76. Chaque élève a une place spéciale au vestiaire, marquée par un numéro d'ordre, place qu'il conserve pendant toute l'année.

Art. 77. Le maître veille à ce que la tenue de ses élèves soit toujours conforme aux règles de l'hygiène et de la bienséance.

Il veille également au maintien de l'ordre et de la propreté dans l'école et ses dépendances.

Dès qu'il se manifeste une maladie contagieuse, il en avise immédiatement le Service médical des écoles et, en attendant des ordres, il prend les mesures appropriées telles qu'elles sont indiquées dans le chapitre intitulé: „Prophylaxie des maladies contagieuses".

Art. 78. Toute distribution de prospectus ou billets pour cinématographes, cours particuliers ou autres entreprises, toute offre de photographier les classes, même en dehors des heures d'école, toute réclame quelconque est interdite, sous réserve d'une autorisation écrite, datée, personnelle, accordée par le Département de l'Instruction publique et qui devra être présentée dans chaque classe.

Art. 79. En aucun cas, les enfants ne peuvent être détournés de leurs études pendant la durée des classes, ni être employés au chauffage ou au balayage de l'école et de ses dépendances.

Art. 80. Le maître consigne dans le registre de classe tous les renseignements concernant la régularité, le travail et la conduite des élèves.

Art. 81. Le maître doit s'enquérir des motifs des absences de ses élèves.

Tout élève qui, sans motif valable, fait plus des six absences dans une période de vingt séances, doit être signalé à l'inspecteur.

Art. 82. Les seules punitions en usage dans les écoles primaires sont: les mauvaises notes, la retenue après la séance et la comparution de l'enfant accompagné de ses parents devant l'inspecteur.

Art. 83. Les châtiments corporels, les postures humiliantes, les retenues qui priveraient les enfants de leurs repas ou de leurs récréations sont interdits.

Il en est de même des punitions qui empêcheraient un élève de participer à une leçon.

Art. 84. L'élève qui rend coupable d'un acte grave d'insubordination ou qui s'obstine dans une mauvaise conduite, peut être renvoyé. Dans ce cas, le maître prévient immédiatement l'inspecteur et les parents. Ceux-ci devront accompagner leur enfant à sa rentrée en classe à la séance suivante.

Les cas de récidive seront déférés à l'inspecteur.

Art. 85. La retenue après la classe doit être consacrée à refaire les travaux qui ont été mal faits ou à effecteur des travaux supplémentaires. Elle doit être surveillée par le maître et ne jamais dépasser la durée d'une heure.

Art. 86. Toute publication immorale ou relatant des vols. des meurtres, des avantures de dédectives, qui sera trouvée entre les mains des élèves, sera confisquée et détruite. En outre, les élèves fautifs seront punis et leurs parents en sorent informés.

En cas de récidive, le maître en réfèrera à l'inspecteur.

Art. 87. Aucun pensum ou travail extraordinaire à faire à domicile ne doit être imposé aux éléves à titre de punition. Toutefois les devoirs à refaire pour mauvaise écriture ou négligence ne sont pas considérés comme pensums.

Art. 88. Les enfants des trois degrés supérieurs peuvent seuls être astreints à des devoirs écrits à domicile. Ces devoirs seront toujours courts et faciles et consisteront dans l'application ou le résumé des leçons données dans la journée.

Les élèves des trois années inférieures n'auront à étudier à la maison que de courtes leçons n'exigeant pas plus de 15 minutes de travail pour un élève de force moyenne.

Dans les 4^{me}, 5^{me} et 6^{me} années et dans la classe complémentaire, la somme des devoirs oraux ou écrits à faire à domicile doit représenter, pour un élève de force moyenne, un travail de 30 à 40 minutes par jour.

Aucune leçon, aucun travail, à faire ou à compléter, aucun pensum ne devront être données pour le lundi.

Art. 89. Les maîtres veillent à ce que les travaux des élèves soient toujours soignés et bien écrits.

Art. 90. Sauf cas exceptionnels, toutes les corrections de travaux doivent être faites par les maîtres. En aucun cas, on ne pratiquera l'échange des cahiers.

Art. 91. Chaque élève reçoit le samedi un livret hebdomadaire contenant ses notes, ses absences, ses arrivées tardives et les diverses

observations auxquelles sa conduite et son travail ont donné lieu pendant la semaine.

Ce livret, signé par le maître, sera rapporté le lundi matin, muni du visa des parents.

Les résultats des examens sont inscrits dans ce livret.

Chapitre XII. — De la discipline en dehors de l'école.

Art. 92. Tous les enfants, et spécialement les élèves des établissements d'instruction publique et privée du canton de Genève, doivent le respect à chacun et surtout aux vieillards, aux femmes et aux infirmes.

Ils ne doivent tenir aucun propos grossier, ni commettre aucun acte brutal ou lâche.

Ils respecteront scrupuleusement la propriété d'autrui.

Dans la mesure de leurs forces, ils donneront leur appui aux faibles.

Art. 93. Il est interdit aux enfants:

a) de vagabonder;
b) de se trouver seuls dehors, le soir, sans motif légitime, après 8 heures, d'octobre à fin avril; après 9 heures, de mai à fin septembre;
c) d'entrer dans les établissements publics tels que cafés, bars, brasseries, cinématographes et lieux de divertissements quelconques, à moins qu'ils ne soient accompagnés de leurs parents, de leur tuteur ou de leur maître;
d) de fumer;
e) de colporter dans la rue, dans les lieux publics et dans les maisons privées, des journaux, des imprimés, des fleurs ou toute autre marchandise;
f) de faire partie de sociétés dont l'activité deviendrait nuisible à leur santé ou à leur travail scolaire;
g) de porter sur eux des armes ou des substances dangereuses (explosifs, poisons);
h) de lancer des projectiles;
i) d'écrire ou dessiner sur les portes, les murs et les clôtures;
k) de maltraiter les animaux.

Art. 94. Les présentes prescriptions s'appliquent aux enfants des deux sexes jusqu'à l'âge de 16 ans révolus.

Art. 95. L'application de ces dispositions et la surveillance des enfants en dehors de l'école sont recommandées à l'attention des pères et mères de famille, et particulièrement aux autorités municipales, au corps enseignant, aux membres de la Commission scolaire, aux fonctionnaires de la police et aux membres de la Commission officielle de protection des mineurs.

Elles peuvent être confiées à des fonctionnaires spéciaux désignés par le Département de l'Instruction publique.

Art. 96. Sans préjudice de l'application des règlements de police, les infractions aux présentes dispositions sont signalées soit aux inspecteurs, soit aux directeurs des écoles ou au Département de l'Instruction publique, qui infligent les punitions prévues par les règlements des divers établissements d'instruction (notamment la retenue du jeudi) et notifient la punition aux parents des élèves fautifs.

Art. 97. Lorsque la conduite d'un enfant constitue un danger pour lui-même ou pour ses camarades et que les parents dûment avertis ne peuvent ou ne veulent pas prendre les mesures nécessaires, le Département de l'Instruction publique défère le cas à la Chambre des tutelles ou à l'office juridique compétent, sans préjudice des mesures que peut prendre l'autorité administrative contre les parents responsables.

Art. 98. Les articles 92 à 97 du présent règlement sont insérés dans les livrets de conduite et affichés dans toutes les classes.

Ils sont lus et expliqués par le maître au début de chaque année scolaire.

*Chapitre XIII. — **Examens, promotion des élèves, prix.***

Art. 99. Dans chaque degré, les élèves sont appelés à subir des examens, au moins deux fois par an, et la promotion annuelle d'un degré dans un autre dépend, pour chacun d'eux, du résultat combiné des examens et du travail de l'année. (Loi, art. 38.)

Art. 100. Des épreuves orales ou écrites ont lieu chaque semaine.

La distribution de ces épreuves entre les différentes branches du programme est faite de telle façon qu'il y ait chaque mois une épreuve de français et une d'arithmétique.

Les questions d'épreuves sont choisies par le maître et corrigées par lui.

Art. 101. L'inspecteur procède à un examen au moins une fois par année. En outre, les élèves des divers degrés subissent, à la fin de l'année scolaire, des examens écrits portant sur les diverses branches du programme.

Pour ce dernier examen, les questions sont choisies par le Département.

Art. 102. Le travail de l'année, apprécié par chaque maître sous le contrôle de l'inspecteur, comprend les travaux faits en classe et les épreuves prévues aux art. 100 et 103.

La promotion des élèves est déterminée par le travail de l'année et par le résultat des examens.

Art. 103. Les travaux faits en classe, les interrogations et les épreuves hebdomadaires sont appréciés régulèrement par le maître au moyen de chiffres transcrits dans le registre de classe.

Les épreuves hebdomadaires se font dans un cahier spécial qui est toujours à la disposition de l'inspecteur.

Art. 104. Chaque élève possède un cahier de devoirs mensuels qui le suit de classe en classe jusqu'à sa sortie de l'école. Après

chaque travail, il est retiré par le maître qui en a la garde. Ces travaux seront faits en classe et sans aucun secours étranger. Ils y seront écrits d'emblée. Chacun d'eux sera corrigé par le maître et recevra une note.

Art. 105. Dans la règle, les élèves passent d'un degré dans le degré suivant à la fin de l'année scolaire.

Exceptionnellement, les élèves qui ont dépassé l'âge moyen de leur degré peuvent être promus au bout d'un semestre dans le degré immédiatement supérieur, s'ils ont montré, par leur travail et leurs aptitudes, qu'ils sont capables de suivre l'enseignement donné dans ce degré. (Loi, art. 38.)

Art. 106. Aucun élève ne peut être retenu plus de deux ans dans le même degré.

Art. 107. Il pourra être établi dans les grandes écoles des classes préparatoires destinées à mettre, le plus promptement possible, les élèves insuffisamment préparés à même d'entrer dans le degré correspondant à leur âge.

Art. 108. Les élèves qui se sont distingués par leur travail et leur conduite reçoivent à la fin de l'année des prix qui leur sont délivrés en séance publique. (Loi, art. 39.)

Art. 109. Un élève absent pour une raison quelconque, même à un seul des examens écrits, ne peut pas être autorisé à faire son ou ses examens à une autre date et, par conséquent, ne peut obtenir ni prix, ni accessit; l'absence aux examens de dessin, de couture et de coupe entraîne les mêmes conséquences.

Toutefois, l'élève qui se trouvera dans ces conditions pourra être promu dans la classe supérieure si les chiffres de travail et des examens qu'il a faits sont suffisants. Cet élève n'a pas de moyenne d'examens et il n'est pas classé.

Art. 110. En sixième année, il est attribué un prix pour trois élèves à condition que l'élève proposé pour un prix ait obtenu le chiffre moyen de 8 pour chacune des rubriques: examens, travail, conduite. Toutefois, aucun prix n'est accordé à l'élève qui a un chiffre d'examen inférieur à 5.

Pour les autres années,[1]) l'attribution des prix est fixée à raison d'un prix pour quatre élèves, à la condition que l'élève obtienne le 80 % du maximum pour chacune des rubriques: examens, travail, conduite, et qu'il n'ait pour aucun examen un chiffre inférieur à 5.

Aucun accessit ne peut être attribué aux élèves ayant obtenu un chiffre inférieur à 5 pour un examen quelconque.

Art. 111. Dans l'appréciation de la conduite, il n'est tenu compte que de la régularité et de la discipline.

Art. 112. La conduite comprend: la régularité dans la fréquentation de l'école, l'ordre et la propreté, la docilité, la bonne tenue, l'attention et, en général, tout ce qui constitue une bonne discipline.

[1]) Pour la Classe complémentaire, voir l'art. 123.

Art. 113. Le maximum des bonnes qui peuvent être obtenues pendant l'année est de 30, soit 10 pour la conduite, 10 pour le travail, 10 pour les examens.

Art. 114. A la fin de l'année scolaire, le maître transmet à l'inspecteur les chiffres obtenus par les élèves, soit pour la conduite, soit pour le travail, soit pour les examens.

Dans les feuilles de récapitulation ne devront figurer que les noms des élèves inscrits au 1er juin.

Art. 115. L'élève qui a été absent pendant le quart de l'année ne peut avoir de prix.

Il en est de même pour celui qui, au cours de l'année, aurait commis un fait grave d'indiscipline.

Art. 116. Les bulletins de sortie de 5me et de 6me année de l'école primaire porteront la mention: „Résultats suffisants", dans le cas où le chiffre 5 (sur 10) a été obtenu pour le français et pour l'arithmétique. L'indication: „Résultats insuffisants" signifie que l'enfant n'a obtenu qu'un chiffre inférieur à 5 comme moyenne pour le français et pour l'arithmétique.

Dans le cas où l'élève a obtenu pour l'une des deux branches une moyenne de 5 ou plus et pour l'autre une moyenne inférieure à 5, le bulletin indique que l'examen, dans cette dernière branche, est à refaire.

Chapitre XIV. — Classe complémentaire.

Art. 117. La classe complémentaire est destinée aux enfants qui ne comptent pas poursuivre leurs études dans un établissement secondaire. Elle comporte une année d'études et fait suite au 6me degré de l'école primaire. Elle est instituée dans les communes de l'agglomération urbaine, y compris Lancy, Chêne-Bougeries et Chêne-Bourg.

Le Conseil d'Etat pourra autoriser, par arrêté, le remplacement d'une école secondaire rurale par la classe complémentaire lorsque, par délibération des Conseils municipaux, la majorité des communes d'un groupe d'école secondaire lui en adressera la demande. L'arrêté devra indiquer si la classe complémentaire sera instituée pour l'ensemble des communes du groupe, au siège de l'école secondaire rurale qu'elle devra remplacer, ou si dans chacune de ces communes les élèves de 13 à 14 ans recevront l'enseignement complémentaire à l'école primaire. (Loi, art. 42.)

Art. 118. La classe complémentaire est obligatoire pour tous les enfants de 13 à 14 ans révolus qui ne reçoivent pas, d'une autre manière, une instruction reconnue équivalente par le Département. (Loi, art. 43.)

Art. 119. Le programme de la classe complémentaire complète et développe celui de l'école primaire. Il comprend, en outre, la comptabilité élémentaire, les éléments des sciences physiques et naturelles, des récits d'histoire générale et, pour les garçons, des en-

tretiens sur les institutions du pays; pour les jeunes filles, l'économie domestique.

Dans les communes situées en dehors de l'agglomération urbaine, le programme pourra comporter, en outre, un enseignement agricole. (Loi, art. 44.)

Art. 120. L'année scolaire est de 42 à 46 semaines, avec 25 à 35 heures de leçons par semaine. (Loi, art. 45.)

Art. 121. Le nombre des élèves d'une classe ne doit pas, dans la règle et d'une manière permanente, dépasser le chiffre de quarante. (Loi, art. 46.)

Art. 122. Les élèves de la classe complémentaire subissent des examens au moins deux fois par an. Ceux qui se sont distingués par leur travail et leur conduite reçoivent, à la fin de l'année, des prix et des certificats qui sont délivrés en séance publique. Le règlement détermine les conditions dans lesquelles ces prix et certificats sont accordés. (Loi, art. 47.)

Art. 123. Pour obtenir un prix, l'élève de la classe complémentaire doit avoir au moins une moyenne de 7 pour les examens, 7 pour le travail et 8 pour la conduite. Cependant aucun prix n'est accordé à l'élève qui a un chiffre d'examen inférieur à 5. Il est attribué un prix pour trois élèves; toutefois, les élèves qui obtiennent une moyenne de 8 pour les examens, 8 pour le travail et 9 pour la conduite, auront droit à un prix, alors même qu'ils seraient en dehors du premier tiers de la classe.

Le certificat est attribué à tout élève qui obtient une moyenne de 7 pour les examens, 7 pour le travail, et 8 pour la conduite.

Art. 124. Les classes complémentaires sont soumises aux mêmes règles que les écoles primaires en ce qui concerne la direction, la surveillance et la marche de l'enseignement, l'admission des élèves et la discipline.

Chapitre XV. — Classes spéciales pour enfants arriérés.

Art. 125. L'école primaire obligatoire comprend un certain nombre de classes spéciales destinées aux enfants arriérés ou difficiles, ne pouvant pas suivre l'enseignement dans les classes ordinaires.

Art. 126. Les classes spéciales sont placées sous la surveillance pédagogique d'un inspecteur ou d'une inspectrice; un médecin-inspecteur y est attaché.

Art. 127. Ces classes sont créées selon les besoins et en tenant compte des distances à parcourir par les élèves. Le nombre des élèves d'une classe ne peut dépasser 20. Ils y sont groupés, autant que possible, selon leur degré de développement.

Art. 128. Les enfants reconnus incapables de perfectionnement et les enfants vicieux en sont exclus, de même que ceux dont l'état de santé ou la conduite en classe peut présenter des inconvénients graves pour les autres élèves.

Art. 129. Dans la règle, ne sont admis dans ces classes que les élèves qui ont réellement besoin de procédés spéciaux d'enseignement. Certains motifs peuvent cependant y faire exceptionnellement admettre d'autres enfants (surveillance ou observation nécessaire, infirmité physique, etc.).

Les enfants peuvent être admis dès l'âge de 6 ans. Les élèves incapables de suivre l'enseignement complémentaire obligatoire peuvent être astreints à rester dans ces classes pendant un certain temps.

Art. 130. Les enfants arriérés des écoles primaires publiques sont signalés au médecin ou à linspectrice par les maîtres de classe, les inspecteurs, les médecins scolaires, les parents, etc. Ils sont alors soumis, par le médecin spécialiste et l'inspectrice, à un examen mental et corporel qui décide de l'admission dans la classe spéciale. Les parents en sont avisés; ils doivent fournir au médecin les renseignements utiles. Si l'enfant a déjà suivi l'école, son dernier maître devra donner tous les renseignements nécessaires pour permettre de statuer sur son admission.

Art. 131. Dans la règle, l'admission des élèves a lieu au début de l'année scolaire.

Art. 132. Si les décisions du médecin et de l'inspectrice des classes spéciales se heurtent à l'opposition des parents, le Département est avisé et prend les mesures nécessaires.

Art. 133. Pendant les six premiers mois, chaque enfant est l'objet d'une observation médicale et pédagogique attentive qui indique s'il y a lieu de prendre, à son égard, des mesures spéciales (intervention médicale, retour aux classes ordinaires, envoi dans un établissement hospitalier, régime pédagogique particulier, etc.).

Art. 134. Les classes spéciales ont un programme élaboré de façon à permettre aux élèves de rentrer, si possible, dans les classes ordinaires. Cette rentrée a lieu à la suite d'un examen et doit coïncider, dans la règle, avec le commencement d'un semestre scolaire.

Art. 135. L'enseignement dans les classes spéciales est confié à des fonctionnaires préparés à cet effet.

Les titulaires, ainsi que l'inspectrice et le médecin, surveillent tout spécialement les élèves au point de vue physique et moral, entretiennent des relations avec les parents pendant le séjour des enfants dans les classes spéciales et, si possible, après leur sortie de l'école. Les absences et les arrivées tardives sont sérieusement contrôlées.

Art. 136. Pendant toute la durée de leur séjour dans les classes spéciales, les élèves sont surveillés par le médecin au point de vue physique et mental; ils peuvent être astreints à se conformer à des prescriptions médicales (médicaments gratuits, douches scolaires, mesures de propreté, etc.) et sont, le cas échéant, dirigés sur des institutions sanitaires ou pédagogiques particulières (dispensaires, policliniques, hôpitaux, instituts spéciaux).

Les dossiers médicaux-pédagogiques de chaque enfant sont classés et conservés par le médecin; on peut s'y reporter, après que l'enfant a quitté ses classes, chaque fois que son intérêt le demande (patronage post-scolaire).

Art. 137. Les heures d'entrée et de sortie, ainsi que les vacances sont, pour les classes spéciales, celles des classes ordinaires. Un horaire exceptionnel, pour la durée des séances du matin ou de l'après-midi, peut être appliqué, par ordre médical, aux élèves maladifs ou pénibles.

La répartition des leçons est fixée selon les besoins.

Art. 138. Dans une consultation médico-pédagogique hebdomadaire, le médecin-inspecteur examine les écoliers qui lui sont présentés comme arriérés ou atteints de troubles nerveux ou de défauts de langage. Il leur donne des conseils et des soins.

Cette consultation a lieu dans un local scolaire.

Chapitre XVI. — Livret scolaire.

Art. 139. Tout élève, des écoles enfantines (à partir de l'âge de six ans), des écoles primaires, de la classe complémentaire et des écoles secondaires rurales, reçoit un livret scolaire dans lequel le maître ou la maîtresse consigne les chiffres moyens obtenus pour le travail de l'année, la conduite et les examens. Les changements d'école y sont également inscrits.

Les fonctionnaires devront s'assurer, en recevant un nouvel élève, que son livret scolaire est à jour.

Art. 140. Le livret scolaire suit l'élève de classe en classe jusqu'à sa sortie de l'école obligatoire. Toutefois, c'est le maître qui en a la garde et il ne le donne définitivement à l'enfant que lorsque celui-ci quitte l'école primaire, ou, suivant le cas, l'école secondaire rurale.

Art. 141. Exceptionnellement, l'élève qui change de bâtiment d'école emporte son livret scolaire avec lui, de sorte que, dans la ville et la banlieue, le régent principal ou la régente principale, à la campagne le maître ou la maîtresse de la classe où il se présente, doit le lui réclamer pour prendre son inscription.

Art 142. En ce qui concerne spécialement les écoles enfantines, les maîtresses, lors du passage de leurs élèves a l'école primaire, remettront directement, dans les huit jours qui suivent la rentrée des écoles, les livrets de ces élèves aux maîtres ou aux maîtresses titulaires de 1re année.

Art. 143. Si l'élève quitte l'école primaire pour se rendre dans un établissement d'instruction secondaire ou professionnelle, son livret scolaire lui sera remis le jour de sa sortie de 5me ou 6me année, avec recommandation de le conserver.

Art. 144. Lorsque l'élève ayant 14 ans révolus quitte l'école primaire, il reçoit son livret qu'il conservera soigneusement. Ce livret lui servira de certificat de fréquentation scolaire lorsqu'il sera appelé à subir l'examen pédagogique auquel sont soumises les recrues.

Art. 145. Lorsqu'un élève quitte l'école publique, pour une école privée, son livret est adressé au Département par le régent de la classe qu'il quitte.

Art. 146. Lorsqu'un élève quitte le canton pour se rendre dans un autre canton suisse, son livret, accompagné si possible de sa nouvelle adresse, est envoyé (pour la ville et la banlieue, par le régent principal ou la régente principale de l'école, pour la campagne, par le maître de 6me année), au Département de l'Instruction publique, qui fera le nécessaire auprès des autorités scolaires du canton où s'est rendu l'enfant.

Art. 147. Lorsqu'un élève quitte la Suisse d'une manière définitive, son livret scolaire lui est remis, quel que soit son âge, au moment de sa sortie de l'école.

Art. 148. Lorsque les maîtres reçoivent un élève qui ne possède pas de livret scolaire, ils doivent en établir un.

Art. 149. Tous les livrets restés en souffrance dans les classes doivent être adressés au Département de l'Instruction publique.

*Chapitre XVII. — **Enseignement religieux.***

Art. 150. L'enseignement religieux, prévu par la Constitution, pour les écoles primaires et les établissements secondaires, est donné exclusivement par les ecclésiastiques des deux cultes. Il est facultatif. (Loi, art. 22.)

Art. 151. Cet enseignement, de même que celui qui est destiné aux catéchumènes, ne doit ni empiéter sur les heures consacrées à l'enseignement ordinaire, ni empêcher les élèves d'être exacts aux heures fixées pour l'entrée en classe. (Loi, art. 23.)

*Chapitre XVIII. — **Classes gardiennes.***

Art. 152. Le Conseil d'Etat ouvre, d'accord avec les autorités municipales, des classes gardiennes pour les élèves des écoles primaires et de la classe complémentaire, dans les communes où l'utilité en a été reconnue. (Loi, art. 48.)

Art. 153. Les classes gardiennes sont destinées à recevoir, en dehors des heures affectées par le règlement aux leçons du matin et de l'après-midi, les élèves dont les parents sont retenus pendant la journée hors de leur domicile par leurs occupations quotidiennes, et, en général, ceux qui demeurent privés de surveillance. (Loi, art. 49.)

Art. 154. Les classes sont confiées à des maîtres et à des maîtresses nommés par le Département pour une période déterminée. Les titulaires reçoivent une indemnité qui est fixée par le budget.

Art. 155. La fréquentation des classes gardiennes est obligatoire pour les enfants âgés de moins de 14 ans qui sont désignés au Département de l'Instruction publique par les communes, par la Commission officielle de protection des mineurs ou par leurs parents.

Les dispositions pénales concernant l'instruction obligatoire, prévues aux articles 11 et 12 de la loi, leur sont applicables en cas d'infraction. (Loi, art. 50.)

Art. 156. Les parents qui veulent faire admettre leurs enfants dans une classe gardienne doivent les inscrire auprès des fonctionnaires désignés par le Département en indiquant le motif de leur demande et l'heure à laquelle ils désirent que leurs enfants sortent de l'école.

Art. 157. Les classes gardiennes sont gratuites. Elles sont ouvertes pendant le semestre d'hiver:

de 11 h. à 1 h. $^1/_2$ pour les enfants qui prennent le repas de midi aux cuisines scolaires,

de 4 à 6 h.,

de 6 à 8 h., si le nombre des enfants inscrits est suffisant.

Pendant une partie du semestre d'été et pendant les vacances, elles peuvent être ouvertes à des heures déterminées par le Département.

Art. 158. Les heures des classes gardiennes sont consacrées aux devoirs scolaires, à des lectures et entretiens familiers, à des exercices de dessin et de chant, à des travaux manuels, à des jeux et à la gymnastique, à des promenades, à des visites dans les musées et autres établissements d'accès facile, pouvant développer l'instruction.

Dans les classes de filles, une partie du temps sera consacrée à des raccommodages. A cet effet, les maîtresses recommanderont aux élèves d'apporter des objets de la maison (vêtements, etc.).

Les fournitures nécessaires pour les occupations manuelles (cartonnage, couture, etc.) doivent être demandées au Département par l'intermédiaire des inspecteurs et inspectrices, à la disposition desquels les travaux seront tenus jusqu'à la clôture des classes gardiennes.

Art. 159. Chaque séance, à moins qu'elle ne soit entièrement consacrée à une excursion, devra comprendre:

a) une récréation libre, ne dépassant pas une demi-heure;
b) une courte répétition de chant (exercices, étude de morceaux nouveaux);
c) des travaux scolaires ou l'une des occupations prévues à l'art. 158;
d) l'exécution d'un chant.

Art. 160. Entre la sortie de la classe ordinaire et l'entrée de la classe gardienne, les enfants ne doivent pas se rendre à la maison, en particulier pour le goûter.

Les heures d'entrée et de sortie seront strictement observées.

Art. 161. Les maîtres et maîtresses veilleront à l'ordre parfait dans les locaux occupés (salles d'études ou de gymnastique).

Le départ des élèves devra être surveillé et se fera sans bruit.

Art. 162. Les absences des enfants seront soigneusement contrôlées et signalées aux parents.

Le registre d'appel sera tenu à jour.

Art. 163. Les maîtres et maîtresses s'abstiendront de tout travail personnel pendant les heures de classes gardiennes.

Art. 164. Les élèves sont tenus autant que possible en plein air. Toutes les fois que le temps le permettra, ils feront, sous la conduite de leurs maîtres, des promenades en ville et dans les environs et visiteront les collections, les musées et les divers établissements qui leur seront ouverts.

Art. 165. Les salles de gymnastique des Ecoles primaires sont à la disposition des classes gardiennes aux jours et heures fixés par l'horaire; toutefois ces locaux ne peuvent être utilisés par les classes gardiennes que pour y faire des exercices de gymnastique, des rondes et des jeux dirigés par les maîtres et les maîtresses. En aucun cas, ils ne devront servir de salles de récréations libres. Les élèves ne doivent pas y apporter à manger.

Art. 166. Le matériel de jeux (drapeaux, cordes de traction, quilles, tape-dos et ballons) est à la disposition des classes gardiennes qui pourront l'utiliser en plein air. Les ballons rembourrés étant strictement destinés à des jeux de mains, ne devront pas servir à jouer à foot-ball.

Le matériel de jeux, de même que les divers engins de gymnastique seront remis en place et en bon ordre après chaque leçon.

Chapitre XIX. — ***Bibliothèques scolaires.***

Art. 167. Chaque bâtiment scolaire de la Ville de Genève et des communes suburbaines doit être pourvu d'une bibliothèque scolaire gratuite, placée sous l'autorité du Département de l'Instruction publique.

Chaque année, le Département fournit un certain nombre de livres, dont il reste propriétaire.

Art. 168. Les bibliothèques scolaires sont destinées aux élèves (filles et garçons) des 4mes, 5mes et 6mes années et de la classe complémentaire.

Art. 169. Le régent principal de chaque bâtiment scolaire a, sous la surveillance de l'Inspecteur, la direction de la bibliothèque. Il organise la distribution des livres; celle-ci a lieu au moins deux fois par semaine.

Art. 170. Les livres pourront être échangés à chaque distribution; aucun livre ne devra rester entre les mains des élèves plus de deux semaines, à moins que l'inscription n'en ait été renouvelée.

Art. 171. L'élève est responsable des livres qui lui sont prêtés. Il doit les rendre en bon état de propreté et de conservation. Est considérée comme détérioration, toute annotation, rature, marque, tache ou déchirure.

Art. 172. Si un livre a été détérioré ou perdu, une réprimande sera adressée par le régent principal à l'élève fautif, et une indemnité sera réclamée aux parents.

Art. 173. L'usage de la bibliothèque sera interdit pendant un certain temps aux élèves qui ne se conformeraient pas au présent règlement.

Art. 174. Tous les livres mis en circulation doivent faire retour à la bibliothèque à la fin de chaque année scolaire. A ce moment, le régent principal procède à un inventaire qu'il transmet, avec le rapport pour l'exercice écoulé et les propositions pour l'année scolaire prochaine, à l'inspecteur de la circonscription.

Chapitre XX. — Policlinique dentaire scolaire.

Art. 175. Il est institué une policlinique dentaire scolaire destinée aux élèves des Ecoles obligatoires du canton. Elle est gratuite et réservée aux enfants dont les parents ne sont pas en mesure de leur faire donner les soins nécessaires.

Art. 176. La policlinique dentaire scolaire est ouverte toute l'année, durant les vacances (sauf 15 jours en juillet ou août), comme pendant la période scolaire. Les élèves sont reçus tous les jours de la semaine y compris le jeudi, de 8 h. $^1/_2$ à midi et de 2 h. à 5 h. $^1/_2$; le jeudi est réservé aux élèves des écoles rurales.

Art. 177. Tous les élèves de l'école enfantine et de l'école primaire obligatoires (soit dès l'âge de 6 ans), de la classe complémentaire, des écoles secondaires rurales et des cours professionnels commerciaux et industriels, quelle que soit leur nationalité, peuvent être autorisés à se faire traiter à la policlinique dentaire scolaire si leur famille n'est pas dans une situation pécuniaire telle qu'elle puisse s'adresser à un praticien privé.

Chapitre XXI. — Prophylaxie des maladies contagieuses.

Mesures générales.

Art. 178. Tout élève suspect ou atteint de maladie contagieuse doit être éloigné de l'école aussitôt; il n'y rentrera, dans la règle, que muni d'un certificat médical attestant qu'il n'offre plus de danger de contagion.

Dans tous les cas douteux ou contestés, le maître ou la maîtresse renvoie tout d'abord l'élève chez ses parents et en réfère immédiatement au Service médical des écoles au moyen d'un formulaire spécial.

Le Service médical des écoles avise le personnel enseignant des cas de maladies contagieuses qui lui sont signalés dans la population scolaire. Les fonctionnaires des écoles doivent se conformer aux avis d'ordre sanitaire que peut leur adresser ce Service.

Le pupitre où se trouvait l'élève atteint de maladie contagieuse doit rester inoccupé pendant quinze jours au minimum. Toute relation même indirecte entre le malade et l'école doit être supprimée.

Cas spéciaux.

Scarlatine.

Art. 179. Tout élève atteint de scarlatine sera éloigné de l'école pendant six semaines au moins à dater du début de la maladie.

Il ne pourra y rentrer que muni d'un certificat du Service médical des écoles autorisant sa réadmission.

Les personnes qui cohabitent avec le malade seront éloignées de l'école pendant le même laps de temps. Avant d'y rentrer, elles devront, dans tous les cas, présenter un certificat du Service médical.

Si le malade est transféré hors de son domicile, la durée de l'exclusion des cohabitants sera abaissée à huit jours comptés à partir du transfert du malade. Il en sera de même lorsque les cohabitants quitteront pour toute la durée de la maladie le domicile du malade.

Il est interdit de soigner une scarlatine dans un bâtiment scolaire.

Les fonctionnaires des écoles aviseront, en utilisant le formulaire à cet usage, le Service médical des écoles de tout cas de scarlatine qui vient à leur connaissance.

Le matériel scolaire qui a servi à un élève atteint de scarlatine sera désinfecté sous la surveillance du Service d'hygiène avant d'être utilisé de nouveau, ou détruit par le feu s'il est de peu de valeur.

Diphtérie.

Art. 180. Tout élève atteint de diphtérie est éloigné de l'école. Il ne peut y rentrer que muni d'un certificat du Service médical des écoles autorisant sa réadmission.

Les personnes qui cohabitent avec le malade devront rester éloignées de l'école pendant le même temps que lui.

Si le malade est transféré hors de son domicile, les cohabitants ne pourront rentrer à l'école que munis d'un certificat du Service médical. Il en sera de même lorsque les cohabitants quitteront pour toute la durée de la maladie le domicile du malade.

Il est interdit de soigner une diphtérie dans un bâtiment d'école. Les maîtres et les maîtresses doivent aviser, en utilisant le formulaire à cet usage, le Service médical des écoles de tout cas de diphtérie qui vient à leur connaissance.

Les mesures de désinfection du matériel scolaire sont les mêmes que pour la scarlatine.

Rougeole.

Art. 181. La rougeole se transmet surtout avant l'apparition de l'éruption; en conséquence, lorsque, dans une école, une épidémie se déclare, les élèves atteints de larmoiement, de rhume de cerveau, de toux, doivent être éloignés.

L'élève atteint de rougeole ne peut rentrer à l'école qu'après quinze jours au minimum.

Les élèves qui cohabitent avec une personne atteinte de rougeole peuvent être admis à l'école s'il est certain qu'ils ont été antérieurement atteints eux-mêmes de rougeole; sinon ils devront rester éloignés de l'école pendant quinze jours.

Coqueluche.

Art. 182. L'élève atteint de coqueluche ne pourra être admis à l'école aussi longtemps qu'il aura des quintes de toux.

Les élèves qui cohabitent avec un malade atteint de coqueluche peuvent fréquenter l'école s'il est certain qu'ils en ont été eux-mêmes antérieurement atteints; sinon ils devront s'absenter de l'école pendant toute la durée de la maladie de la personne avec laquelle ils cohabitent.

Varicelle, oreillons.

Art. 183. Les élèves atteints de varicelle (petite vérole volante) seront exclus de l'école pendant dix jours au minimum.

Ceux qui sont atteints d'oreillons (ourles) ne pourront fréquenter l'école pendant vingt-et-un jours.

Autres maladies contagieuses.

Art. 184. (Tuberculose, fièvre typhoïde, méningite cérébrospinale, variole, maladie du cuir chevelu et de la peau, etc.)

Le personnel enseignant prendra contre les autres maladies contagieuses les mesures générales recommandées ci-dessus.

Le Service médical des écoles indiquera de son côté les mesures spéciales à prendre dans chaque cas particulier.

Chapitre XXII. Dispositions communes à tous les degrés de l'enseignement primaire.

Locaux scolaires, mobilier, matériel d'enseignement, registres. — Logement des fonctionnaires.

Art. 185. Chaque commune doit avoir au moins une école enfantine et une école primaire. Toutefois, dans certaines circonstances spéciales, le Conseil d'Etat peut, par une décision toujours révocable, autoriser deux communes à s'associer pour la création d'une école ou d'une succursale. (Loi, art. 81.)

Art. 186. Dans la règle, un enfant qui suit l'école enfantine ou primaire publique, doit être inscrit à l'école de sa commune. Toutefois, s'il habite à une distance de cette école de plus d'un kilomètre et demi (compté sur la route), il peut suivre une école plus rapprochée dans une autre commune. Dans ce cas, la commune de domicile paie à l'autre une indemnité annuelle de 25 francs.

Cette indemnité de 25 francs est à la charge de l'Etat lorsque la commune de domicile appartient à la deuxième ou à la troisième catégorie et qu'elle a 2 francs ou plus de centimes additionnels. (Loi du 31 mai 1916.)

Art. 187. Les communes doivent fournir et entretenir en bon état les bâtiments et le mobilier nécessaire à l'enseignement primaire et complémentaire.

Dans ce but et suivant les cas, une allocation peut leur être accordée.

L'autorité municipale détermine les emplacements des écoles, d'accord avec le Département. (Loi, art. 82.)

Art. 188. Lorsqu'une commune est dans l'obligation de construire une école ou d'apporter des modifications d'une certaine im-

portance au bâtiment scolaire existant, l'autorité municipale doit soumettre ses plans à l'approbation du Département.

Art. 189. Le terrain, destiné à recevoir une école, doit être aussi central que possible, bien aéré, d'un accès facile et sûr, à l'écart de toute cause de bruit et loin de tout établissement malsain et dangereux. Il ne devra pas être à moins de cent mètres d'un cimetière.

Le sol sera assaini par le drainage.

Art. 190. La disposition des bâtiments sera déterminée par l'exposition, la configuration et les dimensions du terrain, les ouvertures libres sur le ciel et surtout la distance des constructions voisines.

Art. 191. Dans les communes où le même bâtiment doit contenir l'école et la mairie, les deux services seront complètement séparés.

Aucun service étranger à l'école ne pourra être installé dans les bâtiments scolaires sans l'autorisation du Département de l'Instruction publique.

Art. 192. Dans tout groupe scolaire, les diverses écoles auront des entrées distinctes et, si possible, non contiguës. On évitera aussi de placer le préau de l'école enfantine dans le voisinage immédiat des classes primaires.

Art. 193. L'effectif d'un groupe scolaire ne devra pas dépasser 500 élèves.

Art. 194. L'appartement du concierge devra être disposé de façon que sa loge donne sur l'entrée principule.

Art. 195. Chaque bâtiment scolaire sera pourvu d'un préau pour les récréations et d'une salle de gymnastique.

Art. 196. La superficie du préau pour les récréations sera calculée à raison de 4 mètres environ par élève. Une partie sera couverte pour servir d'abri en cas de mauvais temps.

Le sol sera sablé ou recouvert de fin gravier. Le pavage ou le cimentage ne pourront être employés que pour les passages ou les trottoirs.

Le nivellement du sol sera établi de façon à assurer l'écoulement des eaux.

Art. 197. Les classes à rez-de-chaussée doivent avoir leur plancher à 0^m60 au moins en contre-haut du sol extérieur.

On ne pourra installer des classes dans les locaux qui seraient à rez-de-chaussée d'un côté et en sous-sol de l'autre, à moins que ces locaux n'aient deux faces complètement dégagées et les autres isolées du terre-plein par des locaux secondaires.

Art. 198. Si le plancher n'est pas établi sur caves, il sera posé sur une plate-forme ou une couche de matériaux imperméables.

Art. 199. Chaque classe aura une entrée indépendante. Les portes ne devront pas ouvrir directement sur la rue, ni sur les cours.

Lorsque les classes seront desservies par des couloirs, ces couloirs devront avoir une largeur d'au moins 1^m50 et recevoir directement l'air et la lumière.

Art. 200. Les rampes d'escaliers donnant accès à des classes, doivent avoir une largeur minimum de 1^m50. Les marches auront une largeur de 0^m28 à 0^m30, correspondant à une hauteur de 0^m15 à 0^m16. Dans aucun cas, les escaliers ne seront à marches suspendues.

Art. 201. La classe sera de forme rectangulaire. Sa superficie sera calculée à raison de 1^m20 par élève.

Art. 202. Les faces éclairées des bâtiments scolaires seront assez distantes des bâtiments voisins pour que, dans les classes de l'étage inférieur, les élèves les plus éloignés des fenêtres reçoivent le jour direct du ciel et que leur œil, placé au niveau de la table, puisse encore percevoir une étendue verticale du ciel d'au moins 0^m30 mesurée sur la fenêtre.

Art. 203. L'éclairage sera unilatéral et venant de la gauche des élèves, ou bilatéral avec prédominance du jour venant de gauche. En cas de besoin, l'éclairage pourra être complété par des demi-fenêtres placées derrière les élèves et le plus près possible du plafond.

Art. 204. Les fenêtres seront rectangulaires, aussi larges que possible, et séparées par des meneaux étroits. L'appui de la fenêtre sera taillé en glacis da 80 cm en contre-haut du sol intérieur. Les embrasures seront évasées de façon que le jour pénètre dans les angles de la classe. Le dessous du linteau des fenêtres sera aussi près que possible du plafond. La surface vitrée sera égale au tiers ou au moins au quart de la surface de la classe.

Art. 205. Sur les faces non éclairantes, il pourra exister des baies destinées à l'aération de la salle ou à son insolation pendant les recréations et en l'absence des élèves. Il n'y aura jamais de baies d'éclairage en face des élèves. Pour intercepter l'insolation directe ou la reverbération, les fenêtres seront pourvues de stores d'étoffe claire.

Art. 206. Les salles de dessin ou de couture pouront être éclairées par le haut.

Art. 207. La hauteur du plafond ne sera pas inférieure à 3^m50, ni supérieure à 4 mètres.

Art. 208. Le plafond sera blanc, légèrement teinté de jaune, et les parois seront d'un ton un peu moins clair.

Art. 209. Les plafonds seront plans et unis. Il n'existera pas de corniche autour des murs. Les angles formés par la rencontre des murs ou cloisons entre eux ou avec les plafonds seront arrondis sur un rayon de 0^m10. Toutes les surfaces des murs à l'intérieur seront recouvertes d'une matière lisse permettant de fréquents lavages et une facile désinfection. Le bas pourra être muni d'une plinthe en faïence ou en ciment.

Art. 210. Le sol des classes sera parqueté en bois dur, scellé autant que possible dans le bitume.

Art. 211. Les poèles doivent être suffisamment grands pour donner, sans être surchauffés, un bon chauffage de la classe. Les poèles métalliques doivent être à double enveloppe et garnis. Le poèle en fonte à feu direct est interdit. Le poèle sera pourvu d'un réservoir d'eau pour l'évaporation.

Art. 212. Les salles d'école devront être convenablement chauffées; la température ne devra pas être inférieure à douze degrés centigrades à l'entrée en classe, ni supérieure à dix-huit degrés dans le courant de la journée.

Art. 213. Des dispositions seront prises pour assurer une ventilation convenable de toutes les parties de la classe. L'air pur devra être pris immédiatement à l'extérieur. Les orifices d'accès ou d'échappement auront une section suffisante.

Art. 214. Les cabinets et les urinoirs doivent être isolés du reste du bâtiment par une bonne fermeture, et pourvus d'eau et d'appareils de ventilation. Les fosses seront ventilées séparément, et construites de manière à être parfaitement étanches et hermétiquement fermées. Les parois et le sol des cabinets et urinoirs seront en matériaux imperméables. Tous les angles seront arrondis.

Art. 215. Dans tous les bâtiments scolaires seront installés des lavabos en nombre suffisant et pourvus de linges et de savon.

Art. 216. Pour l'éclairage artificiel, les meilleures sources de lumière sont des lampes électriques à incandescence. Si l'on emploie le gaz ou le pétrole, il faut une lampe à flamme circulaire pour quatre ou six élèves au maximum. La flamme doit se trouver à un mètre environ au-dessus de la table ou du pupitre, enfermée dans un tube et munie d'un abat-jour de forme appropriée, en métal poli à l'intérieur. Les becs de gaz dits à papillon sont interdits dans les salles d'école. Une lampe à réflecteur servira à éclairer le tableau noir.

Art. 217. Les communes doivent pourvoir les classes du mobilier nécessaire. Ce mobilier comprend:

Les pupitres pour les élèves, choisis d'après le modèle adopté par le Département, un casier, une estrade avec table pour le maître, des armoires, des rayons, deux tableaux noirs au moins, des chaises, des porte-manteaux, un porte-parapluie, une pendule, un thermomètre, une cloche et les engins de gymnastique.

Une fontaine doit être à proximité de l'école.

Les communes doivent encore fournir quelques médicaments de première nécessité.

Art. 218. Les salles d'école doivent être pourvues d'un mobilier du système Mauchain, ou de tout autre présentant les mêmes avantages.

Art. 219. La distance entre le siège et la table sera négative, c'est-à-dire que la table surplombera légèrement le siège. La hauteur du siège, par rapport à la table, doit être telle que l'avant-

bras de l'enfant assis vienne se placer horizontalement sur le pupitre quand il laisse tomber le bras. Les sièges doivent être pourvus d'un dossier destiné à servir d'appui au corps quand l'enfant n'écrit pas. La hauteur du siège sera calculée de telle sorte que les pieds de l'écolier reposent à plat sur le sol.

Art. 220. L'inclinaison du pupitre devra être telle que la place du papier soit sensiblement perpendiculaire au rayon visuel.

Art. 221. Le tableau noir sera en ardoise ou ardoisé. Il sera placé de façon à éviter le miroitement.

Art. 222. Le tampon dont on se servait précédemment pour nettoyer le tableau est supprimé et remplacé par une éponge humide.

Art. 223. Les ardoises sont prohibées.

Art. 224. Les soins de propreté, le chauffage et l'éclairage des bâtiments scolaires sont à la charge des communes où se trouvent ces bâtiments. (Loi, art. 84.)

Les salles d'école doivent être balayées trois fois par semaine, les corridors de dégagement, les dépendances et salles de gymnastique tous les jours.

Le nettoyage se fera par voie humide (sciure, torchons, etc.).

Trois fois par année, l'autorité municipale fera procéder au lavage des planchers et pupitres et au nettoyage complet des plafonds, parois et fenêtres des salles d'école et de leurs dépendances.

Art. 225. Les salles d'école ne peuvent être affectées à d'autres usages qu'à ceux de l'enseignement, sauf autorisation du Département donnée sur le préavis de l'autorité municipale. (Loi, art. 85.)

Art. 226. Lorsque la salle d'école est prêtée pour une réunion quelconque, le régent prend toutes les mesures nécessaires pour sauvegarder le mobilier et le matériel scolaires. La salle doit être livrée en temps voulu et rendue en parfait état de propreté.

Si, à la suite de la réunion, le régent constate quelque dégât, il en avise immédiatement le Département ou l'autorité municipale suivant le cas.

Art. 227. Les fonctionnaires des écoles primaires ne peuvent se servir du local de l'école pour y donner des leçons qu'après en avoir obtenu l'autorisation préalable du Département.

Ils ne peuvent en aucun cas se servir de la classe ou de ses dépendances pour un usage domestique.

Art. 228. Les livres, le matériel et les fournitures pour l'enseignement sont à la charge de l'Etat. (Loi, art. 84.)

Les fonctionnaires ne peuvent se procurer le matériel et les fournitures qu'au dépôt du Département, qui leur livre les objets dont ils ont besoin.

Tout livre, ouvrage scolaire, tableau, etc., donné pour servir à l'enseignement ou offert comme prix dans les écoles, doit être soumis à l'approbation du Département.

Art. 229. Lorsqu'un élève change de classe dans un même bâtiment scolaire ou s'il quitte une classe pour suivre une école

d'une autre localité du canton, il devra emporter avec lui les objets énumérés ci-après:

a) Ses cahiers;
b) les livres indiqués dans la tabelle des manuels comme devant être laissés à l'élève;
c) le plumier et son contenu;
d) la boîte de couture et les ouvrages commencés ou terminés;
e) le bulletin hebdomadaire.

A son entrée dans une nouvelle classe, l'élève devra rapporter tous ces objets et le maître ou la maîtresse en fera la vérification.

Lorsqu'un élève quitte le canton, il peut garder ses livres, le bulletin hebdomadaire, le porte-plume, le crayon, la règle et la gomme, mais le maître ou la maîtresse veillera à ce que les autres fournitures lui soient retirées et soient laissées à l'école.

Art. 230. Les fonctionnaires doivent veiller à la conservation du matériel d'enseignement qui leur est confié. Dès qu'un objet a besoin de réparation, ils l'envoient au Département (bureau des fournitures scolaires).

Ils avisent également l'autorité municipale lorsque l'état des locaux scolaires nécessite une réparation.

Art. 231. Les parents sont responsables des dégâts causés par leurs enfants au matériel et au mobilier scolaires, au bâtiment d'école ou à ses dépendances.

Art. 232. Un inventaire des objets fournis par l'Etat est dressé par le maître sur un registre spécial: 1° A son entrée en fonctions; 2° à la fin de l'année scolaire; 3° à l'expiration de ses fonctions.

Art. 233. Chaque école est pourvue des registres suivants:

1° Un registre général d'inscriptions tenu par le régent principal;
2° un registre d'inscriptions pour chaque classe;
3° un registre d'appel.

Le régent doit tenir collection, par ordre de date, des lettres, circulaires et arrêtés concernant l'école et qui lui sont adressés soit par le Département, soit par l'autorité municipale.

Art. 234. Dans les communes appartenant au rayon des deuxième et troisième catégories, il doit exister dans les bâtiments scolaires un appartement destiné au régent. (Loi, art. 83.)

Art. 235. Les régents et régentes de la deuxième et de la troisième catégories doivent habiter la commune où est située l'école qu'ils dirigent.

Si la commune est propriétaire d'un logement reconnu suffisant par le Département, le fonctionnaire est tenu de l'accepter à un prix de location fixé d'accord ou, en cas de discussion, par trois experts nommés l'un par le fonctionnaire, l'autre par la commune et le troisième par les deux premiers.

Si le fonctionnaire se trouve dans l'impossibilité de se procurer un logement suffisant dans la commune, le Département peut l'autoriser à habiter une autre localité. (Loi, art. 77.)

Chapitre XXIII. Rôle des communes.

Art. 236. Les Conseils administratifs, les maires et les adjoints des communes sont tenus de prêter leur concours au Département de l'Instruction publique:

1° En veillant à ce que les enfants astreints à l'enseignement obligatoire suivent régulièrement l'école à laquelle ils sont inscrits, et en signalant ceux qui ne reçoivent aucune instruction;

2° En s'assurant que les prescriptions contenues dans la loi et les règlements sont mis à exécution, notamment en ce qui concerne le régularité des heures de classe, les motifs des absences trop fréquentes, l'état sanitaire des enfants, l'ordre et la bonne tenue des classes, l'état moral et la propreté des élèves, ainsi que la discipline extérieure.

Dans la ville de Genève et dans les communes de Carouge, Plainpalais, Eaux-Vives et Petit-Saconnex, cette surveillance s'exerce, concurremment avec le Conseil administratif, par une délégation du Conseil municipal, nommée chaque année par ce corps. Dans toutes les autres communes, cette surveillance peut aussi s'exercer par une commission choisie dans le sein du Conseil municipal.

L'autorité municipale est tenue de signaler au Département toutes les infractions d'une certaine gravité aux lois et règlements.

Art. 237. L'autorité municipale transmet au Département, lorsqu'elle le juge convenable ou qu'elle en est requise, ses observations sur la conduite du maître, l'état moral des élèves, la discipline extérieure et la fréquentation des leçons.

Toutefois, elle s'abstient de faire au régent aucune observation relative à son enseignement.

---

3. Berufsschulen.

3. Arrêté législatif approuvant la convention du 18 janvier 1917 entre l'Etat et la Ville de Genève, concernant la cession de l'Ecole supérieure de Commerce à l'Etat. (Du 24 février 1917.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que

Le Grand Conseil,

Sur la proposition du Conseil d'Etat,

arrête:

Article unique. La convention du 18 janvier 1917 entre l'Etat et la Ville de Genève, concernant la cession de l'Ecole supérieure de Commerce à l'Etat, est approuvée.

Convention pour la cession par la Ville de Genève à l'Etat de Genève, de l'Ecole supérieure de Commerce.

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève, représenté par M. Jaques Rutty, son vice-président, et M. le conseiller

d'Etat William Rosier, chargé du Département de l'Instruction publique,

et

Le Conseil administratif de la Ville de Genève, représenté par M. Louis Chauvet, son président, et M. le conseiller administratif Louis Viret, délégué à l'Instruction publique,

ont convenu ce qui suit:

Cession.

1° La Ville de Genève cède à l'Etat de Genève, qui l'accepte, l'Ecole supérieure de Commerce qu'elle a créée en 1888.

2° Cette cession comporte l'abandon en toute propriété du terrain et du bâtiment occupé par cette Ecole à la rue du Général Dufour.

3° Le bâtiment sera remis dans l'état où il se trouve actuellement avec son mobilier, son agencement intérieur, ses collections et sa bibliothèque.

4° Toutefois, les salles actuellement occupées par la Bibliothèque circulante resteront gratuitement à la disposition de la Ville de Genève pendant une période de dix ans à dater de la présente cession.

Si, avant l'échéance de ce délai, le Conseil administratif trouve des locaux appropriés aux besoins de ce service, il rétrocédera alors à l'Etat les salles actuelles de la Bibliothéque.

Prise de possession.

5° La prise de possession par l'Etat aura lieu le 1er avril 1917. Les comptes de l'Ecole seront arrêtés au 31 mars 1917, d'accord entre les deux administrations.

La Ville de Genève aura droit à la part de la subvention allouée par la Confédération pour le premier trimestre 1917.

Conditions.

6° La Ville de Genève paiera à l'Etat de Genève une somme de deux cent cinquante mille francs (250,000 fr.).

Cette somme sera versée en dix annuités de vingt-cinq mille francs (25,000 fr.) chacune.

La première annuité sera payée le 30 septembre 1917 et les suivantes le 30 septembre de chaque année, jusqu'au 30 septembre 1926.

7° La Ville de Genève versera, en outre, à l'Etat de Genève le capital du Fonds Galland dont les intérêts sont et demeureront consacrés à la délivrance de prix aux élèves de l'Ecole.

Acte.

8° A la réquisition de la partie la plus diligente, il sera passé acte authentique de cette cession après qu'elle aura été ratifiée par les autorités compétentes.

Les frais d'acte seront répartis par moitié entre l'Etat et la Ville de Genève.

Clauses additionnelles.

Personnel.

L'Ecole sera remise à l'Etat de Genève telle qu'elle est organisée actuellement, avec le personnel qui y est attaché, soit ses professeurs, son secrétaire et son concierge. Certains de ces professeurs ainsi que le secrétaire et le concierge étant au bénéfice de droits acquis en ce qui concerne leur nomination par le Conseil administratif, le Conseil d'Etat s'engage à les maintenir en fonctions pendant la durée prévue par l'acte de nomination ou de confirmation de chacun d'eux et qui est indiqué au tableau ci-annexé.

Caisse de retraite.

La part réservée à un certain nombre de professeurs de l'Ecole et aux deux employés désignés plus haut sur le fonds de la Caisse de retraite et d'invalidité des employés de l'Administration municipale de la Ville de Genève, sera versée par le Conseil administratif au Conseil d'Etat en vue de l'entrée de ces fonctionnaires dans la Caisse de retraite de l'Etat ou de l'enseignement secondaire. Ces fonds serviront à effectuer, pour ces fonctionnaires, des versements arriérés, en conformité des statuts de ces Caisses.

Entrée en vigueur de la convention.

La présente convention n'entrera en vigueur qu'après avoir reçu l'approbation du Conseil municipal de la Ville de Genève et celle du Grand Conseil.

Ainsi fait et signé en deux exemplaires à Genève, le 18 janvier 1917.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

Fait et donné à Genève, le vingt-quatre février mil neuf cent dix-sept, sous le sceau de la République et les signatures du Président et du Secrétaire du Grand Conseil.

---

4. Universität.

4. Extrait des registres du Conseil d'Etat. (Du 13 novembre 1917.)

Le Conseil d'Etat,

Vu la lettre de M. le Recteur de l'Université, en date du 2 novembre;

Sur la proposition du Département de l'Instruction publique,

arrête:

1. D'approuver l'introduction de l'anthropologie parmi les branches à option de l'examen oral de la licence des sciences biologiques.

2. L'article 58 du règlement de l'Université sera rédigé comme suit:

„Art. 58. L'examen oral comprend les branches suivantes: 1. La botanique; 2. la zoologie et l'anatomie comparée; 3. la psychologie expérimentale; 4. physiologie humaine; 5. la physique; 6. la chimie inorganique et organique; 7. l'une des branches suivantes au choix du candidat: L'anthropologie, l'embryologie, les éléments de mathématiques supérieures, le calcul différentiel et intégral, la chimie théorique.

L'examen écrit porte sur les branches suivantes: 1. La botanique; 2. la zoologie; 3. la psychologie expérimentale; 4. la physiologie humaine."

3. La présente modification sera introduite dans le règlement de l'Université lors de sa prochaine réimpression.

---

5. Faculté de Médecine. Règlement d'admission des privat-docents à la Faculté de Médecine. (Arrêté du Conseil d'Etat, du 5 juin 1917.)

Article premier. A la Faculté de Médecine, la demande d'admission comme privat-docent doit être accompagnée des pièces suivantes:

a) Un curriculum vitae;

b) le diplôme de docteur en médecine de la Faculté de Genève ou un diplôme de docteur en médecine donnant le droit d'exercer la médecine dans les pays où il a été obtenu.

Les porteurs du diplôme de docteur d'une Université autre que celle de Genève, ne donnant pas le droit de pratique, devront être en outre pourvus d'un diplôme professionnel;

c) un exposé, manuscrit ou imprimé, des titres du candidat, c'est-à-dire l'énoncé de ses travaux scientifiques et la mention des fonctions universitaires et hospitalières qu'il peut avoir remplies.

Art. 2. Si les titres présentés sont jugés suffisants par la Faculté, le candidat reçoit l'autorisation de subir les épreuves prescrites par le présent règlement.

Art. 3. Le candidat admis aux épreuves doit, avant tout, remettre un exposé imprimé de ses titres et travaux scientifiques, comprenant la liste complète de ces derniers, et un résumé des principaux d'entre eux.

Art. 4. Les épreuves, qui seront publiques et annoncées à l'avance, comportent:

a) Une leçon orale sur un sujet, tiré au sort parmi trois questions choisies par la Faculté, dans le domaine auquel ressortit la branche qui sera enseignée. Pour cette leçon, il sera accordé 48 heures de préparation libre. Pour être admis à subir la seconde épreuve, le candidat devra avoir obtenu pour sa leçon l'approbation de la majorité de la Faculté.

b) Un exposé oral fait par le candidat et portant sur ses travaux; cet exposé sera suivi d'un colloquium, auquel prendront part les membres de la Faculté et les personnes autorisées par elle.

Art. 5. Si, pour cette dernière épreuve, le candidat obtient l'approbation de la majorité de la Faculté, cette dernière donne un préavis favorable à son admission en qualité de privat-docent.

Art. 6. Les privat-docents qui ne donnent pas leurs cours n'ont pas le droit de porter ce titre. Ceux qui n'auront pas enseigné pendant deux ans, ne pourront pas annoncer un cours sans avoir été agréés à nouveau par la Faculté, à la majorité des voix et sans nouvelles épreuves.

Disposition transitoire.

Art. 7. L'article 2 de la loi du 24 juin 1914, relatif aux privat-docents, reste en vigueur,

---

5. Lehrerschaft aller Stufen.

6. Aus **Loi modifiant le traitement des magistrats, fonctionnaires et employés de l'Etat.** (Du 15 décembre 1917.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que:

Le Grand Conseil,

Sur la proposition du Conseil d'Etat,

décrète ce qui suit:

Article premier. Le traitement initial des magistrats, des fonctionnaires et employés de l'Etat figurant à l'échelle des traitements, des fonctionnaires de l'enseignement, des fonctionnaires des corps de police et des prisons, des cantonniers est augmenté comme suit, à partir du 1er janvier 1918:

Traitement.		Augmentation.
Jusqu'à	2000 fr.	650 fr.
2001 à	4000 „	600 „
4001 à	5500 „	550 „
Au-dessus de	5500 „	500 „

Il sera tenu compte dans le calcul du traitement initial des prestations de l'Etat en logement et en nourriture.

L'augmentation prévue ci-dessus ne pourra en aucun cas dépasser le 35 % du traitement initial s'il s'agit d'employés ou fonctionnaires ne devant pas tout leur temps, soit la journée normale, à leurs fonctions.

Pour les employés nourris et logés, ou simplement nourris, l'augmentation prévue sera réduite d'un tiers.

Un même fonctionnaire ne peut toucher annuellement qu'une seule augmentation, qui sera calculée sur le total de son traitement initial.

Art. 2. Pour les maîtres de l'enseignement secondaire et professionnel rétribués par heure annuelle, l'augmentation prévue à l'article premier leur sera payée sous la forme d'une augmentation du taux de l'heure de leçon, en considérant comme traitement initial le traitement affecté aux postes prévus dans l'ordre de service du Département de l'Instruction publique, du 11 mars 1913.

Art. 3. Les augmentations annuelles prévues par les art. 71 et 73 de la loi sur l'instruction publique sont payées durant douze années consécutives, au lieu de dix années, aux maîtresses des Ecoles enfantines, ainsi qu'aux régents des Ecoles primaires. Les maîtres et les maîtresses de la Classe complémentaire auront droit aux deux annuités supplémentaires et successives qui sont accordées aux régents et régentes.

Les augmentations annuelles du traitement des maîtresses d'études de l'Ecole secondaire et supérieure des jeunes filles et des Ecoles ménagères, prévues par les art. 162 et 232 de la loi sur l'Instruction publique, seront portées à 125 fr. et continueront à être payées jusqu'au moment où le traitement de ces maîtresses égalera celui des régentes primaires de la première catégorie.

Art. 5. Le premier alinéa de l'art. 4 de la loi du 31 mai 1911 concernant le traitement des fonctionnaires ou employés nommés par le Conseil d'Etat est modifié comme suit: „L'augmentation de traitement a lieu régulièrement de trois en trois ans à partir du minimum. Elle n'est accordée par le Conseil d'Etat que sous réserve du préavis du Département que cela concerne. Cette augmentation est calculée de manière que tout fonctionnaire ayant occupé pendant douze années le même emploi puisse atteindre le maximum au bout de ce laps de temps."

Art. 6. Le Conseil d'Etat prendra les arrêtés nécessaires pour mettre en harmonie avec les prescriptions indiquées ci-dessus, les chiffres des traitements prévus dans les lois, règlements, ordre de service, etc., concernant le traitement des magistrats, fonctionnaires et employés mentionnés à l'article premier. En marge des modifications, figurera la date de la présente loi.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

Fait et donné à Genève, le quinze décembre mil neuf cent dix-sept, sous le sceau de la République et les signatures du Secrétaire du Grand Conseil.

---

7. Loi allouant à titre exceptionnel, pour l'exercice 1917, une indemnité unique aux fonctionnaires et employés de l'Etat et aux magistrats du Corps judiciaire. (Du 14 juillet 1917.)

Le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève fait savoir que

Le Grand Conseil,
Sur la proposition du Conseil d'Etat,
décrète ce qui suit:

Article premier. A titre exceptionnel, pour l'exercice 1917, il est alloué aux fonctionnaires et employés de l'Etat figurant à l'échelle des traitements, aux fonctionnaires de l'enseignement, aux fonctionnaires des corps de police: agents de sûreté, gendarmes, gardes-ruraux, aux cantonniers et ouvriers réguliers de l'Arsenal et aux employés surnuméraires une allocation unique pour renchérissement de la vie.

Art. 2. Ont seuls droit à l'indemnité unique, les fonctionnaires et employés régulièrement nommés et dont la nomination est antérieure au 1er janvier 1917, et les employés surnuméraires occupés d'une façon régulière.

Art. 3. L'indemnité est de:

a) 350 fr. pour les fonctionnaires et employés mariés et 250 fr. pour les célibataires dont le traitement n'est pas supérieur à 2550 fr.;
b) 300 fr. pour les fonctionnaires et employés mariés et 200 fr. pour les célibataires dont le traitement est de 2551 à 3600 fr.;
c) 250 fr. pour les fonctionnaires mariés dont le traitement est de 3601 à 5000 fr.;
d) 150 fr. pour les fonctionnaires mariés dont le traitement est de 5001 à 6000 fr., sous la réserve que le bénéficiaire ait au moins deux enfants mineurs.

Il est alloué en outre à tous les fonctionnaires et employés des quatre catégories sus-indiquées, une allocation supplémentaire de 50 fr. par enfant âgé de moins de 18 ans.

Les casuels, les allocations et les pensions entrent en ligne de compte dans l'évaluation des traitements.

Art. 4. Dans le cas où le mari et la femme sont l'un et l'autre fonctionnaires, les indemnités prévues seront attribuées dans les limites de la présente loi à celui des conjoints qui a le traitement le plus faible.

Art. 5. L'indemnité sera payée en deux fois par moitié, la première en août, la deuxième en octobre.

Art. 6. Les dispositions de la présente loi sont applicables aux magistrats du Corps judiciaire.

Le Conseil d'Etat est chargé de faire promulguer les présentes dans la forme et le terme prescrits.

Fait et donné à Genève, le quatorze juillet mil neuf cent dix-sept, sous le sceau de la République et les signatures du Président et du Secrétaire du Grand Conseil.

Nachträge.
1916.

Kanton Bern.

1. Reglement über die Erteilung der Doktorwürde an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät der Universität Bern. (Vom 25. August 1916.)

Die Direktion des Unterrichtswesens des Kantons Bern,

gestützt auf Art. 53, Ziffer 4, des Gesetzes vom 14. März 1834 über die Hochschule,

erläßt

folgendes Reglement:

§ 1. Die Bewerbung um die Doktorwürde geschieht durch ein bei dem Dekan der Fakultät einzureichendes Gesuch. Diesem müssen beigefügt sein:

a) Eine Disseration im Manuskript aus einem der in § 2 genannten Hauptfächer in deutscher, französischer, italienischer oder englischen Sprache mit hinreichenden Ausweisen über die Entstehungsart der Arbeit. An Stelle einer Arbeit im Manuskript kann ausnahmsweise eine Druckschrift angenommen werden. Der Dissertation ist die schriftliche Erklärung beizufügen, daß der Kandidat sie ohne unerlaubte Hilfe angefertigt habe. Bei auswärts ausgeführten Arbeiten ist ein Gutachten des Professors beizufügen, unter dessen Leitung sie ausgeführt wurde;

b) ein „Lebenslauf" des Kandidaten in einer der genannten Sprachen;

c) Zeugnisse über die wissenschaftliche Vorbildung.

Als solche werden anerkannt:

1. Ein schweizerisches Maturitätszeugnis literarischer oder realistischer Richtung oder ein schweizerisches Handelsmaturitätszeugnis, letzteres jedoch nur mit dem Ausweis über eine Ergänzungsprüfung in Mathematik und Naturgeschichte im Umfange der Anforderungen der bernischen Literarmaturität;
2. ein ausländisches Maturitätszeugnis eines Gymnasiums oder einer Oberrealschule. Kandidaten aus solchen Ländern, die die Erwerbung eines akademischen Grades auf Grund besonderer Examina gestatten (baccalauréat, bachelorship), können mit dem Ausweis über ein derartiges Examen durch Fakultätsbeschluß zugelassen werden. — Wenn die Fakultät einen nach dieser Ziffer 2 vorgelegten Ausweis für ungenügend erachtet, so kann sie noch den Ausweis über eine Ergänzungsprüfung verlangen;
3. das Diplom der eidgenössischen technischen Hochschule oder der Ingenieurschule in Lausanne oder ein Abgangsdiplom der Handelshochschule in St. Gallen;

4. ein schweizerisches Sekundarlehrerpatent mit nachfolgendem mindestens viersemestrigen Studium;
5. ein Diplom der technischen Abteilungen des Technikums von Biel, Burgdorf, Freiburg, Genf oder Winterhur, nach Ablegung einer Ergänzungsprüfung in Deutsch, Französisch, Geschichte, Geographie und Naturgeschichte im Umfange der Anforderungen der bernischen Literarmaturität;
6. das Zeugnis über die Ablegung der Zulassungsprüfung für die zweite Abteilung der philosophischen oder für die medizinische Fakultät der Universität Bern, sofern die Durchschnittsnote mindestens $4{,}_5$ beträgt;
7. ein ausländisches Apothekerdiplom, sofern dasselbe mit der besten Note erteilt ist;

d) Zeugnisse über wenigstens sechs genügend belegte akademische Semester, von denen drei an hiesiger Universität verbracht sein müssen. Wird eine druckfertige Dissertation von auswärts gebracht, so kann das dritte bernische Semester durch Fakultätsbeschluß erlassen werden; im übrigen muß der Kandidat bis zur Ablegung seines Doktorexamens an der Universität Bern immatrikuliert bleiben;

e) ein Zeugnis über guten Leumund;

f) eine Summe von 350 Fr. Unbemittelten kann auf begründetes Gesuch hin ein größerer oder kleinerer Teil der Gebühren erlassen werden. Vom Gebührenerlaß sind aber ausgenommen die in § 10 genannten Beträge für den Druck des Diploms, die Fakultätskasse, die Witwen- und Waisenkasse, die Stadtbibliothek und den Pedell.

§ 2. Der Kandidat bestimmt drei Fächer, in denen er examiniert werden will, wobei das Fach, aus dem die Dissertation entnommen ist, als Hauptfach gilt. Bezieht sich die Dissertation auf ein Gebiet, dessen Zuweisung zu einem der unten aufgezählten Fächer nicht ohne weiteres klar ist, so behält sich die Fakultät vor, dem Kandidaten das Hauptfach und die Studienausweise für dasselbe vorzuschreiben.

In der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät gelten als Prüfungsfächer:

1. Mathematik,
2. Versicherungslehre,
3. Astronomie,
4. Physik,
5. Chemie,
6. Mineralogie (einschließlich Petrographie),
7. Geologie (einschließlich Paläontologie),
8. Botanik,
9. Zoologie,
10. Geographie,
11. Pharmakognosie (nur als Hauptfach; als Nebenfächer dürfen nicht Chemie und Botanik zugleich gewählt werden).

Nur als Nebenfach sind zulässig:
Philosophie,
Psychologie,
Nationalökonomie.

Für jedes vom Kandidaten gewählte Hauptfach ist das eine Nebenfach vorgeschrieben, während die Wahl des zweiten Nebenfaches frei ist. Außerdem werden genügende akademische Studienausweise (über wenigstens zwei Semester Hauptkolleg) in den unten stehenden Fächern verlangt:

Hauptfach	Pflichtgemäßes Nebenfach	Akademische Studienausweise
Mathematik	Astronomie oder Physik	Astronomie, Versicherungslehre, Physik, ferner Chemie oder Geographie
Versicherungslehre	Mathematik	Mathematik, Astronomie, Nationalökonomie, ferner Physik oder Geographie
Astronomie	Mathematik	Mathematik, Physik, Geographie, ferner Versicherungslehre oder Chemie
Physik	Mathematik	Mathematik, Chemie, Astronomie, ferner Geographie oder Mineralogie
Chemie	Physik	Physik, Mineralogie, ferner Mathematik oder Geologie oder Botanik oder Nationalökonomie
Mineralogie (einschließlich Petrographie)	Chemie oder Geologie	Chemie, Geologie, Physik, ferner Mathematik oder Botanik oder Zoologie
Geologie (einschließlich Paläontologie)	Mineralogie (einschließlich Petrographie)	Mineralogie, Chemie, Zoologie, ferner Physik, Botanik oder Geographie
Botanik	Zoologie (einschließlich vergleichende Anatomie) oder Chemie	Zoologie, Chemie, Physik, ferner Geologie oder Geographie
Zoologie (einschließlich vergleichende Anatomie)	Botanik oder Geologie	Botanik, Geologie, Physiologie, ferner Geographie oder Bakteriologie
Geographie	Geologie oder Physik	Geologie, Physik, Astronomie, ferner Botanik oder Zoologie
Pharmakognosie	Chemie oder Botanik	Chemie, Botanik, Physik, ferner Mineralogie oder Geologie oder Geographie

§ 3. Ist die Dissertation an der Universität Bern ausgeführt worden, so hat der Dozent, unter dessen Leitung sie entstanden ist, schriftlich darüber Bericht zu erstatten und der Vertreter der betreffenden Richtung des Hauptfaches Antrag an die Fakultät zu stellen. Ist die Dissertation nicht in Bern ausgearbeitet worden, so haben die Vertreter des Hauptfaches sie zu beurteilen.

Ist die Dissertation von der Fakultät angenommen und sind die übrigen Bedingungen erfüllt, so wird der Kandidat durch Fakultätsbeschluß zum Examen zugelassen. Wird der Kandidat abgewiesen, so erhält er die erlegte Summe nach Abzug einer Gebühr von 50 Fr.

für die Prüfung der Dissertation zurück. Zwischen Annahme der Dissertation und Examen darf höchstens ein halbes Jahr verstreichen.

§ 4. In den einzelnen Fächern examinieren die ordentlichen Professoren, welche für die Vertretung des Faches angestellt sind. Wenn für ein Fach kein ordentlicher Professor angestellt oder wenn der ordentliche Professor verhindert ist, zu prüfen, so bestimmt die Fakultät die Prüfenden für das betreffende Fach. Wenn mehrere ordentliche Professoren das gleiche Fach vertreten, so prüfen sie nach einer Vereinbarung, die der Genehmigung der Fakultät unterliegt.

§ 5. Das Examen besteht in einer schriftlichen und in einer mündlichen Prüfung. Die schriftliche wird in Klausur ohne Hilfsmittel und unter Überwachung durch den Examinator abgehalten. Der Kandidat hat in jedem Fach die Wahl zwischen drei ihm gestellten Aufgaben. In Fächern, in denen zwei Examinatoren prüfen, werden vier Aufgaben zur Auswahl gestellt. Zur Bearbeitung des gewählten Themas sind ihm höchstens je vier Stunden Zeit eingeräumt. Kandidaten, die das bernische Gymnasiallehrerexamen, das eidgenössische pharmazeutische Staatsexamen oder das Diplomexamen der eidgenössischen technischen Hochschule mit der ersten oder zweiten Durchschnittsnote bestanden haben, können auf Gesuch durch Fakultätsbeschluß von den Klausurarbeiten in den betreffenden Fächern befreit werden. Wer sich unerlaubter Hilfsmittel bedient, gilt als durchgefallen.

§ 6. Das mündliche Examen findet in einer Fakultätssitzung statt und ist öffentlich. Der Dekan kann zwei Prüfungen gleichzeitig anordnen; in der einen führt er selbst, in der andern der Sekretär der Fakultät den Vorsitz. Das Examen dauert im Hauptfach eine Stunde, in jedem Nebenfach eine halbe Stunde. In Nebenfächern, in denen zwei Examinatoren prüfen, dauert das Examen 40 Minuten. Die Beurteilung der Leistungen in den einzelnen Fächern geschieht im Anschluß an das Examen unter Vorsitz des Dekans durch die Examinatoren. Wenn die Mehrzahl ihrer Stimmen sich für den Geprüften entscheidet, so wird ihm die Doktorwürde mit dem in § 7 ausgesprochenen Vorbehalt erteilt, und zwar mit der Note:

„summa cum laude“
oder „magna cum laude“
„ „cum laude“
„ „rite“.

Ausnahmsweise kann der Dekan Unterbrechungen des Examens gestatten. Wenn ein Kandidat nach Beginn des schriftlichen Examens ohne genügendes ärztliches Zeugnis zurücktritt, so gilt das Examen als nicht bestanden.

§ 7. Hat der Kandidat das Examen bestanden, so vollzieht der Dekan die Promotion unter Vorbehalt der Erfüllung der dem Geprüften ordnungsgemäß obliegenden Pflichten und nimmt ihm das folgende, durch Handschlag zu bekräftigende Gelübde ab:

„Ich gelobe, der akademischen Würde, die mir heute verliehen worden ist, stets Ehre zu machen; ich verspreche, der Wissenschaft, der ich mich gewidmet habe, stets, soviel ich vermag, zu dienen und ihre Würde aufrecht zu erhalten; ich gelobe, die wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit stets als eine ernste und hohe Aufgabe zu betrachten."

§ 8. Das Doktordiplom wird dem Kandidaten erst ausgehändigt, nachdem seine Dissertation gedruckt der Fakultät in vorschriftsmäßiger Form[1]) und den Anweisungen des Referenten entsprechend in 200 Exemplaren abgeliefert ist. Die Ablieferung der Pflichtexemplare hat jedoch spätestens innerhalb eines Jahres nach bestandenem Examen zu geschehen. Fristverlängerungen können nur von der Fakultät nach Prüfung der Sachlage gewährt werden.

§ 9. Erhält der Kandidat nicht die Mehrheit der Stimmen, so wird er abgewiesen. In diesem Falle wird ihm die Hälfte der nach § 1 erlegten Summe zurückgezahlt. Eine Wiederholung des Examens wird nur zweimal gestattet mit Zwischenräumen von wenigstens sechs Monaten.

§ 10. Von der durch den Kandidaten bezahlten Gebühr fallen, nach Abzug der Kosten für den Druck des Diploms, 50 Fr. an den Referenten über die Dissertation, 25 Fr. an die Fakultätskasse, 40 Fr. an die Witwen- und Waisenkasse, 10 Fr. an die Stadtbibliothek, 15 Fr. an den Pedell der Universität. Der Rest fällt an Dekan, Sekretär und die Examinatoren in einem von der Fakultät zu bestimmenden Verhältnis.

§ 11. Die mathematisch-naturwissenschaftliche Abteilung der philosophischen Fakultät behält sich vor, aus eigenem Antrieb an Personen von vorzüglicher Gelehrsamkeit oder ausgezeichneten Verdiensten die Würde eines Doktors der Philosophie honoris causa zu verleihen. Es geschieht dies durch geheime Abstimmung. Nur wenn keine Stimme sich dagegen erklärt, gilt die Wahl als vollzogen.

§ 12. Kandidaten, die vor Inkrafttreten dieses Reglementes an der Universität Bern immatrikuliert worden sind, können noch nach § 2 des Reglementes vom 11. März 1911 zugelassen werden und können ihre akademischen Studienausweise nach jenem Reglemente beibringen. Im übrigen wird jenes Reglement aufgehoben und das gegenwärtige sofort in Kraft erklärt.

---

2. Ausführungsbestimmungen zum Doktorreglement der mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät der Universität Bern. (Vom 25. August 1916.)

[1]) Das heißt, auf dem Titel versehen mit der Bezeichnung „Inauguraldissertation der philosophischen Fakultät der Universität Bern zur Erlangung der Doktorwürde vorgelegt von N. N." und mit dem von dem Dekan unterschriebenen und mit Datum versehenen Vermerk „Von der philosophischen Fakultät auf Antrag des Herrn oder der Herren Prof. N. N. angenommen".

Zu § 1. Im allgemeinen zählen nur die an der Fakultät II. Abteilung zugebrachten Semester, doch können mathematische oder naturwissenschaftliche an einer technischen Hochschule verbrachte oder nichtklinische Semester der medizinischen oder veterinär-medizinischen Fakultät angerechnet werden. Drei Semester hat aber auch in einem solchen Falle der Kandidat an der philosophischen Fakultät II. Abteilung zuzubringen. Ausnahmefälle sind der Fakultät vorzulegen.

Damit ein in- oder ausländisches Semester angerechnet werde, müssen wenigstens zehn Wochenstunden (inklusive Praktika) in einer der Wahl der Fächer entsprechenden Weise belegt und ordnungsmäßig bezeugt sein. Regelmäßige Teilnahme an seminaristischen Übungen, beziehungsweise Laboratorien ist für Hauptfach und Nebenfächer nachzuweisen. Doch können bei mehr als sechssemestrigem Studium zwei unvollständige Semester zu einem vollständigen zusammengerechnet werden.

Die Anmeldung zum Doktorexamen kann schon zu Ende des sechsten, das Examen selbst aber erst im siebenten Semester erfolgen. Hingegen ist die Forderung des drei-, beziehungsweise zweisemestrigen Studiums in Bern (§ 1 d) so zu verstehen, daß der Kandidat während dreier, beziehungsweise zweier Semester Vorlesungen an der II. Abteilung der Fakultät gehört haben muß, das Examen aber bereits im letzten Monat des dritten, beziehungsweise zweiten Semesters stattfinden darf.

Das Gesuch um teilweise Befreiung von den Doktorgebühren ist gleichzeitig mit der Anmeldung vorzulegen, begleitet von einem behördlichen Vermögensausweis und einem Ausweis über ein wenigstens dreisemestriges Studium an hiesiger Hochschule.

Die Bezahlung der Gebühr kann bis zur Erledigung des Gesuches durch die Fakultät vom Dekan gestundet werden.

Die Klausuren werden, auch wenn ein Gesuch um Befreiung von den Prüfungsgebühren eingereicht und bewilligt wurde, vom Dekan erst ausgeschrieben, wenn alle für die Anmeldung erforderlichen Unterlagen vorliegen und der Kandidat von der Fakultät zum Examen zugelassen ist.

Zu § 2. 1. Für Kandidaten, die eine bakteriologische Dissertation vorlegen, gelten folgende Bestimmungen:

a) Als Hauptfach kann Botanik oder Zoologie gewählt werden, im letztern Falle ist Botanik als Nebenfach zu wählen;

b) Dissertationen bakteriologischen Inhalts können nur dann angenommen werden, wenn sich ihre Resultate auf die Biologie, Entwicklungsgeschichte oder Systematik der Bakterien beziehen, nicht aber, wenn sie rein medizinischen Inhaltes sind oder den Charakter von Gutachten haben;

c) das Thema der Dissertation soll im Einverständnis mit dem Vertreter des Hauptfaches gegeben werden;

d) der Kandidat hat sich darüber auszuweisen, daß er im Hauptfach mindestens ein Semester Vollpraktikum oder zwei Semester Halbpraktikum besucht habe.

2. Kandidaten, die eine biochemische Arbeit vorlegen, können außer Chemie auch Botanik oder Zoologie als Hauptfach wählen; in diesem Falle ist aber stets Chemie als Nebenfach zu nehmen und es ist der Nachweis für mindestens ein Semester organisch-chemisches Vollpraktikum oder zwei Semester Halbpraktikum zu erbringen.

Zu § 8. Interimszeugnisse über bestandenes Doktorexamen dürfen nur vom Dekan und nur auf begründetes Verlangen ausgestellt werden. In einem solchen Falle ist eine von der Fakultät festzusetzende Summe als Kaution zu hinterlegen, die nach Ablieferung der Pflichtexemplare wieder zurückerstattet wird. Nach Ablauf von fünf Jahren verfällt die Kaution der Fakultätskasse.

Das Diplom erhält, wie die Dissertation, das Datum des Tages, an dem das Examen bestanden wurde. Der Name des Geprüften soll auf dem Titelblatt der Dissertation und auf dem Diplom mit dem im Protokoll der Fakultät verzeichneten gleich lauten.

Im übrigen gelten für den Druck der Dissertation folgende Vorschriften:

1. Auf dem Titelblatt der Dissertation sollen die voll ausgeschriebenen Vornamen und die Heimat der Verfasser, ferner Druckjahr, Druckort, Name der Druckerei, gegebenenfalls der Verlag, alles ohne Abkürzung angegeben werden. Ebenso ist auf dem Titelblatt die Fakultäts-Genehmigung mit Datum und Unterschrift des Dekans anzubringen. Auf dem letzten Blatt ist der „Lebenslauf" des Verfassers beizufügen.

2. Ist die Dissertation ein Sonderabzug aus einer Zeitschrift, so soll ihr Titel, Band und Jahrgang auf dem Titelblatt und Umschlag angegeben werden. Es wäre wünschenswert, wenn bei den Sonderabzügen die Pagination der Zeitschrift beibehalten würde.

3. Bildet die Dissertation einen Teil einer größern Arbeit, so ist auf dem Titelblatt genau anzugeben, wo die ganze Arbeit erscheinen wird (ob im Buchhandel, wo, bei wem, ob in einer Zeitschrift?).

4. Wenn die Dissertation separat im Buchhandel erscheint, so ist dies auf Umschlag und Titelblatt ausdrücklich und in typographisch hervorstechender Form zu vermerken.

5. Die Korrekturbogen sind dem Referenten zuzusenden. Die Zustellung des Diploms erfolgt erst, wenn der Referent den Druck einschließlich Titelblatt und „Lebenslauf" genehmigt hat.

1917.

Kanton Nidwalden.

Verordnung über die Prüfung und Patentierung der Lehrer und Lehrerinnen für Primar-, Sekundar- und Fachschulen. (Vom 10. März 1917.)

Der Erziehungsrat des Kantons Unterwalden nid dem Wald erläßt mit Vollmacht des Landrates in Ausführung von Art. 71 bis 74 des Schulgesetzes vom 10. September 1879 folgende Verordnung:

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Alljährlich im Monat Juli oder August findet im kantonalen Regierungsgebäude oder im Lehrerinnenseminar St. Clara in Stans die Prüfung mit den Bewerbern und Bewerberinnen um Lehrstellen von Primar- und Sekundarschulen, sowie von Fachschulen der Primar- und Sekundarschulstufe statt. Ort und Zeit der Prüfung werden vom Erziehungsrate festgesetzt und im Amtsblatt bekannt gemacht.

§ 2. Lehramtskandidaten, beziehungsweise -kandidatinnen, die sich einer solchen Prüfung unterziehen wollen, haben jeweilen bis spätestens den 15. Juni dem Erziehungsrate ein Gesuch um Zulassung zu derselben einzureichen.

Zur Prüfung für Primarlehrer findet Zutritt, wer ein Lehrerseminar oder eine andere Bildungsanstalt mit annähernd gleichem Lehrziel absolviert und in den in dieser Verordnung vorgesehenen Prüfungsfächern genügenden Unterricht genossen hat.

Bewerber, beziehungsweise Bewerberinnen um das Patent für Sekundarschulen haben sich auszuweisen, daß sie nach Absolvierung der für Primarlehrer geforderten Schulbildung noch wenigstens einen Jahreskurs für Heranbildung von Sekundarlehrern, beziehungsweise -lehrerinnen besucht, oder mindestens zwei Semester an höhern Schulen studiert haben.

Zur Prüfung als Fachlehrer, beziehungsweise -lehrerin für moderne Sprachen, für Arbeits- und Haushaltungsschulen wird zugelassen, wer entsprechende Fachschulen in genügender Weise besucht, oder, soweit dies die Arbeits- und Haushaltungsschulen betrifft, an entsprechenden speziellen Lehrerinnenbildungs-Kursen mit ausreichendem Lehrziele teilgenommen hat.

Kandidaten, beziehungsweise Kandidatinnen, welche die Maturitätsprüfung mit Erfolg bestunden, haben nur in den pädagogischen Fächern und in der praktischen Schulübung und für Fachschulen im betreffenden Spezialfache sich einer Prüfung zu unterziehen.

§ 3. Über die Zulassung zu den Prüfungen entscheidet der Erziehungsrat; sie kann verweigert werden auf Grund mangelhafter Vorbildung, sittlich unbefriedigenden Lebenswandels, bedenklicher Gesundheit, auffallender körperlicher Gebrechen oder zweimaliger Zurückweisung wegen ungenügendem Prüfungserfolg.

Über die Zulassung von Kandidaten und Kandidatinnen auswärtiger Seminarien, die weder Kantonsbürger, noch im Kanton niedergelassene Schweizerbürger sind, entscheidet nach freiem Ermessen der Erziehungsrat.

§ 4. Dem Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind beizufügen:

1. Eine kurze Darstellung des bisherigen Lebenslaufes;
2. Zeugnisse über Primar- und Sekundarschulunterricht, die einzelnen Jahreszeugnisse über die Seminarbildung, sowie auch allfällige anderweitige Zeugnisse, welche über die Zeitdauer, den Umfang und den Erfolg des in den einzelnen Fächern genossenen Unterrichtes Aufschluß geben;
3. ein amtlicher Altersausweis (Lehrer müssen das 19., Lehrerinnen das 18. Jahr erreicht haben).
4. ein gemeinderätliches und ein pfarramtliches Sittenzeugnis, und
5. falls der Bewerber oder die Bewerberin bereits eine Lehrstelle bekleidet hat, Zeugnisse des Schulrates und des Schulinspektors über die Schulführung.

§ 5. Lehramtskandidaten, beziehungsweise -kandidatinnen aus Lehranstalten im Kanton entrichten zum voraus eine Prüfungsgebühr von 20 Fr. Für Bewerber oder Bewerberinnen aus außerkantonalen Lehranstalten beträgt die Prüfungsgebühr 30 Fr.

§ 6. Je nach dem Ergebnis der Prüfung verweigert der Erziehungsrat das Fähigkeitszeugnis (Patent) oder erteilt es auf ein oder mehrere Jahre. Nach Verfluß der Frist hat der Lehrer, sofern er den Lehrerberuf auch fernerhin ausüben will, die Erneuerung des Patentes beim Erziehungsrate nachzusuchen, dem es anheimsteht, die Prüfung wiederum vorzunehmen, oder sie zu erlassen.

Ein gleiches Erneuerungsgesuch hat stattzufinden, wenn der Lehrer den Lehrerberuf während zwei Jahren aussetzt, oder wenn er einer höhern Lehrstufe vorstehen will, als die ist, für welche er die Prüfung abgelegt oder das Patent erhalten hat. (Art. 74 des Schulgesetzes.)

§ 7. Die von kompetenten Behörden anderer schweizerischer Kantone ausgestellten Patente können vom Erziehungsrate als vollgültig anerkannt werden. (Art. 75 des Schulgesetzes.)

II. Prüfungskommission und Examinatoren.

§ 8. Zur Leitung und Überwachung der Prüfung amtet eine jeweilen auf 3 Jahre gewählte Lehrerprüfungskommission. Sie besteht aus 5 Mitgliedern: dem Präsidenten des Erziehungsrates, dem kantonalen Schulinspektor und drei weiteren vom Erziehungsrate gewählten Mitgliedern. Das Aktuariat wird von einem Mitgliede der Prüfungskommission besorgt.

§ 9. Die Kommission verteilt die Prüfungsfächer unter die einzelnen Mitglieder. Jedes Mitglied leitet die Prüfung in den ihm zugewiesenen Fächern, wählt und bestimmt nach Maßgabe des in der

betreffenden Lehrerbildungsanstalt behandelten Lehrstoffes und nach Vorschlag des Examinators den Prüfungsstoff und taxiert die Prüfungsresultate mit entsprechenden Noten.

Sämtliche Mitglieder der Prüfungskommission erhalten eine Tabelle mit den Namen der zu Prüfenden, in welche sie sofort nach jeder Prüfung eine Würdigung der Prüfungsresultate eintragen.

§ 10. Als Examinatoren werden von der Prüfungskommission berufen:

a) Die Fachlehrerinnen aus dem Lehrerinnenseminar St. Clara für die Prüfung ihrer eigenen Zöglinge;
b) je nach Bedürfnis Fachlehrer aus dem Kollegium St. Fidelis und aus auswärtigen Lehrerseminarien.

Die Examinatoren unterziehen sich den Anordnungen der Prüfungskommission und der betreffenden Prüfungsexperten nach Maßgabe von § 9, Alinea 1. Sie taxieren die einzelnen Prüfungsergebnisse mit entsprechenden Noten.

§ 11. Taggelder und Reiseentschädigungen für die Mitglieder der Prüfungskommission und die Examinatoren werden vom Erziehungsrate bestimmt.

III. Prüfungsmodus und Patenterteilung.

§ 12. Die Prüfung zerfällt in eine theoretische und eine praktische. Die theoretische Prüfung geschieht sowohl schriftlich als mündlich.

§ 13. Die Prüfung für Primarlehramtskandidaten ist eine zweiteilige. Die erste Teilprüfung findet am Schlusse des dritten, die zweite am Schlusse des vierten Jahreskurses des Lehrerseminars statt.

Am Ende des III. Kurses wird geprüft in Religionslehre (Kirchengeschichte), Geschichte, Geographie und Naturwissenschaften, nach Schluß des IV. Kurses in den übrigen Fächern.

§ 14. Für die schriftliche Prüfung werden von dem Examinator dem betreffenden Prüfungsexperten jeweilen je drei Themata vorgeschlagen, unter welchen dieser die Auswahl trifft. Alle auf der nämlichen Lehrstufe zugleich zu Prüfenden erhalten die nämliche Aufgabe und jeder derselben erst in dem Augenblicke, in welchem die Bearbeitung beginnen soll. Die Benutzung unerlaubter Hilfsmittel wird mit sofortiger Zurückweisung von der Prüfung bestraft. Hievon sind die Kandidaten vor Beginn der Prüfung in Kenntnis zu setzen.

Die schriftlichen Ausarbeitungen geschehen unter Aufsicht, wobei für die Selbständigkeit jeder Arbeit gesorgt werden soll. Für jede Arbeit wird vom Prüfungsexperten eine bestimmte Zeit festgesetzt. Wer nach Ablauf der festgesetzten Zeit mit der Arbeit noch nicht fertig ist, muß sie unvollendet abliefern. Die Zeit der Ablieferung ist von dem betreffenden Aufseher auf der Arbeit vorzumerken.

§ 15. Die schriftlichen Arbeiten werden vorerst von dem betreffenden Examinator und Prüfungsexperten durchgesehen und beurteilt und sodann der Prüfungskommission übermittelt.

§ 16. Die mündliche Prüfung dauert in der Regel für den einzelnen Examinanden 10 Minuten in jedem einzelnen Fache. Die Fragestellung geschieht durch den Examinator.

§ 17. Mit der mündlichen Prüfung wird eine praktische Lehrübung verbunden, zu welcher Schulkinder zugezogen werden. Die Festsetzung des Gegenstandes der Lehrübung ist Sache der Prüfungskommission.

§ 18. Die Prüfungskommission kann Persönlichkeiten, die ernst haftes Interesse haben, als Zuhörer zu den mündlichen Prüfungen zulassen.

§ 19. Am Schlusse der jeweiligen mündlichen und schriftlichen Prüfungen vereinbaren sich die Prüfungsexperten und Examinatoren über die Feststellung der Noten für die ihnen zufallenden Fächer; hierbei sind auch die Jahresnoten der Geprüften in angemessene Berücksichtigung zu ziehen. Die definitive Festsetzung der Noten geschieht in besonderer Sitzung durch die Prüfungskommission, wobei der Gesamteindruck der Prüfung und die bisherigen Leistungen der Geprüften mit in Betracht gezogen werden dürfen.

§ 20. Für jedes Prüfungsfach wird eine Note ausgestellt nach der Skala 6 (beste) bis 1 (geringste) Note. Auch in jenen Fächern in welchen mündlich und schriftlich geprüft worden ist, wird nur eine Note gegeben.

Die Summe aller Fachnoten, dividiert durch die Zahl der Fächer, gibt die Durchschnittsnote.

§ 21. Nach Schluß der Prüfung erstattet die Prüfungskommission dem Erziehungsrate einen schriftlichen Bericht, der vom Erziehungsratssekretär in ein besonderes Protokoll einzutragen ist. Dieser Bericht soll enthalten:

1. Familien- und Personennamen, Heimats- und Wohnort jedes Geprüften;
2. Angabe der bei der Prüfung gestellten schriftlichen Aufgaben;
3. Antrag, welchen Geprüften ein Patent auszustellen sei, und wenn ja, mit welcher Note;
4. allfällige Bemerkungen über den Gang der Prüfung im allgemeinen und über einzelne Kandidaten.

§ 22. Auf Grund der Prüfungsnoten werden vom Erziehungsrate Lehrpatente (Wahlfähigkeitszeugnisse) I., II. und III. Klasse ausgestellt. Für die Feststellung der Patentnote gelten folgende Bestimmungen:

Ein Patent I. Klasse (sehr gut) wird erteilt, wenn die Summe sämtlicher Fachnoten nicht unter 5,5 und keine einzelne Fachnote unter 4 sinkt;

Ein Patent II. Klasse (gut) wird erteilt, wenn die Summe sämtlicher Fachnoten nicht unter 4,5 und keine einzelne Fachnote unter drei sinkt;

Ein Patent III. Klasse (genügend) wird erteilt, wenn die Summe sämtlicher Fachnoten nicht unter 3,5 sinkt und der Geprüfte weder eine Fachnote 1, noch zwei Fachnoten 2 erhalten hat.

Es werden erstmalig nur Patente mit zeitlich beschränkter Gültigkeit ausgestellt, und zwar Patente I. Klasse auf die Dauer von 6, Patente II. Klasse auf die Dauer von 4, und Patente III. Klasse auf die Dauer von 2 Jahren.

Die Patente sollen neben den Personalien die Patentnote (I., II. oder III. Klasse), sämtliche Fachnoten und die Durchschnittsnote enthalten.

IV. Die Prüfungsfächer.

A. Für Primarlehrer und -lehrerinnen.

§ 23.

Schriftliche Prüfung.

1. Deutsche Sprache und Pädagogik: Nach Sprache, Form und Inhalt befriedigende Abfassung eines Aufsatzes über ein allgemeines Thema (3—4 Stunden).

2. Französische Sprache: Eine Arbeit in Briefform, eine Erzählung oder Beschreibung, oder die Übersetzung eines leichten deutschen Schriftstückes in das Französische (2 Stunden).

3. Mathematik: Lösung von arithmetischen und geometrischen Aufgaben (3—4 Stunden).

4. Schönschreiben: Schreibproben in deutscher und lateinischer Schrift, Rundschrift (1 Stunde).

5. Zeichnen: Anfertigung einer Zeichnung nach der Natur und Vorweisung der beglaubigten, eigenen Zeichnungen der Examinanden aus ihren letzten zwei Schuljahren (1 Stunde).

Mündliche Prüfung.

Im allgemeinen sind Inhalt und Umfang der Lehrpläne der innerschweizerischen Lehrer- und Lehrerinnenseminarien maßgebend. Im einzelnen werden genügende Kenntnisse in folgenden Fächern verlangt:

1. Religionslehre:
   a) Kenntnis der biblischen Geschichte und Geographie und Bekanntschaft mit dem Wichtigsten aus der Bibelkunde. Methodische Behandlung der Bibelstücke;
   b) Kenntnis des Katechismus und des Kirchenjahres;
   c) Kenntnis der wichtigsten Erscheinungen aus der Kirchengeschichte in Übersicht.
2. Pädagogik:
   a) Erziehungslehre. Kenntnis der körperlichen und geistigen Erziehung und der wichtigsten Erziehungstheorien und Erziehunsmittel;

b) Seelenlehre, Kenntnis der Grundzüge der Psychologie;
c) Geschichte der Pädagogik. Kenntnis einiger Lebensbilder hervorragender Pädagogen aus älterer und neuerer Zeit.

3. Methodik:
Kenntnis der allgemeinen und speziellen Methodik.

4. Deutsche Sprache:
a) Richtiges, ausdrucksvolles Lesen und Erklären von ausgewählten Stücken in Prosa und Poesie. Grundzüge der Phonetik;
b) grammatische Kenntnis der Sprache;
c) Rechtschreiben mit Nachweisen der orthographischen Regeln;
d) Fertigkeit, die Gedanken über einen bekannten Gegenstand sowohl mündlich als schriftlich logisch und sprachrichtig darzustellen;
e) Übersicht über die deutsche Literatur mit besonderer Berücksichtigung der Periode der Klassiker und Romantiker.

5. Französische Sprache:
a) Richtiges und geläufiges Lesen;
b) Kenntnis der Grammatik;
c) Fertigkeit im Übersetzen leichterer Lektüre.

6. Mathematik:
a) Fertigkeit und Sicherheit in der Arithmetik, sowohl im Kopf- als im schriftlichen Rechnen. Die vier Spezies in ganzen und gebrochenen Zahlen; die Dezimalbrüche; Drei- und Vielsatz, die Kettenregel und Proportionen; die gewöhnlichen bürgerlichen Rechnungsarten; beim schriftlichen Rechnen geordnete Darstellung der Rechnungen; Maß-, Münz- und Gewichtssystem der Schweiz;
b) Kenntnis der Anlage und Führung der Rechnungsbücher für einfache landwirtschaftliche und kaufmännische Geschäfte;
c) Algebra. Die Grundrechnungsarten mit allgemeinen ganzen und gebrochenen, positiven und negativen Größen; Gleichung des ersten Grades mit einer und zwei Unbekannten; die wichtigsten Regeln von den Potenzen und Wurzeln; die Logarithmen und ihre Anwendung auf die Lösung der Zinseszinsrechnungen;
d) Geometrie. Kenntnis der hauptsächlichsten Sätze aus der Planimetrie; die wichtigern stereometrischen Körper; Berechnung derselben; Messung und Aufnahme von Grundstücken mit den einfachern Instrumentern (letzteres nur für Lehrer).

7. Naturwissenschaften:
a) Bau, Leben und Pflege des menschlichen Körpers und seine Ernährung;
b) Grundzüge der Mineralogie, Botanik und Zoologie;
c) Bekanntschaft mit den Hauptlehren der Physik;
d) die wichtigsten Metalle und Metalloide und die am häufigsten vorkommenden Verbindungen derselben und ihre Anwendung auf die Landwirtschaft.

8. Geschichte:
   a) Übersichtliche Kenntnis der allgemeinen Geschichte, besonders der neuern Zeit;
   b) Kenntnis der Schweizergeschichte;
   c) Kenntnis der Verfassung und öffentlichen Einrichtungen des Kantons und Bundes.
9. Geographie:
   a) Das Wichtigste aus der mathematischen Geographie;
   b) übersichtliche Kenntnis der physikalischen und der politischen Geographie der fünf Erdteile;
   c) spezielle Kenntnis der Geographie der Schweiz.

Praktische Prüfung.

1. Probelektion:
   Behandlung eines vorher bezeichneten Gegenstandes aus dem Bereiche der Primarschule (§ 17).
2. Musik:
   a) Theorie. Kenntnis der wichtigsten Regeln der Theorie, der Akkordlehre und der Methodik des Schulgesangunterrichts, Direktionskenntnis;
   b) Gesang. Befriedigendes Singen einiger bekannter Lieder und der gebräuchlichsten liturgischen Choralgesänge;
   c) Instrumentalmusik. Richtiges Spielen leichterer Stücke auf Violine, oder Klavier, oder Orgel.
3. Turnen:
   a) (Für Lehrer:) Theoretische und praktische Befähigung zur Ausführung der im Lehrmittel für den militärischen Vorunterricht vorkommenden Frei-, Ordnungs- und Gerätübungen;
   b) (Für Lehrerinnen:) Turnspiele, Schritt- und Reigenarten.
4. Handarbeit (für Lehrerinnen):
   Stricken, Nähen, Flicken von Gestricktem und Gewobenem, Zuschneiden von Hemden und Schürzen.

B. Für Sekundarlehrer und -lehrerinnen.

§ 24. Die in § 23 gestellten Anforderungen sind angemessen zu steigern; überdies wird verlangt:

1. In der Religionslehre:
   a) Apologetische Beweisführung für die wichtigsten Glaubenslehren, besonders für die Existenz Gottes und die Gottheit Christi;
   b) einläßlichere Kenntnis der Kirchengeschichte nach ihren wichtigsten Perioden und Ereignissen.
2. In der Pädagogik:
   a) Anwendung der Pädagogik und Methodik auf die Sekundarschulstufe;
   b) Geschichte der Pädagogik in der alten, mittlern und neueren Zeit.

3. In der deutschen Sprache:
   a) Stilistik. Kenntnis 1. der Lehre von der Auffindung und Anordnung des Stoffes; 2. der Eigenschaften des Stils; 3. der Gattungen, Arten und Formen der Prosa;
   b) das Wichtigste über Versbau, poetische Sprache und Dichtungsarten;
   c) die Hauptmomente aus den einzelnen Epochen der deutschen Literaturgeschichte. Schweizerische Schriftsteller.
4. In der französischen Sprache:
   a) Fähigkeit im Übersetzen aus dem Französischen ins Deutsche und umgekehrt; angemessene Fertigkeit in der Konversation; einige Fertigkeit im Aufsatze;
   b) übersichtliche Kenntnis der klassischen Periode der französischen Literatur.
5. In der Mathematik:
   a) Arithmetik. Die wichtigsten kaufmännischen Rechnungsarten; einfache Vormundschaftsrechnung; Kontokorrent nach der retrograden und progressiven Methode; die wichtigern fremden Maß-, Gewichts- und Münzsysteme;
   b) Geometrie. Elemente der ebenen Trigonometrie und deren praktische Anwendung.
6. In der Naturgeschichte:
   a) Allgemeine Zoologie. Systematische Einteilung der Tiere. Die wichtigsten charakteristischen Merkmale der Klassen und Ordnungen;
   b) innerer Bau und äußere Formen der Pflanzen; eingehendere Beschreibung unserer Nutzpflanzen;
   c) Bekanntschaft mit den verbreitetsten einheimischen Mineralien, ihren chemischen und physikalischen Eigenschaften und ihrer Verwendung;
   d) Chemie. Die wichtigsten organischen Verbindungen.
7. In der Geschichte:
   Eingehendere Kenntnis der Schweizergeschichte samt Vorgeschichte, und der Verfassung.
8. In der Geographie:
   Spezielle Kenntnis der Geographie von Europa; die außereuropäischen Erdteile, mit besonderer Berücksichtigung des Handels und Verkehrs; mathematische Geographie; die wichtigsten Sätze der Astronomie.

C. Für Fachlehrer und Fachlehrerinnen.

§ 25.

A. Deutsche Sprache.

1. Schriftliche Prüfung:
   a) Ein Aufsatz. Dem Examinanden werden drei Themen zur freien Auswahl vorgelegt;

b) Beantwortung von zwei leichtern Fragen aus der deutschen Literatur.

Die schriftlichen Arbeiten sollen nicht nur inhaltlich, sondern auch grammatikalisch-stilistisch richtig sein, ohne wesentliche Verstöße gegen die Formen- und Satzlehre.

2. Mündliche Prüfung:

a) Phonetisch richtiges Lesen und fließendes Nacherzählen eines Gedichtes und Prosastückes; letzteres verbunden mit grammatikalisch-stilistischen Übungen;

b) übersichtliche Kenntnis der Geschichte der deutschen Literatur mit besonderer Berücksichtigung der ersten und zweiten Blüteperiode. Genauere, durch Lektüre erworbene Kenntnis einiger Hauptwerke der deutschen Dichtung: Nibelungenlied, Gudrun, Parzival; Lessing, Minna von Barnhelm; Goethe, Iphigenie, Tasso, Hermann und Dorothea, Dichtung und Wahrheit; Schiller, Romanzen und Balladen, das Lied von der Glocke, Maria Stuart, die Jungfrau von Orleans, Wilhelm Tell;

c) Methodik. Das Lehrverfahren beim Unterricht in der deutschen Sprache.

Examinanden, deren Muttersprache die deutsche ist, haben nicht nur über eine eingehendere Kenntnis der deutschen Literatur, sondern auch über die wichtigsten Kenntnisse in der Geschichte der deutschen Sprache sich auszuweisen.

B. Französische, italienische und englische Sprache.

1. Schriftliche Prüfung:

a) Die Übersetzung (in die Fremdsprache) eines nicht allzu schwierigen, zusammenhängenden Prosastückes oder die Anfertigung eines leichtern Aufsatzes (Brief, Biographie, Erzählung etc.);

b) ein Diktat eines Prosastückes oder eines Gedichtes, das nach kürzester nachheriger Durchsicht gleich abzugeben ist.

Die schriftlichen Arbeiten sollen mit einiger Sprachgewandtheit, ohne wesentliche Verstöße gegen die Formen- und Satzlehre und möglichst idiomatisch richtig abgefaßt sein.

2. Mündliche Prüfung:

a) Die Übersetzung eines etwas schwierigeren prosaischen Lesestückes aus der Fremdsprache mit nachheriger freier Wiedergabe des Inhaltes;

b) die Übersetzung eines leichtern Lesestückes in die Fremdsprache;

c) die Beantwortung und Erklärung einer vorgelegten grammatikalischen Frage in der Eigenschaft eines Lehrers vor den Schülern;

d) Kenntnis der wichtigsten Momente und Gestalten der Literatur der betreffenden Sprache.

Die Kenntnis der Werke aus der klassischen Literatur der betreffenden Sprache soll nicht durch bloße Inhaltsangabe aus Literaturgeschichts-Lehrbüchern, sondern durch die Lektüre einer Anthologie gewonnen werden.

Fremdsprachliche Kandidaten können von a und b dispensiert werden; dafür werden jedoch in der schriftlichen Prüfung höhere Anforderungen gestellt und wird eine eingehendere Kenntnis der Literatur verlangt.

D. Für Arbeitslehrerinnen.

§ 26.

A. Für die Primarschulstufe.

1. Schriftliche Prüfung:
   a) Deutsche Sprache. Ein kleiner Aufsatz aus dem Gebiete des Arbeitsschulunterrichtes;
   b) Freihandzeichnen mit Bezug auf Musterschnitt.
2. Mündliche Prüfung:
   a) Pädagogik. Behandlung und Pflege der Schulkinder. Disziplin;
   b) Methodik. Verfahren beim Unterricht in weiblichen Handarbeiten. Leseübung.
3. Praktische Prüfung:
   Stricken, Handnähen, Flicken, Maschinennähen, Musterschnitt.

B. Für die Sekundarschulstufe.

Prüfung in den gleichen Fächern wie für Arbeitslehrerinnen für die Primarschulstufe; überdies ist eine Prüfung abzulegen über:

a) Die wichtigsten Geschäftsaufsätze und einfache Buchhaltung;
b) die Anfertigung von Frauenkleidern;
c) Fertigkeit im Sticken;
d) Kentnisse in der Haushaltungskunde in bezug auf Wohnung, Kleidung, Wäsche Küche, Nahrungsmittel, Krankenpflege.

Die von den Examinanden während ihrer Ausbildungszeit ausgeführten praktischen Arbeiten müssen vorgelegt werden.

E. Für Haushaltungslehrerinnen.

§ 27.

1. Schriftliche Prüfung:
   a) Deutsche Sprache. Ein Geschäftsbrief oder kleiner Aufsatz;
   b) einfache Buchhaltung und Berechnungen auf dem Gebiete des Haushaltungswesens.
2. Mündliche Prüfung:
   a) Pädagogik: Grundsätze und Mittel der Erziehung;
   b) Methodik des hauswirtschaftlichen Unterrichts;
   c) Kenntnisse über Wohnräume, Küche, Keller, den Haus- und Zimmerdienst, über Kleider und Lingerie;
   d) Kenntnisse über Ernährungs- und Nahrungsmittellehre, Gartenbaukunde, Gesundheitslehre, Krankenpflege.
3. Praktische Prüfung:
   Kochen, Waschen, Bügeln, weibliche Handarbeiten, Gartenarbeiten.

V. Schlußbestimmungen.

§ 28. Wenn gute Ausweise über Leistungen in Musik und Turnen vorliegen, so kann die Prüfungskommission vom Examen in diesen Fächern dispensieren. Sie zieht dafür die aus den Schulzeugnissen der letzten 2 Jahre sich ergebenden Durchschnittsnoten.

§ 29. Kandidaten oder Kandidatinnen, die das Patent nicht erlangt haben, dürfen sich im nächstfolgenden Jahre zu einer Nachprüfung stellen. Dabei wird ihnen die Prüfung in denjenigen Fächern erlassen, in welchen sie mindestens die Note 5 erworben haben.

Eine dritte Prüfung wird nicht gestattet.

§ 30. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.